

MITTEILUNGEN

des

Mindener Geschichtsvereins

79 · 2007

Mitteilungen des Mindener Geschichtsvereins, Jahrgang 79, 2007
(Vorabdruck im „Mindener Tageblatt“ unter dem Titel „Mindener Heimatblätter“)

Heimatkundliches Organ für den Kreis Minden-Lübbecke

Im Auftrag des Mindener Geschichtsvereins
herausgegeben von Monika M. Schulte

Bezug durch die Geschäftsstelle des Mindener Geschichtsvereins
(Kommunalarchiv Minden)
Tonhallenstraße 7, 32423 Minden

Druck: J.C.C. Bruns, Minden

ISSN 0340-188X

INHALT

BEITRÄGE

- Die Zeitschrift „Porta-Westphalica“**
und ihr Redakteur David Julius Heilbronn (1799–1870)
von Fritz W. Franzmeyer..... 7
- Als Offizier in Minden am Ende der Festungszeit**
Major Justus Scheibert,
der letzte „Ingenieur vom Platze“
von Hans-Heinrich Hirschberg
und Gisela Hirschberg-Köhler..... 57
- „Da verstund Martinus, von ihm sollte
dem Armen Hilfe kommen“**
Der heilige Martin von Tours in Legende, Bräuchen und
in Bildwerken an St. Martini zu Minden
von Götz J. Pfeiffer..... 73
- Vom zünftigen Handwerk zum industriellen Großbetrieb**
Das Färbergewerbe in Minden
seit der Mitte des 18. Jahrhunderts
von Marco Stenzel..... 93
- Apotheken und Obrigkeit**
Die Löwenapotheke am Markt in Minden
von Marianne Hiller 119
- Die ehemalige Möbelfabrik H. Ronicke Söhne,
vor 150 Jahren gegründet**
Erinnerung an einen bedeutsamen Teil
Mindener Wirtschaftsgeschichte
von Ulrich Gräler 137
- Das Friedhofswesen der
Kapellengemeinde Barkhausen**
unter dem Einfluss der zweiten Stadtbefestigung
und der Zugehörigkeit zu St. Martini
von Fritz W. Franzmeyer..... 161

MITTEILUNGEN

Jahresbericht des Mindener Geschichtsvereins 2007 von Michael Funk	177
---	-----

MITARBEITER DIESES BANDES

Dr. Fritz W. Franzmeyer
Sulzaer Straße 20 · 14199 Berlin

*

Michael Funk
Borkumweg 9a · 32427 Minden

*

Ulrich Gräler
Nahtweg 58 · 57250 Netphen-Deuz

*

Marianne Hiller
Otto-Wels-Straße 6a · 32429 Minden

*

Hans-Heinrich Hirschberg und
Gisela Hirschberg-Köhler
Stiftstraße 11 · 32427 Minden

*

Götz J. Pfeiffer
Ev. Kirche von Kurhessen-Waldeck
Wilhelmshöher Allee 330 · 34131 Kassel

*

Marco Stenzel
Neumarktstraße 12 · 58095 Hagen

FRITZ W. FRANZMEYER

Die Zeitschrift „Porta-Westphalica“ und ihr Redakteur David Julius Heilbronn (1799–1870)

Um die Mitte des 19. Jahrhunderts erschien in Minden für einige Jahre ein Blättchen mit dem Titel „Porta-Westphalica“. Was nach harmloser Heimattümelei aussieht, zeigt im Untertitel seine Zähne: „Ein Blatt für Wahrheit, Recht und Gemeinwohl“. Man spürt sofort, dass die Verantwortlichen in den Verhältnissen, über die sie schrieben, die Wahrheit verdreht, das Recht verletzt, das Gemeinwohl missachtet fanden. Warum sie den irreführenden Haupttitel wählten, ist nicht bekannt. Der Antrag, mit dem sie um die Konzession hatten nachsuchen müssen und in dem vielleicht etwas zur Begründung zu finden gewesen wäre, liegt in den Staatsarchiven nicht mehr vor. Man kann also nur Vermutungen anstellen. So mag eine gewisse Camouflageabsicht im Spiele gewesen sein: Im Schafspelz wird der Wolf von seinen Gegnern (und Opfern) nicht so schnell erkannt. Auch war der Begriff Porta Westphalica damals, ein halbes Jahrhundert vor dem Bau des Kaiser-Wilhelm-Denkmal, noch nicht „nationalmonarchisch“¹ belastet; der durchaus schon grassierende Hermann- und Widukind-Kult stand nur für das gegen Frankreich gerichtete Einigungsstreben der Deutschen. So konnte sich der Begriffes ohne große Bremsreflexe die Mindener politische

Kanzleivermerk über eine
Anzeige gegen den Redakteur
der Porta-Westphalica vom
19. Dezember 1848.

Landesarchiv NRW, Abt.
Staatsarchiv Detmold,
M 1 I P, Bl. 54

Kanzlei-Vermerk.
No 4083. U. L. E. Reg. Nr. V

Die Anzeige des Land v. Berries von
vom 17ten Septbr. 1848 betreffend Hauptmann v. d. H.
Kantabau des Herzogthums Westphalen

ist mittelst Marginal-Befugung dem Land v. Berries v. d. H.

N. T. zum Bericht am Termin von 12 Tagen zu fertigen
Wenden, den 19ten Septbr. 1848

Der Regierungs-Kanzlist
Lobes

erhalten den 20. 12
abgegangen den 23. 12

Termin ist abgelaufen
Wenden, den

N. T. Exccitatur; Hiß 12 Tage
Wenden, den

R. v. N. u. S. Nach untern
Wenden, den

N. T. Exccitatur portopflichtig; unter Androhung einer Ordnungstrafe von 15 Sgr.
Hiß 12 Tage
Wenden, den

R. v. N. u. S. Gefügt durch M

Linke bedienen. Vielleicht sah sie im ersten Namensbestandteil, der „Pforte“, eine Metapher für den einladenden Übertritt der Deutschen aus einer alten, abgewirtschafteten in eine neue, verheißungsvolle Zeit. Die alte Zeit, das waren der Absolutismus, der Dünkel und die Privilegien von Adel und Militär. Die neue Zeit, das waren die bürgerlichen Freiheiten, die Demokratie, die staatliche Einheit und die soziale Solidarität in der Phase frühindustrieller Verelendung. Im zweiten Namensbestandteil, „Westphalica“, fehlt diese Aufladung. Er verortete das Blatt geographisch, verwies also auf die ostwestfälische Sicht der Dinge. Er weckte zudem die Erwartung auf lokale Nachrichten und sprach so gleich doppelt den heimischen Leser an, der die Zeitschrift ja schließlich abonnieren sollte.

Auf der Zeitachse lässt sich, im Nachhinein betrachtet, die „Pforte“, auch wenn sie schon bald wieder geschlossen werden sollte, genau bestimmen. Es war die Zeit vor, während und nach der – schließlich gescheiterten – „bürgerlichen Revolution“ von 1848/49. Die Gründung der Zeitschrift war jedenfalls keine Reaktion darauf. Vielmehr hatte sie schon bestanden, als es in Wien, Berlin und Baden zu den gewaltsamen Auseinandersetzungen kam. Sie hat die Revolution nicht propagiert. Hätte sie es getan, wäre sie schon 1849 erledigt gewesen. Sie lebte aber noch ein knappes Jahr länger. Doch sie kämpfte, schließlich auf verlorenem Posten, durchaus für die geistigen Ideale, von denen die Revolution getragen wurde.

Die kurze Geschichte der „Porta-Westphalica“ ist bisher kaum aufgearbeitet worden. Das wird mit Anspruch auf Vollständigkeit auch schwerlich gelingen. Noch dem Chronisten des Mindener Druck- und Verlagswesens sowie des Buch- und Zeitungshandels von Anbeginn bis zum Regierungsumzug 1947, Johann Karl von Schroeder, ist die Zeitschrift 1966 vollständig entgangen.² Heute ist die deutsche Zeitungslandschaft vergangener Jahrhunderte ungleich besser dokumentiert. Doch weder in der Lippischen Landesbibliothek, wo der Bibliotheksbestand der ehemaligen Mindener Bezirksregierung archiviert ist, noch in der Universitäts- und Landesbibliothek Münster, die das Pflichtexemplarrecht für Veröffentlichungen aus dem Regierungsbezirk Detmold besitzt, ist die „Porta-Westphalica“ zu finden. Das gilt auch für das Institut für Zeitungsforschung in Dortmund sowie die Staats- und Universitätsbibliothek Bremen, wo Mikrofilm-Archive der deutschsprachigen Presse geführt werden. Ebenso wenig ist noch ein Restbestand, geschweige denn die vollständige Sammlung aller Ausgaben, im Staatsarchiv Münster vorhanden. Die einzig zur Verfügung stehenden Exemplare sind die Ausgaben 1 bis 45 des Jahrgangs 1849 sowie die Ausgaben 86 von 1849 und 14 von 1850. Die erstgenannten lagern im Stadtarchiv Bielefeld mit seiner landesgeschichtlichen Bibliothek, die Nummer 86 von 1849 im Staatsarchiv Detmold³ und die Nummer 14 von 1850 im Geheimen Staatsarchiv der Stiftung Preußischer Kulturbesitz Berlin.⁴ Eine Kopie des Bielefelder Bestandes steht auch im Kommunalarchiv Minden zur Verfügung. Darüber hinaus gibt es lediglich vereinzelte Sekundärquellenhinweise auf bestimmte



In diesem Eckhaus, Obermarktstraße 8 (früher Nr. 183), befand sich um 1848 die Buchhandlung mit Verlag Ferdinand Eßmann, wo die „Porta-Westphalica“ verlegt wurde. Das damalige Haus der Druckerei Fickert (Nr. 608, später Pöttcherstraße 14) wurde 1943 durch eine Bombe zerstört.
Foto: Fritz W. Franzmeyer

sichere oder mögliche Inhalte einzelner, im Original nicht mehr greifbarer Nummern des Blattes.⁵

Der größte Teil der Ausgaben der „Porta-Westphalica“ muss also als verschollen gelten. Man kann nicht einmal ganz sicher sein, wann das erste Exemplar erschien. Karl Knebel fand zu Beginn des vorigen Jahrhunderts heraus, dass bereits 1834 ein Antrag auf „Herausgabe eines Volksblattes ‚Porta Westphalica‘ zur Belehrung und Unterhaltung“ gestellt, aber abgelehnt worden war.⁶ In einem Bericht der Mindener Bezirksregierung an das preußische Innenministerium über aktuelle Entwicklungen im heimischen Zeitungswesen heißt es aus der Perspektive von Ende Januar 1849, das Blatt erscheine „seit etwa 2 Jahren“.⁷ Knebel wiederum vermerkt dagegen, gestützt auf eine amtliche Liste von 1851 in der genannten Akte des Staatsarchivs Münster, dass die – inzwischen eingegangene – „demokratische ‚Porta Westphalica‘ [...] am 1. Januar 1848 als Monatsschrift ohne Konzession gegründet worden“ sei.⁸ Exakt belegen

lässt sich nichts mehr. So ist die Sichtung besonders der Ausgaben, die den Schlüssel zur Einordnung des Blattes nach dem Verständnis seiner Produzenten hätten liefern können, nicht möglich: der ersten Ausgabe überhaupt, in der Verleger und Redakteur den Lesern ihr Anliegen unterbreitet haben dürften, und der letzten Ausgabe 1848, in der das Resümee für das abgelaufene Revolutionsjahr gezogen worden sein dürfte. Doch auch die erhaltenen 47 Ausgaben liefern so interessante Einblicke in die Zeitläufte im Allgemeinen wie in ihr ostwestfälisches und speziell ihr Mindener Kolorit, dass sich der Versuch lohnt. Das Blatt spiegelt im Kleinen und Mindisch-Lokalen das Scheitern der neuen Ideen im Großen.

Zugleich erfährt man manches über die Männer, die hinter dem Projekt standen. Das waren der Verleger, spätere Redakteur und Buchhändler Ferdinand Eßmann, der erste Redakteur Dr. med. David Julius Heilbronn und der Drucker Christian Fickert, alle drei in Minden ansässig. Zu Beginn des gemeinsamen Unternehmens „Brüder im Geiste“, stehen sie für unterschiedliche biographische Verläufe, die sich unter dem Druck der Ereignisse und Verhältnisse ergaben: der erste eine Art politische „Stehauf-Figur“, der zweite ein innerer Emigrant, der dritte ein Mann mit angeschlagenem Rückgrat. Doch die Schicksale Eßmanns und Fickerts sollen hier nur am Rande interessieren. Im Mittelpunkt steht die Gestalt Heilbronn, der die Zeitschrift in ihren ersten anderthalb Jahren inhaltlich und stilistisch prägte und dessen Lebensweg vom bildungshungrigen, durch Aufklärung und Humanismus geprägten Sohn eines jüdischen Pferdehändlers über eine hochaktive Lebensphase als leidenschaftlicher Arzt und Gesundheitsbeauftragter der Regierung hin zum politischen Redakteur und schließlich zum Rückzug ins Private manche Rätsel aufgibt, sowohl was seine Motive als auch was die Rezeption seines Wirkens durch Öffentlichkeit und Staat betrifft. Der Leser sei also darauf vorbereitet, dass er in den folgenden Abschnitten neben Handfestem auch manche Deutung geboten bekommt.

Die deutsche Presse in der Zeit des Vormärz, der Revolution und der Reaktion

Seit der Erfindung des Buchdrucks Mitte des 15. Jahrhunderts unterdrücken Machthaber das freie, geschriebene Wort. 1529 führte der Reichstag zu Speyer die strafbewehrte Zensur für Druckerzeugnisse ein.⁹ Jeder Landesfürst musste dafür eine Behörde schaffen. Der Speyerer Beschluss betraf zunächst nur Bücher und Pamphlete. Die Zeitung wurde erst zu Beginn des 17. Jahrhunderts erfunden. Seit es sie gibt, wird sie schärfer kontrolliert als das Buch. Journalismus wurde zur Gratwanderung. Dabei unterlagen die Zensoren ihrerseits der Aufsicht. Waren sie dem Landesherren nicht hart genug, wurden sie ihres Amtes enthoben. Doch können Druckschriften der Aufmerksamkeit der Zensoren entgehen. Dem beugten die Fürsten vor. Als sich 1666 der erste Mindener Buchdrucker, Johannes Matthaeus Heddewig, in der Stadt niedergelassen hatte, bekam er zwar ein kurfürstliches Privilegium, das neben der Befreiung von bürger-

lichen Lasten eine Monopolstellung im Fürstentum einschloss. Doch zugleich musste er sich verpflichten, jeden Druck vorab durch die kurfürstliche Regierung genehmigen zu lassen.¹⁰ Die Kontrolle wurde nach dem Fall Preußens 1806 eher noch strenger. Von 1811 bis 1814 ließ Napoleon in den von ihm besetzten deutschen Gebieten sogar alle Zeitungen verbieten. Die Buchzensur zentralisierte er. Als der Mindener Goethefreund Nicolaus Meyer 1812 einen Band mit eigener Lyrik veröffentlichen wollte, musste er ihn vorab zur Zensur nach Paris schicken, wo man ihm ein Gedicht strich, in dem zweimal das Wort „Freiheit“ vorkam:¹¹ Davon sollten die Deutschen nicht träumen.

Doch Napoleon wurde besiegt, der von Jungakademikern (Burschenschaften) und Schriftstellern getragene Ruf nach deutscher Einigkeit und Freiheit schwoll in Reden, Literatur und Zeitungen unüberhörbar an. Man hoffte auf liberalere Verhältnisse auch für Bücher und Zeitungen. Früh bildete sich Frankfurt am Main als ein Pressezentrum heraus. 1819 gab es dort gleich mehrere politische Zeitungen. Das freie Wort provozierte indes die restaurativen Gegenkräfte. 1819 setzte der reaktionäre österreichische Staatskanzler Metternich die Karlsbader Beschlüsse durch, die der Bundestag des Deutschen Bundes im August 1819 bestätigte. Nicht nur wurden die deutschen Burschenschaften verboten. Von nun an wurde in allen Mitgliedsstaaten auch die Presse streng zensiert und jeder Verstoß geahndet. Der Redakteur der „Zeitung der freyen Stadt Frankfurt“, Ludwig Börne, wurde mehrfach verhaftet und verließ Frankfurt schließlich. Heinrich Heine, politischer Redakteur der „Augsburger Allgemeinen Zeitung“, wurde von Metternich gewarnt¹² und ging 1831 nach Paris. Auch andere Journalisten und Schriftsteller mussten aus Deutschland fliehen. Anfang der 30er Jahre verstärkte sich der Drang zur freien Rede und zur Politisierung der Literatur durch die französische Juli-Revolution sowie durch Schriften aus Italien und England. „Sprühende Polemik“ sowie „Witz, Satire und Parodie wurden seit Börne und Heine die Sprache des freiheitlichen Denkens.“¹³ 1835 wurden ihre und die Schriften anderer Autoren des „Jungen Deutschland“ sämtlich durch Bundestagsbeschluss verboten¹⁴ – ein in Deutschland bis dahin einmaliger Vorgang.

Unterstützt wurde Metternich auch durch Friedrich Wilhelm III., obwohl dieser 1815 die Aufhebung der Zensur in Preußen versprochen hatte. Selbst harmlose Blätter wurden Opfer der Schere. Konnte man sich dagegen schon nicht wehren, so wollte man die Maulkorbpraxis wenigstens skandalisieren. So wurde die „Zensurlücke“ erfunden: Der Leser sollte unmittelbar sehen, dass ihm etwas vorenthalten wurde. Manchmal schafften es Autor und Verlag sogar, ihm zu zeigen, was man ihm vorenhielt. Als etwa der Mindener Zensor Koppe im Herbst 1819 der Elise von Hohenhausen im „Sonntagsblatt“ eine Stelle aus ihren Reisebeschreibungen strich, in der sie die musische Liberalität des dänischen Königs Frederik als Vorbild auch für andere Monarchen – gemeint war natürlich Friedrich Wilhelm III. – hinstellte, fand der Leser im Blatt nur leere Zeilen, in der bald darauf erscheinenden Buchform aber den vollständigen Text.

Die Streichung war dort der Zensur entgangen. Oberpräsident Vincke rügte das Blatt wie den Zensor, der das Imprimatur erteilt hatte.¹⁵ Bald war auch die Zensurlücke verboten. Daraufhin füllte das Mindener „Sonntagsblatt“ eine solche Lücke mit dem Text: „Hört, ihr Herrn, glaubt sicherlich / Hier stand recht viel geschrieben! – / Da macht er einen Federstrich – – / Nun ist es weiß geblieben.“¹⁶ Friedrich Wilhelms III. Nachfolger, Friedrich Wilhelm IV., empfand zwar das „System staatlichen Spitzelwesens und allgegenwärtiger Polizeigewalt [...] geradezu als Schändung des von Gott gestifteten Herrscheramtes“¹⁷, doch hinderte das seinen Apparat, etwa den Innenminister von Rochow, nicht daran, dieses System zu praktizieren.

Bald nach den Karlsbader Beschlüssen beherrschten regierungstreue Zeitungen das Feld. Um missliebigen Blättern den Geldhahn abzdrehen, wurden staatliche Anzeigenkonzessionen – der „Intelligenzzwang“ – eingeführt und immer wieder bekräftigt. Die Stoßrichtung wird zum Beispiel aus einer Anweisung des preußischen Innenministeriums vom 18. Juli 1854 an die Provinzregierungen deutlich, wonach öffentliche Bekanntmachungen und Inserate, die „theils unmittelbar, theils mittelbar, sowohl zur Sicherung und Förderung der materiellen Existenz der betreffenden Blätter, als zur Ausdehnung ihres Leser- und folglich ihres Wirkungskreises erheblich“ beitragen, nicht Blättern „oppositioneller Richtung, sondern ausschließlich den Redaktionen konservativer und wohlgesinnter Blätter zur Insertion“ zukommen sollten.¹⁸ Doch auch in dieser Zeit scharfer Pressezensur entstanden neue Blätter mit liberal-kritischem Profil. Der Staat kam nicht umhin, dem immer stärker werdenden sozialen Druck wie auch dem bürgerlichen Freiheitsstreben ein Ventil zu lassen. In den Vorrevolutionsjahren gab es allein in Berlin acht demokratisch ausgerichtete Blätter. Das wiederum verschärfte den Gegendruck, und die meisten Blätter lebten nicht lange.

1847 wurde im Vereinigten Landtag der preußischen Provinzen ein Gesetzentwurf zur Verschärfung der Pressezensur eingebracht. Doch dazu kam es zunächst nicht. Denn im März / April 1848 brach in Wien, Berlin und Baden die Revolution aus und strahlte in die meisten übrigen deutschen Länder aus. Eine der ersten revolutionären Errungenschaften war die Proklamierung der „Preßfreiheit“ durch den Bundestag. Die Forderung u.a. danach hatte Ende Februar in Baden die ersten Unruhen mit ausgelöst, und die Regierungen reagierten aus Furcht vor Eskalation schon am 3. März, also noch bevor es zur Erhebung kam. Die Liberalisierung des Presserechts war eines von mehreren Zugeständnissen. Doch es war ein zurückhaltender Beschluss. Der Bundestag hob nur sein Zensurgebot auf. Er verpflichtete die Bundesstaaten nicht auf die Pressefreiheit. Die einzuführen oder nicht einzuführen, war jedem Einzelstaat vorbehalten. Der Bundestag verlangte zudem eine Missbrauchsaufsicht.¹⁹

Schon am 8. März verkündete Friedrich Wilhelm IV. die Aufhebung der Zensur. Der Bann schien gebrochen. Die etablierten Zeitungen berichteten freier, und neue Zeitungen entstanden. Das galt vor allem für die extreme Linke des politischen Spektrums. Marx kam aus dem Londoner Exil

zurück und gründete mit anderen die „Neue Rhein-Zeitung“. Der Sozialist Blum²⁰ redigierte die „Reichstagszeitung“, sein Gesinnungsgenosse Ruge²¹ die „Neue Deutsche Zeitung“. Es sollte das Schicksal all dieser Neugründungen sein, dass sie die Revolution nicht oder nur kurzfristig überlebten. Die radikaldemokratische „Allgemeine Arbeiter-Zeitung“ brachte es überhaupt nur auf fünf Ausgaben. Denn der König nahm auch die Pressefreiheit zurück. Zunächst nicht offen. Ein „literarisches Bureau“ übernahm diskret die Überwachung. Erst als die Revolution zerfallen war, konnte auf der Grundlage des „Preßgesetzes“ vom 12. Mai 1851 wieder kurzer Prozess gemacht werden. Die Regierungen mussten alle vier Wochen über die Haltung der örtlichen Tagespresse berichten, Zeitungen und andere Druckschriften mit oppositionellem, also „verbrecherischem“, Inhalt wurden beschlagnahmt und vernichtet, die Verfasser und Verteiler bestraft.²² Daneben bemühte sich eine aus dem „literarischen Büro“ hervorgegangene Zentralstelle für Presseangelegenheiten um die pro-monarchistische Beeinflussung der öffentlichen Meinung. Sie bediente sich dazu u.a. der dem Innenministerium nahe stehenden „Preußischen Zeitung (Kreuzzeitung)“. Als die Reaktion wieder fest im Sattel saß und die publizistischen Aufmüpfigkeiten nachließen, wurde im Herbst 1857 die Berichtspflicht auf einen Dreimonatsturnus beschränkt und 1860 ganz aufgehoben. Nur noch von „besonders bemerkenswerten Erscheinungen auf diesem Gebiete“ hatten die Verwaltungen Mitteilung zu machen.²³

Die Zeitungslandschaft in Minden und Ostwestfalen um 1848

Auch über die Presseverhältnisse im Verwaltungsbezirk Minden hatte der Regierungspräsident, von Borries, Innenminister von Manteuffel monatlich Bericht zu erstatten. Man sollte meinen, dass es aus dem konservativ geprägten Landstrich wenig Verdächtiges zu vermelden gab. In der Tat wurden in einer „Nachweisung der im Regierungsbezirk Minden erscheinenden Zeitschriften, Intelligenz- Kreis und Wochen-Blätter“ vom Januar 1849²⁴ nur vier von insgesamt 22 Blättern als gefährlich oppositionell eingestuft. Unter ihnen befand sich die „Porta-Westphalica“ (mit dem Beiblatt „Volkszeitung“). Der Verwaltungsbericht ans Innenministerium charakterisiert sie folgendermaßen: „ergeht sich meist nur im Tadeln der Regierungs-Maßregeln, in der Verdächtigung und Schmähung der Behörden und Beamten.“ Die anderen drei waren das „Westphälische Volksblatt“ aus Herford, der „Volksfreund“ aus Bielefeld (später Wiedenbrück, dann Lemgo) und die „Westphälische Zeitung“ aus Paderborn. Diese Zeitungen wurden als die „bemerkenswertesten Blätter von entschieden feindseliger Tendenz“ charakterisiert.

Dennoch wurden Unterschiede in der Gefährlichkeit für den preußischen Staat ausgemacht. Sie ergaben sich aus der Auflage und dem Verbreitungsgebiet. Die genaue Auflagenhöhe der „Porta-Westphalica“ konnte die Behörde offenbar nicht ermitteln („übersteigt nicht 400“). Wichtiger als diese immerhin nicht unbedeutende Zahl – auch das damals

politisch brave „Sonntagsblatt“ verkaufte sich nur (noch) in 500 Exemplaren²⁵ – erschien, dass nur wenige Exemplare der „Porta-Westphalica“ über Minden hinaus gelangten. Ähnlich lagen die Verhältnisse beim „Westphälischen Volksblatt“. Zwar hatte sich der Verleger geweigert, dem Amt die Auflagenhöhe zu verraten, diese wurde aber als „jedenfalls nur gering“ eingestuft. Auch dieses Blatt wurde wenig, nämlich „nur in den Städten Herford und Vlotho gelesen“. Zwar wurde auch der „Volksfreund“ nur 500 Mal je Ausgabe verkauft, doch lag hier die schärfere Wahrnehmung politischer Brisanz offenbar in der Radikalität der Oppositionshaltung. Das Blatt war ein echtes Kind der Revolution, die erste Ausgabe erschien am 10. Juni 1848. Seither predige es, so der Bericht, „die Herrschaft des Volkes in ihrer weitesten Ausdehnung“ und wiegele dieses gegen die Regierung auf. Deshalb ließ die Behörde mehrere Ausgaben polizeilich beschlagnahmen und „diese Maaßregel von dem Königl. Inquisitoriat zu Herford“ bestätigen. Der Redakteur konnte sich dem Haftbefehl nur durch Flucht ins Ausland entziehen. Der Umzug des Blattes nach Lemgo war die Folge des so erzwungenen Wechsels in der Redaktion. Von allen vier gefährlichen Blättern galt die „Westphälische Zeitung“ als die gefährlichste. Das lag an dreierlei: der hohen Auflage von ca. 1500 Exemplaren, dem relativ großen Verbreitungsgebiet und der Wandlung des ehemaligen Wochenblattes zu einer Zeitung nach den Märzereignissen von 1848. Hinzu kam hier, dass seit Anfang 1849 ein zweites Paderborner Blatt, das „Paderborner Volksblatt“ und Organ des örtlichen Volksvereins, die Oppositionsarbeit der „Westphälischen Zeitung“ unterstützte. So sah es die Regierung – ganz im Sinne der königlichen Leitlinien – gern, dass den „schlimmsten Blättern“ „übrigens durch andere, dem ‚Volksfreunde‘ namentlich durch die öffentlichen Anzeigen der Grafschaft Ravensberg und durch das Ravensbergische Volksblatt, besonders durch das letztere [...], der ‚Westphälischen Zeitung‘ durch das Paderborner Volksblatt für Stadt und Land [...] nach Kräften entgegen gearbeitet“ wurde.

So galt die „Porta-Westphalica“ zwar als wenig einflussreich, die Regierung fand jedoch harte Worte für sie und wartete zweifellos nur auf Anlässe, dem Verleger finanziell das Leben schwer zu machen und den Redakteur strafrechtlich zu belangen. Das belegt etwa ein Kanzleivermerk vom 21. Dezember 1848 über eine Anzeige des „Lieut. v. Borries“ „betreffend Preßvergehen des Redakteurs“²⁶. Gegen diesen Druck zu bestehen, setzte, bei aller Standfestigkeit, auch Besonnenheit und Taktik voraus. So heißt es im Nachwort zur ersten Ausgabe des Blattes von 1849: „Die Porta-Westphalica wird ruhig ihren Weg verfolgen, uneingeschüchtert von allen Drohungen und den Galgen, die alte und junge Thadden an demselben aufzupflanzen so eifrig bemüht sind.“²⁷ Sie wird aber auch ungleich ihren Gegnern je der ihrigen entgegenstehende Ansicht ehren und ihr wie bisher die Spalten ihres Blattes öffnen. Sie wird sich bestreben [...], durch eifriges Kämpfen für die errungenen Freiheiten des Volkes und deren Befestigung ihr Schärflein zu dem Neubau unserer politischen Gestaltung beizutragen. [...] Die Redaktion.“

David Julius Heilbronn: Arzt, Regierungsbeauftragter, Vereins- und Kommunalpolitiker

Die Redaktion: Das war – damals noch – Dr. med. David Julius Heilbronn. Wer war dieser Mann? Über das Leben und die Persönlichkeit des für Minden bedeutenden Arztes erschien erstmals – und bisher einzig – eine über verstreute Einzelerkenntnisse hinaus gehende Untersuchung mehr als hundertundzwanzig Jahre nach seinem Tode.²⁸ Sie trug zusammen, was in Heilbronn's westfälischer Heimat über ihn und seine Abstammung herauszufinden war. Das ist wenig genug. Sie wirft ein Licht auf seine bürgerliche Existenz, lässt sein aufreibendes Leben als Arzt aufscheinen und würdigt sein öffentliches Engagement für Demokratie und Reform des Judentums. Sie vernachlässigt – oder hatte nicht zum Gegenstand – Heilbronn's Schaffen als Autor medizinfachlicher wie als Redakteur politischer Schriften. Erwähnt wird lediglich, dass Heilbronn die Zeitschrift „Porta-Westphalica“ von ihrer Gründung im Frühjahr 1848 an bis Mai 1849 redaktionell betreut hat.

Der Weg zum „Dr. med.“

Die Lücke soll hier geschlossen werden. Über den Fachautor Heilbronn war Aufschluss aus dem Altbestand der Bibliothek der Berliner Humboldt-Universität zu gewinnen. Die zwei Schriften, die ermittelt werden konnten, sind insoweit aber auch über das Fachliche hinaus interessant, als sie einige biographische Korrektur- und Ergänzungsmöglichkeiten eröffnen. So sollen hier die bereits von Soll recherchierten Lebensdaten und -deutungen kurz genannt, aber um neue Erkenntnisse erweitert werden. Der Schwerpunkt liegt anschließend auf Heilbronn's Schaffen als Autor und Redakteur.

Nach dem Mindener Bürgerregister von 1836²⁹ wurde Heilbronn, dessen Rufname nach seinen eigenen Angaben³⁰ David, seinem Grabstein zufolge Julius war, am 6. August 1798 in Oerlinghausen geboren. Zur Welt kam er noch ohne Nachnamen. Erst Ende November 1809 konnten und mussten nach einem Edikt der „Fürstlich Lippischen Vormundschaftlichen Regierung“ die „einländischen Juden“ einen Familiennamen wählen. Davids Vater Isaac Hirsch wählte „Heilbrunn“.³¹

Dem Geburtsdatum im Mindener Bürgerregister, das im Übrigen auch in anderen Akten wiederkehrt, will Soll nicht folgen. Er hält sich an die Grabsteininschrift auf dem Jüdischen Friedhof in Hausberge. Danach wurde Julius Heilbronn am 29. August 1797 geboren. Doch auch das wird nicht stimmen, weder was das Jahr, noch was den Tag betrifft. Jedenfalls wird es dann nicht stimmen, wenn man unterstellt, dass es Heilbronn selber am besten gewusst haben muss – und dass er fundierte Kenntnisse des Lateinischen besaß. Das Letztere lässt sich beweisen. Denn in – ausgezeichnetem – Latein verfasste er 1820 in Berlin seine Dissertation. Die musste auch einen Lebenslauf enthalten. Darin heißt es: „Ego Davides Heilbronn Idibus Augusti anno Millesimo septingentesimo nonagesimo nono [...] natus sum.“³² Zu deutsch³³: „Ich, David Heilbronn, wurde am 13.

August 1799 [...] geboren.“ Dass er sich hier in der Jahreszahl schlicht vertan oder verschrieben haben könnte, ist wenig wahrscheinlich, wenn man zwei weitere, die Jugendjahre betreffende Angaben im Lebenslauf berücksichtigt: Heilbronn zog mit 12 Jahren nach Bielefeld, und er besuchte dort von 1813 an eine öffentliche Schule. Stimmt das Geburtsjahr 1799, so zog er also spätestens am 12. August 1812 in den Nachbarort. Mit jedem früheren Geburtsjahr würde die wachsende zeitliche Spanne zwischen Übersiedlung und Schulbeginn weniger plausibel.

Lebenslauf³⁴

„Ich, David Heilbronn, wurde am 13. August 1799 in einem Dorf des Fürstentums Lippe als Sohn von Eltern, die bis heute dort leben, geboren. Der Lehrer entratend, widmete ich mich der Lektüre, an die junge Leute, die für eine wissenschaftliche Laufbahn bestimmt sind, herangeführt zu werden pflegen, erst mit 12 Jahren, als ich unser Dorf verließ und in die benachbarte Stadt Bielefeld zog. Dort besuchte ich endlich im Jahre 1813 die öffentlichen Schulen, die damals unter der Leitung des hochberühmten Rektors Ruhkopf standen. Im folgenden Jahr verließ ich diese Stadt und ging nach Detmold, wo mich mehr als drei Jahre lang herausragende Männer, nämlich der bereits verstorbene Koehler sowie die Herren Preuss, Falkmann und Möbius, deren Andenken ich immer im Herzen tragen werde, mit Sorgfalt und Mühe in den Humanwissenschaften ausbil-



Erstes Schulgebäude der Lippischen Landesschule, ein ehemaliges Augustinerinnenkloster, von 1511/12.

Das Aquarell von August Eberth befindet sich in Privatbesitz (vgl. Anm. 37)



Heilbronns Lehrer Preuß

*Landesarchiv NRW,
Abt. Staatsarchiv Detmold,
D 75, Nr. 932) (vgl. Anm. 37)*



*Heilbronns Lehrer Falkmann
nach einer Zeichnung von
Julius Geißler.*

*Landesarchiv NRW,
Abt. Staatsarchiv Detmold,
D 75, Nr. 4499) (vgl. Anm. 37)*

deten. Anschließend, im Jahre 1817, begab ich mich nach Göttingen und begann dort mit dem Studium der Medizin. Es unterrichteten mich: Hempel in Skelettkunde, Langenbeck in der übrigen Anatomie und in Chirurgie, Schrader in Botanik, Stromeier in Chemie, Blumenbach in Physiologie, vergleichender Anatomie und Naturgeschichte, Hausmann in Mineralogie und Technik, Bouterweck in Logik und Ästhetik, Himly in Pathologie und allgemeiner wie spezieller Therapie sowie in Augenheilkunde, Osiander in theoretischer und praktischer Geburtshilfe. Nach Abschluss dieser Ausbildungsgänge ging ich gegen Ende 1818 an den blühenden Musensitz Berlin, wurde dort unter dem damaligen Rector Magnificus Weiß immatrikuliert und unter dem hochangesehenen Dekan Berends als Student der medizinischen Fakultät eingeschrieben. In dieser Zeit hörte ich folgende Fächer: Anatomie beim angesehenen Rudolph, Physiologie beim berühmten Osann, spezielle Therapie Teil eins beim hochberühmten Hufeland sen., Teil zwei beim berühmten Hufeland jun., Geburtshilfe beim bedeutenden Friedländer.

Ich fehlte auch unter denen nicht, die getreu den göttlichen Worten: „Prüfet alles, und das Gute behaltet“ [1.Thess. 5, 21; FWF] bei dem be-



Der Arzt und Medizingelehrte Christoph Wilhelm Hufeland (1762-1836) in jüngeren Jahren (Galerie hervorragender Ärzte und Naturforscher. Beilage zur Münchener medizinischen Wochenschrift, 1910, Bl. 258, München.

*Institut für Geschichte
der Medizin der
Universität Freiburg,
Bibliothek,
Bild-Archiv, SHI 307*

rühmten Wolfhart Mesmerismus hörten. Als ich mich schon der medizinischen Praxis zuwandte, besuchte ich so eifrig und regelmäßig ich nur konnte, die klinischen Schulen, welche der hochangesehene Hufeland leitet, für mehr als drei Semester, auch diejenigen, welchen der angesehene Berends vorsteht, und die chirurgischen unter der Leitung des angesehenen Graefe.

Nachdem ich nun die praktische und theoretische Prüfung vor unserer Universität abgelegt und [meine] Dissertation geschrieben und verteidigt habe, bitte ich darum, dass mir der ruhmreiche Ärztestand die höchsten Ehren in der Medizin verleihen möge.“

Bei Soll heißt es dann, es sei „bis jetzt [...] unklar“, wo Heilbronn nach seiner Bielefelder Zeit „seine Schulausbildung fortgesetzt“ habe.³⁵ Soll vermutet, das sei in Wolfenbüttel der Fall gewesen.³⁶ Von Heilbronns eigener Hand erfahren wir aber, dass er für über drei Jahre nach Detmold ging. Offenbar verlangte es ihn, aus dem zwar wirtschaftlich aufstrebenden, doch an Einrichtungen der Kultur und der klassischen Bildung eher schwach entwickelten Bielefeld in die anregende Atmosphäre der lippischen Residenz zu wechseln, „wo mehrere gebildete Menschen von einem gewissen Stand zusammengedrängt sind“.³⁷ Die lippische Fürstin Pauline, die von 1802 bis 1820 regierte, förderte Kunst und Wissenschaften und holte Lehrer ins Land, die in den Ideen der Aufklärung lebten. Das zog Schüler vom Schlage Heilbronns an. Als Ausbildungsstätte kam dabei nur die gymnasiale Stufe der bereits 1602 gegründeten Lippischen Provinzial- oder Landesschule, des späteren (ab 1833) Gymnasiums Leopoldinum, in Frage. Ein Gymnasium hätte aber auch in Bielefeld, ebenso

wie in Herford, für ihn bereit gestanden. Das gymnasiale Attraktivitätsgefälle zwischen Ravensberg und Lippe war offenbar so groß, dass preußische Schüler gerne die Gymnasien in Detmold und Lemgo besuchten, ehe die preußische Regierung das verbot.³⁸ Für Heilbronn's Wechsel von Bielefeld nach Detmold gibt es also gute Gründe. Eher ist zu fragen, warum er überhaupt erst nach Bielefeld ging. Denn die Lippische Landesschule hatte auch vorgymnasiale Klassen, die sogenannte Bürgerschule.³⁹ Vielleicht waren die hohen Lebenshaltungskosten in der Residenzstadt ausschlaggebend.

In Heilbronn's Lebenslauf heißt es, er habe sich in Detmold von den Lehrern Koeler, Preuss, Falkmann und Moebius in den „Humanwissenschaften“ ausbilden lassen. In der Tat zeigt die Chronik des noch heute bestehenden Leopoldinum, dass diese Lehrer dort gewirkt, ja sogar abwechselnd die Funktion des Direktors bekleidet haben.⁴⁰ Es waren die Männer, die in den Jahrzehnten nach 1810 „das Gesicht der Schule geprägt“, bei der Fürstin hohes Ansehen genossen und „auf das geistige und kulturelle Leben Detmolds bestimmenden Einfluß ausgeübt“ haben.⁴¹ Koeler, der älteste, war 1783 als Absolvent des berühmten Göttinger „Seminarium philologicum“⁴² nach Detmold berufen worden. Falkmann war vor seinem Wechsel an das Gymnasium sogar Privaterzieher der Prinzen gewesen. Er gab auch gelegentlich Gedichte heraus und verfasste ein noch lange nach seinem Tode gelesenes Buch über „Stylübungen“.⁴³ Koeler starb bereits 1818. Er, Falkmann und Möbius waren Altphilologen, Falkmann auch Deutschlehrer. Koeler und Möbius vermittelten zudem „Realkenntnisse“ in der ersten Bürgerschulklasse, die auch für Gymnasiasten offen stand. Der „Seiteneinsteiger“⁴⁴ Preuß, ein Ingenieur, hatte 1806 in Preußen seine Militärlaufbahn abrupt beenden müssen, war von Fürstin Pauline angeworben worden und unterrichtete nun Mathematik und Physik, in der ersten Bürgerschulklasse auch Deutsch. Mit seinen guten Verbindungen zu den Offizieren der Siegermächte im Kampf gegen Napoleon rettete er nach dessen Niederlage vermutlich sogar die staatliche Eigenständigkeit des Fürstentums Lippe, denn die Fürstin, die mit ihrem Land dem Rheinbund beigetreten und erst im November 1813 wieder ausgetreten war, hatte sich den Zorn der Alliierten zugezogen und bedurfte nun eines geschickten diplomatischen Unterhändlers. Preuß entledigte sich dieser Aufgabe mit Bravour.⁴⁵ Über Möbius, einen aus Thüringen stammenden, aber in Detmold heimisch gewordenen und hoch geschätzten Mann, weiß man sogar noch, dass er sich vergeblich und auf so komische Art bemühte, seinen Thüringer Dialekt zu unterdrücken, dass Christian Dietrich Grabbe – etwas jüngerer Mitschüler Heilbronn's am Leopoldinum – über ihn wohlwollend aber beißend gewitzelt hat.⁴⁶

Koeler stiftete schon früh seiner Schule einen Fonds für die „braveren armeren“ und die fleißigen Schüler.⁴⁷ Es ist sehr wohl möglich, dass Heilbronn, der ja aus ärmeren Verhältnissen kam und dessen Vater durch das Schulgeld und den Aufenthalt des Sohnes an fremdem Ort finanziell überfordert gewesen sein mag, in den Genuss dieses Fonds gekommen ist. Jedenfalls blieb er auch später, für sein Studium, auf ein Stipendium

angewiesen. Zumindest muss er das Fleißkriterium in Detmold erfüllt haben, denn er absolvierte das Gymnasium, für das andere bis zu zehn Jahren brauchten⁴⁸, einschließlich seiner Bielefelder Zeit in viereinhalb Jahren. Möglich wurde das dadurch, dass die Klassen nicht nach der Jährlichkeit, sondern nach dem Schwierigkeitsgrad und dem Pensum als Kurse festgelegt waren, mit der Möglichkeit, durch Bestehen einer der halbjährlich stattfindenden Prüfungen in die nächst höhere Klasse versetzt zu werden.⁴⁹ Konkret ist über Heilbronn's Leistungen am Gymnasium der Lippischen Landesschule aber leider nichts mehr zu erfahren, da die Vorlagen für die Reifezeugnisse erst ab 1831 systematisch aufbewahrt wurden.⁵⁰

Spätestens am Detmolder Gymnasium wird Heilbronn seine liberale und soziale Prägung erfahren haben. Welchen fortschrittlichen Geist die Lippische Landesschule insgesamt geatmet hat, ist nicht zuletzt daran zu erkennen, dass sie neben Grabbe auch Ferdinand Freiligrath und andere, außerhalb des Lipperlandes weniger bekannte, aber darum nicht weniger leidenschaftliche Protagonisten des Vormärz hervorgebracht hat.⁵¹

„Anschließend“, so heißt es in Heilbronn's Lebenslauf weiter, „begab ich mich im Jahre 1817 nach Göttingen und begann dort mit dem Studium der Medizin“. Auch machte er dort eine Ausbildung in praktischer Geburtshilfe. Nach deren Abschluss zog es ihn „an den blühenden Musensitz Berlin“, wo er am 12. Dezember⁵² 1820 zum Dr. med. promoviert wurde. Sein Dissertationsthema: „De variis cataractae curandae methodis“ (Über verschiedene Heilmethoden bei Grauem Star). Die Arbeit besteht aus vier Kapiteln, die insgesamt 15 Seiten [!] umfassen, dazu Vorwort, Lebenslauf und Benennung der Literatur [10 Titel!]. Heilbronn musste seine Thesen vor einem dreiköpfigen akademischen Fachgremium verteidigen – mit „höchsten Auszeichnungen“, wie ihm bescheinigt wurde.⁵³

Ob David Heilbronn, wie es später im Nachruf heißen wird, „ein Lieblingschüler Hufelands“ war, lässt sich aus den akademischen Unterlagen natürlich nicht nachvollziehen. Fest steht nach Heilbronn's eigenem Bekunden⁵⁴, dass er bei Hufeland vorrangig studiert hat und dass er diesem im Vorwort seiner Arbeit besonderen Dank und besondere Ehrerbietung zollt. Der Einfluss Hufelands, eines Gelehrten, der in Solls Worten „die Lehren der naturgegebenen Heilweise mit den medizinischen Forschungsergebnissen seiner Zeit verband“, wird auch daran deutlich, dass Heilbronn in seiner fünften Dissertationsthese festhält: „Die Homöopathie kann nicht vollständig verworfen werden“, und dass er im Studium auch „Mesmerismus“ – eine Vorform der heutigen Hypnosetherapie – belegt hatte.

Nach Studium, Promotion und anschließenden Praxiskursen in Berlin ließ sich Heilbronn vermutlich recht bald in Minden als praktischer Arzt und Geburtshelfer nieder.⁵⁵ Auch wird er schon um diese Zeit die jüdische Mindener Bürgerstochter Regine Cahen geheiratet haben.⁵⁶ Sie war, wie ihr – etwas abseits von dem ihres Mannes stehender – Grabstein in Hausberge ausweist, dreieinhalb Jahre jünger als er, überlebte ihn aber um elf

Frontseite
einer Ausgabe
der Porta-
Westphalica.

Kommunal-
archiv Minden,
Bibliothek,
Zs 304



Jahre. Dem Paar wurden nicht weniger als neun Kinder geboren, bis auf einen früh verstorbenen Sohn alles Mädchen⁵⁷ – mit der Folge, dass es vor und nach dem Ehepaar David und Regine Heilbronn keinen Träger gleichen Nachnamens in Minden gegeben hat. Denn seine Eltern waren ja in Oerlinghausen geblieben.

Heilbronn war 1836 unter der Hausnummer 624a in Minden registriert.⁵⁸ 1846 wohnte er laut Einwohnerliste im heutigen Trockenhof 2. Kurze Zeit später verlegte er Wohnsitz und Praxis an den heutigen Scharn 7.⁵⁹ Vermutlich gaben der Familienzuwachs, eine für die Praxis jeweils günstigere Lage und ein zunehmendes Einkommen, das eine Anhebung des Wohnstandards erlaubte, den Ausschlag für den mehrfachen Umzug. Nach Herzig⁶⁰ verdiente Heilbronn 1849 500 Taler und zählte damit zur Mittelschicht der jüdischen Gemeinde.

Ein weiterer Grund für die Umzüge nach Maßgabe seiner finanziellen Möglichkeiten wird nicht zu vernachlässigen sein. Heilbronn brauchte und suchte den intellektuellen und politischen Gedankenaustausch, führ-

te aus diesem Grunde sicher ein offenes Haus und benötigte dazu hinreichend repräsentative Räume, die auch Platz für einen Diskussionszirkel boten.

Die Schicht der Intellektuellen, die Heilbronn als Rekrutierungsreservoir geistig anspruchsvoller Freunde und Gesprächspartner zur Verfügung stand, war so klein nicht. Nach langer intellektueller Stagnation der Garnisons- und „Cantonisten“-Stadt hatte nach den Befreiungskriegen in Minden ein reges geistiges Leben eingesetzt⁶¹, in das Heilbronn schon bald nach seinem Zuzug hineinwuchs. Mittelpunkt eines liberal bis konservativ geprägten Zirkels waren – von 1817 bis 1820 und dann wieder ab 1824 – der Gründer und erste Redakteur des Mindener „Sonntagsblattes“, Regierungsrat Leopold Freiherr von Hohenhausen, sowie dessen Redaktionsnachfolger, der Medizinalrat und Dichter Dr. Nicolaus Meyer, und Hohenhausens Ehefrau Elise als musische „Seele des Unternehmens“ wie der Stadt insgesamt.⁶² Meyer war überregional bekannt. Er stand mit Goethe und dessen Frau Christiane im Briefwechsel. In Jena hatte sich „ein väterlich-freundschaftliches Verhältnis Goethes zu dem jungen Studenten“ entwickelt, das zeitlebens anhielt. Meyer hatte Goethe sogar seine Dissertation gewidmet, seine Hochzeitsreise zu ihm gemacht und auch zu anderer Zeit mehrere Wochen im Haus am Frauenplan verbracht.⁶³ Kein Wunder, dass Goethe ihn zu mancherlei Dichtung und Schriftstellerei ermunterte, der er eifrig, wenn auch – was das Poetische betrifft – mit zum Teil zweifelhaftem Erfolg nachging.⁶⁴ Auch fachlich genoss Meyer großes Ansehen. Er hatte einen von Napoleon ausgeschriebenen Forschungspreis gewonnen, und ein von ihm entdeckter Knochen wurde nach ihm benannt. Weil er wegen Krankheit einem Ruf nach Weimar nicht hatte folgen können, begab er sich in die Obhut von Verwandten nach Minden, wo er nach seiner Genesung blieb und mit der Leitung des Militärhospitals betraut wurde. In Minden gründete er mit der Zeit zahlreiche gemeinnützige Einrichtungen und galt schließlich als „Vater der Armen“.⁶⁵ So war Meyer für Heilbronn ein in jeder Hinsicht interessanter, in seiner fachlichen Provenienz und seinem sozialen Engagement auch kongenialer Gesprächspartner.

Auch das Ehepaar von Hohenhausen führte ein aufgeklärtes, offenes Haus. Elise, eine damals viel gelesene Dichterin, Journalistin, Schriftstellerin und Übersetzerin, betrieb einen musisch-literarischen Salon, Leopold gründete 1821 mit Meyer und anderen die „Westphälische Gesellschaft für Cultur und das Wohl des Vaterlandes“. Diese gab eine Zeitschrift mit dem Titel „Westphälische Provinzial-Blätter“ heraus, die eine heimatbezogene Verbindung von Wissenschaft, Kultur und Gemeinwohl pflegte. Der Vorbereitungskommission gehörte auch Heilbronn an.⁶⁶ So wird dessen Name auch Goethe bekannt geworden sein, denn Meyer trug Goethe ein „Ehrendiplom“ der Gesellschaft an, das dieser auch nicht abgelehnt haben kann, taucht sein Name doch bald in den Jahresberichten der Gesellschaft neben Gneisenau, Rauch, Schlegel und Vincke unter den 42 Ehrenmitgliedern auf.⁶⁷

Diesem liberal- bis konservativ-christlichen Kreis um Meyer und die von

Hohenhausens traten später ein demokratisch gesinnter Kreis um die Lehrer Hertzberg, Kapp, Buch, Westphal und Kniebe sowie zeitweilig ein Lesezirkel um die Offiziere Anneke und Korff gegenüber.⁶⁸ Hinzu kamen geistig und politisch interessierte Ärzte und Buchhändler. Vor der politischen Zuspitzung von 1848/49, in der viele Protagonisten erst richtig Farbe bekannnten, war das gesellschaftliche Leben in Minden noch nicht so stark polarisiert, und es wäre nach Heilbronns Vita wie nach seiner in der Redaktionstätigkeit aufscheinenden Denkungsart mehr als verwunderlich, wenn er nicht – auf der Suche nach Wahrheit, Recht und Gemeinwohl – intensive Kontakte in alle diese Diskussionszirkel hinein gepflegt hätte.

Würdigung des fachlichen Werdegangs

Das Bedürfnis nach Weiterbildung und Bewusstseinerweiterung durch ein anregendes, kommunikatives Umfeld muss David Heilbronn schon früh eigen gewesen sein. Es ist ja nicht selbstverständlich, dass der Sohn eines jüdischen Pferdehändlers mit vier Morgen Pachtland, eines Mannes zudem, der mit frommem Eifer den Gottesdienst der kleinen Judengemeinde zu reformieren trachtete⁶⁹, nicht wie offenbar sein älterer Bruder zur Judenschule ging, sondern sich an fremdem Orte in den alten Sprachen und im „humanistischen“ Geiste ausbilden ließ. Da Latein die Voraussetzung für ein Hochschulstudium war⁷⁰, ohne ein solches aber eine brotlose Kunst gewesen wäre, ist bei Heilbronn schon im Alter von 14 Jahren die zielstrebige Ausrichtung auf einen akademischen Beruf zu erkennen. Um das Exzeptionelle dieser Zielstrebigkeit würdigen zu können, muss man wissen, dass das Fürstentum Lippe zur Zeit von Heilbronns Wechsel nach Detmold etwa 80.000 Einwohner, aber nur etwa 60 Gymnasialisten hatte.⁷¹

Doch auf dem Weg zum Akademiker gab es für einen Juden erhebliche gesellschaftliche Hindernisse zu überwinden. Die Rekrutierung für höhere Berufe geschah bis ins 19. Jahrhundert gewöhnlich im Erbwege oder durch Ämterkauf. Ein Angehöriger einer sozialen Unterschicht oder einer diskriminierten Gruppe hatte da keine Chance.⁷² Doch dieses sozialelitäre System wurde im Zuge der Stein'schen Reformen in Preußen durch ein objektives Qualifizierungsverfahren abgelöst. Das preußische Vorbild strahlte auf die angrenzenden, vor allem die kleineren norddeutschen Staaten aus.⁷³ Preußen hatte schon 1788 – Lippe sogar sechs Wochen früher als Preußen⁷⁴ – die Reifeprüfung eingeführt, davon aber noch nicht zwingend den Universitätszugang abhängig gemacht. Lediglich der Genuss eines Stipendiums blieb ohne Abitur ausgeschlossen.⁷⁵ 1812 machte Preußen die Reifeprüfung dann zur alleinigen Voraussetzung für das Studium. Allerdings wurde jedem Gymnasium noch bis 1834 sein individuelles Profil belassen; erst dann wurde das Standardabitur eingeführt.⁷⁶ Latein gehörte aber in jedem Falle zum Ausbildungsprogramm.

Doch das Abitur war ja nur die formale Voraussetzung. Als Heilbronn in Göttingen zu studieren begann, dürfte es in ganz Deutschland erst

knapp 10.000 Studenten gegeben haben.⁷⁷ Und unter ihnen nur wenige Juden, obwohl Juden schon lange vor der rechtlichen Gleichstellung (in Preußen 1812) Zugang zu Universitäten hatten und diesen gelegentlich auch nutzten.⁷⁸ Damals war „die Universität ein Ort christlicher Professoren und Studenten“, und es waren „die christlichen Universitäten in Deutschland vor allem evangelische Universitäten“.⁷⁹ Umso höher ist es einzuschätzen, dass der Sohn eines jüdischen Kleinbürgers den Sprung aus der westfälischen Provinz in das akademische Umfeld des Leibarztes Friedrich Wilhelms III. schaffte.

Vielleicht hatte ihm das aber auch nur im Fach Medizin gelingen können. Denn die medizinische Versorgung hatte unter den Juden schon einen hohen Stand gehabt, als sie in Teilen noch auf einer vorakademischen, handwerklichen Grundlage praktiziert wurde. Als sie sich dann zunehmend akademisierte, spürten viele Berufsanwärter naturgemäß die Neigung zum Studium. Schon 1678 wurde der erste jüdische Medizinstudent in Deutschland immatrikuliert, 1721 der erste promoviert, und von 1724 bis 1800 erlangten in Halle immerhin 59 Juden den medizinischen Dokortitel.⁸⁰

Dennoch: Das war deutlich weniger als einer pro Jahr, und auch 20 Jahre später blieben die studierenden Juden an den deutschen Universitäten eine kleine Minderheit. Wollten sie reüssieren, mussten sie Besonderes leisten. Heilbronn leistete ausweislich seiner Promotionsnote Besonderes, und man könnte sich vorstellen, dass er bei seiner zielstrebigem Art auch mit einer eigenen Professorenlaufbahn geliebäugelt hat. Hätte ihm denn nicht die Fürsprache Hufelands, des Doyens der Berliner Medizin, sicher sein dürfen? Doch die ordentliche Professur war den allermeisten Juden verwehrt. Nicht rechtlich. Nur: Die Hochschulen rekrutierten den Nachwuchs für ihren Lehrkörper selber, und dieser war fest in der Hand des christlichen Professorenklubs. Sich habilitieren hätte Heilbronn noch dürfen, doch mit einer Berufung hätte er nicht rechnen können⁸¹ – es sei denn, er hätte sich taufen lassen.⁸²

Gerade das aber wollte er offensichtlich nicht. Vielmehr bekannte er sich gerade zu seinem Judentum, um dessen Anerkennung, aber auch Reform, es ihm ging. Schon in seiner Berliner Zeit hatte er sich einem „Verein für Cultur und Wissenschaft der Juden“ angeschlossen und war sogar dessen Vizesekretär geworden. Diesen Posten wird nach ihm Heinrich – damals noch Harry – Heine einnehmen. Der Verein hatte sich die gesellschaftliche Emanzipation und geistig-kulturelle Integration der deutschen Juden zum Ziel gesetzt. Im Sinne dieser Ziele wurde Heilbronn nun auch in Minden aktiv. Dank seiner Initiative kam es schon wenige Jahre nach seinem Zuzug zur Gründung eines Vereins zur Beförderung von Handwerken unter den Mindener Juden, der Teil eines regionalen Netzwerks mit Münster als Schulungszentrum wurde und auch eine „Unterstützungs-Anstalt für Söhne Unbemittelter, die ein Handwerk erlernen wollen“, einschloss.⁸³ Dazu angeregt worden sein mag er durch seine eigenen Jugenderfahrungen. Seine Eltern hatten sich bemüht, dem Begabten fürs Studieren ein Stipendium zu verschaffen. Zunächst war versucht

worden, dafür die Mittel einer Handwerkskasse in Anspruch zu nehmen, die man nach 1809 – als den lippischen Juden grundsätzlich der Zugang zum Handwerkerberuf geöffnet worden war – errichtet hatte, um Ersatz zu stellen, wenn sie mühsam einen Lehrherrn gefunden hatten, zugleich aber zum Militärdienst eingezogen wurden. Dieser Antrag war indes abgelehnt worden. Nach sicher bangem Warten bekam David Heilbronn dann aber doch noch sein Stipendium: aus einer Militärunterstützungskasse, die zwar im Wesentlichen für kriegsversehrte Juden gedacht war, deren etwaige Überschüsse aber zur Förderung der Ausbildung junger Mitglieder der jüdischen Gemeinden im Fürstentum eingesetzt wurden.⁸⁴ So wusste Heilbronn aus eigener Anschauung, was es bedeutete, als lernbegieriger junger Angehöriger einer latent oder manifest diskriminierter Minderheit im rechten Augenblick die nötige Förderung zu bekommen. Auch in späteren Jahren engagierte er sich für das Gemeinwohl. So wurde er 1845 Mindener Stadtverordneter.⁸⁵ Wohl in der Erkenntnis, dass die jüdische Minderheit in einem wieder antisemitischer werdenden Umfeld auf besonderen Zusammenhalt angewiesen war, sorgte er 1850/51 auch für die Reintegration der in einen Reform- und einen eher orthodoxen Verein gespaltenen Mindener Juden.⁸⁶ Er schaffte das, ohne offenbar seinem liberal-aufklärerischen Anliegen untreu zu werden.

Bereits 1831 muss Heilbronn in Minden hohes fachliches Ansehen genossen haben, das ihm einen ehrenhaften Auftrag eintrug. Jenes Jahr zeichnete sich durch häufige und schwerwiegende Epidemien in Deutschland aus: Influenza, Wechselfieber, europäische Brechruhr, asiatische Cholera, um sie in Heilbronn's Worten zu benennen. Besonders schlimm wütete die Cholera. Es war die erste bis nach Westeuropa vorgedrungene Pandemie. Ihr fielen in Deutschland u.a. Clausewitz, Gneisenau, Blücher und Hegel zum Opfer.⁸⁷ Chamisso erkrankte, überlebte aber. Berlin wurde ab August heimgesucht. Schon als die Seuche Mitte Juli in Posen, der Hauptstadt des damaligen preußischen Großherzogtums Polen, ausgebrochen war, hatten die Staaten des Deutschen Bundes Ärzte nach dort geschickt, um sondieren zu lassen, wie ein Übergreifen auf das eigene Staatsgebiet verhindert werden könnte.⁸⁸ So wurde auch Heilbronn im Oktober von der Regierung Minden nach Berlin gesandt, um zu untersuchen, wie der Krankheit im Mindener Lande zu begegnen oder besser noch vorzubeugen sei. Über seine Ergebnisse verfasste er eine Schrift: „Mittheilungen über die Cholera-Epidemie in Berlin“.⁸⁹ Sie ist nach der Dissertation das zweite überlieferte Produkt des ‚Schreibers‘ Heilbronn.

Im Jahre 1848 taucht David Heilbronn dann als „Redacteur“ der neuen Mindener Zeitschrift „Porta-Westphalica“ auf. Lapidar wird er im Impressum als solcher erwähnt. Und zwar allein. Das schließt nicht aus, dass er in seinem Verleger eine redaktionelle Unterstützung hatte. Dafür spricht, dass dieser später allein die Redaktion übernahm. Auch können dem Blatt Beiträge von außerhalb angeboten worden sein. Die Annahme, dass diese dann auch namentlich hätten gezeichnet sein müssen, griffe zu kurz. Denn wegen des politisch brisanten Inhalts vieler Beiträge mö-

gen externe Verfasser um Anonymität geradezu gebeten haben.⁹⁰ Wir dürfen aber davon ausgehen, dass ein Großteil der nicht-gezeichneten Berichte, Erzählungen und Verse aus Heilbronns Feder stammt. Die übrigen wird er immerhin redaktionell bearbeitet haben. Zwar hatte die Einzelausgabe jeweils nur wenige Seiten, und die Zeitschrift war von kleinem Format. Doch sie erschien zweimal wöchentlich, und so muss die rein nebenberufliche Arbeit daran selbst einen Mann „in den besten Jahren“ viel Kraft gekostet haben.

Einige Spekulationen zum inneren Antrieb Heilbronns

Diese Leistung legt die Versuchung nahe, nach einigen Charaktereigenschaften David Heilbronns zu fragen. Es sei erneut betont, dass wir uns hier auf der Ebene der Deutung bewegen. Sein Bildungshunger wird schon aus dem selbstverfassten Lebenslauf deutlich, den er wie jeder Doktorand seiner Dissertation beifügen musste. Indizien gibt es auch für seinen großen Fleiß. Da ist einmal das rasche Durchlaufen des Gymnasiums. Da ist zweitens das noch junge Alter – 21 Jahre –, in dem er zum Dr. med. promoviert wurde. Da ist zum dritten die enorm kurze Frist von anderthalb Monaten, die zwischen seinen Berliner Cholera-Studien und dem Erscheinen seines Buches von 80 Druckseiten verstrich. Solche Eile war zwar geboten, denn die Seuche drang rasch nach Westen vor, und es galt, die Ärzte der Mindener Region rechtzeitig mit Informationen und therapeutischen Leitlinien zu versorgen. Doch man muss sich einer solchen Aufgabe erst einmal stellen und sie dann auch noch bewältigen.

Dazu gehörte in diesem speziellen Falle auch großes mitmenschliches Engagement und ein enormer Mut. Heilbronn war Privatmann und konnte von einer Regierungskommission nicht in die Pflicht genommen werden, sich ins Zentrum einer tödlichen Epidemie zu begeben. Das, zumal man damals noch nicht wusste, ob es sich bei der Cholera um eine ansteckende Krankheit handelte. In Königsberg waren daran zwei Prozent der Bevölkerung gestorben. In Berlin forderte sie nach amtlichen Angaben 1.426 Todesopfer – bei hoher Dunkelziffer. Professoren hatten fluchtartig die Humboldt-Universität verlassen. König Friedrich Wilhelm III. war drauf und dran gewesen, sich mit seinem Hof in Charlottenburg einzuigeln – wenn nicht just dort das erste Opfer zu beklagen gewesen wäre.⁹¹

Doch Heilbronn reiste hin.⁹² Es ist müßig, darüber zu spekulieren, inwieweit hier seine persönliche Berufung als Arzt zum Tragen kam, und inwieweit vielleicht auch das Aufgreifen einer guten Gelegenheit zu beweisen, dass der preußische Staat recht daran tat, den Juden nach Jahrhunderten der Diskriminierung endlich die vollständige Integration in die Gesellschaft zu ermöglichen. Es gibt Beispiele zuhauf, dass jüdische Bürger ‚preußische Tugenden‘ mehr pflegten als nicht-jüdische Deutsche.

Sicher war Heilbronn auch von großem beruflichem Ehrgeiz beseelt und nicht frei von – zumindest fachlicher – Eitelkeit. Das wird deutlich, wenn er im Vorwort seiner Cholera-Studie mit Genugtuung festhält, dass seine

epidemiologisch-analytischen Ergebnisse noch während der Drucklegung seiner Schrift durch die Arbeiten zweier hoch angesehener Fachprofessoren bestätigt worden seien. In der Tat beeindruckt die Luzidität, mit der er den „miasmatischen“ – im Gegensatz zum „contagiosen“ – Charakter der Cholera deduziert, selbst den Laien. Auch diese seine Theorie der Seuchenverbreitung über Miasmen (Ausdünstungen) war zwar falsch, doch weit weniger als die vom Contagium (Ansteckung von Mensch zu Mensch). Die richtige Lösung hätte ihn, wie jeden seiner Zeitgenossen, schlicht überfordert. Es dauerte noch ein knappes Vierteljahrhundert, bis die tatsächliche Krankheitsursache – der bakterielle Choleraerreger, der sich über verseuchtes Trinkwasser verbreitet – erkannt, und ein halbes Jahrhundert, bis dieser durch Robert Koch isoliert werden konnte.

So mussten zwar Heilbronns Ideen zur Prophylaxe gegen die Cholera weitgehend wirkungslos bleiben. Jedenfalls gilt das für seine diätetischen Empfehlungen. Andererseits konnten diese auch nicht schaden. Sein Plädoyer für Körper- und Wohnungshygiene, Mäßigkeit im Genuss, Beachtung der natürlichen Körpersignale, Vermeidung von Aufgeregtheit zeugen darüber hinaus vom Sinn für schlichten Lebensstil, gesundem Menschenverstand und aufgeklärtem Verhältnis zur Natur. Hier erweist sich Heilbronn als gelehriger Schüler Hufelands. Richtig war seine Beobachtung, dass eine allgemein schwache Abwehrkraft oder gar ein manifester Infekt anderer Art auch die Anfälligkeit für die Cholera erhöht.

Neben seinen intellektuellen Qualitäten zeigt David Heilbronns Fachbuch aber auch bereits die sprachliche Geschliffenheit seiner Texte. Sind somit an der Fähigkeit zum Schreiben keine Zweifel erlaubt, fragt man sich nach der Lektüre vieler Texte Heilbronns, ob dieser denn kokettierte, wenn er im Vorwort zur Cholera-Studie auch schreibt, ohne den Regierungsauftrag würde es ihm „nicht in den Sinn gekommen sein, das Heer der großen und kleinen Schriften über die Cholera zu vermehren“, da er „eben nicht zu den Schreiblustigen“ gehöre. Mag das erstere noch zutreffen, das letztere kann nicht stimmen. Es sei denn, Heilbronn hat sein schriftstellerisches Talent erst während der Arbeit an der Cholera-Studie entdeckt. Das wäre durchaus nicht unplausibel. Zwar war es nicht seine erste Schrift. Doch scheint eine auf Lateinisch abzufassende Dissertation nicht gerade geeignet, Leidenschaft für den Ritt auf dem Pegasus zu entfachen. Jedenfalls sollte es für jemanden, der „sich an den poetischen Meisterwerken aller Völker (erfrischte), die in ihm einen feinen und geschmackvollen Kenner verloren“ – so nachzulesen im Nachruf auf David Julius Heilbronn⁹³ –, wohl nur eines Anstoßes bedurft haben, damit er selber zur Feder griff.

Was besagt der Titel des Sanitätsrats?

Nach Soll ist es „bisher unklar“, warum Heilbronn im Jahre 1861 zum Sanitätsrat ernannt wurde⁹⁴ – ein Ehrentitel, der auch in seinen Grabstein eingraviert ist. Unklar deshalb, weil über Heilbronns ärztliches wie gesellschaftlich-politisches Wirken nach 1851 keine Informationen mehr vorlie-

gen. Es ist aber sehr wohl möglich, dass ihm mit der Verleihung dieses Titels eine späte Ehrung für seinen weit über das Übliche hinaus gehenden Einsatz zur Zeit der Cholera zuteil wurde. Dieser Grund kristallisiert sich nach dem Ausschlussprinzip heraus. Denn benennen lässt sich, wofür er nicht ausgezeichnet worden sein kann. So handelte es sich z.B. um keine Routineauszeichnung. Mit einer solchen hätte Heilbronn allenfalls zu seinem 50. Dienstjubiläum rechnen können⁹⁵, also nicht vor 1871. Auch nicht bei seinem Eintritt in den Ruhestand, der theoretisch in das Jahr 1861 – er wurde damals 62 Jahre alt – hätte fallen können. Denn einmal wünschten Seine Majestät, anders als für Beamte bei der Pensionierung, „Anträge auf Gnadenbezeigungen an Ärzte aus Anlaß der Niederlegung ihrer Praxis vermieden zu sehen“.⁹⁶ Zum anderen wurde Heilbronn bis zu seinem Tode in den Nachweisen der Regierung als praktizierender „Arzt und Geburtshelfer“ aufgeführt.⁹⁷ Für eine Altersehrung hätte nicht einmal der 70. Geburtstag ausgereicht.⁹⁸ Ausnahmen von diesen Grundsätzen führten zu einem Vorgang in den Akten, was mit Bezug auf David Heilbronn nicht der Fall war. Eine Chance in Abweichung von der Regel hätte er nur dann gehabt, wenn Majestät im Jahre 1861 Minden besucht haben würde.⁹⁹ Davon ist nichts bekannt. Des Weiteren scheidet aus, dass Heilbronn für Verdienste in einem Amt oder „im Felde“ geehrt worden ist. Denn für die Teilnahme – schon gar als Arzt – am Feldzug 1813/1815 war er noch zu jung, und ein Amt hat er nie bekleidet.¹⁰⁰

Nach einem königlichen Erlass, an den aus Berlin wiederholt erinnert wurde, sollte für den Titel nicht mehr als jährlich etwa ein Prozent der Ärzte, und zwar mindestens 20 Jahre nach ihrer Approbation, vorgeschlagen werden, „vorbehaltlich selbstredend, daß sachlich eine besondere Auszeichnung überhaupt als wohlverdient erscheint“, so festgehalten etwa im April 1874.¹⁰¹ Ein Prozent, das waren im Regierungsbezirk Minden nach einer Aufstellung des Ministeriums um 1899 von 229 Ärzten nicht mehr als zwei.¹⁰² Ausdrücklich wurde auch das bloße Anciennitätsprinzip verworfen. Andererseits wurde nicht nur herausragende Tüchtigkeit im Beruf vorausgesetzt, sondern auch „ein sonstiges allgemeines Verhalten [...], welches nach jeder Richtung hin einwandfrei sein muß“.¹⁰³ Das bemaß sich vor allem an der politischen Orientierung, die, neben der Religion, im Antrag mit angegeben werden musste. Von den gegen Ende des Kaiserreichs in Vorschlag gebrachten Ärzten waren nicht mehr als 4,5 % liberal oder freisinnig. Bei einem Kandidaten wurde ausdrücklich herausgestellt, dass er „nicht mehr sozialdemokratisch“ war. Dabei ist nicht einmal gesagt, dass die betreffenden Herren überhaupt zum Zuge kamen und das Gesuch für sie nicht verworfen wurde. Die Verhältnisse dürften 1861 nicht wesentlich anders gewesen sein (vgl. Tabelle auf Seite 29).¹⁰⁴

Berücksichtigt man dieses Ausleseverfahren und unterstellt, dass David Heilbronn sich nicht vom Liberalen zum Konservativen gewandelt hatte und damit auch nicht hinterm Berge hielt, so muss man zu folgendem Ergebnis kommen: Seine fachlichen Verdienste müssen als so herausragend angesehen worden sein, dass sie den 1848 aktenkundig gewordenen und

Konfessionelle und politische Orientierung der für einen Ehrentitel vorgeschlagenen Ärzte in Preußen

STAND GEGEN ENDE DES KAISERREICHS

Konfession, Orientierung	Geheime Sanitätsräte		Sanitätsräte	
	Zahl	%	Zahl	%
NACH KONFESSION				
Evangelisch ^a	62	69,7	222	58,6
Reformiert	0	0,0	3	0,8
Katholisch	21	23,6	69	18,2
Mosaisch	6	6,7	72	19,0
Dissident	0	0,0	3	0,8
Ohne Angabe	0	0,0	10	2,6
Insgesamt	89	100,0	379	100,0
NACH POLITISCHER ORIENTIERUNG				
Konservativ ^b	5	5,6	47	12,4
„National gesinnt“	33	37,1	146	38,5
„Einwandfrei“	2	2,2	23	6,1
Nationalliberal	18	20,2	55	14,5
Liberal	1	1,1	12	3,2
Zentrum	12	13,5	34	9,0
Freisinnig	3	3,4	5	1,3
„Nicht mehr sozialdemokratisch“	0	0,0	1	0,3
Nicht hervorgetreten	13	14,6	40	10,6
Ausländer ^c	0	0,0	3	0,8
Ohne Angabe	2	2,2	13	3,4
Insgesamt	89	100,0	379	100,0

a) Einschl. "ev.-luth."

b) Einschl. "königstreu und "freikonservativ"

c) Zwei Polen, ein Welfe

Quelle: Eigene Zusammenstellung nach GStAPK, HA I Rep 76 Kultusministerium,
VIII B Nr. 646

1860/61 sicher noch in regierungsamtlicher Erinnerung gewesenen Mangel an „einwandfreier“ Gesinnung überspielen konnten. Dass sich die Herausgabe von Heilbronn's Schrift über die Bekämpfung der Cholera 1861 zum dreißigsten Male jährte, mag für die Initiatoren der Ehrung ein willkommener Anlass gewesen sein. Heilbronn's Judentum stand der Auszeichnung offenbar von vornherein in keiner Weise entgegen. Denn, wie die Tabelle zeigt, war ein beachtlicher Prozentsatz der zum Sanitätsrat vorgeschlagenen Ärzte mosaischen Glaubens. Bei den Beförderungen zum Geheimen Sanitätsrat – für Heilbronn hätte sie frühestens 1871 angetan¹⁰⁵ – war die Hürde für Juden allerdings ersichtlich höher.

Die Brücke vom Fachbuchautor zum Journalisten

Von 1831 bis 1848 ist über weitere schriftstellerische Arbeiten Heilbronn's nichts bekannt. Nun, im Revolutionsjahr, tritt er plötzlich als politischer Journalist und Redakteur in Erscheinung. Liegt dazwischen ein Bruch? Oder lässt sich zwischen dem Fachbuchautor und dem politischen Schriftsteller eine Brücke schlagen?

Ich denke, ja. Es kam wohl nicht von ungefähr, dass sich Heilbronn gerade für eine Untersuchung über die Cholera zur Verfügung stellte. Sie grassierte vor allem in den Elendsvierteln der Städte. Sie war eine Krankheit der armen Leute, die in unsauberer Verhältnissen leben mussten und zu wenig zu essen hatten, um körperliche Widerstandskräfte zu sammeln. Als die Seuche ausgerechnet im Revolutionsjahr 1848 erneut in Berlin ausbrach, diesmal sogar noch weit mehr Menschen dahintrug als 17 Jahre zuvor, sollte kein Geringerer als der sozial engagierte, der Revolution nahe stehende, berühmte Berliner Kollege Heilbronn's, Rudolf Virchow, auf diesen Sachverhalt hinweisen: „Epidemien gleichen grossen Warnungstafeln, an denen der Staatsmann von grossem Styl lesen kann, dass in dem Entwicklungsgange seines Volkes eine Störung eingetreten ist, welche selbst eine sorglose Politik nicht länger übersehen darf“.¹⁰⁶

Hier wird mitmenschliche Empathie zur politischen Anklage. Heilbronn's Fachbuch von 1831 lässt auch bei ihm solche Empathie erkennen. Sein furchtloser Einsatz zur Erforschung der Cholera-Ursachen wird nicht zuletzt seinem Wunsch entsprungen sein, den Armen und Unterprivilegierten ein besseres Leben zu ermöglichen. Nur dass er daraus noch kein politisches Credo macht. Noch hat er vielleicht die Hoffnung, dass sich in Deutschland ohnehin politische Verhältnisse entwickeln werden, die den sozialen Ausgleich und damit bessere Lebensbedingungen für die Armen bringen werden.

Im Jahre 1848 sind es wiederum die Unterprivilegierten, für die sein Herz schlägt. Doch nun ist er skeptisch, was die Politik angeht. Er sieht die reaktionären Kräfte überall in Deutschland, und nicht nur dort, am Werke. Nun verliert er kein Wort mehr über die erneut grassierende Cholera. Nun geht es ihm um mehr: um die Erlangung der Demokratie, die auch den sozialen Ausgleich erst ermöglichen wird. Dafür kämpft er mit dem friedlichen Mittel des Wortes.

„Redaction Dr. Heilbronn“

Als am 31. März 1849 ein Zug der noch jungen Köln-Mindener Eisenbahn auf dem Mindener Bahnhof hielt, entstieg ihm eine Delegation der Frankfurter Nationalversammlung. Sie war auf dem Wege nach Berlin, wo sie dem preußischen König Friedrich Wilhelm IV. die deutsche Kaiserkrone anbieten wollte, und machte in Minden für zwei Tage Station. Die Honoratioren und Bürger der Stadt bereiteten ihr einen feierlichen Empfang. Heilbronn berichtet darüber am 5. April in Ausgabe Nr. 28 der „Porta-Westphalica“: „Damit von hieraus [d.h. von Minden aus; F.W.F.] der Wille des Volkes als Zustimmung zu der preußischen Kaiserwahl sich dokumentiren könne, ward eine Adresse an den König von Herrn Schelle vorgelesen“. Doch er fügt hinzu: „Ein Amendement von Todet, welchem zufolge gerade darauf der meiste Nachdruck gelegt werden sollte, dass vom deutschen Volke¹⁰⁷ ihm jene Krone (kraft der Souveränität der Nationalversammlung) freiwillig übertragen werde, wie dies in der Geschichte bei vielen Königen (z.B. Wilhelm III. von England, Heinrich IV. von Navarra, Louis Philipp, Gustav Wasa etc.) der Fall gewesen ist, wurde aus Gründen der Politik, durch Stimmenmehrheit beseitigt, (wobei auch wohl die Rücksichten auf das ‚Gottesgnadenthum‘ eine schonende Behandlung dieses delikaten Punktes erheischt haben mochten.)“.

Was Heilbronn hier als um objektive Berichterstattung bemühter ‚Reporter‘ diplomatisch umschreibt oder redaktionell absegnet, wird ihm auf den Meinungsseiten seines Blattes zum Gegenstand scharfzüngiger Aufklärung und politischer Angriffslust: der in Deutschlands Militär und Beamtenschaft vorherrschende reaktionäre Geist und die auch in den großbürgerlichen Kreisen des Landes um sich greifende politische Korruption, hier hervorgerufen durch Wohlstand und Besitz. Diese Kräfte sah Heilbronn auch im Mindener Lande wachsen. Die Revolution hatte hier nur wenig Unruhe verbreitet und schon gar nicht Fuß fassen können.¹⁰⁸ Am Gymnasium wurde gegen den demokratischen Lehrer Theodor Hertzberg agitiert. Der konstitutionell-demokratisch¹⁰⁹ gesinnte Mindener Abgeordnete der Frankfurter Nationalversammlung, Dr. Ziegert, der beim Empfang der „Kaiserdeputation“ zugegen war, erwähnte in seiner Ansprache, er habe aus Minden, Petershagen und Hausberge „wenigstens 30 anonyme Schmäh- und Drohbriefe“ erhalten, dazu zwei Misstrauensadressen, u.a. von „Oberst von Schlegell, Major von Keiiger und wenigstens 100 Offizieren, Unteroffizieren, Soldaten, die früher gewiß niemals um Politik sich bekümmert hatten“. Darüber entrüsteten sich, laut „Porta-Westphalica“, die versammelten kleinen Leute und brachten Ziegert „freudige Vivats“ dar.¹¹⁰

Das Blatt erwähnt dann die „lebendigen Beweise der Liebe, des Vertrauens und der Anhänglichkeit [...], die der Abg[eordnete] Ziegert in den verschiedenen Kreisen des Lebens besitzt. Deputationen von Handwerkern, aus Vlotho und Minden, Landleute, Lehrer etc. waren zu ihm gekommen, [...] wengleich seine hiesigen Kollegen ihm zürnend darüber grollen und schmollen mögen, dass es ein Beamter wagt, sich einer freisinnigen, volksthümlichen Richtung anzuschließen, – ein Gesinnungs-

Terrorismus sonder Gleichen!“ „Wenn ihm auch die Reaction, die Bureaucratie, der Klerus und die Aristocratie bitter zürnt, so wird dennoch die Liebe des Volkes und die Beistimmung aller Patrioten ihm verbleiben.“¹¹¹

Aufklärung und Analyse

Handwerker, Lehrer, Kaufleute: Das waren die Schichten des Volkes, die Heilbronn mit seinem Eintreten für „Wahrheit, Recht und Gemeinsinn“ vor allem erreichen wollte. Jüdischen Handwerkern und Lehrern hatte er, wie wir gesehen haben, schon in den zwanziger Jahren praktische Hilfe geleistet. Auch jetzt blieben seine Bemühungen offenbar nicht ohne Erfolg. In dem routinemäßigen Nachweisbericht des Regierungspräsidenten an das Innenministerium über die Tendenz der heimischen Presse heißt es, beide Blätter, „Porta Westphalica“ wie „Volkszeitung“, seien „von Handwerkern, Lehrern, und bürgerlichen Oeconomen in Minden, Petershagen, Hausberge und Umgegend viel gelesen“.¹¹²

Wertet man den Inhalt des noch verfügbaren Teils der Gesamtausgabe des Blattes aus der Vogelperspektive, so ist die Mischung aus Toleranz, Aufklärung und unerschrockenem Einsatz für Freiheit und Demokratie unübersehbar.

Toleranz kommt darin zum Ausdruck, dass in der „Porta-Westphalica“ auch gemäßigt monarchistische Stimmen zu Wort kamen, so der „Constitutionelle Verein“ mit seinem „Aufruf an die Urwähler Mindens und Umgebung“ vom 16. Januar 1849, worin u.a. dem König das verfassungsmäßige Recht des absoluten Vetos zugewilligt wurde. Ebenfalls im Januar wurden ein „Brief an die Arbeiter“ von Friedrich Harkort – dem einflussreichen westfälischen Industriellen – und ein „Auszug aus der ‚Parlaments-Correspondence‘ der constitutionellen Mitglieder der National-Versammlung in Berlin an ihre Wahlmänner, verbreitet durch den Verein für König und Vaterland“, abgedruckt.

Der Aufklärung dienten dem Redakteur vor allem die längeren, in Fortsetzung erscheinenden Abhandlungen über verfassungsmäßige und gesellschaftliche Misstände. Ein Beispiel sind die Ausführungen über „Constitutionelle Monarchie“.¹¹³ „Wir wollen uns umsehen nach den Thaten dieser vielgerühmten und vielverheißenen ‚constitutionellen Alleinherrschaft‘. Die Geschichte möge uns ihre Früchte zeigen“, schreibt der Verfasser und nimmt sie Land für Land unter sein Seziersmesser. In England seien zwar die „schreiendsten Mißstände“ und 1833 die „infame Adels-herrschaft“ beseitigt worden, das Land sei aber gleichwohl nur eine „liberal geordnete Aristokratie“. Im Frankreich Louis Philippes seien die „Aristokraten vom Geldsack“ ans Ruder gekommen. „Millionen sollen Ministern für Gesetzentwürfe geboten und gezahlt sein! [...] Minister und Generale bestechen und lassen sich bestechen. Scandale folgen den Scandalen.“ Mit Stimmen werde Handel getrieben, Geschworene würden gekauft, es herrsche polizeiliche Willkür, die Presse werde zensiert, und die Jesuiten hätten großen Einfluss. Vor diesem Hintergrund sei es „äußerst bedenklich“ gewesen, dass Friedrich Wilhelm IV. 1847 „seinen

theuren Bruder Ludwig Philipp“ vor dem Vereinigten Landtag gelobt habe.¹¹⁴ „In Hanover genügte ein einziges ‚So wollen wir‘ aus allerhöchstem Munde, um die ganze Constitution wie ein Kartenhaus umzupusten.“¹¹⁵ In Bayern mußte Lola Montez kommen, um die geplagten Leute zu erlösen.¹¹⁶ Was Churhessen anbelangt, so hatte es den Anschein gewonnen, als sei es für den großen, deutschen Völkerleichen zum Prosector der berliner Anatomen ernannt. Was man in Berlin Unwürdiges, Niederdrückendes ausführen wollte, das wurde erst in Hessen versucht, – in Hessen aber war eine constitutionelle Monarchie und die Hessen waren constitutionsmäßig frei, ja ein constitutionellfreies Volk! Es ist als hätte der liebe Gott in seinem Zorne die deutschen Constitutionen zugelassen, um den ehrlichen Deutschen den fühlbaren Beweis ihrer Blindheit auf den Rücken zu schreiben und sie gründlich über den Werth der constitutionellen Monarchie zu belehren“. Fazit: Die Verfassungen stehen nur auf dem Papier, das Wahlrecht bleibt an hohe Geburt, Grundbesitz oder Steuerkraft gebunden, die sozialen Probleme werden nicht angegangen, das Volk wird dumm gehalten, allenthalben herrschen Korruption und Ämtermissbrauch. „Gegen Monarchenwillkür, gegen Aristocratenübermuth, gegen schmachvolle Unterdrückung zahlreicher Volksklassen haben selbst die am wenigsten schlechten constitutionellen Monarchien keinen genügenden Schutz gewährt.“

Das Blatt plädiert dann leidenschaftlich für die Demokratie, die Beteiligung der Armen an der politischen Willensbildung – um ihrer Würde willen, um sie zu interessieren und zu emanzipieren. Gerade das aber wollen nach Überzeugung der Redaktion die absoluten Herrscher nicht. „Das monarchische Veto ist eine Unmündigkeitserklärung des Volkes, das Grab der Freiheit“ – selbst wenn es in England schon seit längerem nicht mehr angewendet worden sei.¹¹⁷

Dieser Fortsetzungsartikel über die konstitutionelle Monarchie mit seiner radikalen Kritik am königlichen Vetorecht rückt, für sich genommen, die „Porta-Westphalica“ im Spektrum der damaligen Meinungsäußerungen weit nach links und unterscheidet sie von den Kräften, die Demokratie und Monarchie des Gottesgnadentums miteinander versöhnen wollten. Es bleibt eigentlich nur die Funktion des Königs als Symbolfigur staatlicher Einheit, und der gedankliche Schritt zum Plädoyer für die Republik ist nicht weit. Mit diesem Beitrag der „Porta-Westphalica“ ist Herzigs These zu relativieren, dass das Blatt „Organ des demokratisch-konstitutionellen Volksvereins“ in Minden gewesen sei, das – in Nr. 8/1849 – gar gegen die „Demokraten“ polemisiert habe.¹¹⁸ Der Volksverein wurde erst im September 1848 gegründet, als die „Porta-Westphalica“ schon fast ein Dreivierteljahr existierte.¹¹⁹ Die Regierung apostrophierte die Zeitschrift jedenfalls als „demokratisch“¹²⁰, was in ihren Augen nichts anderes hieß als umstürzlerisch. Allenfalls kann gesagt werden, dass es innerhalb des Kreises der Verantwortlichen für das Blatt möglicherweise politische Differenzen gegeben hat und dass infolgedessen Herzigs Feststellung, die „Porta-Westphalica“ habe im Mai 1848 „noch kein Profil“ besessen¹²¹, auch ein Jahr später noch zutraf. Egal, ob

Heilbronn der Verfasser war oder nicht: Der Artikel erschien unter seiner redaktionellen Verantwortung, die zu tragen er offenbar bereit war. Eine andere Frage ist, wie lange er es noch war. Denkbar, dass hier ein Schlüssel zum Verständnis für ein entscheidendes Revirement in der Redaktion zu suchen ist, von dem weiter unten die Rede sein wird.

Andere Beispiele für das aufklärerische Anliegen der „Porta-Westphalica“ aus der ersten Hälfte des Jahrgangs 1849 sind die Artikel „Das Christentum und der Pauperismus“, in dem die Frage nach der Verantwortbarkeit des Massenelends in der damaligen frühindustriellen Entwicklungsphase aufgeworfen wird, und der Artikel „Die Geistlichen im Conflict mit den Volkslehrern“, in dem gegen Verdummung sowohl durch orthodoxe Katholiken als auch durch strenge Pietisten zu Felde gezogen wird. Ein fiktives Gespräch zwischen einem Herrn Sorgenvoll und einem Herrn Kümmerlich über das neue Drei-Klassen-Wahlgesetz geht scharf mit dem verantwortlichen Minister von Manteuffel ins Gericht. Das Gesetz verletze die Würde des Menschen, ein Grundrecht, das durch die oktroiierte Verfassung doch gerade erst etabliert worden sei, gebe wenigen adligen oder reichen Müßiggängern – wobei die adligen noch von geringerem Übel seien, weil sie einen Begriff von Teilnahme und Ehre hätten – Macht über viele Werkthätige und werde „unheilbringend“ sein, „weil 1000 werkthätige, kräftige Hände und Köpfe sich auf die Dauer von 10 werklosen und müßigen Händen werden nicht regieren resp[ective] sich Gesetze machen lassen, und die Folge wird dann abermals eine gewaltige Bewegung und ein Kampf sein, wo es nicht zweifelhaft ist, wer der Sieger sein wird.“

Auf derselben fundamentalkritischen Linie liegt der Nachdruck von Teilen eines Buches mit dem Titel „Vom Kampf um Völkerfreiheit“, in dem Rudolph Dulon, bis vor kurzem Führer der Magdeburger radikalen Linken, seit 1848 aber Pastor an der Bremer Liebfrauenkirche und Herausgeber der dortigen „Tages-Chronik“, mit den reaktionären Kräften abrechnet. Auf wie gefährlichem Terrain sich die Redaktion hier bewegte, sollte sich schon wenige Monate später erweisen, als Dulon den flüchtigen, extrem linken Frankfurter Abgeordneten und Redakteur der erwähnten radikalen „Neuen Deutschen Zeitung“, Arnold Ruge, durch einen Freund verstecken ließ. Dem brachte das eine Strafe ein.¹²² Kurz danach war Dulon selber im Visier der Strafverfolger. Sie fahndeten nach allen greifbaren Exemplaren seiner „verbrecherischen“ Schrift „Der Tag ist angebrochen“, auch bei Eßmann sowie Körber & Freytag und Keiser in Minden.¹²³

Besondere Erwähnung verdient ein Augenzeugenbericht über die Niederschlagung des Iserlohner Aufstandes vom Mai 1849, „Thaten der Vierundzwanziger“. Gemeint ist das Füsilier-Bataillon vom 24. Regiment, dessen Soldaten, zunächst auf der Suche nach dem Präsidenten des „Demokratischen Vereins“, Schuchart, in einem sich aufschaukelnden Furor ein regelrechtes Blutbad angerichtet hatten.¹²⁴ Interessant ist der Bericht in unserem Zusammenhang auch deshalb, weil die Redaktion in einer polemischen Schlusspassage Gelegenheit nimmt, ihr Kopfmotto der Wahrheitssuche in Kontrast zur, wie sie es sah, offiziellen Wahrheitsverdre-

hung zu stellen. Das – regierungsnah – Blatt „Die Deutsche Reform“ hatte mit Blick auf die Gräuel-Berichterstattung der linken Paderborner „Westphälischen Zeitung“ – also einer ‚Schwesterzeitung‘ der „Porta-Westphalica“ – selber keine Augenzeugen zu Wort kommen lassen, vermutlich weil sie diesen eine einseitig linke Sicht unterstellte. Als habe sie den Wahrheitsanspruch der „Porta-Westphalica“ ironisieren wollen, hatte „Die Deutsche Reform“ geschrieben: „aber wir fürchteten, nicht in der Lage zu sein, daß wir uns des Vorrechtes gewisser Blätter, die ganze Wahrheit zu sagen, bedienen könnten.“ Dazu nun die „Porta-Westphalica“: „Also wieder etwas Neues, was wir nicht wußten, nämlich, daß nur gewisse Blätter, wie etwa die Westphälische und derartige [also sie selbst; F.W.F.], das Recht hätten, die ganze Wahrheit zu sagen; die deutsche Reform aber nicht; nun sagt sie doch selbst, was man von ihr zu halten hat. Sie darf nur die halbe Wahrheit sagen, aber die halbe Wahrheit ist nicht viel besser als gar keine Wahrheit, oft noch schlimmer. Ob auch gewisse Blätter das Recht haben, halbe oder ganze Unwahrheiten zu sagen?“ Fazit der Polemik: „Die Deutsche Reform“ als Verbreiterin von Halb- und Unwahrheiten – quod erat demonstrandum.¹²⁵

Politische Geschichten

Vermittelt Heilbronn mit seiner Redaktion in den Artikeln die politische Botschaft direkt, so in den Erzählungen, dem Genre entsprechend, verschlüsselt. Der Leser soll vom Erzählstoff auf die politischen Verhältnisse und den Reformbedarf im eigenen Lande schließen. Ein Beispiel ist die Fortsetzungserzählung „Eine gemüthliche Geschichte (Wahrheit und Dichtung)“.¹²⁶ Bereits die Anspielung auf Goethes Roman im Untertitel lässt den Camouflagecharakter erkennen. Die Verkehrung der Reihenfolge der Begriffe – „Wahrheit“ vor „Dichtung“ – soll aber sicher auch signalisieren, dass der Verfasser dem Politischen Vorrang vor dem Poetischen, der Kritik an den Verhältnissen den Vorrang vor der staats- und gesellschaftspolitischen Vision einräumt. Das erfordert aus Sicht des Lesers eine gewisse Nachsicht gegenüber der literarischen Qualität. Man darf nicht vergessen, dass die Texte unter dem Druck der aktuellen Ereignisse rasch geschrieben wurden. Es besteht aber auch die Gefahr einer überredenden Aufdringlichkeit, wie sie manchen politischen Lehrstücken selbst eines Bertolt Brecht eigen ist. Der zeitgenössische Leser wird dennoch sein Vergnügen an ihnen gehabt oder seine Wut an ihnen ausgelassen haben.

Die simpel konstruierte Rahmenerzählung hat folgenden Inhalt. Im „Felsenkeller“ am Rande des Weserberglandes trifft sich allabendlich eine akademische Stammtischrunde zum Trinken und Politisieren. Den Vorsitz führt ein beliebter Arzt und Volksredner, Freund des „ordnenden, gestaltenden Fortschrittes“. Daneben ein hagerer Redakteur, der die „übrigens volkstümliche, gute, in dortiger Gegend viel gelesene Wochenschrift edirt“. Zur Runde gehören darüber hinaus einige „Philister“ und ein abgesprungener, dichtender Student, Neffe des Redakteurs, der

„mehr das Karzer als die Hörsäle frequentirt“ hat, der meinte, „es bildet nur das Leben den Mann, und wenig bedeuten die Worte“. Er wohnt in dem „schönen Städtchen an der Weser“ bei seinem Oheim, dem Redakteur. Als der frische Wind von 1848 auch die Universitäten reinigte, wollte er eigentlich an die Universität zurück, „blieb aber in dem schönen Lande, wo ihn übrigens Anderes noch, als die lieblichen Berge und Thäler festhielt“.

Als die Nationalversammlung Erzherzog Johann, den österreichischen Thronfolger, zum Reichsverweser gewählt hat, feiert die Runde das Ereignis. Der Redakteur lobt den Erzherzog, und der Student erzählt nun von dem Erlebnis eines Studenten namens Robert mit „diesem Helden des jungen Deutschlands“: Wie er dem einmal, ohne ihn zu kennen, auf einem Rheindampfer mit Tabak ausgeholfen habe; wie er daraufhin zur Abstattung des erzherzoglichen Dankes nach Tirol eingeladen worden sei; wie er dort Jahre später nicht nur gastlich bewirtet, sondern vom Erzherzog gar ins Kabinett Metternich vermittelt worden sei; wie er ein Jahr lang die Unrechtsherrschaft erlebt und schließlich, zum Missvergnügen des auf ihn setzenden Volkes, gekündigt habe; wie er zum betrübten Erzherzog zurückgekehrt, im Steirischen zu dessen Mitarbeiter geworden sei und schließlich gar dessen (im ‚wirklichen Leben‘ gar nicht existentes; „soviel dichterische Freiheit muß sein“) Töchterchen Aenneli zu heiraten im Begriffe gewesen sei; wie dann aber „die neue Zeit hereinbrach“, Metternich gestürzt wurde, es für ihn, den Robert, nun kein Halten gegeben habe und er nach Wien auf die Barrikaden geeilt sei; wie es das österreichische Volk ihm dann gedankt habe und er Minister geworden, dieweil der Landesvater zum Reichsverweser avanciert sei; wie der „Kein Österreich, kein Preußen / Ein einig Deutschland nur!“ zu ihm gesagt habe, ihn kurzum zu seinem Ratgeber und sich mit ihm auf den Weg nach Frankfurt gemacht habe. – Hier nun wird der Erzählrahmen wieder aufgegriffen. Der Volksredner sagt: „Der Erzherzog Johann, der Freund und Begründer des ordnenden, gestaltenden Fortschrittes, soll leben – Hoch!“ Alle stimmen mit ein. Das erzählende Ich schließt: „Wer meiner verehrten Leser, wenn er nicht ein Stockpreuße, oder gar der König von Hannover ist, wird nicht aus vollem Herzen mit einstimmen? (Geschrieben im Juli 1848.)“

Die Erzählung ist unter literarischen, biographischen und politisch-weltanschaulichen Aspekten interessant. Literarisch fallen die Stilelemente des Schelmenromans ins Auge. Auf artifizielle Weise schaut der Verfasser dem Volke aufs Maul. So lässt er den Studenten über Roberts Finanzlage zum Erzherzog sagen: „Wenn der Student in die Ferien reiset, kann er den Geldsack leichter heben, als das Schuldregister, der Taback läßt sich nicht vom Zaume brechen; und Geld- und Tabacksack sind kommunizierende Röhren, wo eines leer ist, ist das andere nit voll.“ Vor dem gemeinsamen Essen an Bord sagt der Erzähler: „wer einen vollen Beutel und einen leeren Magen habe, könne den einen leeren und den andern füllen; bei dem Studenten war leider Beides leer.“ Zu Roberts Reise nach Tirol heißt es: „Freilich, er reiste nicht mit Extrapost, sondern auf Schu-

sters Rappen, wobei ihm nicht einmal der Vortheil zu Statten kam, den man dem Rappen des Schusters vor denen des Postmeisters gewöhnlich beilegt, daß sie nämlich nicht durchgingen, denn seine waren beim Bergsteigen bedeutend durchgegangen.“

Diese bemühte Nähe zur Volkssprache soll beißende Botschaften angenehm verpacken: „Der deutsche Philister ist unwandelbar, wie sich Alles auch umgestaltet; er war, ist, wird sein ein Philister in die aschgraue Ewigkeit; er feiert lieber große Ereignisse, als daß er sie durchkämpft und herbeiführt.“ Wohl deshalb sind die Gesichter der Philister „wie mit antiker Schrift beschriebene Pergamentblätter“. Selbst der von seinem imaginierten Kommilitonen Robert begeisterte Student, für den doch angeblich nur Taten zählen, wird als philiströser Maulheld entlarvt. Denn als er sich in den geistigen und politischen Freiheitskampf an den Universitäten hätte einbringen können, blieb er, anders als Robert, doch lieber bei seinem Liebchen im schönen Weserstädtchen. Diese Lehnstuhlhaltung, eben die „Gemüthlichkeit“, steht offenbar pars pro toto für die ganze Gegend. Zugleich tritt der Verfasser der „gemüthlichen Geschichte“ – ganz brechtisch – als dialektischer Lehrer auf. Er simplifiziert die Charaktere ebenso wie die Verhältnisse. Hinter Roberts frohgemuter Lauterkeit wird, als er sich von Unrecht umgeben sieht, noch einmal eine empörte Kraft zum Vorschein kommen. Doch die dialektische Spannung zwischen Unterdrückern und Unterdrückten wird nicht (nur) durch Revolution aufgelöst, sondern durch die versöhnende Gestalt eines aufgeklärten Überpatriarchen, der sich zugleich als Förderator erweist.

Unter biographischen Gesichtspunkten stellt sich der Leser sofort die Frage, ob mit dem Redakteur, dem „Arzt und Volksredner“, dem Studenten und den Philistern konkrete Personen assoziiert werden sollen. Das „Weserstädtchen“, das „Wochenblatt“, dessen selbstironische Charakterisierung als „vielgelesen“, die Tatsache, dass Heilbronn zugleich Arzt und Redakteur war, sprechen dafür. Es könnte sich hier um eine Heilbronn'sche Schlüsselerzählung handeln, in der Selbstbilder aus verschiedenen Zeitschichten, aus Wunsch und Wirklichkeit, übereinander gelagert sind; in der der älter, beleibt und politisch träge gewordene Arzt und Redakteur sich einerseits einer gewissen Erstarrung in rhetorischer Formelsprache bewusst wird, sein politisches Credo aber in die Handlungen und Denkweisen des jungen Protagonisten, des rechtschaffen-tatkräftigen Studenten, der auch er im Ansatz einmal war, rückprojiziert. So wie Robert möchte er sein und handeln, wenn er jetzt jung wäre.

Damit ist die politische Ebene angesprochen. Die Erzählung liefert das Modell für Staat und Gesellschaft, das der Verfasser verwirklicht sehen möchte: Die höhere Pflicht hat Vorrang vor allem Privaten; der zum Herrscher Gewählte ist in seiner politischen Macht beschränkt, und er ist sich bewusst, auf die Leistungen der Menschen aus dem Volke angewiesen zu sein; die Machtstrukturen sind sozial durchlässig; Unrechtsherrschaft muss bestraft werden, und wenn es dazu einer Revolution bedarf. Doch die Revolution birgt zweifellos Gefahren, in Form jakobinischen Übereifers und damit neuen Unrechts und in Form eines gleichmachenden Zentralismus.

Deshalb muss zwar zum einen die „Volkssouveränität“ erkämpft werden. Ja, dieser Signalbegriff wird geradezu apothetisch herausgearbeitet. „Lieber, sagt er [Robert, zur Begründung seines Rücktritts im Kabinett Metternich; F.W.F.], mit Noth und Armuth kämpfen, als ein Werkzeug zur Knechtung des freigebohrenen, des souveränen Volkes zu sein! Volkssouveränität!! – Das Wort war zum ersten Male in diesen Gemächern gehört worden, und Metternich lachte darüber; aber, aber – dasselbe Wort war es, das ihn bald hernach von seiner angemaßten Höhe warf; ihn und alle Verräther der Menschheit.“ – Es ist der Begriff, den der liberale Präsident der Frankfurter Nationalversammlung, Heinrich von Gagern, im Mai 1848 zur Grundlage des Verfassungswerks erklärte. Er schließt den Verzicht des Monarchen auf das absolute Vetorecht ein.

Doch zum anderen muss Deutschland in Frieden, Freiheit und sozialer Gerechtigkeit geeint werden. Der geschichtliche Erzherzog Johann war ein liberal denkender und handelnder Mann mit bürgerlichem Habitus. In der Erzählung sagt er zum Schluss zu Robert: „Ich soll jetzt an die Spitze des souveränen Deutschlands treten; die Worte soll ich wahr machen, die ich vordem in hehrer Stunde gesprochen habe: kein Oesterreich, kein Preußen / ein einig Deutschland nur! Ich brauche einen Freund und Rathgeber, wollt Ihr es sein?“ Es war eine „Deputation nach Wien“ gekommen, „die ihm die neue Würde übergeben sollte.“ Ohne Zweifel wird hier das Wunschbild vom preußischen König in die Gestalt des Reichsverwesers projiziert. Denn ob eine Deputation zum Erzherzog gereist war, interessierte den Leser der „Porta-Westphalica“ sicher wenig. Dass aber eine solche Deputation zum Preußenkönig und designierten Deutschen Kaiser gereist war, hatten sie aus eigener Anschauung in frischer Erinnerung. So konnte jeder die ihm nahe gelegte Gedankenbrücke schlagen.

Friedrich Wilhelm IV. strebte ja tatsächlich nach der deutschen Einheit, auch nach einem „großdeutschen“ Reich einschließlich Österreichs. Die Rolle des deutschen Kaisers wollte er indes dem Hause Habsburg nicht streitig machen. Für sich sah er die eines Königs der übrigen deutschen Staaten vor – doch nur getragen vom Willen der Landesfürsten und im Rahmen einer ständischen, nicht demokratischen Verfassung.¹²⁷ Nun, im Frühjahr 1849, bot ihm eine Delegation nicht der Fürsten, sondern der gewählten Volksvertreter die deutsche Kaiserkrone an, wie dem literarischen Erzherzog die Würde des Reichsverwesers. Friedrich Wilhelm IV. lehnte ab. Er suchte gerade nicht den Rat des Volkes, für das Robert in der Erzählung steht. Die Verfassung hatte er nur unter dem Druck der Ereignisse akzeptiert. Er tat in Sachen Festigung der Demokratie und Einigung des Reiches genau das Gegenteil dessen, was der Erzähler der „gemüthlichen Geschichte“ und mit ihm die Mehrheit der Deutschen gehofft und erwartet hatte. Die Wunde der Enttäuschung, die er dem Erzähler und dem Redakteur Heilbronn mit der Ablehnung der Krone aus den Händen des Volkes zufügte, war noch ganz frisch. Die „Porta-Westphalica“ ließ den Erzherzog am 24. April 1849 sprechen. Die Ablehnung datiert von 3. April.

Politische „Lyrik“

Gelegentlich wechselte die „Porta-Westphalica“ die Gattung und ging zur Versform über – nicht unbedingt mit literarischem Anspruch, sondern als Möglichkeit der zugespitzten Auseinandersetzung. In der Beilage „Fama“ zum „Sonntagsblatt“ Nr. 20/1849 war ein Gedicht erschienen, betitelt „Das Preußische Heer“, dem die „Porta-Westphalica“ eine falsche Sicht auf das Heer und eine mangelnde Würdigung des den Tod nicht scheuenden Freiheitsstrebens der Bevölkerung vorwarf. Sie veröffentlichte zu diesem Zwecke ihrerseits ein von ihr selbst als „Knüppelverse“ bezeichnetes Gegengedicht unter dem Titel „Das deutsche Volk“.¹²⁸ Darin wird von der Niederlage Preußens bei Jena und Auerstedt berichtet:

“““
*Da schlug der Söldner Sterbe-Uhr,
Und deckte sie mit ew'ger Schand.*

*Unendlich groß war nun die Noth,
Da wurde an das Volk gedacht,
Sonst ausgelacht!
Ein Aufruf und ein Aufgebot
Ans Volk; das hat den Sieg gebracht.*

*Der Sieg war Volkes Eigenthum
Allein; nicht der Aristokrat,
Nicht der Soldat
Errang der Freiheit Schlachten Ruhm,
Nur ganz allein der Demokrat.“*

Einen halben Monat nach der Zurückweisung der Kaiserkrone durch Friedrich Wilhelm IV. – womit die „bürgerliche Revolution“ als gescheitert galt – legte die Redaktion ihre ganze Enttäuschung und Verbitterung in ein anderes politisches Gedicht:

*„Vater Unser.
Vater unser, der Du bist auf Erden,
Halt' uns frei von aller Rebellion;
Lass' uns nie verfassungsmäßig werden,
Lass' uns nie mit deutschem Licht bedroh'n! –
Lass' uns in dem trauten Dunkel wandern,
Das uns vor dem Sonnenlichte schützt –
Gieb das Menschenrecht an einen Andern,
Weil der Deutsche schon zu viel besitzt! –
„Im Namen der Heiligen Allianz!“¹²⁹*

*Vater unser, der Du bist dort Oben,
Lass' uns hier den alten Schlendrian,*

*Lass' uns, Herr, die Absoluten loben,
Wie wir es mit Lust bis jetzt gethan;
Herr, erhalt uns selbst die kleinsten Fürsten,
Wer erhielte sie denn sonst, als Du?
Lass' uns ferner ihre Stiefel bürsten,
Denn sie drücken uns dafür die Schuh'!
Te Bundesdagium laudamus!*

*Vater unser, der Du Alles lenkest,
Schütze Deutschland vor der Neuerung,
Wenn Du noch ein Dutzend Fürsten schenkest,
Sind wie gern' bereit zur Huldigung.
Gieb uns keine deutschen Volkesfeste,
Sondern heil'ge Fürstentage nur,
Gieb uns – und gewiß, das ist das Beste –
Gieb uns eine strengere Censur!
In omnia Saecula Saeculorum!*

*Vater unser, der Du mich verstanden,
Lass' die Geistlichkeit im alten Flor;
Lass' uns in den alten süßen Banden,
Richte neu den heil'gen Stuhl empor;
Führ' uns in die alten Gleise wieder,
Wo der Bürger-Mensch acht Kreuzer galt –
Reiße jedes Zeitgebäude nieder,
Das nicht ruht auf fürstlicher Gewalt!
Heiliger Metternich, bitt' für uns!*

*Vater unser, Vater aller Leiber,
Lass' die deutschen Seelen gut und dumm!
Gieb uns ferner gute Ochsentreiber
Für das deutsche Ochsenpublikum!
Lass' uns, Vater, über nichts ergrimmen,
Nimm uns weg das letzte Restchen Kraft –
Willst Du uns das schönste Ziel bestimmen,
Hilf uns baldigst zur Leibeigenschaft!
Nicolaus vobiscum!³⁰*

*Vater unser, das sind meine Bitten!
Bin ich nicht ein reiner Patriot?
Als Du Deutschland für den Bund beschnitten,
Gabst Du mehr als unser täglich Brod!
Lass' uns, Vater, ja nichts mehr erwerben!
Deutschland hat erreicht sein höchstes Loos!
Lass' uns dumm, wie wir gelebet, sterben –
Und die Nachwelt spricht: „das Volk war groß!“
Amen.“*

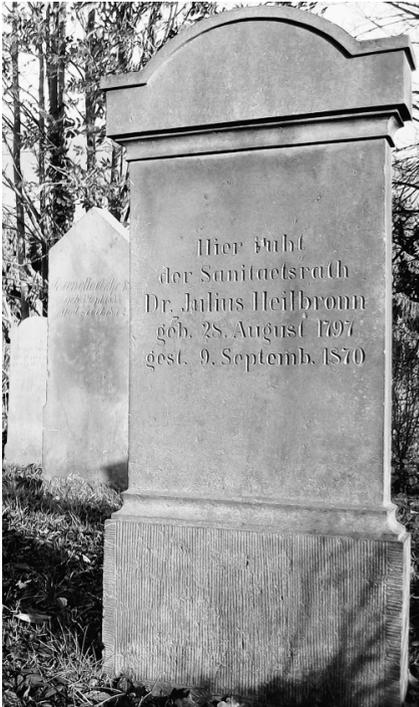
Adressaten dieser satirischen Verse sind nicht etwa der König und die ihn stützenden Stände. Adressat ist das deutsche Volk selber. Es wird als lethargisch, lernunfähig, ja dumm hingestellt. Ein Volk, das freiwillig auf Menschenrechte verzichtet und den hohen Herrschaften die Stiefel bürstet. Ein Menschenschlag, der in der „Gemüthlichen Geschichte“ noch nachsichtig als „Philister“ auftritt, wird hier abgekanzelt als selbst schuld an seiner Unfreiheit, als geborene Leibeigene und „Untertanen“ in dem Sinne, den später Heinrich Mann in ihm auf den Punkt bringen wird.

Natürlich wird implizit auch der Monarch angeprangert, der solcher Herrschaftsausübung nicht entsagt. Und es wird zugleich die Evangelische Kirche ins Visier genommen, an deren Spitze der König ja zugleich stand. Thron und Altar als reaktionäres Doppelgespann. „Im Namen der Heiligen Allianz!“. Das richtet sich gewiss zugleich gegen das überkonfessionell-christliche, antirevolutionäre Bollwerk der unter diesem Namen verbundenen Staaten Preußen, Österreich und Russland wie gegen die Demokratiefeindlichkeit und soziale Blindheit von Staat und Kirche im Lande selber. Hinzu kommt der blasphemische Gestus der Verse, der einen Friedrich II. noch kalt gelassen hätte, einen Friedrich Wilhelm IV. aber zutiefst provozieren musste.

Das war nicht mehr der Schreibstil des liberalen, noch hoffnungsfrohen „Jungen Deutschland“, das stand nun auf einer Linie mit den enttäuschten, kämpferischen Schriftstellern des Vormärz im engeren Sinne. Es war von der Art, mit der man es sich mit allen verdirbt. Auch die ‚kleinen Leute‘, um die man warb, mussten sich beleidigt fühlen. Hatte das Blatt selbstmörderische Absichten, in dem Maße, wie sein Kampf um „Wahrheit, Recht und Gemeinwohl“ als verloren erkannt wurde? Schreibt so (oder lässt redaktionell durchgehen) ein um Integration bemühter Jude? Ein Mann des Bedachts, des Ausgleichs, des Wissens um den Teufelskreis aus Mangel an Bildung und gesellschaftlicher Ausgrenzung, des Einsatzes gerade für die benachteiligten Schichten, wie Heilbronn sich in seinem bisherigen Leben vielfach erwiesen hatte? Das ist kaum vorstellbar. Vorstellbar ist stattdessen, dass gerade diese Verse nicht von Heilbronn stammen. Und dass sie seinen Bruch mit der „Porta-Westphalica“ markieren.

Das Ende der Porta-Westphalica

Enthalten sind die satirischen Verse in der Nummer 37 vom 10. Mai 1849. Auf der letzten Seite derselben Ausgabe teilte Heilbronn unter dem 8. Mai 1848¹³¹ in eigener Sache mit, dass er die Redaktion niederlege. Dass dies mit sofortiger Wirkung geschah, geht aus der anschließenden Mitteilung Eßmanns hervor, in der dieser von Heilbronns Niederlegung bereits im Perfekt schreibt und mitteilt, er selbst werde die Redaktion nunmehr übernehmen, habe darüber hinaus aber „noch schöne, kräftige und muthige Hülfsstruppen angeworben, so, daß ich gewiß bin, daß die P.W. ihren bisherigen Freunden nicht allein noch besser gefallen, als sonst, sondern, daß sie noch viele Freunde gewinnen [...] wird. Zudem werde ich bald im Stande sein, die wichtigsten Tagesereignisse in diesem



Grabsteine des Ehepaares Heilbronn

Fotos: Fritz W. Franzmeyer

Blatte kurz mitzuthemen, womit gewiß allen gedient sein wird, welchen die großen bedeutungsvollen Erscheinungen der Zeit nicht gleichgültig sind, und besonders denjenigen, welche wegen vieler Geschäfte dieselben in der Kürze zu lesen und zu wissen wünschen.“ Im Impressum der Nummer 37 ist Eßmann bereits als Redakteur genannt.

Heilbronns Mitteilung beschränkt sich auf das Faktum, die Begründung fehlt. Sie wird auch von Eßmann nicht geliefert. Beide sprechen lediglich von „nicht zu beseitigenden Umständen“. Gesundheitliche Gründe waren es wohl eher noch nicht, denn Heilbronn war erst 49 Jahre alt und blieb im übrigen aktiv; seine Arztpraxis führte er – laut Nachruf und Regierungsnachweisen über die Arztpraxen – sogar noch etwa 20 Jahre weiter. Waren es finanzielle, in dem Sinne, dass Eßmann ihn nicht mehr bezahlen konnte? Sowohl nach der Art des Anliegens der Zeitschrift als auch in Anbetracht von Heilbronns beruflich gesicherter Position ist nicht anzunehmen, dass es diesem primär ums Geld ging. Wurde er aber nicht bezahlt, so kann es auch seinem Verleger in diesem Sinne nicht ums Geld zu tun gewesen sein. Zwar könnte die Tatsache, dass Eßmann nunmehr

die Redaktion selber in die Hand nahm, auf ein gewisses Sparverhalten hindeuten. Die zusätzlichen „Hilfstruppen“ sprechen aber deutlicher dagegen. Finanzielle Gründe mögen indirekt aber insofern eine Rolle gespielt haben, als Eßmann ganz offensichtlich mit der Zahl seiner Abonnenten nicht zufrieden war und sich von einer Diversifizierung und Modernisierung eine Stärkung der Auflagenhöhe und damit einen besseren Mittelrückfluss versprach. Das hätte zwar die Stellung Heilbronns als des verantwortlichen Redakteurs nicht berühren müssen, hätte sie im Gegenteil sogar aufwerten können, doch hätte sich Heilbronn mit der verstärkten Bearbeitung von Berichten auch anderer Mitarbeiter neben seinen hauptberuflichen Aufgaben überfordert fühlen können. In diesem Falle hätte er aber vermutlich weiterhin eigene Artikel beigesteuert. Nun ist indes von einer wie auch immer gearteten weiteren Mitarbeit Heilbronns in den zwei Mitteilungen überhaupt nicht die Rede. Er wird sich also vollständig aus der „Porta-Westphalica“ zurückgezogen haben. Wahrscheinlicher ist also – so auch Soll –, dass es politische Gründe waren, die ihn zum Rücktritt veranlassten.

Doch auch dann müssen die genauen Motive im Dunkeln bleiben. Denn der „nicht zu beseitigenden Umstände“ gab es etliche. Einmal stand Heilbronns ganzes Leben im Zeichen der Anregung. Er wollte Anstöße geben, wurde tätig, wenn es galt, Gefahren abzuwenden oder etwas Neues, Vielversprechendes auf den Weg zu bringen. Schien das gesichert, trat er in den Hintergrund und überließ das nunmehrige Routinegeschäft getrost anderen. So handelte er als Seuchenspezialist, als Kommunalpolitiker, als Vorstandsmitglied der jüdischen Gemeinde. Zu dieser Charaktereigenschaft passt aber im Umkehrschluss auch, dass er eine Tätigkeit beendete, wenn er sie, allen Anstößen zum Trotz, als vergeblich einschätzen musste, wenn er also abgrundtief enttäuscht war. So resignierte er vielleicht als Redakteur. Denn die Vision von einem aufgeklärten, demokratisch verfassten deutschen Kaiserreich oder mindestens preußischen Königreich war unwiderruflich gescheitert. Die zeitliche Nähe von Heilbronns Rücktritt zur Ablehnung der Kaiserkrone und deren Begründung durch Friedrich Wilhelm IV. ist jedenfalls vielsagend.

Zum anderen, aber damit zusammenhängend, ist davon auszugehen, dass Eßmann eine radikalere politische Linie vertrat als Heilbronn. In seiner berühmten Rede zur Eröffnung des Vereinigten Landtages am 11. April 1847 hatte Friedrich Wilhelm IV. zwei Arten von seiner Ansicht nach irregeleiteten Publizisten unterschieden: „Ein Teil der Presse [...] fordert von mir [...] geradezu Revolution in Kirche und Staat [...]. Es sehen auch viele, und unter ihnen ehrenwerte Männer, unser Heil in der Verwandlung des natürlichen Verhältnisses zwischen Fürst und Volk in ein konventionelles¹³² Verhältnis, durch Urkunden verbrieft, durch Eide besiegelt.“¹³³

Heilbronn war kein Revolutionär und wird sich vom ersten Teil der königlichen Presseschelte nicht angesprochen gefühlt haben. Er hatte in den zwanziger Jahren in der Vorbereitungskommission der „Westphälischen Provinzialblätter“ mitgewirkt, wo er mit überwiegend regierungs-



Heilbronns Tochter Clotilde Foto: Privat

oder kirchennahen Persönlichkeiten zusammenarbeiten musste. 1831 war er im direkten Regierungsauftrag tätig geworden. Sein Name wurde weder vor, noch während und nach der Revolution in amtlichen Schriftstücken in Zusammenhang mit der radikal-demokratischen Partei oder den ihnen nahe stehenden Einrichtungen gebracht. Die Anzeige des „Lieut. von Borries“ gegen „den Redakteur der Porta-Westphalica“ von Dezember 1848 kann nicht weiter verfolgt worden sein und muss demzufolge Unerhebliches zum Gegenstand gehabt haben, denn ungleich ähnlichen Vorgängen enthält die einschlägige Akte kein einziges Folgeschreiben. Heilbronn

wurde also persönlich nicht nur niemals politisch negativ aktenkundig, sondern im späteren Verlauf seines Lebens sogar durch den Staat mit einem Ehrentitel bedacht.

Heilbronn kann andererseits aber auch kein vorbehaltloser Anhänger der liberalen Partei gewesen sein, die in der Frankfurter Nationalversammlung den Ton angab. Denn die trat für das absolute Veto des Reichsoberhauptes ein und gab sich im schließlich verabschiedeten Verfassungsentwurf nur auf Druck der linken Parteien mit einem aufschiebenden Veto zufrieden. Vielmehr scheint er ein Mann von liberaler Denkungsart gewesen zu sein, welcher der Illusion anhing, die Monarchie, in der er die Garantin staatlicher Einheit wie patriarchalischer Fürsorge sah, sei nun dank eigener Einsicht bereit, Demokratie im Sinne sowohl eines Vetoverzichts bei der allgemeinen Gesetzgebung – und nicht nur der Budgetverabschiedung – als auch der Partizipation aller Bevölkerungsschichten zu verbinden. Diesen Eindruck gewinnt man jedenfalls, wenn man die redaktionellen Beiträge der „Porta-Westphalica“ politisch einzuordnen versucht. Heilbronn wollte die „Porta-Westphalica“ sicher nicht zum Sprachrohr der Radikaldemokraten machen, die mit der Monarchie

brachen, sondern er wollte die verfassungsmäßigen Rechte des Parlaments entscheidend stärken und die Monarchie strikt an die Verfassung binden. Insofern zählte er genau zu den Adressaten des Königs im zweiten Teil von dessen Kritik.

Eßmann dagegen dürfte geistig der republikanischen Idee nahe gestanden haben. Dafür gibt es zahlreiche handfeste Indizien. Er war laut Polizeibericht „eine wegen ihrer demokratischen Gesinnung bekannte Person“¹³⁴ – wobei „demokratisch“ in der damaligen Amtssprache den höchsten Grad an politischer Gefährlichkeit anzeigen sollte. Des Öfteren wurde Eßmann der Subversion bezichtigt. 1851 führte die Polizei gar eine Hausdurchsuchung bei ihm durch.¹³⁵ Mit den Nummern 86/1849 und 14/1850 der „Porta-Westphalica“ handelte er sich Strafverfolgungen durch den Landrat bzw. die Mindener Regierung wegen Beleidigung des Staatsministeriums ein¹³⁶ – welche die Geheime Staatskanzlei allerdings jeweils stoppte. Die Behörde stellte es der Staatsanwaltschaft aber in beiden Fällen anheim, das Blatt wegen „Anreizung zu Haß und Verachtung gegen die Obrigkeit“ zu belangen.¹³⁷ Dazu scheint es nicht gekommen zu sein; wohl zu lächerlich wären die Anlässe gewesen.

Eßmann mag nach der Desavouierung der Nationalversammlung durch den König in einer gewissen Trotzreaktion geglaubt haben, dass man jetzt erst recht und mit umso größerer Leidenschaft agitieren müsse. Dies hätte auf der Linie der „dritten Revolutionswelle“ gelegen, die ab Ende April in einigen deutschen Staaten in Gang kam und mit der Niederwerfung Rastatts durch preußische Truppen am 23. Juli enden sollte. Heilbronn mag von dieser aussichtslosen Radikalisierung nur Unheil erwartet und daraufhin die weitere Mitarbeit verweigert haben. Es mag also sein, dass die in der Auftaktnummer zum Jahrgang 1849 zum Ausdruck kommende Toleranzhaltung des Blattes gegenüber fairen politischen Gegnern bei Eßmann Taktik, bei Heilbronn aber echt war.

Drucker Christian Fickert dürfte noch radikaler als Eßmann gedacht und gehandelt haben. Er wurde wegen seines Tätigwerdens für die „Porta-Westphalica“ sogar zu einer Geldstrafe verurteilt. Daraus drehte man ihm beruflich noch im Jahre 1854 einen Strick. In einem für das Innenministerium bestimmten Schreiben der Mindener Polizeiinspektion vom 19. November 1854 heißt es: „Das Lokal-Blatt Porta Westphalica, [...] dessen regierungsfeindliche Tendenz genugsam bekannt ist, wurde von ihm in Druck gesetzt und er hierbei wegen Verletzung des Preßgesetzes in eine Geldstrafe von 50 rth. genommen“.¹³⁸ Um 1850 verlegte und druckte Fickert die satirische Zeitschrift „Bildungs-Krakehl“, die 1851 konfisziert und gegen ihn verwendet wurde.¹³⁹ Als Fickert 1854 erneut eine – nun völlig unpolitische – Zeitschrift, den „Mindener Anzeiger“, zu verlegen begonnen hatte, wurde ihm das unter Hinweis auf seine mangelnde „Unbescholtenheit“ untersagt¹⁴⁰; sein alter Vater, von dem er bereits 1847 die Druckerei übernommen hatte, musste einspringen.¹⁴¹

Freilich war Fickerts Druck der „Porta-Westphalica“ und anderer linker Schriften nur eine von vielen Sünden, denen er den Verlust seiner

politischen Unbescholtenheit zu verdanken hatte. Und kaum die entscheidende, denn sie galt ja auch bis Mai 1849 für Heilbronn. Die übrigen Fickert'schen Sünden waren seine regelmäßige Teilnahme an Volksversammlungen, seine Sympathie für den „berühmten Dr. Hertzberg“ und den Holzhauser Freigemeinde-Pfarrer Dr. Schrader, das Drucken von „Plakaten der Umsturzpartei“, die „Verbreitung [noch radikalerer] regierungsfeindlicher Schriften sowie seine Vorstandstätigkeit im demokratischen Bildungsverein und im Turnverein, wo er „seine turnerischen Umsturz-Bestrebungen (bethätigte)“.

Fickerts Leumund bei der Obrigkeit war so schlecht, dass die Regierung nicht entriet, beim Konsistorium und auch bei Bürgermeister Poelmahn vorstellig zu werden, nur weil der und mehrere Pfarrer dem Christian Fickert für dessen Bewerbung um die Konzession ein nicht zu beanstandendes Privatleben bescheinigt hatten. Die Behörde sah „eine auffällige und scheinbar nicht absichtslose Unvollständigkeit dieser Atteste“, wo doch den Herren die Vergangenheit des Fickert „nicht ganz unbekannt“ gewesen sei.¹⁴²

Doch auch unabhängig vom Wegfall des bisherigen, mäßigenden Einflusses des Redakteurs Heilbronn wurden die Zeiten für die „Porta-Westphalica“ schlechter. Je fester die reaktionären Kräfte wieder im Sattel saßen, desto schärfer wurde auch die Presse wieder zensiert. Neben der Strafverfolgung wurden auch weichere Methoden eingeführt. So lief im Juni 1850 eine Frist ab, innerhalb derer jede irgendwie politische Zeitung oder Zeitschrift unabhängig von ihrer Tendenz eine Kautionskaution zu hinterlegen hatte. Die dafür erforderlichen 1.000 bis 1.500 rth. konnte ein so kleines Periodikum wie die „Porta-Westphalica“ schwerlich aufbringen. Der Betrag lag immerhin beim Zwei- bis Dreifachen dessen, was ein Julius Heilbronn im Jahr verdiente. Unter dem 21. November 1850 konnte der Regierungspräsident Innenminister von Manteuffel mitteilen: „verhehle ich nicht Ew. Excellenz gehorsamst anzuzeigen, daß im Laufe der letzten Monate seit Erlaß der Verordnung vom 5. Juni c. folgende Zeitschriften, weil sie die Caution nicht zu stellen vermochten, eingegangen sind: 1. die Porta Westphalica, 2. das Wochenblatt für Lübecke, 3. der Paderborner Volksbote, 4. der Anzeiger für Stadt und Land.“¹⁴³ Dass es mit dem „Lübbecke Wochenblatt“ auch ein konstitutionell orientiertes Organ traf, war offenbar ein hinzunehmender Kollateralschaden.

Doch Berlin war sich des letalen Ergebnisses des Kautionszwanges für die auf seinem Index stehenden Zeitschriften wohl nicht sicher und wollte zudem den Schaden für die linientreuen Blätter möglichst gering halten. Deshalb verfügte ein Erlass vom 6. Juni 1850 „den zu inhibirenden Post-Debit solche Zeitungen und Zeitschriften betreffend, welche eine strafbare, gehässige und der Staats-Regierung feindselige Tendenz verfolgen“.¹⁴⁴ Zu den vier Blättern des Regierungsbezirks, die demzufolge vom dritten Quartal 1850 an nicht mehr kostengünstig durch die Post verkauft oder befördert werden konnten, gehörte auch die „Porta-Westphalica“. In der Begründung werden dem Blatt nicht weniger als 21 inkriminierte Textstellen angelastet.¹⁴⁵ Damit bestand für Eßmann, der sein

Geschäft in der Obermarktstraße hatte, so gut wie keine Chance mehr, Kunden außerhalb des Kreises der Laufkundschaft zu erreichen. Auch die wenigen Inserenten mussten das Interesse verlieren. So heißt es denn einmal mehr in einem erneut durch Berlin eingeforderten Verzeichnis der aktuell gehandelten Zeitungen und Zeitschriften vom 7. Oktober 1850 über die „Porta-Westphalica“ und ihr Beiblatt „Volkszeitung“: „Die Blätter sind eingegangen.“¹⁴⁶

Auf der anderen Seite wurden königstreue Neugründungen unterstützt. Als im Frühjahr 1854 „der conservative Buchdrucker Bruns“ die „Patriotische Zeitung“ herausbrachte, wurde das vom Regierungspräsidenten nicht nur begrüßt, „da es in der hiesigen Provinz bisher an einem politischen Blatte streng conservativer Färbung gebrach“, sondern er steuerte auch zu einem „Gründungsfonds“ bei, um der Zeitschrift zu einem besseren Start zu verhelfen.¹⁴⁷ Levin Schücking spottete, das „bekannte Organ einer ‚kleinen, aber mächtigen Partei‘“ – womit er wohl die „Preußische Zeitung“ meinte¹⁴⁸ – habe sich „hier eine Filiale“ geschaffen. Dabei sei beachtenswert, dass man „sich in die einzige Festung, welche das Land [Westfalen] besitzt, zu werfen für gut befunden“ habe.¹⁴⁹ Dauerhaften Halt scheint weder der Fonds noch die ideelle Unterstützung aus Berlin dem Blatte gegeben zu haben: Ende 1858, nach nur viereinhalb Jahren, ging es ein.¹⁵⁰

Verleger Eßmann gab sich indes noch nicht geschlagen. Er scheint sich mit seinen Leidensgenossen bei anderen Blättern auf eine Ausweichstrategie verständigt zu haben. Es galt, die Kaution und die Diskriminierung durch die Post zu unterlaufen. In der zitierten Akte vom 7. Oktober 1850 heißt es: „Die Redacteure [...] haben, um der Cautionspflichtigkeit zu entgehen, den Versuch gemacht, verschiedene Zeitschriften derselben Tendenz unter verschiedenen Namen und Zwischen-Räumen von 6 Wochen erscheinen zu lassen“.¹⁵¹ Das scheint für die „Porta-Westphalica“ eine ganze Weile geklappt zu haben. Am 5. Mai 1851 stufte Regierungspräsident von Borries die „unter verschiedenen Namen erscheinende ehemalige¹⁵² Porta-Westphalica“ nach wie vor als „regierungsfeindlich“ ein.¹⁵³ Und auch in seinem am 23. Mai desselben Jahres neuerlich abgelieferten „Verzeichniß sämtlicher im Regierungsbezirk Minden erscheinenden Zeitschriften“ vermerkt er zur „Porta-Westphalica“ und zur „Volkszeitung“: „Die Blätter sind eingegangen. An ihrer Stelle erscheinen bis jetzt ohne Kaution Wochenblätter unter verschiedenen Namen, welche die bisherige böswillige Richtung der Porta-Westphalica nicht verleugneten. Nachdem der p. Eßmann vor Kurzem deshalb wegen unterlassener Cautionsleistung bestraft worden ist, sollen dieselben eingehen und an deren Stelle jährlich 10 Zeitschriften-Nummern in mehr als 4 wöchentlichen Zeiträumen unter dem alten Titel ‚Porta-Westphalica‘ und nebenher wöchentlich ein Anzeiger für Minden, welcher nur cautionsfreie Intelligenz-Nachrichten bringt, erscheinen. Dieser Anzeiger soll den Abonnenten der obigen Zeitschrift zugestellt werden.“¹⁵⁴

Die Taktik war also offenbar zunächst, zwar einen wöchentlichen Erscheinsturnus einzuhalten, jede Woche aber einen anderen Namen zu

wählen, um zu suggerieren, dass es sich um verschiedene Blätter handelte. Nach so vielen Wochen, wie nötig waren, damit die Kautionspflicht entfiel, konnte der Reigen wieder von vorne beginnen. Die neuen Namen kennen wir nicht aus den Nachweisberichten der Regierung an das Innenministerium, wohl aber aus dem bereits zitierten Polizeibericht über den Drucker Christian Fickert. Sie lauteten „Hahn¹⁵⁵, Leuchte, Glocke, Echo, Sprecher, Stachel, Lampe, Beobachter, Bremse etc.“¹⁵⁶ So ungewöhnlich sich manche dieser Titel für eine Zeitschrift ausnehmen: Gemeinsam ist allen ein gewisser Aktions-, Reaktions- oder Warngestus, ein Unruhemoment in als Zumutung empfundener politischer Lage. Und sie hatten beim Leser einen hohen Wiedererkennungswert.

Offenbar kam Eßmann aber mit dieser Taktik auf die Dauer nicht durch. Die Behörde stuft das Namenskaleidoskop als ein und dieselbe alte „Porta-Westphalica“ ein, verlangte politische Enthaltbarkeit oder Kautionsleistung, bestrafte Eßmann, weil er weder das eine noch das andere leistete, wegen Zahlungsverzögerung und verfügte letztlich die Einstellung der Blätter. Nun ergriff der zähe Ferdinand Eßmann die Flucht nach vorn. Er verzichtete auf den Wochenrhythmus, um die Kautionsleistung zu vermeiden, bereinigte auch das Anzeigenbeiblatt um jedweden politischen Inhalt, so dass auch dieses von der Kautionsleistung freigestellt war. Dafür griff er aber wieder auf den altbewährten Namen zurück, um sich den alten Abonnentenstamm zu sichern.

Leider ist nicht bekannt, was aus der neuen „Porta-Westphalica“ wurde. Das letzte, was in der Akte über sie zu lesen ist, lautet: „Ein Probeblatt ist noch nicht eingegangen“. Vermutlich hat sie das Licht der Welt nicht erblickt. Denn die Berichtspflicht zum heimischen Pressewesen endete erst 1860, und auch danach hätten noch besondere Vorkommnisse gemeldet werden müssen.¹⁵⁷ Und für solche wäre ein Ferdinand Eßmann allemal gut gewesen.

In den sechziger Jahren taucht der Name Ferdinand Eßmann im Mindener Adressbuch nicht mehr auf.¹⁵⁸ Christian Fickert starb bereits am 11. Juni 1855. Seine Druckerei wurde zunächst von der Witwe weitergeführt, firmierte ab 1862 unter dem Namen J. Reinshagen, später Max Brandt, und muss gegen 1912 erloschen sein.¹⁵⁹

Epilog

Für knapp anderthalb Jahre verband sich in der unruhigen Revolutionszeit von 1848/49 der Lebensweg des sozial engagierten, bis dahin aber allenfalls verbands- und kommunalpolitisch tätig gewesenen Arztes Dr. David Julius Heilbronn mit dem Schicksal eines kleinen, aber scharfzüngigen Oppositionsblattes, der „Porta-Westphalica“. Diese Verbindung zwang ihn, sich zu exponieren. Sein Credo war, wenn der Inhalt des Blattes unter seiner Redaktion hier richtig gedeutet wurde, zwar nicht die Republik, aber doch ein demokratisch geführter deutscher Einheitsstaat mit einem dem Parlament voll verantwortlichen Monarchen an der Spitze. Mit dieser Position hätte Heilbronn eigentlich zwischen zwei Fronten ge-

raten müssen: den absoluten Staat und den radikaldemokratischen Verleger des Blattes. Dem letzteren entzog er sich. Von Sanktionen des ersteren ist nichts bekannt. Der Staat ehrte ihn sogar in späteren Jahren; in frühen war er in seinem Auftrag tätig geworden. Soll dieses Faktum kein Rätsel bleiben, ist anzunehmen, dass Heilbronn nach dem Scheitern der Revolution aus Resignation oder Realitätssinn politisch unauffällig wurde, dass seine Verdienste um die Gesundheit seiner Patienten wie der Mindener Bevölkerung unermüdlich und insgesamt groß gewesen sind, dass also die sonst eher erinnerungsstarke und nachtragende Obrigkeit über seine oppositionelle Redaktionstätigkeit in der Revolutionszeit hinweg sah. Dafür gibt es im publizistischen Nachlass Heilbronn's Indizien.

Es fällt auf, dass Heilbronn in seinem ganzen Leben oft nur einmalig oder nur für kurze Zeit in einer Sache tätig wurde: als gesundheitlicher Fachgutachter für die Regierung, als Fachbuchautor, als Stadtverordneter, als Redakteur. Er war kein Karrierist, sondern ein Anreger. Und er war ein Mann des Ausgleichs: zwischen Natur und ärztlicher Kunst, Demokratie und Monarchie, Privilegierten und Benachteiligten, verschiedenen Interessen in der jüdischen Gemeinde. Das Kontinuum seines Handelns könnte gewesen sein, dass er auf einer höheren Ebene doch immer wieder für die selbe Sache tätig wurde, diese Tätigkeit aber immer dann beendete, wenn die Sache, um die es ging, entweder dank seines Anstoßes zum Selbstläufer geworden war, oder wenn er nichts mehr bewirken konnte.

Dass es nach 1851 um David Heilbronn still wurde, spricht für eine frühe Hinfälligkeit. Im Nachruf auf ihn heißt es denn auch, er sei „in den Sorgen und Strapazen seines Berufes früh alt und gebrechlich geworden“.¹⁶⁰ Darin liegt auch eine Ironie des Schicksals: Als Schüler Christoph Wilhelm Hufelands, des Begründers der modernen Geriatrie und Altersprophylaxe, gelang es ihm nicht, die Lehren seines verehrten akademischen Lehrers auf sich selber anzuwenden. Hufeland hatte ein Buch geschrieben über „die Kunst, sein Leben zu verlängern“.

Anmerkungen

- 1 Der Ausdruck „nationalmonarchisch“ oder „nationaldynastisch“ zur Charakterisierung eines nationalen Denkmaltyps bestimmter politischer Prägung stammt von Thomas Nipperdey, Nationalidee und Nationaldenkmal in Deutschland im 19. Jahrhundert, in: ders., Gesellschaft, Kultur, Theorie, Göttingen 1976 (Kritische Studien zur Geschichtswissenschaft 18), S. 133-173. Nipperdey zählt das Kaiser-Wilhelm-Denkmal an der Porta Westfalica ausdrücklich zu diesem Typus, der die „Monarchie als Regierungsform“ verherrliche (S. 136 u. 142).
- 2 Johann Karl von Schroeder, Mindener Buchgewerbe. Buchdrucker, Buchbinder, Buchhändler und Verleger in Minden seit dem 16. Jahrhundert. Ein Beitrag zur Geistes- und Wirtschaftsgeschichte Westfalens, in: Mitteilungen des Mindener Geschichts- und Museumsvereins 38, 1966, S. 4-80, hier S. 78: „Verzeichnis in Minden erschienener Zeitungen und Zeitschriften“. Die Nicht-Aufführung der „Porta-Westphalica“ liegt mit Sicherheit nicht an deren geringem Umfang, niedriger Auflage oder kurzer Erscheinungsdauer, denn manche in der Liste enthaltenen Blätter waren weitaus unbedeutender.
- 3 Staatsarchiv Detmold (StADt), M 1 P, Bl. 84f.
- 4 Enthalten in: Geheimes Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz Berlin (GStAPK), I. HA Rep 77 Ministerium des Innern, Tit. 654a Nr. 1.
- 5 So wies der Regierungsarchivar Haarlant im Mindener Sonntagsblatt vom 7. Mai 1848 darauf hin, ein Anonymus habe in Nr. 7 der „Porta-Westphalica“ die politische Persönlichkeit des seinerzeitigen Mindener Kandidaten für die Frankfurter Nationalversammlung, Dr. Ziegert, beurteilt (Dietrich Poeck, Minden im Jahre 1848, in: Mitteilungen des Mindener Geschichtsvereins 44, 1972, S. 51-78, hier S. 68). Des weiteren geht aus einer Korrespondenz zwischen dem Constitutionellen Club und dem Schulkollegium in Münster hervor, dass der als „revolutionär“ verschrieene Mindener Gymnasiallehrer Prof. Kapp vor dem 29. Juni 1848 in der „Porta-Westphalica“ einen politischen Aufsatz veröffentlicht hat (ebd., S. 56 u. 75). Poeck hält es auch für möglich, dass in einer Ausgabe der „Porta-Westphalica“ des Jahrgangs 1848 die bisher nicht aufgefundene Satzung des Mindener Demokraten-Vereins abgedruckt wurde (ebd., S. 63). Poeck behauptet, er habe sich bei seiner Analyse u.a. auf „den Jg. 1849 der Porta Westphalica“ gestützt (ebd., S. 75). Da er sich aber im Text niemals auf eine Nummer des Blattes aus der 2. Jahreshälfte 1849 bezieht, ist anzunehmen, dass auch ihm nur die Nummern 1-45 aus der Bielefelder Sammlung zur Verfügung standen. Dafür spricht auch, dass er lediglich als „Redakteur: Dr. Heilbronn“ benennt. Der bekleidete diese Funktion indes nur bis zum 10. Mai 1849.
- 6 Karl Knebel, Nikolaus Meyer als Freund Goethes und Förderer des geistigen Lebens in Westfalen, Münster 1908, S. 95.
- 7 GStAPK, wie Anm. 4, Bd. 1, Verzeichnis auf Bl. 5-11.
- 8 Knebel, wie Anm. 6, S. 95.
- 9 Vgl. zu diesem Abschnitt, soweit nicht anderweitig zitiert wird, „Karl Grobe über Preßfreiheit und Zeitungen“, in: Frankfurter Rundschau vom 18. Mai 1998, Beilage 1848, S. 34.
- 10 von Schroeder, wie Anm. 2, S. 30.
- 11 Margrit Krieg, Das gefährliche Wort „Freiheit“, in: Mindener Heimatblätter 24, 1952, Nr. 3/4, S. 41.
- 12 Fritz Martini, Deutsche Literaturgeschichte, 15. Aufl., Stuttgart 1968, S. 370.
- 13 Ebd., S. 375.
- 14 Ebd., S. 374.
- 15 Markus Hänsel, Elise von Hohenhausen (1789-1857). Übersetzerin, Dichterin und Mutter. Ein Lebensbild im Biedermeier. Mit einer Einführung von Prof. Dr. Adalbert Erler, Frankfurt a.M. – Bern – New York – Nancy 1984, S. 41.
- 16 Zitiert nach Knebel, wie Anm. 6, S. 63.
- 17 Frank-Lothar Kroll, Friedrich Wilhelm IV. und das Staatsdenken der deutschen Romantik, Berlin 1990, S. 83.
- 18 Kommunalarchiv Minden (KAM), Stadt Minden, G II, Nr. 708.
- 19 Ernst Rudolf Huber, Dokumente zur deutschen Verfassungsgeschichte, Bd. 1, 3. Aufl., Stuttgart 1978 (zitiert nach: www.verfassungen.de/de/de06-66/pressfreiheit48.htm).
- 20 Der Publizist Robert Blum lebte von

1807 bis 1848. Er führte die demokratische Linke in der Frankfurter Nationalversammlung, nahm am Wiener Oktoberaufstand teil und wurde standrechtlich erschossen.

- 21 Der Schriftsteller und „Junghegelianer“ Arnold Ruge (1802-1880) war zeitweilig Co-Herausgeber von Karl Marx. Zu den Junghegelianern, d.h. den „linken“ Interpreten und Weiterentwicklern der Hegelschen Philosophie, gehörten u.a. auch Marx, Engels, Heine, Stirner und Feuerbach. Ruge war Führer der extremen Linken in der Frankfurter Nationalversammlung.
- 22 KAM, wie Anm. 18.
- 23 Ebd.
- 24 GStAPK, wie Anm. 4, Bl. 5-11.
- 25 Das „Sonntagsblatt“ war 1817 durch Leopold von Hohenhausen gegründet worden. Die erste Initiative ging aber wohl auf den Verleger und Buchhändler G.W. Eßmann zurück, der eine neue Erwerbsquelle suchte, als mit der preußischen Verwaltungsreform sein Intelligenzblatt obsolet wurde (Claudia Belemann: „eine lebendige Regsamkeit und große Geistesfrische ... trotz herber Geschicke“. Leben und Werk der Autorin, Übersetzerin und Literaturvermittlerin Elise von Hohenhausen, geb. von Ochs, in: Literatur in Westfalen (Beiträge zur Forschung 2), Paderborn 1994, S. 101-133, hier S. 110). Seine Absicht, dem Blatt ein politisches Profil mit liberaler Tendenz zu geben, hielt Leopold nur bis zu den Karlsbader Beschlüssen durch (ebd., S. 111). Danach präsentierte es sich lt. Knebel als schöngeistige und allem Neuen aufgeschlossene Wochenzeitung „von bunter Mannigfaltigkeit“. Es wurde weit über die Region hinaus gelesen und erreichte 1822 eine Auflage von 1.000 Exemplaren. In ihm kamen in ihren Anfangsjahren viele „radikale, jungdeutsche Publizisten“ (Grabbe, Freiligrath, Schücking, Heine), z.T. mit ihren Erstlingswerken, zu Wort. Von 1819 bis 1854 verhielt sich das „Sonntagsblatt“ politisch weitgehend abstinert, mindestens neutral (einer Schmähung der Demokraten stand z.B. ein Spendenaufruf für die Hinterbliebenen von Robert Blum gegenüber). Wegen mangelnder innerer Entwicklung und wachsender Konkurrenz erfuhr es seit den 30er Jahren einen wirtschaftlichen Niedergang. Insgesamt

war es in seiner „leidenschaftslosen Art“ ein „Spiegel der steiflineinen, deutschen Biedermeierzeit“ (Knebel, wie Anm. 6, passim). 1854, unter dem neuen Redakteur Dr. Haase und unter dem neuen Namen „Mindener Journal“, driftete die Zeitung politisch nach links, geriet unter den Einfluss des regierungs- und kirchenseitig angefeindeten Freigemeindepfarrers Dr. Schrader, wurde häufig beschlagnahmt und 1855 einem Konzessionsentziehungsverfahren unterworfen (GStAPK, wie Anm. 4, Bl. 75, 111, 113, 151, 159 u. 161).

- 26 StAdt, M 1 I P Nr. 424, Bl. 54. Der Anzeigende gehörte zweifellos zur Familie des Mindener Regierungspräsidenten Franz Wilhelm von Borries, der von 1847 bis 1853 amtierte.
- 27 Was hier als eine literarisch etwas unbeholfene Metapher daher zu kommen scheint, ist in Wahrheit zweifellos eine Anspielung auf einen Angriff, den der pommersche Junker von Thadden-Trieglaff 1847 im Vereinigten Landtag gegen die Pressefreiheit gerichtet hatte: „Ja, öffentliches, aber wirklich öffentliches Verfahren mit den Herren Literaten: Preßfreiheit, und daneben der Galgen!“ (Karl Marx in: Neue Rheinische Zeitung, Nr. 252 vom 22. März 1849, wiedergegeben in: Karl Marx / Friedrich Engels, Werke, Bd. 6, Berlin (DDR) 1959, S. 364.
- 28 Karl Soll, Dr. med. Julius Heilbronn. Lebensbild eines Mindener Arztes (geboren 1797 in Oerlinghausen, gestorben 1870 in Minden), in: Mitteilungen des Mindener Geschichtsvereins 64, 1992, S. 115-130.
- 29 Martin Krieg, Die Bürgerrolle der Stadt Minden pro 1836, in: Mindener Heimatblätter 14, 1936, Nrn. 5, 6, 7, 8, 9/10, 11/12, insb. Nr. 6, S. 4.
- 30 Davides Heilbronn, De variis cataractae curandae methodis. Dissertatio inauguralis medico-chirurgica, Berlin 1820 (Staatsbibliothek zu Berlin Preußischer Kulturbesitz: Dissert. Berlinens. Medicae 1820, 3. (Nr.18). Sign.: 18 in: Ja 3037).
- 31 Klaus Pohlmann, Vom Schutzjuden zum Staatsbürger jüdischen Glaubens, Lemgo 1990 (Lippische Geschichtsquellen 18), S. 156f.
- 32 Heilbronn, wie Anm. 30, S. 27.
- 33 Bei der Übersetzung von Feinheiten des Lebenslaufs haben mir Frau Dörte

Führer, Göttingen, Herr Gottfried Schmidt, Berlin, und Herr Hans-Wolfgang Schüller, Detmold, wertvolle Hilfe geleistet. Die Verantwortung für jeweils eine von mehreren Interpretationsvarianten sowie für etwaige Fehler liegt indes allein bei mir.

- 34 Heilbronn, wie Anm. 30, S. 27f. Hier folgt der Text des lateinischen Originals: „Ego Davides Heilbronn Idbus Augusti anno Millesimo septingentesimo nonagesimo nono in vico ducatus Lippiae parentibus ad hunc diem ibidem viventibus natus sum. Praeceptoribus destitutus, litteris, quibus pueri, vitae literariae destinati imbui solent, non prius occubui, quam anno aetatis duodecimo, quo vico nostro relicto urbem vicinam, Bielefeldiam petens, ibidem tandem anno MDCCCXIII scholas publicas duce tum temporis rectore illustrissimo Ruhkopffio frequentavi. Sequenti anno, relicta hac urbe, Detmoldiam adii, ubi per tres annos et quod excurrit, virorum praestantissimorum, beati Koehleri, Preussii, Falkmannii et Moebii, quorum memoria semper cordi infixata haerebit, cura et opera litteris humanioribus sum eruditus. Deinde anno MDCCCXVII Goettingam me contuli ibidemque studia medica inchoavi. Docuerunt me: Hempel Osteologiam: Langenbeck Anatomiae reliquas partes et Chirurgiam: Schraeder Botanicam Stromeier Chemiam: Blumenbach, Physiologiam, Anatomiam comparatam et historiam naturalem: Hausmann Mineralogiam et Technologiam: Bouterweck Logicam et Aestheticam: Himly Pathologiam et Therapiam generalem aequae ac speciales et doctrinam de curandis oculorum morbis: Oslander artem obstetriciam theoreticam et practicam. Quibus absolutis sub finem anni MDCCCXVIII in almam musarum sedem, Berolini florentem, profectus, ibidem Rectore hoc tempore Magnifico Weiß in numerum academicorum receptus et Decano spectabilis [um]. t[empore]. Berends facultatis medicae studiosus sum adscriptus. Ex quo tempore sequentes disciplinas audivi: Anatomiam apud Ill. Rudolphi, Physiologiam apud Cel. Osann, Therapiae specialis partem primam apud virum Perill. Hufeland sen., altram apud Cel. Hufeland jun. Artem obstetriciam apud Clar. Friedlaender. Nec deeram iis, qui obdientes verbis divinis:

μ [pánta dokimázete kai tò kalòn katéchete] audierunt Mesmerismum apud Celeb. Wolfhart. Jam ad medicinae praxiu conversus scholas clinicas, quibus Hufeland, vir perill., per tria semestria et quod excurrit, illas quibus Ill. Berends et chirurgicas, quibus Ill. Graefe praeest, omni qua potui studio et assiduitate frequentavi. Nunc tentamine et examine coram nostra facultate absoluto, rogo, ut inclytus medicorum ordo, conscripta ac defensa dissertatione, summus in medicina honores mihi largiatur.“

35 Soll, wie Anm. 28, S. 116.

36 Ebd., S. 129, Anm. 7.

37 Hanns-Peter Fink, Leopoldinum. Gymnasium zu Detmold 1602-2002, Bielefeld 2002, S. 156. Fink zitiert hier aus einem Bericht des Generalsuperintendenten Ewald. Mit freundlicher Genehmigung des Aisthesis-Verlages Bielefeld und des Autors Hanns-Peter Fink wurden die Abbildungen auf den Seiten 16 und 17 diesem Band entnommen.

38 Ebd., S. 155.

39 Ebd., S. 180f.

40 Ebd., S. 179 u. 186.

41 Ebd., S. 178.

42 Das Seminar stand in der Tradition der Aufklärung und wurde in den 1780er Jahren von dem „Neuhumanisten“ Heyne geleitet (ebd., S. 137f.).

43 Ebd., S. 212.

44 Ebd.

45 Ebd., S. 183f.

46 Ebd., S. 189.

47 Ebd., S. 185.

48 Koeler schlug 1805 in einem Gutachten für eine Reform der Schule einen Zeitbedarf von zehn bis 12 Jahren vor (ebd., S. 165).

49 Ebd., S. 181.

50 Ebd., S. 143.

51 Ebd., S. 211.

52 Nicht, wie bei Soll, wie Anm. 28, S. 116: November!

53 Zu prüfen, inwieweit Heilbronn's Doktorarbeit medizinhistorisch wertvoll ist, bleibe der Fachwissenschaft überlassen. Zunächst bedürfte es wohl einer präzisen Übersetzung des damaligen „Ärztelateins“ ins Deutsche. Heilbronn's vierte These, es gebe im Körper verborgene Urinkanäle, spricht allerdings dafür, dass er der widerlegten Vermutung anhing, der Graue Star entstehe durch hinter das Auge flie-

- bende trübe Flüssigkeit (Zetkin-Schal-
dach, Wörterbuch der Medizin, hrsg.
von Herbert Schaldach, Bd. 1, 6. Aufl.,
Stuttgart 1973, Begriff „Katarakt“).
- 54 Heilbronn, wie Anm. 30, Vorwort u. Le-
benslauf.
- 55 Soll, wie Anm. 28, S. 118. Dies kann
allerdings nicht vor Herbst 1821 der
Fall gewesen sein, denn das „Verzeich-
niß der im Zeitraum vom 15ten bis zum
21sten d.M. [Sept. 1821] hier ange-
kommenen und abgereisten Fremden“
(Sonntagsblatt vom 23. Sept. 1821, 38.
Stück, Beilage Öffentlicher Anzeiger)
weist ihn noch als Logiergast im Min-
dener „deutschen Hause“ aus.
- 56 Soll, wie Anm. 28, S. 118..
- 57 Ebd. Zu einer in Hamburg lebenden
Ururenkelin des Paares, einer Nachfah-
rin von dessen Tochter Clotilde, konnte
ich im Rahmen dieser Untersuchung
Kontakt aufnehmen. Es ergab sich,
dass in dieser Linie keinerlei Dokumen-
te oder Informationen zu David Julius
Heilbronn überliefert worden sind.
- 58 Krieg, wie Anm. 29. Bis 1908 Kamp-
straße 27, danach Kampstraße 23.
- 59 Soll, wie Anm. 28, S. 118.
- 60 Arno Herzig, Das Sozialprofil der jüdi-
schen Bürger von Minden im Über-
gang vom 18. zum 19. Jahrhundert, in:
Mitteilungen des Mindener Geschichts-
vereins 50, 1978, S. 45-70, hier S. 58.
- 61 Franz Krins, Die Stadt Minden in zeit-
genössischen Beschreibungen des 18.
und 19. Jahrhunderts. Geistiges Leben
in Minden um 1800, in: Mindener Hei-
matblätter 23, 1951, Nr. 9/10, S. 118-
120, hier S. 119f.
- 62 Hänsel, wie Anm. 15, S. 37. Die Regie-
rung hatte Hohenhausen 1817, nach
Gründung der Zeitschrift, bedeutet,
die Tätigkeit eines Redakteurs sei mit
der Würde eines Regierungsrates un-
verträglich, weshalb Meyer einsprang
(ebd.).
- 63 Knebel, wie Anm. 6, S. 11, 13 u. 17.
- 64 Ebd., passim, z.B. S. 25, 27 u. 29.
- 65 Ebd., S. 17, 19 u. 21.
- 66 Martin Krieg, Die Begründung der
Westfälischen Provinzialblätter in Min-
den, in: Mindener Heimatblätter 24,
1952, Nr. 7/8, S. 73-76, hier S. 74.
- 67 Ebd. (Fortsetzung), Nr. 9/12, S. 93-95,
hier S. 94.
- 68 Arno Herzig, Abraham Jacobi. Die Ent-
wicklung zum sozialistischen und revo-
lutionären Demokraten. Briefe. Doku-
mente. Presseartikel (1848-1853), Min-
den 1980 (Mindener Beiträge 16), S. 15
u. 18; ders., „In unsern Herzen glüht
der Freiheit Schein“. Die Entstehungs-
phase der bürgerlichen und sozialen
Demokratie in Minden (1848-1878),
Minden 1981 (Mindener Beiträge 19),
S. 9ff.
- 69 Soll, wie Anm. 28, S. 116f.
- 70 Hartmut Boockmann, Wissen und
Widerstand. Geschichte der deutschen
Universität. Mit einem Nachwort von
Wolf Jobst Siedler, Berlin 1999, S. 214.
- 71 Verteilt auf die zwei Gymnasien Det-
mold und Lemgo (Fink, wie Anm. 37, S.
171).
- 72 Boockmann, wie Anm. 70, S. 215.
- 73 Fink, wie Anm. 37, S. 137.
- 74 Ebd., S. 141f.
- 75 Ebd., S. 140f.
- 76 Boockmann, wie Anm. 70, S. 216.
- 77 Interpoliert nach Boockmann, ebd., S.
196.
- 78 Ebd., S. 214.
- 79 Die geringe Teilhabe von Katholiken
führt Boockmann auf die „verzögerte
Annahme der modernen Welt durch
die katholische Kirche“ zurück (ebd., S.
214).
- 80 Ebd., S. 217.
- 81 Ebd., S. 218. Mit einer Kabinettsordre
vom 18. August 1822 wurde Juden der
Zugang zum akademischen Lehramt
auch rechtlich wieder verwehrt. Dies
traf etwa auch Heinrich Heine nach
seinem eigenen Bekunden wie ein
„Schlag“ (vgl. Heines Briefe in einem
Band, hrsg. von den nationalen For-
schungs- und Gedenkstätten der klassi-
schen deutschen Literatur in Weimar,
Berlin – Weimar 1989 (Bibliothek deut-
scher Klassiker), S. 38 u. 424.
- 82 Ebd., S. 220.
- 83 Soll, wie Anm. 28, S. 116 f., 120; vgl.
auch den von „D. Heilbronn. Burg-
heim, Archit. A. Levison. Directoren“
unterzeichneten Spenden-„Aufruf“ in:
Sonntagsblatt vom 4. Sept. 1825, 36.
Stück, S. 288.
- 84 Pohlmann, wie Anm. 31, S. 202 u. 217.
- 85 Soll, wie Anm. 28, S. 121f.
- 86 Ebd., S. 124ff.
- 87 Werner Stein, Kulturfahrplan. Die
wichtigsten Daten der Kulturgeschich-
te von Anbeginn bis heute, Berlin
1958, S. 895.
- 88 Bericht des Ludwigsburger Arztes Dr.
[Hermann Friedrich] Hardegg an die
württembergische Zentral- Kommis-
sion gegen die Cholera über die Ver-

- hältnisse in Posen (Landesarchiv Baden-Württemberg, Staatsarchiv Ludwigsburg, E 162 I BÜ 1997).
- 89 Minden 1831 (Staatsbibliothek Preußischer Kulturbesitz Berlin, Sign.: 3 in: Ka 2069; auch: 50 MA 20377).
- 90 Einige externe Beiträge sind durchaus namentlich gezeichnet.
- 91 Karl Gutzkow, Cholera in Berlin (1831), www.preussenchronik.de/_ereignis_jsp/key=chronologie_005750.html.
- 92 Die Frage, weshalb die Regierung keine Angst hatte, er könne die Krankheit bei seiner Rückkehr einschleppen, lässt sich damit beantworten, dass sie eine Inkubationszeit von maximal vier Tagen hat. Es bedurfte also nur einer entsprechenden Quarantänefrist. Die Postkutsche, mit der Heilbronn noch reisen musste, brauchte allein mehrere Tage für die Strecke Berlin – Minden. Der Postverkehr mit den Choleragebieten war nicht eingestellt, die Postsendungen wurden aber seuchenhygienisch behandelt, und viele Städte trafen Vorkehrungen gegen die Einschleppung, indem sich ankommende Reisende desinfizieren lassen und gründlich waschen mussten (Heinz Borchert, Briefe mit Zange angefaßt, in: Berliner Zeitung vom 3. März 1995. Borchert schildert das am Beispiel Königs Wusterhausen zur Zeit der Berliner Cholera-Epidemie von 1830/1831).
- 93 Soll, wie Anm. 28, S. 128.
- 94 Soll, ebd., S. 126, datiert die Ernennung auf 1862. Bereits im Jahrgang 1861 (S. 367) des Amts-Blatt[s] der Königlich Preußischen Regierung zu Minden gab aber die Regierung bekannt: „Seine Majestät der König haben Allernädigst geruht, dem practischen Arzte Dr. Heilbronn hieselbst den Charakter als Sanitäts-Rath zu verleihen. Minden, den 25. Oktober 1861.“ Recht hat Soll aber mit der Unklarheit über den Ernennungsgrund. In den Akten weder des Staatsarchivs Detmold noch des Preußischen Geheimen Staatsarchivs Berlin war darüber etwas zu finden.
- 95 GStAPK, HA I Rep. 76 Kultusministerium, VIII B Nr. 640, Bl. 44.
- 96 Ebd., Bl. 15.
- 97 StAdt, M 1 I M Nr. 42, passim.
- 98 GStAPK, wie Anm. 95, Bl. 44.
- 99 Ebd.
- 100 StAdt, M 1 I M Nr. 39, Bl. 121.
- 101 GStAPK, wie Anm. 95, Bl. 12.
- 102 Ebd., Bl. 44. Um die Zeit von Heilbronn's Auszeichnung gab es im Kreis Minden 22 promovierte und approbierte Ärzte; vgl. StAdt, wie Anm. 96, ohne Blattnummer.
- 103 GStAPK, wie Anm. 94, Bl. 42.
- 104 1861 stand Heilbronn wohl am ehesten der Fortschrittspartei nahe. Ihr Programm entsprach seinem hier herausgearbeiteten politischen Credo: Deutschlands Einigung unter Preußens Führung, aber verbunden mit Parlamentarismus und Demokratie. Nach 1884 wäre er vermutlich „freisinnig“ gewesen, nach 1910 ein Anhänger der fortschrittlichen Volkspartei.
- 105 GStAPK, wie Anm. 94, Bl. 12.
- 106 Manfred Vasold, „Es war eine böse Zeit“. Wie die Cholera aus Asien nach Deutschland kam. Die Geschichte einer Seuche, in: Die Zeit, Nr. 19, 2003.
- 107 Die hier kursiv wiedergegebenen Teile wörtlicher Zitate aus der „Porta-Westphalica“ sind im Original gesperrt gedruckt.
- 108 Herzig, Herzen, wie Anm. 68, passim, z.B. S. 9 u. 35.
- 109 Terminologie nach Herzig, ebd., S. 31.
- 110 In: Porta-Westphalica, Nr. 28 vom 5. April 1849.
- 111 Das hohe Maß an reaktionärer Grundstimmung in den einflussreichen Kreisen der Mindener Gesellschaft wird deutlich, wenn man bedenkt, dass sich der Groll hier nicht etwa gegen einen erklärten Demokraten richtet. Ziegert propagierte das Erbkaisertum für den preußischen König und billigte diesem ein beschränktes Vetorecht gegen Beschlüsse beider Kammern zu. Freilich war er auch strikt für die Aufhebung von Privilegien und für die Durchsetzung der Volkssouveränität. Aus diesem Grunde kam es zum Bruch mit dem – in Minden, verglichen mit anderen westfälischen Städten, besonders weit rechts stehenden – Constitutionellen Club, dessen Mitglied Ziegert war (Poeck, wie Anm. 5, S. 55f., 60, 68 u. 71.)
- 112 GStAPK, wie Anm. 4, Bl. 25.
- 113 Porta-Westphalica, Nr. 21ff., 1849.
- 114 Diese Schelte verkennt freilich, dass „der Haß gegen [...] das ‚revolutionäre‘ Königtum der Orléans“ einen „festen Bestandteil“ von Friedrich Wilhelms IV. „geistigem Koordinatensystem“ bildete; vgl. Kroll, wie Anm. 17, S. 164.

- 115 Wegen des Protestes gegen die Aufhebung der Verfassung von 1833 durch König Ernst August waren 1837 die berühmten „Göttinger Sieben“, darunter die Brüder Grimm, als Universitätsprofessoren entlassen worden.
- 116 Die Tänzerin wurde 1846 die Geliebte Ludwigs I., der sie 1847 zur Gräfin Landsfeld machte. Im Gefolge der daraufhin ausbrechenden Unruhen dankte Ludwig im Zuge der Märzrevolution von 1848 ab.
- 117 England war freilich dem Kontinent in der Kodifizierung und Praktizierung von Freiheitsrechten um mehr als hundert Jahre voraus. Die „Habeas-Corpus-Akte“ von 1679 hatte die Willkürherrschaft der Krone gebrochen, die „Bill of Rights“ von 1689 band die Krone an parlamentarisch geschaffenes Recht und begründete eine Machtbalance zwischen Krone, Ober- und Unterhaus. 1695 wurde die Vorzensur für Druckschriften abgeschafft. An die Stelle der absoluten Monarchie trat allerdings für lange Zeit die Oligarchie von Großgrundbesitz, Finanz- und Industriebürgertum. Das Wahlrecht für das Unterhaus wurde erst 1832 auf rund vier Prozent der Bevölkerung etwa verdoppelt und erstreckte sich um 1849 auf den oberen bürgerlichen Mittelstand (vgl. etwa Der Grosse Ploetz, 32. Aufl., Freiburg i.B. 1998, S. 965f., 969 u. 971).
- 118 Herzig, Herzen, wie Anm. 68, S. 28.
- 119 Poeck, wie Anm. 5, S. 62.
- 120 Knebel, wie Anm. 6, S. 95.
- 121 Herzig, Herzen, wie Anm. 68, S. 24. Es fragt sich aber, auf welche Quellen sich diese Behauptung stützt; die inhaltliche Analyse kann es jedenfalls nicht gewesen sein, da der Jahrgang 1848 der „Porta-Westphalica“ ja verschollen ist.
- 122 Es steht auf einem anderen Blatt, dass Ruge später, wohl durch sechs Jahre Festungshaft gebrochen, ein königstreuer Preuße wurde und sogar eine Staatsrente bezog: Grobe, wie Anm. 9.
- 123 KAM, wie Anm. 18.
- 124 Vgl. dazu auch Herzig, Herzen, wie Anm. 68, S. 34.
- 125 „Die Deutsche Reform“ erschien in Berlin. 1849 setzte sie z.B. das allgemeine Wahlrecht mit Kommunismus gleich (vgl. Peter Klein, Demokratie und Sozialismus, www.krisis.org/p-klein_demokratie-undsozialismus_mk7-1989.html).
- 126 Porta-Westphalica, Jg. 1849, Nr. 31-33.
- 127 Kroll, wie Anm. 17, Viertes Kapitel.
- 128 Porta-Westphalica, Jg. 1849, S. 166.
- 129 Neben der Verbindung von Thron und Altar soll hier sicher auch das Vertragsbündnis „Heilige Allianz“ zwischen den drei Großmächten Preußen, Österreich und Russland vom 26. September 1815 assoziiert werden, Mächten, die ihre undemokratische Regierungsform auf „Gottes Willen“ und den christlichen Normenkodex gründeten.
- 130 Hinweis auf die gnadenlos absolutistische Herrschaft des mit Friedrich Wilhelm IV. verschwägerten Zaren Nikolaus I. Der König lehnte zwar dessen Herrschaftsweise ab, hielt ihn aber für den wichtigsten Stützpfiler der „anti-revolutionären“, konservativ-christlichen „Heiligen Allianz“ von 1815; vgl. Kroll, wie Anm. 17, S. 154.
- 131 Offensichtlicher Druckfehler. Soll heißen: 1849.
- 132 Im Sinne von „vertraglich“.
- 133 König Friedrich Wilhelm IV. Der Vereinigte Landtag, in: Lesebuch zur deutschen Geschichte, hrsg. von Bernhard Pollmann, Dortmund 1989 (Sonderaufgabe), S. 630-633, hier: S. 631f.
- 134 Herzig, Herzen, wie Anm. 68, S. 42.
- 135 Ebd., S. 102.
- 136 GStAPK, wie Anm. 4, Bl. 12; StAdt, wie Anm. 26, Bl. 83.
- 137 In der Ausgabe 86/1849 enthält der überschriftslose Leitartikel der „Porta-Westphalica“ die inkriminierten Behauptungen, die Landwehr sei (zur Niederschlagung der Revolution) ungesetzlich verwendet worden, und es seien im gleichen Zusammenhang öffentliche Gelder verschleudert worden. Die Ausgabe 14/1850 würdigt in einem mit „Lieutenant Rüstow“ betitelten Artikel lobend die Schrift „Der deutsche Militärstaat“ dieses Leutnants. Rüstow kritisiert darin u.a., dass das preußische Heer „zur Unterdrückung des Strebens nach Freiheit verwendet“ werde, dass das Heersystem „nur den Interessen der Aristokratie und des Absolutismus“ diene und dass aus politischen Gründen an der „militärisch unnötigen langen Dienstzeit“ festgehalten werde, weshalb die geltende allgemeine Wehrpflicht nicht verwirklicht werde. Nimmt man die im Zweifel stellvertretend für die Regierung erstattete Anzeige des „Lieut. v. Borries“ mit in

- den Blick, so fällt auf, dass es vor allem militärische Zusammenhänge sind, in denen der Staat empfindlich reagierte. Vermutlich waren Vorwürfe auf diesem Felde besonders justitiabel. Die politischen Angriffe der „Porta-Westphalica“ gegen den Staat nehmen sich jedenfalls ungleich schärfer aus und haben dennoch keine Sanktionen nach sich gezogen.
- 138 GStAPK, wie Anm. 4, Bl. 148. Herzig führt einen ähnlich inkriminierenden Bericht des Regierungspräsidenten über Fickert vom 17. Mai 1852 an; vgl. Herzig, Herzen, wie Anm. 68, S. 105f.
- 139 Herzig, Herzen, wie Anm. 68, S. 25.
- 140 GStAPK, wie Anm. 4, Bl. 133.
- 141 Ebd., Bl. 137.
- 142 Ebd.
- 143 Ebd., Bl. 32. Es trifft also nicht zu, dass, wie es bei Herzig, Herzen, wie Anm. 68, S. 35, heißt, die „Porta-Westphalica“ bereits im Sommer 1849 eingegangen sei. Das Entstehen dieser Ansicht wurde vermutlich dadurch begünstigt, dass nur bis Mai 1849 die geschlossene Bielefelder Sammlung der Ausgaben vorliegt. Das Staatsarchiv Detmold und das Geheime Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz verfügen aber, wie oben bereits erwähnt, über je eine spätere Nummer.
- 144 GStAPK, wie Anm. 4, Bl. 17.
- 145 Ebd., Bl. 18f.
- 146 Ebd., Bl. 25.
- 147 Ebd., Bl. 87ff.
- 148 So Krins, wie Anm. 61. Levin Schücking über Minden im Jahre 1856, in: Mindener Heimatblätter 23, 1951, Nr. 11/12, S. 146f.
- 149 Levin Schücking, Eine Eisenbahnfahrt von Minden nach Köln, mit einem Nachwort von Inge Meidinger-Geise, Minden 1987 [Nachdruck der Leipziger Originalausgabe von 1856], S. 2.
- 150 GStAPK, wie Anm. 4, Bl. 223.
- 151 Ebd., Bl. 33.
- 152 Hervorhebung im Original, dort durch Unterstreichung.
- 153 GStAPK, wie Anm. 4, Bl. 35-38.
- 154 Ebd., Bl. 40.
- 155 Evtl. „Kahn“; die Handschrift ist nicht eindeutig zu entziffern.
- 156 GStAPK, wie Anm. 4, Bl. 148. Eine entsprechende Akte befindet sich offenbar im Staatsarchiv Münster, was ich allerdings nicht zusätzlich recherchiert habe. Die Akte wird 1908 aber von Knebel, wie Anm. 6, unter der Bezeichnung „Archiv der neueren Zeit [A.N.Z.] Oberpräsidium“ im gleichen Zusammenhang zitiert. Danach nannte sich das Blatt zeitweilig „Hahn“, nicht „Kahn“.
- 157 GStAPK, wie Anm. 4, Bl. 229.
- 158 Herzig, Herzen, wie Anm. 68, S. 57.
- 159 von Schroeder, wie Anm. 2, S. 49.
- 160 Minden-Lübbecker Kreisblatt vom 14. September 1870, hier zitiert nach Soll, wie Anm. 28, S. 126.

HANS-HEINRICH HIRSCHBERG
UND GISELA HIRSCHBERG-KÖHLER

Als Offizier in Minden am Ende der Festungszeit

Feste in Minden während der
westphälisch-französischen Zeit (1806–1813)
Major Justus Scheibert, der letzte „Ingenieur vom Platze“

1. Der Mindener Festungsingenieur Major Justus Scheibert

Die Entfestigung ab dem Jahre 1873 war für die Stadt Minden ein so entscheidendes und bis heute nachwirkendes Ereignis, dass jene, die damals die Verantwortung dafür trugen und die Arbeiten leiteten, es verdienen, der Vergessenheit entrissen zu werden. Zu dem Personenkreis, der mit der Entfestigung befasst war, gehörte der preußische Major Justus Friedrich Scheibert, der von 1872 bis 1876 „Ingenieur vom Platze“ in Minden war. Obwohl er nur vier Jahre lang in Minden wirkte, waren diese doch die entscheidenden Jahre für die Entfestigung, die er ab 1873 einleitete und durchführte. Ehe auf seine Zeit in Minden näher eingegangen wird, sollen zunächst sein Leben



Justus Scheibert, 1866,
mit Frau Marie und
dem ältesten Sohn Carl.

Foto: Privatbesitz

und seine Bedeutung als Militär-Schriftsteller mit wenigen Strichen skizziert werden.

Justus Friedrich Scheibert wurde am 16. Mai 1831 in Stettin geboren. Sein Vater war der spätere Provinzial-Schulrat von Schlesien und Geheimer Regierungsrat Dr. Carl Gottfried Scheibert, ein schöpferischer Geist und streitbarer Pädagoge; seine Mutter Adelheid war die Tochter des Stettiner Professors Justus Günther Graßmann, über die der Sohn mit Liebe und Verehrung schrieb. Justus Scheibert war das älteste von elf Geschwistern, von denen sieben schon als Kinder starben – vier von ihnen aufgrund einer arsenhaltigen grünen Tapete im Kinderzimmer.

Nach seinem Abitur in Stettin erhielt Justus Scheibert seine militärische Ausbildung an der Artillerie- und Ingenieur-Schule in Berlin. Im Jahr 1863 wurde er als Beobachter und Kriegsberichterstatte in den Amerikanischen Bürgerkrieg geschickt. Die Erfahrungen in diesem Jahr haben sowohl seine Persönlichkeit als auch seine Ansichten besonders geprägt.

Nach seiner Rückkehr wurde er in das Hauptquartier des Oberkommandos über die Bundesexekutionstruppen gegen Dänemark beordert und diente im Stab des Generals Graf von Wrangel im Deutsch-Dänischen Krieg, wo er die Düppeler Schanzen stürmte. Im Jahre 1866 kämpfte er gegen Österreich. Im Deutsch-Französischen Krieg wurde er am 6. August 1870 in der Schlacht bei Wörth mehrfach schwer verwundet. Die Beförderungen zum Hauptmann I. Klasse 1868 und zum Major 1872 erfolgten, noch ehe er nach Minden kam.

Zu seinen militärischen Auszeichnungen gehörten unter anderen das Düppeler Sturmkreuz, der preußische Rote Adlerorden mit Schwertern, das Eiserne Kreuz und das Lippische Ehrenkreuz. Ferner war er Ritter des K.u.K. Österreichischen Ordens der Eisernen Krone.

Aufgrund seiner Erfahrungen im Amerikanischen Sezessionskrieg und in den drei folgenden Kriegen gelangte er zu Ansichten über den Wert von Befestigungen, die bei seinen Vorgesetzten nicht immer Anklang fanden. Weil er sein Wissen in Denkschriften und sogar in Büchern veröffentlichte, wurde er frühzeitig verabschiedet, zuerst „zur Disposition“ von 1876 bis 1878 und dann endgültig in den Ruhestand. Man nahm ihm übel, dass er als Festungs-Ingenieur dem Bewegungskrieg – gegenüber den Kämpfen um und aus Befestigungen heraus – den Vorzug gab. Damit eckte er damals bei seinen Vorgesetzten an, war aber mit seiner Meinung – wie wir heute wissen – seiner Zeit voraus.

Das war wohl sein Problem: Obwohl er schon frühzeitig erkannte, dass der Festungskrieg strategisch gesehen ein Auslauf-Modell war, hatte er seine eigene militärische Laufbahn zu früh und wohl auch zu fest an diese Gattung gebunden, um noch die Fachrichtung wechseln zu können, hatte damit auf das falsche Pferd gesetzt. Das sagte ihm bereits im Jahre 1864 nach Ende des Feldzuges gegen Dänemark sein damaliger Befehlshaber General von Falkenstein: „Ich habe mich bemüht, für Ihre Zukunft etwas zu tun, es war aber nicht möglich. Sie haben den Fehler begangen und sind Ingenieur geworden. Das widerstrebt Ihrer Natur. In jeder anderen Waffe wäre Ihre Karriere gesichert.“

Bald nach seiner Rückkehr aus der Neuen Welt profilierte er sich als Militärschriftsteller und Zeitzeuge ersten Ranges: Er war der erste Kriegsbericht-erstatte und einer der angesehensten und wichtigsten Militärschriftsteller deutscher Sprache im 19. Jahrhundert, der das Militärwesen nachhaltig beeinflusste, weil er nicht in erster Linie Journalist oder Autor, sondern Berufsmilitär war.

Seine Schriften sind bis heute bedeutende Quellen für „den ersten modernen Krieg der Weltgeschichte“, wie der Sezessionskrieg von Historikern genannt wird. 1874 erschien bei Mittler in Berlin „Der Bürgerkrieg in den Nordamerikanischen Staaten.“ Wie fundiert seine Berichte waren, zeigen die Übersetzungen ins Französische, Englische und Spanische. Schon 1868 wurde sein persönlich gehaltenes Buch „Sieben Monate in den Rebellen-Staaten“ in den USA veröffentlicht, 1958 und 2001 sogar wieder neu aufgelegt.

Dieser Konflikt, ein Schlüsselereignis der internationalen Militärgeschichte, der die Vereinigten Staaten tief spaltete und bis heute mit über einer Million Opfern tief in deren Gedächtnis als der blutigste Krieg in der Geschichte der USA eingegraben ist, stand am Anfang der Karriere des jungen Scheibert als militärischen Beobachters und Berichterstatters. Seine Erlebnisse in den sieben Monaten, die er auch kämpfend auf der Seite der Südstaaten verbrachte, sollten seine Persönlichkeit und seine Arbeit zeitlebens bestimmen. Seine ausgeprägte Beobachtungsgabe und Urteilsfähigkeit, sein Talent für klare Formulierungen und seine englischen Sprachkenntnisse lenkten schon früh die Aufmerksamkeit seiner Vorgesetzten auf ihn.

Sein schriftstellerisches Werk umfasst über 30 Bücher und Hunderte von Artikeln. Seine bis heute ungebrochene Bedeutung als Fachautor gewann er auch mit seinen Publikationen über den Deutsch-Französischen Krieg (erschienen Leipzig 1891 bis 1894) und über den Burenkrieg (Der Freiheitskampf der Buren und die Geschichte ihres Landes, Berlin 1900 und 1903).



Justus Scheibert, 1868, mit seinem Sohn Carl. Foto: Privatbesitz

Scheibert befasste sich auch theoretisch mit dem Festungswesen, wie vier seiner Bücher deutlich zeigen: „Der Einfluss der gezogenen Geschütze auf den Festungskrieg“ (Berlin 1862), „Befestigungskunst und Lehre vom Kampfe“ in vier Bänden (Leipzig 1880-1886), „Strategische Streiflichter auf die Festungsfragen“ (Berlin 1891) und „Gedanken und Bedenken über Festungsbau und Festungskrieg“ (Berlin 1902).

Während in den letzten Jahren der Festung Minden die zunehmend kritische Haltung der Mindener Bevölkerung gegenüber ihrer Festung vor allem aus der erlebten Enge kam, so war die kritische Haltung des letzten Mindener Festungs-Ingenieurs in seinen ausführlichen militärwissenschaftlichen Untersuchungen begründet.

Dabei war und blieb er natürlich als preußischer Offizier und als Kind seiner Zeit begeisterter Militär. Kennzeichnend dafür sind die letzten Sätze, mit denen er seine Lebenserinnerungen beschließt: „Ich hatte nun einmal das Schwert mir erwählt und habe es nur gezwungen mit der Feder vertauscht, die mich ernähren musste. Eins aber kann der Mensch nur ganz sein und ich war und bin es noch: Mit Leib und Seele Soldat!“ Justus Scheiberts Lebenserinnerungen „Mit Schwert und Feder“ (Berlin 1902) sind die wichtigste Quelle für sein Leben und Werk. Das Buch enthält auf 344 Seiten außer mehreren militärischen Plänen und Skizzen auch ein Verzeichnis seiner sämtlichen Werke. Nach seiner endgültigen Verabschiedung aus dem aktiven Dienst war er zunächst einige Jahre in Stuttgart, wo er sich bemühte, als Privatdozent am Polytechnikum Fuß zu fassen, womit er aber auf die Dauer seine Familie nicht ernähren konnte. Von 1880 bis 1884 war er in Hirschberg als Redakteur bei der Zeitung „Post aus dem Riesengebirge“ tätig. Von 1885 bis zu seinem Tode war er militärischer Mitarbeiter der „Kreuzzeitung“ in Berlin.

Nach dem Tod seiner Frau 1896 heiratete er deren jüngere Schwester Clara, verwitwete Dencker. Justus Scheibert starb am 4. Juli 1903 in Berlin-Lichterfelde.

Eine ganz andere Seite seiner Persönlichkeit zeigen die privaten Briefe aus seinen Mindener Jahren, die zugleich ein Licht auf das Leben in dieser Stadt am Ende der Festungszeit werfen.

2. Quellen

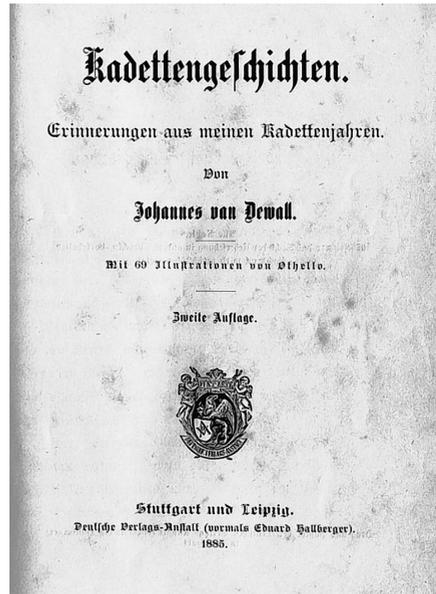
Aus Justus Scheiberts Memoiren, die 1902 unter dem Titel „Mit Schwert und Feder“ in Berlin erschienen sind, ist über die Mindener Jahre von 1872 bis 1876 nicht viel zu erfahren. Ergänzen lässt sich das Bild durch Familienbriefe, die erhalten sind. Der größte Teil des Nachlasses ging allerdings 1945 in Schlesien verloren. Sechs Briefe an seine 20 Jahre jüngere Schwägerin, Clara Roseno in Glogau, die Schwester seiner Frau, schildern recht anschaulich das Leben in Minden, natürlich nur das, was der Verfasser für eine Zwanzigjährige interessant und angemessen fand. Hinzu kommen noch einige weitere Zeugnisse aus Familienpapieren, die auf diese Zeit Bezug nehmen.

3. Justus Scheibert und seine Familie

Als Justus Scheibert 1872 nach Minden kam, war er 41 Jahre alt; seine Frau Marie, eine geborene Roseno¹, war 37. Sie hatten drei Söhne: Carl (7), Justus (5) und Wilhelm (3). In Minden wird am 1. Januar 1775 noch ein vierter Sohn, Gustav, geboren, der aber nach vier Wochen starb. Die Familie zog aus Glogau – auch einer Festungsstadt – nach Minden.

Scheibert wird als sehr groß beschrieben, 120 Kilogramm schwer, ohne dick zu sein, sehr sportlich, vital; sein dunkler Teint und sein dichter schwarzer Haar- und Bartwuchs trugen ihm den Spitznamen „Othello“ ein.

Sein Vater, Carl Gottfried, war zu dieser Zeit schon länger verwitwet und seit einem Jahr als Provinzialschulrat von Schlesien pensioniert. Er lebte im Ruhestand in Jannowitz am Bober am Fuße des Riesengebirges; seine beiden jüngsten Kinder waren noch bei ihm. Seinerzeit war er ein bekannter Pädagoge. Justus Scheibert verehrte seinen Vater sehr. Ein Neffe teilte später folgende Erinnerung mit: „Das Haus meines Großvaters atmete Einfachheit, Frömmigkeit, Altpreußentum. Er selbst, das Urbild eines ehrwürdigen Patriarchen, zwischen Bibel und König von Preußen wurzelnd, verbreitete ehrfürchtige Stille um sich, wenn er als Greis mit Samtkäppchen und langer Pfeife inmitten seiner Familie saß [...]. Mein ergreifendstes Erlebnis war es, als mein Vater und sein älterer Bruder Justus, beide als vollbärtige Majore, am Tage ihrer Abreise von Jannowitz vor ihren Vater hinknieten und ihn um seinen Segen baten. Er segnete sie, worauf ihm Beide in tiefster Verehrung die Hände küssten.“² Diese Erinnerung charakterisiert das Klima, aus dem Scheibert stammte.



Titelblatt eines Buches mit Illustrationen von Justus Scheibert.

*Johannes von Dewall,
Kadettengeschichten,
Stuttgart – Leipzig 1885,
mit Illustrationen von „Othello“*

4. Minden 1872

Als Major Scheibert im Spätsommer 1872 als „Ingenieur vom Platz“ nach Minden versetzt wurde, kam er von einer Kur in Tirol, um seine 1870 bei Wörth im Elsass erlittene Verwundung am Bein auszuheilen. Er hatte von

dort aus noch eine Reise nach Oberitalien gemacht und war dann mit einem Dampfer den Rhein hinab bis Köln gefahren, um von dort mit der Bahn nach Minden zu reisen.

Er schildert in seinen Erinnerungen, wie ihn auf dem Rheindampfer ein fremder junger Mann bittet, ihm Geld zu leihen, denn er sei bestohlen worden und müsse unbedingt noch diese Nacht Herford erreichen. Scheibert gesteht ihm, dass er selbst nur 3. Klasse reisen könne, aber wenn sie beide 4. Klasse führen, würde es wohl gehen. Sie pferchen sich also in den „Stehsalon“³, aber zu seinem Schreck sieht Scheibert, als sie in den Mindener Bahnhof einfahren, dass auf dem „Perron“ eine Abordnung der „Fortifikation“ zu seinem Empfang bereit steht. „Glücklicherweise kannten sie mich nicht,“ schreibt er, „und so war es mir möglich, heimlich dem Waggon zu entsteigen und, plötzlich von der Seite herankommend, ihnen in würdevoller Haltung meinen hohen Gruß zu entbieten.“⁴ Aus der 4. Klasse zu steigen, wäre für einen Major wohl ehrenrührig gewesen.

Wie fand Scheibert nun Minden vor? Die Festung war in Preußen immer nur eine Festung dritter Ordnung gewesen; errichtet und ausgebaut wurde sie gegen das nahe Hannover, so dass sie 1866 nach der Annexion Hannovers durch Preußen eigentlich ihre Bedeutung verlor. Sie wurde aber bis 1871 noch weiter ausgebaut, erst nach der Reichsgründung verlor sie endgültig ihren Sinn.

Es war in Minden sicher nicht mehr so, wie es Heine noch in seinem „Wintermärchen“ beschrieb: Die Tore gingen nicht mehr „rasselnd“ auf und zu; denn sie blieben seit 1865 offen. Trotzdem muss man sich die Stadt aber doch eng, düster und überbevölkert vorstellen. Von 1816 bis 1870 hatte die Einwohnerzahl sich von 6.732 auf 16.593 erhöht, ohne dass eine entsprechende Ausdehnung über die Festungsmauern hinaus möglich gewesen wäre. „Aus dem Jahr 1871 ist bekannt, dass ein drückender Wohnungsmangel in der Stadt Minden geherrscht hat, da [...] die Wohnraumbeschaffung nicht entfernt mit der Bevölkerungszunahme Schritt halten konnte.“⁵ Dazu kamen die Soldaten, für die es außer der Defensions-Kaserne auf dem Simeonsplatz nur die Kaserne auf dem Marienwall gab (seit 1859), so dass 1862 Soldaten kaserniert werden konnten, aber immer noch 1262 in Bürgerhäusern Quartier hatten.⁶ Wenigstens konnten seit 1869 die durchreisenden Truppen in der neuen Bahnhofskaserne untergebracht werden. Man hat ausgerechnet, dass in Minden 12,1 Personen im Durchschnitt in einem Haus lebten, während es im übrigen Westfalen nur 7,6 waren.⁷

Während es Ende des 18. Jahrhunderts noch 500 Kühe in Minden gegeben hatte, war seit der erneuerten Festung im 19. Jahrhundert das Ackerbürgertum in Minden ganz zum Erliegen gekommen. Auch das stadteigene Acker- und Wiesenland war nach und nach verloren gegangen; es gab nur noch Gärten außerhalb der Mauern im Besitz der Bürger. Die meisten Wohnhäuser waren noch aus Fachwerk, nur wenige waren massiv gebaut. In einem Brief der jüngeren Schwester von Major Scheibert, Adelheid, heißt es: „Augenblicklich habe ich ordentlich Sehnsucht nach

Minden, nach den engen Straßen, dem schlechten Pflaster, der langsam schlagenden Domuhr“⁸. Öffentliches Grün zum Spaziergehen gab es nur in den Glacis-Anlagen vor den Toren. Meinhardt zieht die Konsequenz aus dem Festungsstatus der Stadt: „Eine Festungsstadt wurde völlig aus der allgemeinen Entwicklung herausgelöst. Sie führte zwangsläufig (und [...] gegen ihren Willen!) ein einseitiges Sonderdasein allein für den Staat und seine militärischen Belange – was dazu führte, daß sie auf den tiefsten Punkt ihrer wirtschaftlichen Bedeutung und ihrer Selbstverwaltung herabsank.“⁹

Das trifft wohl zu, wenn man Minden mit Bielefeld vergleicht, das 1871 schon 21.800 Einwohner hatte, obwohl es 1849 noch 3.000 Einwohner weniger als in Minden waren, und das inzwischen eine blühende Industriestadt war. Aber „völlig“ herausgelöst aus der allgemeinen Entwicklung war Minden nicht, wie neuere Untersuchungen zeigen: Koch¹⁰ meint, dass der Festungsstatus Mindens das einsetzende wirtschaftliche Wachstum nicht grundsätzlich verhindern konnte, allerdings habe dieser Status die Dynamik des begonnenen wirtschaftlichen Strukturwandels gehemmt. Es gab etliche Betriebe im Nahrungs- und Genussmittelbereich (Zucker, Essig, Tabak), die meisten Arbeiter beschäftigte die Zigarrenindustrie (200). Die wichtigste Chance für die Wirtschaft in Minden lag sicher im Verkehr: Eisenbahn und Weserschiffahrt boten die bedeutendsten Entwicklungspotentiale, die aber erst nach der Aufhebung der Festung und der preußischen Zollgesetzgebung, die z.B. die Entwicklung der Mindener Messe behinderte, so dass diese von überregionaler Bedeutung zu einem lokalen Jahrmarkt herabsank, umfänglich genutzt werden konnte.¹¹

Nun war Minden aber auch Verwaltungsstadt: Der Sitz der Bezirksregierung bedeutete Anwesenheit zahlreicher Regierungsbeamter in der kleinen Stadt, so dass Meinhardt schreiben kann: „Gerade in der dumpfen Luft der gewissermaßen eingekerkerten Stadt brachten bei dem ständigen Kommen und Gehen der vielen Beamten und Offiziere die Neuankömmlinge immer wieder frisches Blut und reges Leben in die privaten gesellschaftlichen Zirkel, die allenthalben in reger Blüte standen.“¹²

Diese Situation traf Scheibert in Minden an, als er 1872 sein Amt antrat.

5. „In Minden war die meiner harrende Aufgabe keine große.“¹³ – Der Beruf

Da die erhaltenen Briefe aus Minden an eine junge Frau gerichtet sind, spielt Berufliches in ihnen erwartungsgemäß eine untergeordnete Rolle. In seinen Lebenserinnerungen schreibt Scheibert als erste Sätze zur Mindener Zeit: „In Minden war die meiner harrende Aufgabe keine große. Die Festung ging ein.“¹⁴ Sie war ja tatsächlich nach der Reichsgründung sinnlos geworden.

Was war noch zu tun? Ein Festungsingenieur hatte alle Festungsbauwerke zu inspizieren, Reparaturen anzuordnen und zu überwachen, was aber in diesem Fall kaum noch in Frage kam. Noch weniger konnte es um

Neubauten gehen. In einem Brief vom 9. Mai 1873 – kein Jahr nach seiner Ankunft – heißt es dann: „Ich werde jetzt viel zu thun bekommen, denn binnen acht Tagen soll ich einen Entfestigungsplan von Minden einreichen, mit Kostenberechnung pp. Dann wird wohl die Arbeit bald losgehen, und da ich keinen Offizier habe hier viel zu thun geben [sic!], was mir auch lieb ist.“ Das heißt, Major Scheibert war für die Aufhebung der Festung zuständig, Hilfskräfte dafür hatte man bereits eingespart. Offensichtlich war er froh, dass es für ihn Arbeit gab. Das entsprechende Reichsgesetz wurde erst am 30. Mai 1873 beschlossen. Bismarck hatte das Gesetz eingebracht, in dem beschlossen wurde, einzelne wenige Festungen auszubauen, andere dafür aufzugeben; so wurde Minden gleichzeitig mit Stettin, Wittenberg, Erfurt, Kolberg und Stralsund aufgegeben. Am 27. Juni 1873 teilte der preußische Innenminister dem Oberpräsidenten der Provinz Westfalen dieses Ergebnis mit und verfügte die sofortige Aufhebung der Rayonbestimmungen. Es ist auffallend, dass Scheibert schon Wochen vorher davon in der Familie erzählt.

Die Arbeiten, die zu erledigen waren, umfassten neben der Kostenberechnung auch die Anordnung für die Niederlegung der Wälle an der Hausberger Front im Süden der Stadt. Auch wurden Breschen an mehreren Stellen in die Wälle geschlagen, um die Stadt zu öffnen. Im Jahr 1873 ging man sofort daran, neben dem Königs- und Marientor Durchbrüche zu schaffen durch Hauptwall, Graben und Vorwerke, „um zunächst neue und möglichst kurze Ausgänge aus der Stadt zu schaffen und die alten Anlagen damit bewußt militärisch zu entwerten. Zu diesem Zweck wurde auch bei der Straßenpassage durch den Brückenkopf ein größeres Stück des Walles abgetragen. Ferner beseitigte man unverzüglich die gesamte Umwallung der Hausberger Front durch völlige Einebnung aller Wälle und Gräben. Damit war die Verteidigungsfähigkeit Mindens vollends aufgehoben.“¹⁵ Mit diesen Aufgaben wird Scheibert als Ingenieur vom Platz betraut gewesen sein. Im Bericht des Bürgermeisters Brüning, den Meinhardt zitiert, ist davon die Rede, dass die Straßen und Glacis-Anlagen nicht mehr ausreichend gewartet wurden. „Die durch die Festung führenden und neben den Wällen herlaufenden Straßen wurden von dem Militärfiskus nur ungenügend unterhalten, da es ihm nach Auflösung der Festung ziemlich gleichgültig sein konnte, wie ihr Zustand war. Ebenso entbehrten die rund um die Stadt herumlaufenden Glacisanlagen der erforderlichen Unterhaltung und des notwendigen Schutzes.“¹⁶ Da in diesem Bericht aber davon die Rede ist, dass mit der Entfestigung eine Kommission aus Männern betraut gewesen sei, die unmittelbar vor der Pensionierung standen und kein Interesse mehr gehabt hätten, muss sich dieser Bericht auf die letzten Jahre vor dem Verkauf der Anlagen an die Stadt 1879 beziehen, als es keinen zuständigen Festungs-Ingenieur mehr gab; Scheibert verließ Minden Anfang 1876.

Scheibert befasste sich in seinen Mindener Jahren auch mit grundsätzlichen Fragen des Festungsbaus; zusammen mit seinem Freund, dem Kommandeur des Pionier-Bataillons Nr.10, Major Golz, verfasste er ein Promemoria, in dem sie ihre Ansichten über das Festungswesen nieder-



Vinckesche Kurie am Großen Domhof: Hier wohnte Justus Scheibert mit seiner Familie. Kommunalarchiv Minden, Bildsammlung, AI, 54, 29a

legten, „Ansichten, die wir auf den entgegen-gesetzten Wegen gewonnen hatten, er im Kriegsministerium und hohen Stellungen, ich durch meine Kriegserfahrungen in Amerika und im aktiven Dienst sowie durch meine steten Studien in diesem Fache.“¹⁷ Diese Schrift schickten sie vervielfältigt an führende Leute in der Armee, wobei man annehmen muss, dass sie an höheren Stellen keine offenen Ohren für ihre Ansichten fanden, da Scheibert später aus dem Militärdienst ausscheiden musste. Eine andere schriftstellerische Arbeit, die in dieser Zeit entstand, war erfolgreicher: sein 1874 in Berlin erschienenes Buch über den amerikanischen Bürgerkrieg „Der Bürgerkrieg in den Vereinigten Staaten“, das auch ins Englische, ins Französische und ins Spanische übersetzt wurde.

Am 25. Oktober 1875 schreibt er an „Clärchen“, dass er in lebhaftester Korrespondenz mit Literaten und Freunden stehe, sogar Aufforderungen zum Schriftstellern bekommen habe, sein Chef, Oberst Kameke, es aber nicht gern sähe, wenn man in Zeitschriften publiziere. Zu diesem Zeitpunkt hofft er noch auf Beförderung; Kameke habe ihm ein Bataillon in Aussicht gestellt, das hiesige habe allerdings ein Major aus dem Elsass erhalten: „und ich wohl viel zu thun bekomme, sobald ich ein Bataillon habe, was Kameke mir in Aussicht gestellt; doch sprich nicht darüber! [...] Mein Auftrag wird sich am Ende doch noch bis Ende Dezember verlängern.“

Über seine berufliche Tätigkeit erfährt man indirekt noch etwas aus seinen Erinnerungen: „Damals gab es in den alten Festungen Verhält-

nisse, die in vieler Beziehung mustergiltig genannt werden konnten. Durch die jahrelange, sorgsame, ja peinliche Ueberwachung der Ausführung der bestellten Arbeiten hatte man allmählich einige hervorragende Handwerksmeister theils herausgefunden, theils herangebildet, die man für die Arbeiten festhielt, und mit denen man Preise vereinbart hatte, bei denen sie bestehen konnten, die bei der großen Ueberwachung aber keineswegs die Bäume in den Himmel wachsen ließen. Diese Meister genossen mit Recht in den entsprechenden Städten eines gewissen Ansehens, und es galt als Ehre, die Fortifikationsarbeiten übertragen erhalten zu haben.“¹⁸ Scheibert beklagt sich, dass nach 1873 das Verfahren geändert wurde, ein „Manchestertum“ um sich gegriffen hätte, bei dem es nur nach Angebot und Nachfrage ging, also die billigsten Anbieter die Aufträge erhielten, so dass manche soliden Handwerksmeister ihre Existenz verloren. „Hier halfen keine Vorstellungen seitens gewissenhafter Platzingenieure“. Zu diesen hat sich Scheibert ja sicher gezählt. Insofern werfen diese Bemerkungen auch ein Licht auf seine Tätigkeit – und auf seine konservative Einstellung.

6. „Ich hatte eine schöne Dienstwohnung am Domplatz“¹⁹ – Häusliches Leben

Die Dienstwohnung des „Ingenieurs vom Platz“ war die alte Domdechaney und spätere Vinckesche Kurie Großer Domhof 6 (damals Nr. 55e), an der Stelle, wo heute die Post steht. Das alte Gebäude aus dem 17. Jahrhundert hatte schon Friedrich II. 1763 und 1768²⁰ bei seinen Besuchen in Minden beherbergt, war vielfach umgebaut und erneuert worden und um 1870 ein behagliches Haus mit Walmdach und Mansardenfenstern, zweigeschossig, mit einem Windfang und zwei Zugangsrampen zum Domhof hin. Rechts neben dem Eingang befand sich der Speisesaal. Im Gebäude waren auch Fortifikationsbüros untergebracht. Vor dem Haus standen damals alte Linden, dahinter – wo heute ein großer Parkplatz ist – befand sich ein Hof mit Hühnerstall und Remise, außerdem rechterhand noch ein großer Garten, in dem verschiedene Birnensorten, Aprikosenbäume, Stachelbeeren, Fliederbüsche u.a.m. gediehen. Mit Sicherheit gab es auch eine Gartenlaube, in der man sich an warmen Tagen aufhalten konnte, vermutlich von Wein umrankt, da einmal auch vom Weintraubenessen im Garten die Rede ist. Abgeschlossen wurde der ganze Bereich von der alten Mauer, die die Domfreiheit von den Gärten hinter den Häusern der Bäckerstraße trennte. Wie heute werden auch damals die alten spitzen Giebel der Rückseiten dieser Häuser über die Mauer geguckt haben. Auf dem Domhof wurde exerziert. Rechterhand lag damals noch die alte Regierung, davor stand das Gefallenen-Denkmal. Wir müssen bedenken, wie Minden vor dem Beginn der Bautätigkeit nach der Entfestigung aussah: Es gab noch keine neue Regierung am Weserglasis, kein Denkmal für den „Großen Kurfürsten“, kein Kaiser-Denkmal auf dem Porta-Berg; die Häuser am Marktplatz hatten noch nicht die prunkvollen Fassaden der wilhelminischen Zeit.

In Scheiberts Haus am Großen Domhof darf man sich bürgerliche Beaglichkeit vorstellen. Zum 42. Geburtstag bekommt Major Scheibert außer Wäsche und Blumen auch „ein paar von der Marie höchst geschmackvoll gestickte Lamberquines [geraffte Querbehänge oberhalb der Gardinen; G.H.-K.] für die Gardinen in der guten Stube“ geschenkt; morgens gratulieren die Jungen mit Blumen und Liedern, abends werden ein paar Herren zum Whist eingeladen und, weil Mai ist, „mit Spargel traktirt“²¹.

Im Hof hinterm Haus gab es auch Tiere: „Unser Haus entwickelt sich immer mehr, wir können sogar mit einem Ziegenböcklein aufwarten, welches (wie Willichen sagte) unsere Ziege neulich „gelegt“ hat. [...] Die Hühner legen mit Macht und hoffentlich wird eine Henne mit 12-14 Küchlein Euch im Hofe empfangen und sich Eurer Pflege anvertrauen. Auch eigene Entlein sollen angeschafft werden.“²² Es kann also auch ein kleiner Teich angelegt gewesen sein.

Über den Garten heißt es in diesem Mai-Brief: „Unser großer Garten strotzt jetzt von Blüten, vergeblich warten wir auf den Flieder, der gar nicht aus den Knospen herauswill. Die Stachelbeeren sind schon ganz groß. Die Birnen aber doch meist erfroren, besonders die feineren Sorten.“ Bei schönem Wetter ist die Familie täglich draußen im Garten. Marie Scheibert schreibt am 9. April 1873: „Heute trafen wir Major Natzmann und Major Köppen, dort [im Garten] häuslich eingerichtet und jeder der Herren kam zur Brücke gelaufen, um mich scherzweise in den eigenen Garten einzuholen. Schließlich kamen auch General Schulzes.“ Auch in einem anderen Brief ist von Visiten am Sonntagmorgen im Garten die Rede.

Wochenlang sind im Sommer die Eltern der Frau und die jüngeren Schwestern beider Eheleute zu Besuch in Minden. „Kommt nur alle im Frühjahr her,“ schreibt der Major, „hier sollt ihr euch von allen Strapazen des Winters, Herzens und der Beine [gemeint ist vom Tanzen; G.H.-K.] erholen.“²³ Man geht gemeinsam zu Einladungen, amüsiert sich über die Leute, über die „verdrehten englischen Romane“ (Brief der Schwester Adelheid), neckt sich am Kaffeetisch – ein heiteres Familienleben, belebt durch die drei „munteren“ Jungen (dieser Ausdruck taucht immer wieder auf).

Am Sonntag besucht man selbstverständlich den Gottesdienst in der St. Simeonis-Kirche, die noch keinen Turm hatte und damals Garnisonkirche war. Es heißt nur ganz lapidar: „Pötter sprach heute sehr schön.“²⁴ Die Verwurzelung im Protestantismus war fest und selbstverständlich; zwei Söhne wurden später Pfarrer. Anschließend empfing oder machte man Visiten; je mehr Leute kamen, desto mehr fühlte man sich geehrt.

Scheibert war auch ein Naturfreund. Er schreibt am 27. Oktober 1872: „Mir macht hier die Jagd, obgleich gar nichts drauf ist, ungemein viel Vergnügen, weil ich es zu sehr liebe, in dieser frischen würzigen Waldluft herumzupirschen. Abends sitzt man hoch auf der Porta (aber am Nordabhang, der viel schöner ist). Das bunt gesprenkelte Laub färbt die Landschaft herrlich und zieht die Sonne lange blutrote Lichtstreifen durch das Tal, in welchem die Weser sich schlängelt. Es ist alles so still und feierlich,

besonders, wenn es dann dunkel wird und der Mond durch die Zweige bricht. Ob ich dann Wild sehe oder nicht, ist mir dann ziemlich gleich.“ Statt Wild bringt er manchmal ein Brot mit nach Hause, das er beim Chaussee-Einnehmer ersteht, um nicht ganz mit leeren Händen zu kommen. In einem anderen Brief steht noch einmal etwas von der Jagd, aber diesmal als Gemeinschaftsunternehmen²⁵: Da hat man ein Reh, drei Füchse und neun Hasen geschossen; es steht nicht da, wo das gewesen ist.

Der Eindruck eines sehr friedlichen bürgerlichen Lebens verstärkt sich noch, wenn man von anderen Freizeitaktivitäten liest. Einen großen Raum in den Briefen an die junge Schwägerin Clara nimmt die Malerei ein, was sicher auch daran liegt, dass das junge Mädchen ebenfalls malte. „Ich teile meine Zeit jetzt zwischen Jagd und Malerei.“²⁶ Er hat ständig ein Bild auf seiner Staffelei in Arbeit, malt sowohl in Aquarell- als auch in Öltechnik; er schreibt von Landschaften, aber auch von Porträts. Einmal ist von einer kleinen, auf Holz gemalten Landschaft die Rede, die er zu Weihnachten verschenkt, ein andermal von einem Porträt von Clara im „Grethchen-Kostüm“²⁷ Dann wieder schreibt er von einem Marine-Stückchen für eine Cousine als Hochzeitsgeschenk. „Ebenso hübsch finde ich eine „gekonnte“ irländische Küste, die ziemlich fertig ist. Auf der Staffelei ist außerdem noch eine Winterlandschaft [...] in Aussicht genommen, ein Pendant zur irländischen Küste. Eine Lorelei und ein niedliches Mädchen und eine Laube sind im Entwurf fertig und werden täglich etwas mehr ausgemeißelt. [...] Sobald ich meinen Verpflichtungen mit Bildern nachgekommen bin, sollst du drankommen mit einer Idylle.“²⁸ Aus Berlin besorgt er sich Vorlagen zum Kopieren.

Am 21. Mai 1873 schreibt er in Vorfreude auf den Besuch der Schwägerin: „Riesig freue ich mich auf Eure Ankunft, und ich werde meinen Ölaparat in Parade aufstellen, um dich mit den nöthigen Honneurs zu empfangen, denn gemalt wird, so Gott will tüchtig.“

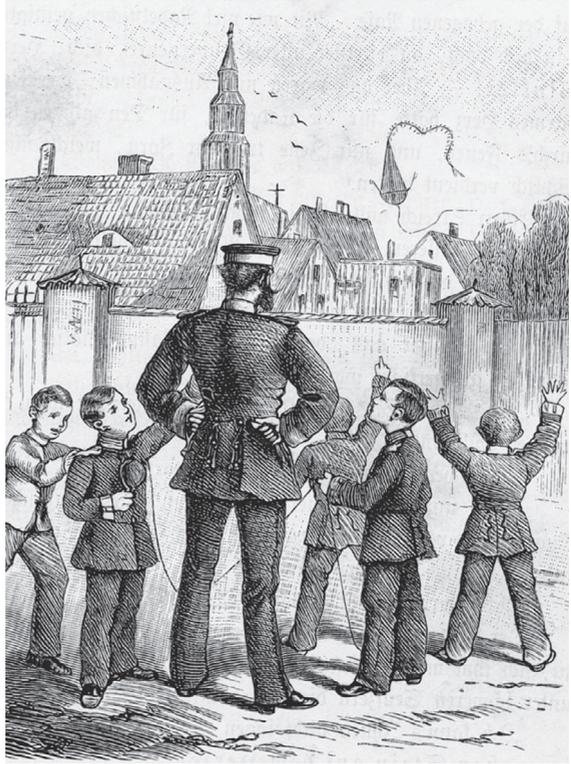
7. „Die Garnison bot die angenehmste Geselligkeit“²⁹ – Das gesellschaftliche Leben, die Verkehrskreise

Der engste Verkehr bestand natürlich zu den anderen in Minden stationierten Offizieren; Scheibert nennt vor allem das Pionier-Bataillon Nr. 10. Man trifft sich zum Kartenspielen und zu Herrenabenden, aber für Scheibert ist es wichtiger, dass er auch Menschen gefunden hat, mit denen er gemeinsam musizieren kann: Das kannte er aus seiner Kindheit in Stettin, wo Carl Löwe in seiner Familie oft neue Quartette ausprobierete. Nun hatte Scheibert auch in Minden nach wenigen Wochen wieder ein Quartett zusammen. Er schreibt 1872: „Ich habe jetzt die große Freude, ein gemischtes Quartett von einer seltenen Vollendung zu besitzen.“ Es besteht aus den Ehefrauen zweier Majore, Frau Block – „vollendete Coloratursängerin als Sopran“ – und Frau Köppen – „herrlicher Mezzosopran mit colobaler Kraft und Weite“ als Alt; er selbst singt Tenor, ein Hauptmann Hartmann Bass. Was gesungen wird, ist den Titeln nach („Die Nixen“, „Ein Engel waltet“, „Lachet o lachet“) wohl als Salonmu-

sik zu bezeichnen.

Es gibt aber auch ein reines Männertrio mit Instrumenten: Major Kühne Cello, und Hauptmann Hartmann, der auch Bass singt, Violine – welches Instrument Scheibert selbst gespielt hat, ist nicht bekannt, vermutlich Bratsche. Interessant ist Major Kühne: Er war schon damals ein bekannter Schriftsteller, der unter seinem richtigen Namen, August Kühne, zwei Kriegsberichte über den Dänischen und den Österreichischen Krieg veröffentlicht hatte³⁰ und unter seinem Pseudonym, Johannes von Dewall, schon einige Romane: „Der Ulan“ (1874), „Ein Frühlingstraum“ (1875), „Vermißt“ (1875), „Else Hohenthal“ (1875). 1877 erschienen „Aus meinen Kadettenjahren“ und „Kadettengeschichten“, Bücher, die von Scheibert unter seinem Spitznamen „Othello“ illustriert wurden.³¹

Außerhalb dieser Geselligkeiten unter den Offizieren gab es aber auch Kontakte zur zivilen Welt Mindens. Gleich nebenan am Großen Domhof lag das Regierungsgebäude, in dem zu Scheiberts Zeit der Regierungspräsident von Eichhorn residierte. Da steht in einem Briefzusatz von Marie Scheibert an ihre Schwester vom 21. Mai 1873: „Vorgestern waren wir das achte Mal bei Präsidenten. Wir sagten ab, und da meinte der Bediente, die Herrschaft bäte sehr, wenn es irgend möglich wäre, der Oberpräsident der Rheinprovinz v. Bardeleben würde da sein und da wollten sie gern ihre Bekannten vorstellen. So gingen wir, und ich wie meist florirte in lila. Es gab Kibitzeier, Seefische und Putenbraten, vorher Eis, hinterher kalte Speisen.³² Der zweite Sohn, Gardepremierleutnant, war auch da. Die Mutter in weitem Mull und hellblauer Schärpe und Haarschleife.“



*Federzeichnung von „Othello“ alias Justus Scheibert.
Johannes von Dewall,
Kadettengeschichten, S. 65*

Der achte Besuch in einem halben Jahr zeugt von regem Kontakt. Scheibert selbst schreibt ebenfalls unter diesem Datum von einem Herrensouper beim Präsidenten zu Ehren des Oberpräsidenten von Ruhlmesser, „welcher aber enttäuschte, da er langweilig war.“

Auch zum gesellschaftlichen Glanzpunkt des damaligen Minden, Elise Polko, hatten Scheiberts Zutritt. Sie wohnte oben im Bahnhofsgelände – ihr Mann war Bahnhofsdirektor – und galt als große Schönheit und begabte Sängerin, auch Autorin. Ihre Werke haben die Zeit nicht überdauert; immerhin waren aber Storm und Raabe bei ihr zu Besuch.

Scheibert berichtet über einen Besuch bei dieser Dame: „Neulich waren wir bei Elise Polko, bei der wir riesig Musik hörten, glücklicherweise wurde ein langes Adagio gespielt, bei welchem ich in aller Eile einen Abzug schlafen konnte, denn ich war hundemüde. Beiliegender Brief zeigt die Einladung, die poetisch wie immer war.“³³ Daraus kann man schließen, dass Scheiberts öfter in den berühmten Salon eingeladen waren.

Besonders erfreut beschreibt Scheibert seinen Kontakt zum Bückeburger Hof: „Mit dem nahen Hof in Bückeburg unterhielt ich regen Verkehr und wurde von dem Fürsten bei meinem Abschiede mit dem Lippischen Ritterorden 2. Klasse dekoriert.“³⁴

8. Schluss

Der Eindruck, den man von diesen Mindener Jahren gewinnt, ist der eines einzigen sonnigen Idylls. Major Scheibert gehörte zu den Privilegierten in der Stadt Minden: Er hatte eine geräumige Wohnung, einen Garten hinterm Haus und den großen Domplatz davor, hatte also unter der Enge der Festungsstadt nicht zu leiden. Durch seine vielseitigen Begabungen und gesellschaftlichen Talente konnte er in der kleinen Stadt ein angenehmes Leben führen, zumal die beruflichen Aufgaben nicht umfangreich waren, wenngleich er gern mehr zu tun gehabt hätte.

Das Deutsche Reich stand zu dieser Zeit fest gegründet und unangreifbar da; es konnte sich so etwas wie „machtgeschützte Innerlichkeit“ (Thomas Mann) entwickeln. Das Überraschende ist, dass auch ein eher draufgängerischer Offizier, der die Bismarckschen Feldzüge mit Begeisterung mitgemacht hatte, hier ganz offensichtlich das fast biedermeierlich wirkende Leben eines Bildungsbürgers führte. Minden hatte zu dieser Zeit noch keinerlei öffentliche Kultureinrichtung, kein Theater, keinen Konzertsaal: Das kulturelle Leben spielte sich ganz in privaten Kreisen und Salons ab. Kunst wurde in diesem Milieu rein affirmativ verstanden, man war zutiefst einverstanden mit dem Bismarck-Staat. Die Kadettengeschichten des Major Kühne sind noch weit entfernt vom „Törleß“ Robert Musils, der 20 Jahre später erschien; hier gibt es noch keine tieferen seelischen Konflikte, sondern nur lustige Jungenstreichle; in den Kadettenanstalten werden „Helden“³⁵ erzogen. Kunst als Möglichkeit des Aufbegehrens und der Kritik kam mit Sicherheit nicht in den Blick; Kunst diente ausschließlich der Verschönerung und Bereicherung des privaten Lebens.

Major Scheibert, ein vielseitig talentierter, musisch begabter Mann, der

auch ein glänzender Gesellschafter war, entsprach sicher nicht dem Durchschnittsoffizier in Preußen. Über zehn Jahre später erzählt eine Nichte von einem Aufenthalt bei ihm in Berlin: „Onkel Justus war der belebende Mittelpunkt, die personifizierte gute Laune. Es war immer, als ob die Sonne aufging, wenn er irgendwohin ging [...]. Keiner der Söhne [...] ging aus, denn es war nirgend so lustig und gemütlich wie zuhause.“³⁶ Vom „eingefrorenen Dünkel“ preußischer Offiziere aus Heines „Wintermärchen“ ist hier nicht die Spur zu finden.

Damals in Berlin verkehrte Scheibert in den christlich-sozialen Kreisen um Adolf Stoecker³⁷ und vor allem den Kommerzienrat Bolle, er hatte auch selbst einen Verein für die „Innere Mission“, also soziale Arbeit, in Moabit gegründet. Er hatte mit seinen Schriften so viel verdient, dass er eine kleine Villa in Lichterfelde, ein Sommerhaus am Wannsee und eine kleine „Flotte“ von Ruder- und Segelbooten erwerben konnte.

Anmerkungen

- 1 Ihr Vater, Gustav Roseno, war Geheimer Justizrat in Glogau.
- 2 Familienpapiere.
- 3 Justus Scheibert, Mit Schwert und Feder, Berlin 1902, S. 299.
- 4 Scheibert, Schwert, wie Anm. 3, S. 299.
- 5 Volkmär Ulrich Meinhardt, Die Festung Minden, Minden 1958 (Mindener Beiträge 7), S. 96. Der Forschungsstand zur Bevölkerungsgeschichte Mindens in der Festungszeit ist jüngst einer kritischen Revision unterworfen worden: Philipp Koch, Bevölkerungsgeschichte Mindens im 18. und 19. Jahrhundert, in: Mitteilungen des Mindener Geschichtsvereins 76, 2004, S. 37-62.
- 6 Meinhardt, Festung, wie Anm. 5, S. 94.
- 7 Meinhardt, Festung, wie Anm. 5, S. 94.
- 8 Privatbesitz.
- 9 Meinhardt, Festung, wie Anm. 5, S. 128.
- 10 Philipp Koch, Rückständigkeit in einer industriellen Pionierregion? Die Wirtschaft der Festung Minden 1815 bis 1873, in: Werner Abelshäuser (Hrsg.), Die etwas andere Industrialisierung. Studien zur Wirtschaftsgeschichte des Minden-Lübbecke Landes im 19. und 20. Jahrhundert, Essen 1999, S. 85-110, hier S. 110.
- 11 Koch, Rückständigkeit, wie Anm. 10, S. 99.
- 12 Meinhardt, Festung, wie Anm. 5, S. 110.
- 13 Scheibert, Schwert, wie Anm. 3, S. 299.
- 14 Scheibert, Schwert, wie Anm. 3, S. 299.
- 15 Meinhardt, Festung, wie Anm. 5, S. 126.
- 16 Meinhardt, Festung, wie Anm. 5, S. 120.
- 17 Scheibert, Schwert, wie Anm. 3, S. 199f.
- 18 Scheibert, Schwert, wie Anm. 3, S. 313.
- 19 Scheibert, Schwert, wie Anm. 3, S. 299.
- 20 Bau- und Kunstdenkmäler von Westfalen, Bd. 50, Stadt Minden, Teil II, 1, S. 1234.
- 21 Brief vom 21. Mai 1873.
- 22 Brief vom 21. Mai 1873.
- 23 Brief vom 22. Dezember 1872.
- 24 Brief von September 1873 (ohne Tagesdatum). Heinrich Poetter war im April 1873 als Garnisonpfarrer nach Minden gekommen; 1875 wurde er auch Regie-
rungs- und Schulrat, 1879 Superintendent; später ging er als Generalsuperintendent nach Stettin.
- 25 September 1873.
- 26 Brief vom 27. Oktober 1872.
- 27 Brief vom 22. Dezember 1872.
- 28 Brief vom 22. Dezember 1872.
- 29 Scheibert, Schwert, wie Anm. 3, S. 299.
- 30 August Kühne, geb. 1829 in Herford, gest. 1883 in Wiesbaden; nahm 1879 seinen Abschied als Oberstleutnant, veröffentlichte 27 Romane, zum größten Teil mehrbändig, von denen viele auch ins Englische und Schwedische übersetzt wurden, sowie mehrere Erzählungen und Novellen.
- 31 In diesen beiden Büchern waren das insgesamt 100 Zeichnungen. Scheibert schrieb darüber an seine Schwägerin am 16. Mai 1876 aus Küstrin: „Du glaubst nicht, wie nett es ist, sich ein paar Groschen nebenher zu verdienen. Wenigstens mir haben die Kadettenbilder, die mir sonst schließlich riesig langweilig wurden, in dieser Hinsicht königliches Vergnügen gemacht.“
- 32 In einem früheren Brief vom 27. Oktober 1872 ist auch von einem Essen die Rede, dieses Mal bei einer Herrengesellschaft unter Offizieren; da heißt es: „Es gibt Großvögelpastetchen und junge Hühner. Zweimal Geflügel, aber hier ist ein zu pauvres Ländchen!“
- 33 Brief vom 21. Mai 1873.
- 34 Scheibert, Schwert, wie Anm. 3, S. 300.
- 35 Johannes van Dewart, Kadettengeschichten, 2. Auflage, Stuttgart – Leipzig 1885, darin S. IV das Vorwort zur 1. Auflage 1877: „Möge das Kadettenkorps für immer die Pflanzschule bleiben, in welcher Helden groß gezogen werden.“
- 36 Privatbesitz.
- 37 Arno Herzog, Adolf Stoecker. Christlich-konservativer Sozialpolitiker oder antisemitischer Agitator?, in: Mitteilungen des Mindener Geschichtsvereins 76, 2004, S. 21-36.

GÖTZ J. PFEIFFER

„Da verstund Martinus, von ihm sollte dem Armen Hilfe kommen“

Der heilige Martin von Tours in Legende, Bräuchen und
in Bildwerken an St. Martini zu Minden

Mit ihren Laternen ziehen am 10. und 11. November jeden Jahres große und kleine Gruppen von Kindern durch die Straßen. Dabei singen sie von ihrer Laterne, die mit ihnen geht oder wie Sonne, Mond und Sterne leuchtet. Auch stimmen sie „Ein' feste Burg ist unser Gott“ oder eines der anderen an diesen Tagen gesungenen Lieder an. Vielleicht ohne es zu wissen, feiern sie damit einen seit Jahrhunderten an seinem Begräbnistag verehrten christlichen Heiligen, der im 4. Jahrhundert lebte. Auch im Mindener Stadtbild hat eine Kirche mit seinem Namen seit langem ihren festen Platz. Von dem heiligen Martin von Tours, seiner Legende und den Bräuchen am Martinstag, von der Kirche St. Martini zu Minden und ihren bildlichen Darstellungen des Heiligen soll im Folgenden die Rede sein.



Der „Bassenheimer Reiter“, ein um 1240 geschaffenes Relief mit der Mantelspende aus dem Mainzer Dom, heute in der Pfarrkirche zu Bassenheim, unweit Koblenz.

*WikiCommon;
Foto: Lothar
Spurzem*

1. Legende und Verehrung des heiligen Martin von Tours

Aus dem Leben des heiligen Martin von Tours ist durch eine Beschreibung, die bereits zu seinen Lebzeiten von dem römischen Autor Sulpicius Severus begonnen wurde, viel bekannt.¹ Im Jahr 316 oder 317 wurde Martin in Sabaria, einer Stadt in der damaligen römischen Provinz Pannonia (heute Szombathely in West-Ungarn), als Sohn eines römischen Militärbeamten geboren, in Oberitalien erzogen; als 15-Jähriger trat er in die römische Reiterei ein. Die berühmte Mantelteilung zugunsten eines frierenden Bettlers, auch als Mantelspende bezeichnet und unten ausführlich behandelt, geschah einige Jahre später. Unmittelbar danach wurde Martin, der schon als Zehnjähriger in den Kreis der Taufwilligen aufgenommen worden war, christlich getauft und verließ bald darauf die Armee. Er wurde in Frankreich Schüler des Hilarius von Poitiers, der als katholischer Kirchenlehrer und Heiliger verehrt wird, und gründete um 370 nahe Poitiers ein Kloster, das als eines der ältesten des Abendlandes gilt und heute Abbaye Saint-Martin de Ligugé genannt wird. In den folgenden Jahren vollbrachte Martin zahlreiche Wunder, u.a. die Erweckung eines Toten und die Heilung eines taubstummen Mädchens, und wurde aufgrund großer Beliebtheit trotz seines Widerstandes 371 oder 372 zum Bischof von Tours gewählt. Er lebte wie zuvor asketisch, gründete nahe der Stadt in Marmoutiers ein weiteres Kloster und wohnte dort im Kreis von bis zu 80 Mönchen. Als hoch geachteter Kirchenmann starb er am 8. November 397 und wurde an jenem 11. November des gleichen Jahres in Tours begraben, der bis heute als sein Feiertag gilt. Schon zu Lebzeiten wurde er als Heiliger angesehen und verehrt, ohne dass er heilig gesprochen wurde, denn die erste Heiligsprechung fand erst 993 statt. Erst seit dem 12. Jahrhundert durfte allein der Papst heilig sprechen.² In der Geschichte der Kirche gilt der heilige Martin von Tours als wichtige Schlüsselfigur im Übergang des Christentums von der anfänglichen Untergrund- zur römischen Amtskirche, erlangte er seine Heiligkeit doch nicht aufgrund des eigenen Märtyrertodes, sondern wegen seines Lebens und seiner Taten, in denen er ausdrücklich dem Beispiel Christi nachfolgte.

Das heute bekannteste und in der Kunst am häufigsten dargestellte Geschehen aus dem Leben des heiligen Martin ist die bereits erwähnte Mantelteilung. Sie hat sich zu der Zeit, als er noch römischer Offizier war, vor einem Stadttor der nordfranzösischen Stadt Amiens in einem kalten Winter zugetragen. Martin wurde von einem zerlumpten Armen um ein Almosen angebettelt, hatte anderen Bettlern aber bereits all sein Geld und alle Nahrung gegeben. Da er sah, wie der Bettler in seinen Lumpen fror, nahm er sein Schwert, teilte seinen wollenen Mantel in zwei Hälften und schenkte eine davon dem Armen. Einige, die Martin daraufhin in seinem halben Mantel sahen, lachten ihn aus, weil er ihnen verunstaltet vorkam. Andere erkannten die lobenswerte Mildtätigkeit seiner Gabe und ärgerten sich, dass nicht sie dem Bettler etwas gegeben hatten. In der folgenden Nacht hatte Martin ein Traumgesicht: Christus erschien ihm und trug eben jene Mantelhälfte, die er dem Bettler gegeben hatte. Dabei forderte der Gottessohn den Schlafenden auf, ihn genau zu be-

trachten und das Mantelstück als sein Geschenk wieder zu erkennen. Zu den Engeln, die ihn begleiteten, sprach Christus, Martin habe mit dem Armen auch ihn beschenkt. Um dies zu erklären, erinnerte er an die Worte „Was ihr für einen meiner geringsten Brüder getan habt, das habt ihr mir getan“ aus seiner Rede auf dem Ölberg.³ Martin sah das Traumgesicht als Bestätigung seiner Lebensweise, denn als Katechumen, als jemand, der sich auf die Taufe vorbereitet, hatte er Leben und Taten des Gottessohnes bereits vor langer Zeit zu seinem Vorbild erklärt und lebte danach. So ist Martins bald darauf erfolgte Taufe als Ergebnis dieses Traumes zu sehen. In der geschichtlichen Nachwirkung wird seine Mantelspende stets als Werk der Barmherzigkeit verstanden, die nach Christi Vorbild geschah, dessen Zustimmung fand und auch andere zur Mildtätigkeit auffordern soll.

Wegen seiner Barmherzigkeit, seiner Wunderwerke und seiner Gerechtigkeit selbst gegenüber Feinden wurde der heilige Martin schon zu Lebzeiten verehrt. Dabei genoss er im Mittelalter so starke Verehrung wie die Gottesmutter Maria und der Apostel Petrus. Das katholische Bistum Mainz wählte ihn zum Schutzheiligen und weihte ihm seinen Dom. Die Stadtsilhouette von Köln wird bis heute nicht nur vom Dom geprägt, sondern auch von dem unweit am linken Rheinufer gelegenen romanischen Bau von Groß St. Martin, der Kirche eines ehemaligen Benediktinerklosters. Auch in Westfalen sind zahlreiche dem Heiligen geweihte Kirchen nachzuweisen, etwa die vor 1021 entstandene gräfliche Kapelle in Dortmund, das um 1200 gegründete Kollegiatstift in Münster sowie in Bielefeld-Schildesche die im Mittelalter bestehende Pfarrkirche und eine Kapelle.⁴ Vielfach wurde der Heilige auch im Bistum Minden verehrt. So war es in Levern noch 1704 üblich, nicht nur zu den Hochfesten Weihnachten und Ostern, sondern auch am Martinstag in besonderer Weise die Glocken zu läuten, in Barkhausen war dem Heiligen eine 1223 erwähnte Kirche geweiht, und in Petershagen wird aus der die Zeit um 1570 berichtet, dass das Schlossgesinde am Martinstag gemäß altem Brauch eine Tonne Mindener Bier trank. Für Minden selbst sind im Dom erstmals 1064 Reliquien des Heiligen nachgewiesen, und als wichtigster Markttag der Stadt galt um 1460 der Martinstag.

Da sich Martin schon während seiner Zeit in der römischen Armee stets als „miles Christi“, als christlicher Ritter, verstanden hatte, wurde er der Patron der Soldaten und besonders der Ritter sowie des gesamten fränkischen Königreiches. Später war er auch der Nationalheilige Frankreichs. Ein Mantel aus seinem Besitz, der als jener angesehen wurde, den er geteilt hatte, zählte zu den bedeutenden Reichskleinodien der fränkischen Könige und wurde für so wichtig erachtet, dass auf ihn Eide geschworen wurden. Wegen seiner Mantelspende gilt der heilige Martin auch als Schutzpatron der Tuchmacher, Tuchhändler und Schneider, aufgrund seiner Barmherzigkeit als Beschützer der Bettler und der Armen. Dass er auch unter die Patrone der Gastwirte, Reisenden und Harnischmacher zählt und gegen mancherlei Krankheit helfen soll, zeigt seine Beliebtheit sowie den festen Glauben an seine Wundertätigkeit.⁵

2. Martinsgans, Martinsingen und andere Bräuche

Der 11. November, der Martinstag, war bis weit in die Neuzeit ein wichtiger Termin im Jahresablauf. Zinsen und andere Abgaben wurden häufig an St. Martini fällig. Auch lag der 11. November unmittelbar vor der im Mittelalter üblichen 40-tägigen Fastenzeit im Advent, so dass an diesem Tag ein letztes Mal ausgiebig gefeiert und gegessen werden durfte, häufig wohl die bis heute bekannte Martinsgans, die als Festspeise erstmals im 14. Jahrhundert belegt ist.⁶ Aus dem Beginn der Fastenzeit nach diesem Datum und weil der Martinstag als Beginn des Winters gesehen wurde, erklärt sich auch, dass die Karnevalszeit immer noch am 11. 11. beginnt. Mit den Feiern am Martinstag sind auch die um diesen Tag herum stattfindenden Märkte und Jahrmärkte zu erklären. Die Mindener Messe Anfang November geht vermutlich auf einen mittelalterlichen Jahrmarkt um den Martinstag zurück, und im unweit gelegenen Wiedensahl wird seit einer 1832 von der Königlich Großbritannisch Hannoverschen Landdrostei erlassenen Verordnung der Martini-Markt am Donnerstag in der Woche vor dem Martinstag abgehalten.⁷

Ein Festmahl ist wohl der älteste Brauch am Martinstag.⁸ Bereits für das späte 6. Jahrhundert ist belegt, dass es Trinkgelage an Martins Todestag zu dessen Ehren gegeben hat. Dieser Brauch wurde im gesamten Mittelalter fortgeführt, wobei als weitere Ereignisse hinzukamen, dass die neuen Weinfässer das erste Mal geöffnet und der neue Jahrgang probiert wurde. Bei diesen Festen wurden auch Lieder gesungen, wie etwa folgende aus der Zeit um 1400 überlieferte, vermutlich aber ältere Weise. Der Vorsänger stimmte an:

„Martin, lieber Herre,
nun lass uns fröhlich sein“.

Darauf sang die Festgemeinde im Chor oder im Kanon:

„Heut zu deinen Ehren und durch den Willen dein!
Die Gäns sollst du uns mehren und den kühlen Wein!
Gesotten und gebraten, sie müssen all herein!“⁹

Bereits für das 13. Jahrhundert ist der Brauch nachweisbar, dass auch Studenten und Schüler die häufig reich begüterte Tafelgemeinde mit Liedern unterhielten, und ihnen dafür Essen geschenkt wurde. Dieses Heischen oder Bitten mit Gesang, wobei stets an die Gebefreude des heiligen Martin erinnert und die potenziellen Geber ihm gleichgesetzt wurden, ist die Quelle für das heutige Singen am Martinstag.

Aus den Festmahlen am Martinstag erklärt sich auch ein Brauch, den der Mindener Domherr Heinrich Tribbe in seiner um 1460 verfassten „Beschreibung von Stadt und Stift Minden“ überliefert hat. Der von 1022 bis 1036 im Mindener Bistum regierende Bischof Sigbert habe, urkundlich nachweisbar für 1033, bestimmt:

„am St. Martinsfest (solle) der Bischof desselben Sitzes mit den Brüdern von St. Petri [den Geistlichen des Domstiftes; Verf.] zu vorgenanntem Kloster [St. Martini; Verf.] kommen, die feierliche Messe celebrieren und dadurch, dass er dort das Frühstück einnehme, [einen Liebesdienst] erweisen [...], dass auf diese Weise Eintracht und Freundschaft unter ihnen

befestigt werden und sie im Dienste Gottes einmütig sich zusammenschließen“.¹⁰

Weltliche Gesänge, wie die oben zitierte Weise, sind für dieses Mahl kaum zu vermuten. Die Abgabe der Überreste des Essens oder anderer Gaben an Bettler und Bedürftige, wie es im Mittelalter bei vielen Gelegenheiten üblich war und besonders im Zusammenhang mit dem heiligen Martin von Tours nahe liegt, ist aber wahrscheinlich.

Der heute bekannteste Brauch am Martinstag, das Herumgehen, Singen und Gaben erhalten, auch Heischegang genannt, hat im nordwestlichen Viertel Deutschlands eine lange Tradition. Bereits für das 16. Jahrhundert gibt es für Köln und Celle Belege, dass Personen von Haus zu Haus zogen, Lieder sangen und dafür Gaben bekamen, oder, wenn sie nichts erhalten hatten, Spottlieder auf die Geizigen anstimmten. Im 17. Jahrhundert nahmen die Heischegänge in Minden, wo sie zu unbekannter Zeit begonnen hatten, offenbar derart aggressive Formen an, dass sich die Obrigkeit zum Einschreiten veranlasst sah. Am 29. September 1658 wurde für den Martins- und den Michaelistag erlassen:

„Es wird verboten, dass unerzogene Kinder, allerhand Gesinde und Müßiggänger an den genannten Tagen vor den Thüren singen: „Sankt Michael, resp. Sankt Martin ist ein guter Mann, der es wohl vergelten kann“ und wie die unnützen Worte nacheinander mehr lauten“.¹¹

Um 1950 waren das Singen und Gabenheischen in Minden unbekannt und wurden nach der Erinnerung älterer Leute während ihrer Lebzeiten, also mindestens seit dem späten 19. Jahrhundert nicht ausgeübt. Dass im übrigen Ostwestfalen die Heischegänge im 17. und 18. Jahrhundert nicht geübt wurden und erst kurz vor den nächsten Belegen im späten 19. Jahrhundert wieder begannen, ist aber unwahrscheinlich.¹²

Im Rheinland wird das Martinssingen seit dem 16. Jahrhundert vermutlich ununterbrochen gepflegt. Aber erst kurz vor 1863 begann man in Düsseldorf Züge von Kindern mit Laternen aus Kürbissen oder Papier zu organisieren und schickte kurz vor 1900 erstmals einen als heiligen Martin, zuerst als Bischof, dann als Ritter, verkleideten Reiter durch die Stadt. Im Rheinland breitete sich der Laternenumzug mit Reiter und Gesang und das von Vereinen oder eigens gegründeten Komitees organisierte Verteilen von Gaben schnell aus. In Westfalen scheint es lange auf katholische Regionen und Gemeinden begrenzt gewesen zu sein.

Auch der heute in Minden wieder gepflegte Brauch, wohl bald nach 1950 von den Kindern wieder aufgenommen, steht in der Tradition, am Vorabend oder am Abend des Martinstages, also am 10. oder am 11. November, auf Heischegang zu ziehen. So organisierte die Mindener evangelische Andreas-Gemeinde zum 10. November 1976 gleich zwei Züge mit insgesamt über 90 Kindern, die „singend durch die Straßen (gehen), um die Bollerwagen, die sie mitziehen, zu füllen: mit haltbaren Lebensmitteln oder Geldspenden, die der Patengemeinde und der Inneren Mission zugute kommen sollen“. Nach einer Andacht wurden an sie „dann auch wieder die Martinshörnchen verteilt“, ein besonderes Kipferl-Gebäck.¹³ Auch der Mindener Einzelhandel hatte sich nach Ausweis seiner

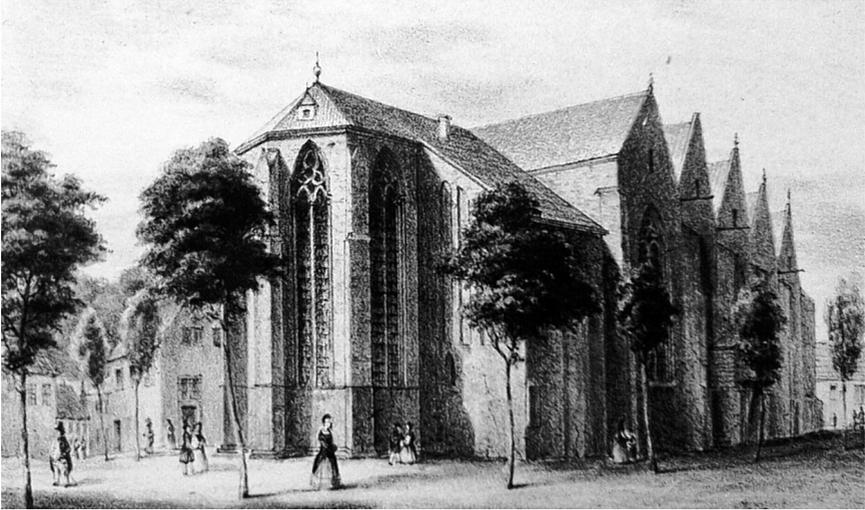
Anzeigen im Mindener Tageblatt im Jahr 1976 auf diesen Tag eingestellt. Central-Kauf bot „Zum Martinstag“ für die Laternensinger eine „Bonbonmischung, 750-g-Beutel“ an, während Hill an die erwachsenen Feiernden dachte und offerierte: „Zum Martins-Tag: Polnische Hafermastgänse, Rotkohl, Fleisch-Leberrotwurst, Westfälische Leberwurst“.¹⁴

In Ostwestfalen überlagern sich im heutigen Martinssingen offenbar das im 19. Jahrhundert begonnene „Martin-Luther-Singen“ und die älteren Heischegänge am Martinstag. Bemerkenswert ist daran, dass dabei der alte Martinstag am 11. November mit dem 10. November, dem Geburtstag Martin Luthers, gleichgesetzt wird, so dass heute einer der wichtigsten katholischen Heiligen und der protestantische Reformator am selben Tag und mit dem selben Brauch geehrt werden.

3. Die Kirche St. Martini in Minden

Die gepflegten Martinsbräuche und die Kirche St. Martini in Minden sind wechselseitig auseinander zu erklären und haben sich beeinflusst, indem beide von der Verehrung des Heiligen und der alltäglichen Vertrautheit der Bevölkerung mit ihm zeugen. Dazu wird das schon früh im Mittelalter gegründete Kollegiatstift St. Martini und dessen große Kirche, die seit etwa 1529/1530 evangelische St. Martini-Kirche oberhalb von Dom, Markt und Rathaus, entscheidend beigetragen haben.

Wahrscheinlich begründete schon der 1002 bis 1022 als Mindener Bischof regierende Dietrich II. die Kirche und das Kollegiatstift, wenn in der Mindener Stadtgeschichte auch der wichtige Bischof Siegbert als Gründer gilt. Ihm bestätigte Kaiser Konrad mit Urkunden aus den Jahren 1029 und 1033 die Gründung.¹⁵ Der erste Kirchenbau, über dessen Aussehen nichts bekannt ist, wurde wohl mit der Gründung begonnen, möglicherweise aber erst zur Mitte des 12. Jahrhunderts beendet, ist doch erst 1152 als Datum der Turmvollendung überliefert. Für die Jahre 1165 und 1172 sind Brände in der Kirche und in der angeschlossenen Klausur belegt. Die ältesten Statuten, die das Leben der zwölf ähnlich wie Mönche lebenden Stiftskanoniker bestimmten, sind auf den 13. Dezember 1230 datiert. In ihnen wurde u.a. als Eintrittsalter mindestens das 14. Lebensjahr, für die Erlangung eines internen Amtes mindestens das 25. Lebensjahr festgelegt. Die meisten Kanoniker stammten aus bürgerlichen Familien, wenige aus dem Adel. In den Jahrzehnten um 1230 nahm St. Martini darin auch dank seiner zentralen Lage im ummauerten Stadtgebiet eine wichtige Stellung ein. Bedachten bis zum 13. Jahrhundert vor allem die Mindener Bischöfe das Martini-Stift mit reichen Gaben, wurden sie um diese Zeit nun durch mehrere Schenkungen Mindener Bürger und des lokalen Adels abgelöst. 1277 ist St. Martini erstmals als Pfarrkirche bezeugt, hatte aber wohl vorher schon eine Gemeinde. Für das 14. und 15. Jahrhundert sind zahlreiche weitere Stiftungen von Bürgern und Geistlichen an St. Martini nachzuweisen. Bis in das frühe 14. Jahrhundert hatten die Kanoniker von St. Martini ähnlich wie Mönche in einem Gebäude bei der Kirche gemeinsam gewohnt, danach zogen sie in einzelne, Kurien genannte



Die Kirche St. Martini von Nordosten. Ansicht auf dem um 1855/58 entstandenen lithographischen Sammelblatt von Johann Jürgen Sickert.

KAM, Bildsammlung, A I 76, 55

Häuser, an die auf einem Stadtplan von 1820 noch der Straßename „Hinter der Curie“ (heute das nördliche Stück der Ritterstraße zwischen Papenmarkt und Brüderstraße) erinnert. Während der Reformation kam es in St. Martini offenbar zur Zerstörung der Ausstattung durch Bilderstürmer. Im Jahr 1655 wird St. Martini in der wichtigen Stellung als Ratskirche genannt. Ihre Kirchenstühle, die gemietet werden mussten, gehörten nach den von etwa 1550 bis 1860 erhaltenen Verzeichnissen reichen Mindener Bürgern. Das Kollegiatstift wurde erst 1810 aufgelöst, aber bereits seit 1624 zählten auch Protestanten zu den Kanonikern.

Die heute bestehende Kirche St. Martini geht auf einen romanischen Kirchenbau zurück. Von einem ersten Gebäude, das bald nach der Gründung im frühen 11. Jahrhundert begonnen wurde, sind weder Größe noch Gestalt bekannt. Der romanische Nachfolge-Bau bestand aus einem Chor von unbekanntem Aussehen, einem Querhaus, einem Langhaus mit höherem Mittelschiff und zwei schmalere Seitenschiffen sowie einem Westturm, mit dessen 1152 belegtem Bau die zweite Kirche begonnen wurde. Aus dieser Kirche als Kern wurde der heute bestehende Bau durch mehrere Umbauten erreicht. Gegen 1300 wurde der alte Chor abgebrochen und gegen den gotischen Chor ersetzt, wobei auch eine größere, zweigeschossige Sakristei errichtet wurde. 1338 begann man das Langhaus zu der heutigen Hallenkirche umzuwandeln und konnte diesen als „bautechnische Meisterleistung“ gewerteten Umbau vielleicht schon nach ein bis zwei Jahrzehnten beenden.¹⁶ 1385 wurde der westliche Kir-

chenteil durch ein Unwetter zerstört und daraufhin grundlegend umgebaut, wobei auch ein neues Westportal entstand. Erst für die Zeit nach der Reformation sind wieder größere Umbauten bekannt, die diesmal der Umgestaltung der ehemals zugleich dem Kollegiatstift und der bislang katholischen Pfarrgemeinde dienenden Kirche zu einem Sakralraum nach Maßgabe des evangelischen Gottesdienstes galt. Neue Kanzel, Orgel und Kirchenstühle waren dabei die wichtigsten Veränderungen. Weitere kleinere und größere Renovierungen und Umbauten schlossen sich im 19. und 20. Jahrhundert an, darunter u.a. die 1962 vollzogene Neugestaltung der Vierung mit Altar, Kanzel und Lesepult, zuletzt der 2001 erfolgte Einbau der neuen Martins-Gruppe über dem Westportal.

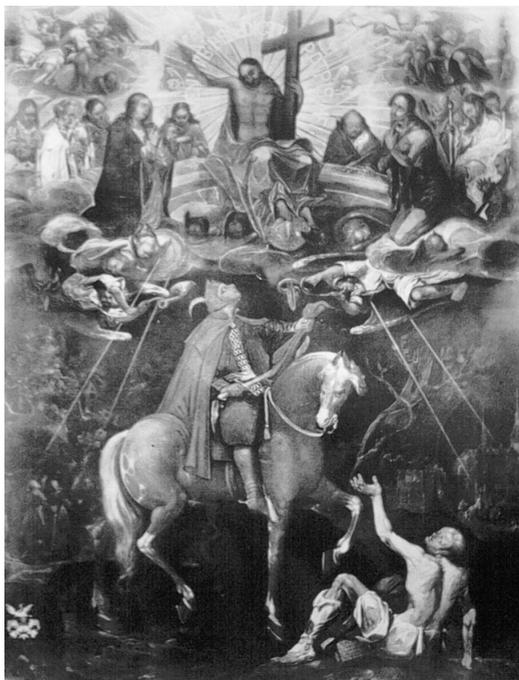
Heute finden sich in St. Martini mehrere Darstellungen des Heiligen, der ihr den Namen gab. In den folgenden Abschnitten werden das spätmittelalterliche Martins-Relief, das sich ehemals über dem Westportal befand und jetzt in der Nordvorhalle eingemauert ist, und sein zeitgenössischer Ersatz an alter Stelle, die Martins-Gruppe des Bildhauers Wolfgang Dreyse, behandelt.

Hingewiesen sei auch auf ein großes, im ersten Drittel des 17. Jahrhunderts gemaltes Bild mit dem heiligen Martin von Tours.¹⁷ Bis 1955 schmückte es den Hauptaltar im Chor und ist seitdem an der Ostwand im nördlichen Querschiff aufgehängt. Es zeigt im Zentrum den heiligen Martin in Rüstung und zu Pferde, wie er gerade seinen Mantel teilt, um eine Hälfte dem rechts unten sitzenden Bettler zu geben. Über dem Hei-



Die Kirche St. Martini zu Minden in der Zeit um 1633/34. Ausschnitt aus einem Kupferstich des Wenzel Hollar. KAM, Bildsammlung, A I, 76, 63

ligen hat sich der Himmel geöffnet, in dem der richtende Christus im Kreise von Heiligen und Engeln thront. Die hinter ihm erscheinenden Worte aus der Ölbergrede (übersetzt: „Kommt her, die ihr von meinem Vater gesegnet seid“) stehen in Beziehung zu den Worten aus derselben Rede, die Christus nach der Legende im Traum zu dem Heiligen gesprochen hat.¹⁸ Rechts im Hintergrund ist eine Ansicht von St. Martini zu erkennen, die in ihrer Detailfülle und Genauigkeit nahe legt, dass das Bild oder eine genaue Vorzeichnung der Kirchenansicht in Minden geschaffen wurden. Links im Hintergrund sind zwei Frauen zu erkennen, die sich nach einer Legende auf dem Weg vom Wittekindsberg zurück nach Minden im Moor verirrt hatten und durch die Glocken von St. Martini wieder zurück in die Stadt fanden. In der linken Ecke ist das Wappen der Bilderstifter zu sehen, entweder die Ritter von Sterberg oder Sternberg.



Martinsbild aus dem ersten Drittel des 17. Jahrhunderts.

KAM, Bildsammlung, A I, 76, 31a; Foto: Hans Kastel, Minden

Zusammen mit der spätmittelalterlichen und der zeitgenössischen Skulptur, die nun ausführlicher behandelt werden sollen, führen das barocke Bild des heiligen Martin und die ihm bereits rund 600 Jahre zuvor geweihte Kirche vor Augen, dass der Heilige in Minden wegen seiner Mildtätigkeit stets verehrt und sein barmherziges Beispiel vom frühen Mittelalter bis heute als Vorbild verstanden wird.

4. Das spätmittelalterliche Martins-Relief in St. Martini

Obwohl die Oberflächen des spätmittelalterlichen Martins-Reliefs bedauerlicherweise weitgehend zerstört sind, lassen sich die Grundzüge und sogar einige Einzelheiten der Darstellung dennoch hinreichend deutlich ablesen.¹⁹ Der Heilige reitet auf seinem Pferd von rechts nach links und



*Spätmittelalterliches
Martins-Relief,
seit 1959/60 in der
Nordvorhalle von
St. Martini.*

WafD, H. Nieland

hat sich nach vorne umgewendet. Dort kniet ein kleiner dargestellter Bettler, der seinen Blick auf den Reiter gerichtet und die gefalteten Hände gegen ihn anbetend-bittend erhoben hat.²⁰ Auf seine – offenbar schon vorgetragene – Bitte um ein Almosen hat der Heilige seinen

langen Mantel bereits mit der Linken ergriffen, um ihn mit dem Schwert, das er in der Rechten führt, in zwei Hälften zu teilen. Als Angabe einer Landschaft finden sich einige runde Buckel unter dem reitenden Heiligen und dem knienden Bettler. Die Architektur über ihnen stellt wohl nicht ein Tor der Stadt Amiens dar, sondern ist als rahmender Baldachin zu verstehen, der den Heiligen als besonders würdige Person auszeichnet. Dabei kann die Architektur aus dreieckigen, mit Ziergliedern geschmückten Giebeln neben ihrer auszeichnenden Funktion wegen der Dreizahl auch als Hinweis auf die göttliche Trinität verstanden werden, unter deren Dach der Heilige gleichsam seine barmherzige Tat vollbringt.

1953 wurde das Relief, um weitere Verwitterung zu vermeiden, abgenommen und 1959 oder 1960 an der inneren Westwand der Nordvorhalle von St. Martini eingemauert. Ursprünglich war es wichtigster Schmuck und Abschluss des West-Portals der Kirche. Dort hatte es um 1825 Leopold von Ledebur, seit 1832 Direktor der Königlichen Kunstammer in Berlin, gesehen und es kurz beschrieben:

„Über dem Portale ist in ein so weit zugemauertes Fenster ein Stein eingesetzt, der in sehr roher Skulptur den heiligen Martin darstellt, wie er für einen nackten Armen seinen Mantel mit dem Schwerte

teilt. Dies später [als das Datum 1347 im Chor; Verf.] eingesetzte Basrelief ist ohne Zweifel älter als der im Jahre 1511 unternommene Turmbau.“²¹

Bemerkenswert ist, dass das Relief offenbar schon im frühen 19. Jahrhundert so stark verwittert war, dass man zwar noch die Figuren, aber keine bildhauerischen Einzelheiten mehr erkennen konnte. Auch lässt Ledebur, der unter die frühen Kunsthistoriker in Westfalen zu zählen ist, anklingen, dass das Martins-Relief nicht ursprünglich zu dem Portal gehört habe. Wie er zu dieser Ansicht gelangte, ist unverständlich. Vielmehr zeugen der Stein des Reliefs und jene Steine des großen Bogens um das Portal davon, dass Bogen und Relief aufeinander abgestimmt waren, also zusammen geschaffen wurden.

Das in die westliche Kirchenwand eingestufte Portal wird knapp von einem gedrückten Spitzbogen gerahmt, der auf Kopfhöhe auf zwei Konsolen ruht und in einer kleinen Spitze endet. Zu dieser Spitze erweist sich das Martins-Relief als zugehöriger Teil, auch weil schwer vorstellbar ist, dass jeder der sechs Bogensteine links und rechts mit einer Krabbe geschmückt wurde, während gerade die Spitze ohne Schmuck blieb. Als Gegenstück des heute ins Leere zeigenden oberen Bogenabschlusses erweist sich ein schmales, nach oben etwas zugespitztes Steinelement an der Unterseite des Reliefs. Es passt direkt über der Bogenspitze des Portals. Die heute nicht mehr sichtbare, in der ursprünglichen Aufstellung aber augenfällige Besonderheit war, dass genau oberhalb der Bogenspitze der Bettler kniete. Er war also als eigentliche Spitze zu verstehen, wobei das architektonische Ornament und eine Figur trotz der horizontalen Bodenplatte miteinander verbunden erschienen. Nach der Formsprache spätgotischer Architektur steht das Martins-Relief im gesamten und in ihm besonders der kniende Bettler an Stelle der so genannten Kreuzblume, die



Spätmittelalterliches Martins-Relief am originalen Standort, Zustand 1895

KAM, Bildsammlung, A I, 76, 33



Spätmittelalterliches Martins-Relief in heutiger Aufstellung im Blick von unten.

*Foto:
Götz J. Pfeiffer*

aufstrebende Giebel und Bögen bekrönte und auch als Giebelblume bezeichnet wird.

Erscheint das Westportal heute auch als alter Bestand von St. Martini, gehört es doch nicht zu jenem ersten Bau des Westteils, der im 12. Jahrhundert errichtet wurde. Für den 6. März 1385 ist ein starker Sturm belegt, der auch am Turm von St. Martini schwere Schäden anrichtete. In der Folge wurden vermutlich große Teile des Turmes abgerissen und neu aufgebaut, darunter auch das Portal, das der einzige Westeingang in die Kirche ist. Vermutlich geschah dies in den Jahrzehnten bald nach dem Sturm. Dafür sprechen auch die wenigen stilistischen Hinweise, die sich an den verwitterten Bogensteinen und dem Martinsrelief sammeln lassen. Erst 1511 konnte eine neue Turmspitze aufgesetzt werden.

Angesichts der gerade für spätgotische Bauten an Ornamenten und Figuren reichen Architektur erscheint das Westportal von St. Martini nachgerade schmucklos. Zu bedenken ist aber, dass die Kanoniker des Stiftes im Spätmittelalter nicht mehr sonderlich vermögend waren. So ist bekannt, dass alle zwölf Kanoniker jedes vierte Jahresgehalt ihrem Stift für Bauaufgaben übertragen mussten. Und auch die Überlieferung, Minderer Bürger hätten Steine zum neuen Westbau von St. Martini gestiftet, und in benachbarten Städten sei Geld für den Bau gesammelt worden, spricht wie die erst 120 Jahre nach dem schweren Sturm wieder aufge-

setzte Turmspitze von anhaltenden materiellen Nöten bei den Mindener Kanonikern.²² Angesichts dieser Umstände erscheint das spätmittelalterliche Westportal als größere materielle Anstrengung.

Dass sich oberhalb der Tür, die wie alle anderen Kirchentüren 1890 erneuert wurde, keines der Tympanon genannten Bogenfelder mit Figuren befindet, ist aber nicht aus der Sparsamkeit der Kanoniker zu erklären, sondern spiegelt eine in Westfalen typische Bauweise wider.²³ Denn in dieser Region finden sich häufig Portale ohne Tympanon, die auch als Fensterportale bezeichnet werden.²⁴ Zuweilen steht in der Mitte der Fenster über der Tür eine Steinskulptur. Diese wird es an St. Martini aber kaum gegeben haben, da mit dem Martins-Relief bereits der wichtigste Heilige dargestellt war. Sie steht in einer Reihe mit Darstellungen des heiligen Martin, der seinen Mantel teilt und einen Bettler beschenkt, die um 1400 für die Portale anderer Kirchen geschaffen wurde: Um 1350 datiert das Tympanon mit dem heiligen Martin an der Kirche St. Martin im thüringischen Heiligenstadt, gegen 1415 wurde der Heilige an einer Pforte des Mainzer Domes dargestellt und zwischen 1418 und 1460 entstanden mehrere Martinsfiguren für die Pfarrkirche St. Martin im niederbayrischen Landshut und für das Ulmer Münster.²⁵ Indem die Mindener Kanoniker den Schutzpatron ihrer Kirche an einem Portal darstellen ließen, bewegten sie sich für die Bauskulptur also auf der künstlerischen Höhe ihrer Zeit.

Wer der Bildhauer des spätgotischen Martins-Reliefs war und wo seine Werkstatt sich befand, ist angesichts des heute detailarmen Werkes kaum mehr zu bestimmen. Möglicherweise stammte der Steinmetz aus Paderborn, das um 1400 als Zentrum der Bildhauerei in Westfalen gilt. Vielleicht hatte er in einer Werkstatt in Schwaben gelernt und brachte die Mindener Kanoniker erst auf die Idee, ihren Schutzheiligen ähnlich wie an den bedeutenden genannten süddeutschen Kirchenbauten darstellen zu lassen. Wahrscheinlich wurde das Martins-Relief in den ersten Jahrzehnten nach 1400 geschaffen, da es in seinen Formen dem Weichen Stil angehört und auch die Kleidung des Heiligen in diese Zeit passt. Aber angesichts fehlender Hinweise sind diese Fragen heute kaum mehr genauer zu beantworten.

5. Die Martins-Gruppe von Wolfgang Dreyse an St. Martini

Nach Abnahme des spätmittelalterlichen Martins-Reliefs im Jahr 1953 befand sich für lange Zeit kein Schmuck über dem Westportal von St. Martini. Erst Ende der 1970er Jahre beschloss die Gemeinde, ein neues Bildwerk anfertigen zu lassen.²⁶ Bis Mai 1990 kam man zu keinem Ergebnis. Bald darauf schlug der bis 1996 in Braunschweig lehrende Bildhauer Jürgen Weber den damals in Quedlinburg als freiberuflichen Künstler tätigen Wolfgang Dreyse vor, der im selben Jahr erste Entwürfe vorlegte.²⁷

Zwar entschied sich der beratende Beirat des Instituts für Kirchenbau und kirchliche Kunst der Evangelischen Kirche in Deutschland im Januar 1992 zunächst gegen einen dritten Entwurf Wolfgang Dreysses und be-



Die 2001 aufgestellte Martins-Gruppe von Wolfgang Dreyse über dem West-Portal.

*Foto:
Götz J. Pfeiffer*

vorzuziehe eine andere Künstlerin. Doch im Mai desselben Jahres wurde die weitere Zusammenarbeit mit ihm beschlossen, aus der weitere Entwürfe und schließlich die im Juni 2001 aufgestellte Skulptur hervorgegangen sind.

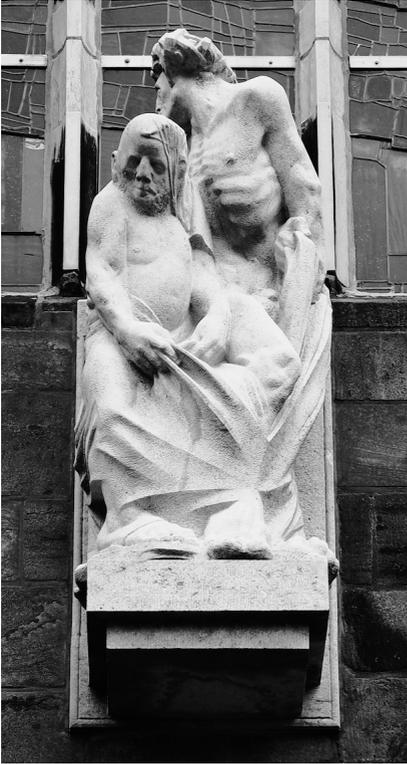
So groß die augenfälligen Unterschiede zwischen der Martins-Gruppe von Wolfgang Dreyse und dem spätmittelalterlichen Martins-Relief sind, erklären sich zahlreiche von ihnen aus dem zehnjährigen Weg vom ersten Entwurf, der noch stärker dem alten Werk glich, zur fertigen Martins-Gruppe. Um von den vielfältigen Verschiedenheiten die wichtigsten aufzuzählen: Beim spätmittelalterlichen Relief sind der Heilige, der Bettler und das Pferd an die Wand gebunden, aus der sie herauszutreten scheinen. In der zeitgenössischen Gruppe stehen die beiden Figuren frei und sind sehr weitgehend vom Hintergrund gelöst. Das alte Relief steht

in der Bildtradition der Mantelspende mit dem Heiligen auf dem Pferd, der zentral gesetzten Teilung des Mantels und dem knienden Bettler vor ihm. In der neuen Skulptur sind die beiden Figuren als Heiliger und Bettler kaum zu unterscheiden, und auf den ersten Blick wird ebenso wenig klar, wer den Mantel teilt und wer ihn empfängt. So kann ein Betrachter das ältere szenische Relief schneller lesen, während die neue Skulptur von ihm das genaue, längere Hinsehen verlangt und im Unterscheiden der Figuren und ihrer Handlungen seine Auseinandersetzung mit der Gruppe fordert.

Hätte Wolfgang Dreyse einen seiner früheren Entwürfe realisiert, wären die Unterschiede zwischen altem und neuem Bildwerk lange nicht so sehr ins Auge gefallen. Der erste Entwurf von 1991 war ein flaches, querformatiges Triptychon, als „Soldatenrelief“ bezeichnet, bei dem Dreyse aber schon auf das Pferd des Heiligen verzichtet hatte. In der Mitte befindet sich links Martin, der mit der einen Hand seinen Mantel teilt und ihn mit der anderen um den Bettler legt, der nackt und etwas in sich gekrümmt rechts steht. Auf dem linken Drittel hinter Martin stehen Soldaten, auf dem rechten Drittel hinter dem Bettler weitere nackte Gestalten. In seinem zweiten Entwurf ging Dreyse bereits in die Dreidimensionalität, indem er die drei Teile des ersten Reliefs auf die drei Seiten eines Quaders übertrug. Auf der Vorderseite stehen links Martin, der den Mantel mit dem Schwert teilt, und rechts der Bettler, beide wie im ersten Entwurf größer als die Nebenfiguren. Auf den Seitenflächen ist jeweils eine Gruppe von gekrümmten Nackten zu sehen, auf der einen Seite die Armen, auf der anderen der „Karneval der Reichen“. Die Rückseite sollte in die Wand eingelassen werden.

Aufgrund von Wünschen und Anregungen seitens seiner Auftraggeber erstellte Dreyse einen dritten Entwurf, der dem zweiten in den Grundzügen glich, in Einzelheiten aber stärker auf den Aufstellungsort bezogen sein sollte. Nun lautete die im Mai 1992 vorgetragene Kritik: „Die Figurengruppe dürfte in der Betrachterperspektive [nämlich von unten nach oben; Verf.] nur noch ein schwer lesbares Ornament bleiben.“²⁸ Daraus leitete sich als Frage und Auftrag an Dreyse ab, mit ihm solle weitergearbeitet werden, wenn er „sich in der Lage sieht, nicht nur ‚kosmetische‘ Veränderungen am bestehenden Entwurf vorzunehmen, sondern unter Bezug auf einfache Plastiken in seinem Gesamtwerke eine formal reduzierte, inhaltlich stimmige, zeitbezogene Verarbeitung des Themas ‚heiliger Martin‘ neu zu entwickeln.“²⁹

In den nun folgenden zahlreichen plastischen Entwürfen und Zeichnungen, die 1993 und 1994 entstanden, ist die Darstellung auf zwei Figuren, den Heiligen und den Bettler, konzentriert. Der Mantel, der sich immer mehr zu einem großen Tuch entwickelte, wird stets von einem durch Martin geführten Schwert geteilt, so dass die Personen unterscheidbar sind. Die Titel dieser Arbeiten wie „Die Dramatik des Teilens“ und „Der Kampf um das Tuch“ zeugen dabei von einem gewandelten Verständnis der Martinslegende, die vom konkreten Geschehen fort führt und auf ein allgemeines Thema hin zielt. Die Gruppe der fünften und letzten Entwür-



Die Martins-Gruppe von Wolfgang Dreyse von vorne.

Foto: Götz J. Pfeiffer

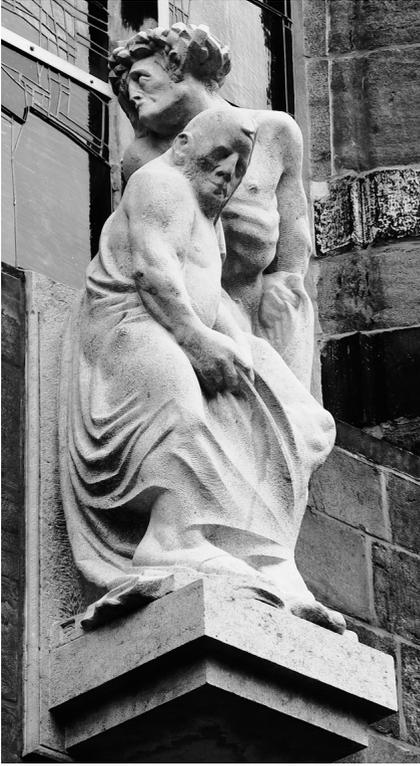


Die Martins-Gruppe von Wolfgang Dreyse von links.

Foto: Götz J. Pfeiffer

fe führte 1995 bereits nahe an die endgültige Skulptur heran. Die Gruppe besteht aus einer kleineren und einer größeren Figur, die als Heiliger und Bettler auf den ersten Blick nicht zu erkennen sind, und das Tuch zwischen ihnen wird nicht mehr geteilt, sondern hält die beiden zusammen. Am 11. September 1996 wurde ein verkleinertes Gipsmodell vom Auftraggeber als endgültiger Entwurf angenommen. Über Zwischenstufen wie maßstabsgerechte Styropor-, Ton- und Gipsmodelle führte der weitere Weg zu der 2000 vollendeten und 2001 eingebauten Skulptur „Heiliger Martin“.³⁰

Betrachtet man die Martins-Gruppe über dem Westportal, fallen zunächst ihr weißer Kalkstein im Unterschied zu dem braunrötlich-schwarzen Porta-Sandstein und innerhalb des Bildwerkes der Gegensatz zwischen den rechten Winkeln von Rückwand und Konsole zu den weichen Formen der beiden Figuren auf. Augenfällig sind auch die Unter-



Die Martins-Gruppe von Wolfgang Dreyse von rechts.

Foto: Götz J. Pfeiffer

schiede zwischen den beiden Figuren: Die linke ist etwas kleiner und rundlicher mit ihrem haarlosen Kopf, dem prallen Bauch und den deutlichen Armmuskeln. Die rechte ist etwas größer und so abgemagert, dass am Oberkörper die Rippen und das Brustbein scharf als horizontale Linien hervortreten. Auch unterscheiden sich die Figuren in ihrem Verhältnis zum Betrachter: Die linke Figur wendet sich nach vorne, dem Betrachter zu, die rechte dreht sich in einer Windung des ganzen Körpers nach hinten weg. Das große Tuch, das beide mit ihren Händen ergriffen haben, bedeckt sie von den Hüften abwärts und hält die in ihren Bewegungen und Blickrichtungen auseinanderstrebenden Figuren zusammen. Dabei erscheinen größer noch als ihre ausgeprägten Hände die drei zu sehenden Füße: Die zwei nackten gehören dem Abgemagerten, jener Fuß mit der Sandale zu dem Dickeren. Und wie die nahe am vorderen Rand neben- und gegeneinander gesetzten Füße auf ein Widerspiel deuten, spannt sich auch das große Tuch in scharf gezogenen Falten nach

links und rechts, wobei es sich unterhalb des vorgeschobenen Knies der mageren rechten Figur teilt.

Wer sich die Bildtradition der Martinsdarstellungen vor Dreysses Skulptur in Erinnerung ruft, wird ebenso verwundert und vielleicht auch enttäuscht sein, wie jener, der eine schnelle Lesbarkeit dieser Bildhauerarbeit erwartet. Weder an einem Pferd, noch an einem Schwert ist der Heilige zu erkennen. Und auch der Bettler ist nicht an kniender Haltung oder bittender Gestik zu identifizieren. Zwar unterscheiden sich beide Figuren deutlich an ihren Körpern, aber passt es in die Vorstellung, dass ein Heiliger derart dick ist? Einen ersten Hinweis, gerade die linke Figur als Martin zu erkennen, der allerdings keines der bekannten Zeichen von Heiligkeit zeigt, gibt die Sandale. Und unterscheidet sich der rechte Mann nicht von dem linken, indem er einen schwer zu erkennenden Gegenstand auf dem Kopf trägt? Dieser Kranz aus kristallinen Formen

kann als verwandelte Dornenkrone gelesen werden. Damit erscheint diese Figur nicht mehr als Bettler, sondern als jener Christus, der dem Heiligen im Traum erschienen war. So ist die Mantelteilung, um die es sich handelt, weniger als szenische Handlung dargestellt. Vielmehr kann das barmherzige Bekleiden des Bettlers als Tat am Gottessohn selber gesehen werden, der in der Legende aus seiner Ölbergrede zitierte: „Was ihr für einen meiner geringsten Brüder getan habt, das habt ihr mir getan“.³¹ In dieser Lesart erscheint der auf den Betrachter gerichtete Blick Martins als Aufforderung, es ihm gleich zu tun.

So alt die Tradition der Martinsverehrung in Minden mit knapp 1000 Jahren auch ist und so verschiedene Formen sie in den Bräuchen von Festmahl, Heischegang und Jahrmärkten auch ausgeprägt hat, zeigt sich in den hier vorgestellten Kunstwerken aus Mittelalter, Barock und Gegenwart, wie ungebrochen und lebendig sie in der Stadt ist.

Anmerkungen

- 1 Lebensbeschreibung des Sulpicius Severus s. Jacques Paul Migne, *Patrologiae cursus completus, Series Latina*, Bd. 1-221, Paris, 1844-1864, hier Bd. 20, S. 159-163. Zur mittelalterlichen Fassung der Martinslegende des Dominikaners Jacobus de Voragine (* um 1230, † 1298) in seiner weit verbreiteten „Legenda aurea“ s. Richard Benz (Bearb.), *Die Legenda aurea des Jacobus de Voragine*, 9. Aufl., Heidelberg 1979, S. 860-872. – Zu Legenden und Verehrung s. Klaus Bernhard, *Sankt Martin, Ritter Christi und Bischof der Armen*, in: *Zeitschrift für bayerische Kirchengeschichte* 56, 1987, S. 1-25. Fontaine, in: Walter Kasper (Hg.), *Lexikon für Theologie und Kirche [LThK]*, 11 Bde, 3. Aufl., Freiburg i. Br. 1993-2001, hier Bd. 6, Sp. 1427-1428. Karl Meisen, *St. Martin im volkstümlichen Glauben und Brauch*, in: *Rheinisches Jahrbuch für Volkskunde* 19, 1968, S. 42-91. Pietri, in: Gerhard Müller / Horst Balz / Gerhard Krause (Hgg.), *Theologische Realenzyklopädie [TRE]*, bisher 36 Bde, Berlin 1976-2004, hier Bd. 22, S. 194-196.
- 2 Allgemein zur Heiligsprechung s. Schulz, in: *LThK*, Bd. 4, Sp. 1328-1331, hier Sp. 1329.
- 3 Mt 25,40 (zitiert nach der Einheitsübersetzung).
- 4 Zu den Martinspatronaten in Westfalen s. Peter Ilisch / Christoph Kösters (Bearbb.), *Die Patrozinien Westfalens von den Anfängen bis zum Ende des Alten Reiches*, Münster 1992, S. 502-511.
- 5 Zu Patronaten und Verehrung s. Kimpel, in: Engelbert Kirschbaum (Hg.), *Lexikon der christlichen Ikonographie*, 8 Bde, Rom – Freiburg i.Br. – Basel – Wien 1968-1976, hier Bd. 7, Sp. 572-581. *Lexikon der Kunst*, hrsg. v. Harald Olbrich, 7 Bde, 2. Aufl., Leipzig 2004, hier Bd. 4, S. 576-577. Meisen, 1968, wie Anm. 1. Von der Nahmer, in: *Lexikon des Mittelalters*, 10 Bde, München – Zürich bzw. München 1977- 1999, hier Bd. 6, S. 344f.
- 6 Zur Martinsgans s. Sartori, in: Hanns Bächtold-Stäubli / Eduard Hoffmann-Krayer (Hgg.), *Handwörterbuch des deutschen Aberglaubens [HDAG]*, 10 Bde, Berlin u.a. 1927-1942, hier Bd. 5, Sp. 1718-1720.
- 7 Mindener Tageblatt, 10. Nov. 1976, S. 10.
- 8 Zur älteren Tradition s. Dietmar Sauer- mann, *Martinslied*, in: Rolf Wilhelm Brednich / Lutz Röhrich / Wolfgang Suppan (Hgg.), *Handbuch des Volksliedes*, Bd. 1, München, 1973, S. 391-417, hier S. 392-397; Sartori, in: *HDAG*, Bd. 5, Sp. 1722.
- 9 Martinslieder, Freiburg i.Br. 1965, S. 16.
- 10 Klemens Löffler (Hg. u. Bearb.), *Des Domherrn Heinrich Tribbe Beschreibung von Stadt und Stift Minden (um 1460)*. Übersetzung, in: *Mindener Heimatblätter* 14, 1936, o.S.
- 11 Franz Krins, *Michaelis- und Martinssingen in Minden*, in: *Mindener Heimatblätter* 23, 1951, S. 151f.
- 12 Zu Martinsbräuchen s. Gertrud Angermann, *Das Martinsbrauchtum in Bielefeld und Umgebung im Wandel der Zeiten*, in: *Rheinisch-westfälische Zeitschrift für Volkskunde* 4, 1957, S. 231-256. Meiser, wie Anm. 1. Werner Mezger, „Brenne auf mein Licht ...“. Zur Entwicklung, Funktion und Bedeutung der Brauchformen des Martinstages, in: Werner Groß / Wolfgang Urban (Hgg.), *Martin von Tours. Ein Heiliger Europas, Ostfildern 1997*, S. 273-350. Dietmar Sauer- mann, *Neuzeitliche Formen des Martinsbrauches in Westfalen*, in: *Rheinisch-westfälische Zeitschrift für Volkskunde* 14, 1967, S. 42-67. Herbert Schwedt, *St. Martin, vorwärtstretend. Zur Transformation und Diffusion eines Brauchkomplexes*, in: *Sichtweisen der Volkskunde. Festschrift Gerhard Lutz*, Berlin – Hamburg, 1988, S. 257-266.
- 13 Mindener Tageblatt, 9. Nov. 1976, S. 3; 11. Nov. 1976, S. 4. – Zu Martinshörnchen, im Hannoverschen auch als Martenshöner bekannt, s. Eckstein, in: *HDAG*, Bd. 5, Sp. 1720-1722.
- 14 Mindener Tageblatt, 9. Nov. 1976, S. 8 u. 14.
- 15 Zu Geschichte und Baugeschichte von St. Martini s. Hans Joachim Behr, *Minden. Kollegiatstift St. Martini*, in: Karl Hengst, *Westfälisches Klosterbuch*, Bd. 1, Münster 1992, S. 619-624. Ulf-Dietrich Korn / Bettina Jost (Bearbb.), *Die Bau- und Kunstdenkmäler von Westfalen*, Bd. 50 [BKW 50]: *Stadt Minden*, Tl. 3, 2: *Altstadt, Die Stifts- und Pfarrkirchen*, Essen 2003, S. 264-284.
- 16 *BKW 50*, Tl. 3, 2, S. 275.
- 17 *S. BKW 50*, Tl. 3, 2, S. 397-399. – Das Bild misst um 3,20 m x 2,50 m.

- 18 Mt 25,34 (nach der Einheitsübersetzung).
- 19 Von dem Sandstein-Relief sind Maße weder in der Literatur genannt, noch waren sie vor Ort zu nehmen.
- 20 Dass der Bettler das Bein des heiligen Martin umfasst, ist eine falsche Beobachtung (BKW 50, Tl. 3, 2, S. 402).
- 21 Gustav Heinrich Griese (Hg.), Leopold von Ledebur. Minden-Ravensberg. Denkmäler der Geschichte, der Kunst und des Altertums, Bünde, 1934, S. 14. – Zu Ledebur s. Allgemeine deutsche Biographie, 56 Bde, Leipzig 1875-1912, hier Bd. 18, S. 113f. Bruno Reuter, Leopold Freiherr von Ledebur, in: Zeitschrift für Preußische Geschichte und Landeskunde 15, 1878, S. 55-58.
- 22 Hans Joachim Behr, Stift und Kirche St. Martin zu Minden. Ein geschichtlicher Überblick, in: Ursula Schnell (Hg.), St. Martini zu Minden, Minden 1979, S. 5-17, hier S. 7.
- 23 Zu den Türen s. BKW 50, Tl. 3, 2, S. 463.
- 24 Zur Geschichte spätgotischer Portale s. Gernot Fischer, Figurenportale in Deutschland 1350-1530, Frankfurt am Main u.a. 1989, S. 60.
- 25 S. Fischer, wie Anm. 24, S. 77.
- 26 Zur Martins-Gruppe von Wolfgang Dreyse s. Ausstellungskatalog „Wolfgang Dreyse, Prozesshaftes Gestalten“, hg. v. Landkreis Quedlinburg, Lyonel-Feininger-Galerie, Quedlinburg, 1999. Ev.-Luth. St. Martinikirchengemeinde Minden (Hg.), Wolfgang Dreysses Heiliger Martin über dem Westportal St. Martini zu Minden, Minden o.J. [2001]. Mindener Tageblatt, 25. Juni 2001, S. 6.
- 27 Wolfgang Dreyse wurde 1947 im thüringischen Sömmerda geboren, studierte 1966 bis 1972 an der Hochschule Halle – Burg Giebichenstein technische Formgestaltung, Holzgestaltung und Plastik, von 1972 bis 1991 war er freischaffend in Quedlinburg tätig, seit 1994 ist er Professor für bildnerische Grundlagen an der Hochschule Halle – Burg Giebichenstein. Seit 1975 schuf er Arbeiten im öffentlichen Raum, darunter mehrere Brunnen. – S. www.burg-halle.de/~dreyse/ (9. Okt. 2002).
- 28 Ev.-Luth. St. Martinikirchengemeinde Minden, wie Anm. 26, S. 22.
- 29 Ev.-Luth. St. Martinikirchengemeinde Minden, wie Anm. 26, S. 24.
- 30 Die Skulptur mit 170 cm Höhe zu 70 cm Breite zu 50 cm Tiefe ist in französischem Kalkstein ausgeführt und trägt im Werkverzeichnis Dreysses das Kürzel WV-Bauskp 18.
- 31 Mt 25,40 (zitiert nach der Einheitsübersetzung).

MARCO STENZEL

Vom zünftigen Handwerk zum industriellen Großbetrieb

Das Färbergewerbe in Minden seit der Mitte
des 18. Jahrhunderts

Das Färberhandwerk spielte in Minden-Ravensberg bereits im 18. Jahrhundert eine nicht unbedeutende Rolle. Sichtbarer Ausdruck des Stellenwerts, den dieser Handwerkszweig in der Region einnahm, war die Erteilung einer Innungsordnung durch den preußischen König Friedrich II. im Jahr 1743 für die Schwarz- und Schönfärber im Fürstentum Minden und der Grafschaft Ravensberg.

An der Spitze der Städte, was die Anzahl der Färber betraf, lag 1799 Bielefeld mit vier Meistern und sieben Gesellen. An zweiter Stelle folgte Herford mit drei Färbermeistern und vier Gesellen. In der Stadt Minden gab es zu dieser Zeit drei Meister und drei Gesellen. Weitere Färber waren in den Städten Lübbecke (zwei Meister, ein Geselle), Petershagen (zwei Meister) und Vlotho (ein Meister) ansässig.¹ Insgesamt gab es in diesem Jahr in der preußischen Provinz Minden-Ravensberg 22 Färbermeister und 16 Gesellen. Die Zahlen blieben bis 1804 relativ konstant. Das kann als Zeichen für die Abgeschlossenheit des städtischen, zünftig organisierten Färberhandwerks angesehen werden. Nach der Einführung der Gewerbefreiheit in Westfalen Anfang des 19. Jahrhunderts stieg die Anzahl der Färber deutlich an. In der Stadt Minden gab es 1834 sieben Färbermeister oder für eigene Rechnung arbeitende Personen sowie acht Gehilfen und Lehrlinge.²

Ein zentraler Grund für die große Anzahl von Färbern war der ausgeprägte Flachsanzbau in der Region und die damit verbundene Herstellung von Leinenstoffen, die zur Weiterverarbeitung zu den Färbern gebracht wurden. Diese Entwicklung fand ihren Höhepunkt Anfang des 20. Jahrhunderts, als sich hier, neben dem Wuppertal und dem Niederrhein, ein Schwerpunkt der industriellen Textilveredlung in Nordwestdeutschland befand.

In dem vorliegenden Aufsatz soll die Geschichte der Minden-Ravensberger Färber-Innung im Besonderen sowie die lokale Wirtschaftsgeschichte dieses Gewerbezweiges in Minden im Allgemeinen betrachtet werden. Geschlagen wird die Brücke von dem zunftmäßig und handwerklich geprägten Färberwesen zu Zeiten des Ancien Régime im 18. Jahrhundert über die wirtschaftlich-soziale Situation der handwerklichen Färber im 19. Jahrhundert bis hin zur Textilveredlungsindustrie und dem Niedergang dieser Branche infolge der allgemeinen Strukturkrise der Textilindustrie in den 1970er Jahren.

Der erste Teil der Abhandlung beschäftigt sich mit der Färber-Innung und hier vor allem mit der Innungsordnung, die einen Einblick in die Le-

bens- und Arbeitsbedingungen der Färber gibt. Im zweiten Abschnitt steht die „Färberstraße“ (Simeonstraße) in Minden im Mittelpunkt der Betrachtung. Neben den Herausforderungen durch die Industrialisierung, in deren Folge große Fabriken entstanden, die die gesamte Bandbreite der Textilveredlung unter einem Dach vereinten, setzten auch soziokulturelle Veränderungen die Färber unter großen Anpassungsdruck. Unterschiedliche und zugleich typische Entwicklungswege angesichts dieser neuen Rahmenbedingungen werden am Beispiel der drei Färberwerkstätten Gustav Schonebaum, Georg Rupprecht und Heinrich Wilhelm Küster veranschaulicht. Alle drei Färber waren, zumindest zeitweilig, an der Simeonstraße ansässig.³

Die „Innung der Schwarz- und Schönfärber in dem Fürstenthum Minden und der Grafschaft Ravensberg“ von 1743

Die Stellung der Färber in den Zünften

Die Färberei ist die wohl älteste gewerbliche Form der Textilveredelung. Die erste eigenständige Färberzunft entstand 1433 in Berlin. Mit der zunehmenden Spezialisierung unterteilten sich die Färber in zwei Gruppen: Die Schwarz- oder Schlechtfärber und die Schönfärber. Während die Schwarzfärber in dunklen Tönen (Schwarz, Braun und Blau) auf schlichtem Leinen färbten, verwendeten die Schönfärber helle Farben (Gelb, Grün, Rot) und wertvollere Stoffe wie Seide oder Wolle. Die Stoffdrucker waren seit dem 18. Jahrhundert den Färberzünften zugeordnet.

Die Gründung der Zunft

Im Jahr 1722 richteten die Mindener Färber an ihren Kurfürsten Friedrich III. eine Eingabe mit der Bitte, eine Färberzunft gründen zu dürfen. Daraufhin zog das Königliche Preußische Commissariat des Fürstentums Minden und der Grafschaft Ravensberg Erkundigungen über Anzahl und Tätigkeit der in diesem Gebiet ansässigen Färber ein. So übten beispielsweise in der Stadt Petershagen zwei Färber ihr Handwerk aus, welche Leinen und Wolle, auch halbleinene und -wollene Stoffe in vielerlei Farben färbten, ferner auch Leinen bedruckten. Daneben gab es auch noch eine Frau, die ausschließlich schwarz färbte. Dem Wunsch der Mindener Färber wurde aber zunächst nicht nachgegeben.

Zwanzig Jahre später, im Jahr 1742, übergaben die Mindener Färber erneut ein Gesuch an den Bürgermeister und den Rat, ihr „Innungs-Articul“ an den Königlichen Hof zu senden, damit dieser die Innung und ihre Regeln bestätige. Als Motiv führten sie an, dass sich die wandernden Färber-Gesellen darüber beschwert hätten, dass sie in Minden nicht zunftmäßig behandelt würden. In den Augen der Mindener Färber war dieser Missstand auf „allerhand Pfuscher“ zurückzuführen. Diese setzten mit ihren beständigen Eingriffen in ihr Handwerk die Mindener Färbermeister

außer Stande, die Gesellen standesgemäß, wie in anderen Zünften üblich, auf- und anzunehmen. Diese „Pfuscheri“ bedrohte in den Augen der Antragsteller ihre berufliche Existenz. Zwei Mindener Färber wären bereits aus diesem Grund verzogen, einer ins Hildesheimer Land und einer ins Lippische. Insbesondere diese schwierige wirtschaftliche Lage veranlasste sie zu ihrer Bitte, eine Zunft gründen zu dürfen. Das geschah auch gerade mit dem Hinweis auf die besser gestellten Färber in den angrenzenden Regionen, wie dem hannoverschen, dem lippischen, dem schauburgischen und dem hessischen Land, in denen bereits Zünfte bestanden. Der „Innungs-Articul“ der Mindener orientierte sich allerdings an dem der Halberstädter und der Herforder Schwarz- und Schönfärberzünfte. In Herford existierte bereits seit 1697 eine eigene Zunft für dieses Handwerk.

In Folge dieses Gesuchs fand eine weitere Erhebung über die Färber im Fürstentum Minden und der Grafschaft Ravensberg statt. Diese zielte auf die Frage nach der Bereitschaft, der neu zu gründenden Zunft beizutreten. In der Stadt Lübbecke gab es zwei Färber, welche zunftmäßig gelernt hatten. Diese gehörten schon seit vielen Jahren zur Zunft in Herford und gaben an, sich der neuen Zunft zu verweigern. Die zwei in Petershagen ansässigen Färber waren dagegen bereit, sich an der Zunft zu beteiligen. In Hausberge arbeitete ein Färber, der zugleich auch Leinen druckte. Nach anfänglichem Zögern aufgrund der mit dem Zunftbeitritt verbundenen Kosten erklärte er sich mit einer Beteiligung einverstanden, ebenso wie der Schwarzfärber in Vlotho, der einige Jahre zuvor die Zunft in Herford verlassen hatte. In Vlotho gab es darüber hinaus eine zweite Per-



Färberwerkstatt. Kupferstich einer Färberwerkstatt in der Frühen Neuzeit.

Christoph Weigel, Abbildung der gemein-nützlichen Hauptstände, 1698

son, die Leinen druckte und nebenbei etwas „schwarzfärbte“, aber nicht zunftmäßig gelernt hatte. In Rahden übte ein Blaufärber sein Handwerk aus, der zwar in Herford eine Lehre absolviert hatte, in der dortigen Zunft aber nicht Mitglied war.

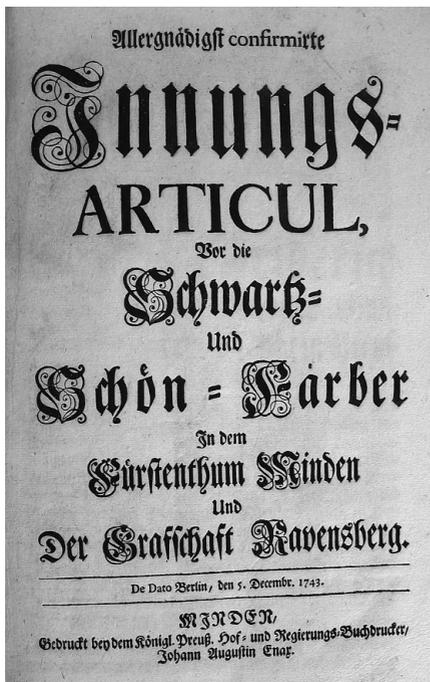
Das Gesuch der Färber hatte Erfolg. Am 5. Dezember 1743 wurde die Zunftordnung für die Schwarz- und Schönfärber im Fürstentum Minden und der Grafschaft Ravensberg vom preußischen König Friedrich II. bestätigt.⁴ Der Innungsbrief fiel in eine Zeit, in der die Missstände und schädlichen Gewohnheiten in den Zünften die Landesherren im Heiligen Römischen Reich Deutscher Nation dazu veranlasst hatten, am 16. August 1731 auf einem Reichstag ein allgemeines Reichskonklusum als eine „pragmatische Sanktion“ zu erlassen, um diesem Zustand entgegen zu wirken.⁵ In den preußischen Territorien wurde diese Reichshandwerksordnung am 6. August 1732 publiziert und ausgeführt. Alle bis dahin geltenden Innungsbriefe und Privilegien wurden aufgehoben. Neue Ordnungen wurden nun von der Landesobrigkeit erlassen und folgten allgemeinen, einheitlichen Richtlinien. Ferner galten sie nicht mehr für einzelne Städte, sondern für ganze Landesteile oder Provinzen.⁶

Der „Innungs-Articul“

Die Innungsordnung enthielt genaue Bestimmungen über die soziale und wirtschaftliche Ordnung innerhalb der Färberzunft. Gleichzeitig regelte sie die Abgrenzung der Mitglieder und ihres Gewerks gegenüber Außenstehenden und anderen Handwerken. Der „Articul“ zielte dabei auf „Haltung einer guten Ordnung unter sich“ und „zum Schutz gegen allen Eintrag und Störungen“. Dadurch sollte den „Mißbräuchen“ und „schädlichen Gewohnheiten“, die sich in den Augen der Staatsmacht bei den Gilden und Handwerkern eingeschlichen hatten, entgegen gewirkt werden. Die Aussagen über die innere Ordnung betrafen vor allem die Meisterschaft, die Gesellenprüfung, die Ausbildung und die sozialen Verpflichtungen der Zunftmitglieder untereinander.

In den Städten Minden, Herford und Bielefeld sollte jeweils eine Zunftlade stehen. Bei der Lade fanden die Zusammenreffen der in dem jeweiligen Gebiet ansässigen Färber statt. Die Zusammenkünfte der Meister bedurften der Erlaubnis des Magistrats der Stadt in Person des Beisitzers. Eine Zunftlade stellte den Mittelpunkt der jeweiligen Zunft dar. Sie stand, neben dem Willkomm-Pokal, für den Rang und die Ehre einer Zunft. In ihr wurden die Insignien der Zunft aufbewahrt. Dazu zählte beispielsweise der Stempel mit dem Siegel. Aber auch wichtige Schriftstücke und die Zunftgelder lagerten in der Truhe. Die „offene Lade“ gehörte zum festen Ritus einer Zunft. Ihr Öffnen markierte den Beginn, das Schließen im Allgemeinen das Ende der Versammlung. Auf diese Weise wurde der formelle Charakter der Zusammenkunft für alle Zunftmitglieder sichtbar. Beispielsweise erhielten bei offener Lade alle Entscheidungen Rechtskraft.

Um Abschließungstendenzen entgegenzuwirken, war die Zunft „unge-



„Innungs-Articul vor die Schwarz- und Schön-Färber in dem Fürstenthum Minden und der Grafschaft Ravensberg“ vom 5. Dezember 1743.

Kommunalarchiv Minden

Siegel der Innung. Die Inschrift des Siegels lautet: „Kön(iglich) priv(ilegiertes) Farb(er) Handw(erker) Sigel in Furst(entum) Minden“. Die Jahreszahl verweist auf die Gründung der Minden-Ravensberger Färberzunft 1743. Zu sehen sind ein Färber an einem Färbottich sowie mehrere aufgehängte Stoffbahnen. Ausschnitt aus einem Lehrbrief von 1818.

Kommunalarchiv Minden

schlossen“. Die Anzahl der Meister war nicht, wie in geschlossenen Zünften üblich, beschränkt. Die Innung konnte so viele Meister aufnehmen „als sich ehrlich nähren können“. Auch konnte jeder Meister so viele Gesellen beschäftigen, „als er fordern kann“, allerdings eingeschränkt durch die Anzahl der Gesellen bei den Mitmeistern. Es sollten ferner bei der Meisterschaft auch keine Unterschiede mehr gemacht werden zwischen Fremden und Einheimischen sowie dem Sohn eines Meisters oder demjenigen, der eine Meisterwitwe oder -tochter geheiratet hatte. Auch derjenige, welcher inner- oder außerhalb des Landes Meister gewesen war und sich hier niederlassen wollte, musste für die Aufnahme in die Innung nicht noch einmal ein Meister-



stück fertigen. Es reichten der obrigkeitliche Nachweis, dass er in seinem alten Ort von dem dortigen Gewerk als Meister zugelassen war und dieses Handwerk bereits ausgeübt hatte, sowie die Zahlung einer Gebühr.

Um als Meister in die Zunft aufgenommen zu werden, musste der Antragsteller seinen Lehrbrief vorweisen sowie ein Attest seines guten Verhaltens.

Ferner musste er mindestens drei Jahre gewandert sein. Sein Meisterstück bestand in der Anfertigung 1. einer echten blauen Küpe, 2. zwei Stück blau gefärbten Stoffes aus Leinen, eines glänzend und eines echt Schürzen-Blau, und 3. zwei Stück rot und zwei Stück schwarz, davon in jeder Farbe eines gegläntzt. Diejenigen, welche auch wollene Stoffe färben wollten, mussten zusätzlich je ein blaues, ein rotes und ein schwarzes Stück wollenen Stoffes anfertigen. Wurde sein Meisterstück von den Meistern der Zunft angenommen, hatte er noch zehn Taler zu entrichten, u. a. in die Zunftlade und an den Kämmerer der Stadt. Übte jemand das Handwerk des Schön- und Schwarzfärbers ohne Zunftzugehörigkeit aus, konnte der Magistrat diesem die Arbeit wegnehmen oder eine Geld- oder sonstige Strafe auferlegen. Jeder Meister durfte, ungeachtet einiger Ausnahmeregelungen, nur einen Lehrling ausbilden. Die Voraussetzungen für den Beginn der Ausbildung bestanden in der Fähigkeit des Jungen, lesen und schreiben sowie wenigstens die fünf Hauptstücke aus dem Katechismus aufsagen zu können. Ferner musste er ehrlich geboren sein und eine bestimmte Summe als Lehrgeld zahlen, u. a. an die Zunftlade einen Taler. Um den verbreiteten körperlichen Misshandlungen der Lehrlinge durch ihre Meister oder die Gesellen entgegen zu wirken, wurde die besondere Verantwortung, welche der Meister seinem Schützling gegenüber einnahm, hervorgehoben: „Der Meister soll seinen Lehr-Knaben gewissenhaft und mit allem Fleiß gründlich unterrichten, Christlich und vernünftig mit ihm umgehen, nicht aber mit unverdienten, oder auch übermäßigen Schlägen, und andern unchristlichen Bezeigen, demselben zusetzen, [...], noch auch solche Jungen mit ebenmäßiger Faust- und Hände-Arbeit, also, daß sie dadurch an tüchtiger Erlernung des Handwerks gehindert werden, belegen, noch weniger aber seinem Ehe-Weibe und Gesellen dergleichen zu thun gestatten.“ Sollte es trotzdem zu Klagen dieser Art kommen, war der Magistrat angehalten, den Meister oder Gesellen mit Strafe zu belegen.

Am Ende der dreijährigen Lehrzeit brachte der Meister den Lehrjungen vor das Gewerk und legte vor den versammelten Meistern und Gesellen Zeugnis über dessen Verhalten ab. Nach seinem mit Handschlag besiegelten Versprechen, sich im Gesellenstande christlich und ehrbar aufzuführen und sich vor liederlicher Gesellschaft, Spielen und Saufen, Huren und Stehlen und anderen Lastern zu hüten, sowie nunmehr drei Jahre an vornehmen Orten inner- und außerhalb des Landes zu wandern, wurde der Lehrjunge los gesprochen und ins Protokoll als Geselle eingeschrieben. Daraufhin erhielt er seinen Lehrbrief, welcher in der Zunftlade verwahrt wurde.

Der Zunft stand es ferner frei, eine Gewerks-Armen-Kasse einzurichten.

Aus dieser konnte verarmten Meistern finanziell unter die Arme gegriffen werden. Starb ein Meister, konnten aus der Kasse die Beerdigungskosten gezahlt werden. Das Gleiche galt für die Gesellen-Armen-Kasse. Die Innungsordnung erlaubte es der Witwe eines Meisters, das Geschäft ihres Mannes mit Gesellen fortzuführen.

Besondere Bedeutung für die Zünfte hatten die Paragraphen, welche das Handwerk von anderen abgrenzten und regelten, wer was produzieren durfte und – wichtiger noch – wer was nicht. Die entsprechenden Passagen in der vorliegenden Zunftordnung betrafen das Vorrecht der zünftig organisierten Färber, wollene, halbwoollene und Leinenstoffe sowie Garn für andere Leute im Lohn zu färben. Diese Abgrenzung zielte vor allem auf die Leineweber und die Rasch-, Tuch-, Hut- und Creponmacher. Allerdings erlaubte das Privileg sowohl diesen Handwerkern als auch den „Fabricanten“ ihre selbst hergestellten Produkte zu färben. Das Vorrecht der Färber bezog sich also allein auf die „Lohnfärberei“, nicht aber auf die „Eigenfärberei“. Eine andere Abgrenzung ergab sich zu den Tuchfärbern, welche nur Seidentuch färben durften, nicht aber Leinen. Gleiches galt vice versa. Allerdings gab es auch hier Ausnahmeregelungen.

Besonderes Augenmerk legte der „Innungs-Articul“ auf die Gesellen. Die Gesellen hatten sich seit dem Spätmittelalter in eigenen Bruderschaften organisiert. Sie pflegten eine eigene Gerichtsbarkeit und traten oftmals als die vehementesten Verfechter von Handwerksgelehrtheit und recht auf. Mittelpunkt der Gesellengilden waren die „Herbergen“. Hier trafen sich die Gesellen zu ihren Zusammenkünften, hier kehrte der wandernde Geselle ein. Insbesondere seit dem 16. und 17. Jahrhundert hatten sich in den Augen der Obrigkeit bei den Gesellen schwere Missstände eingeschlichen. Die Gesellen standen zwischen den Meistern und der Obrigkeit und mussten ihre Rechte und ihre Selbstständigkeit gegen beide verteidigen bzw. durchsetzen. Mit ihrer überregionalen Vernetzung hatten sie ferner ein wirksames Druckmittel gegenüber der lokalen Meisterschaft in Fragen der Arbeitsbedingungen. So kam es im 18. Jahrhundert zu vielen Gesellenstreiks. Oftmals verließen sie die Stadt und verhinderten durch Laufbriefe den Zuzug neuer Gesellen.

Die Innungsordnung der Minden-Ravensberger Färber versuchte mit verschiedenen Verboten, diesen Missbräuchen Einhalt zu gebieten. Gesellen-Laden und -Ordnungen, schwarze Tafeln, Gebräuche und Gewohnheiten sowie eigene Gesellen-Briefe und Siegel waren den Gesellen nicht länger gestattet. Wollte der Geselle zur Meisterprüfung zugelassen werden, musste er „gute Kundschaft“, also sein gutes Verhalten, nachweisen. Ebenso war es bei empfindlicher Strafe untersagt, Briefwechsel mit anderen Gesellen zu führen oder sich Bruderschaften anzuschließen. Besonders schwere Leib- und Lebensstrafen drohten denjenigen, „welche unter dem Vorwand sothaner nunmehrö völlig abgeschafften nährischen Handwercks-Gewohnheiten Excesse zu begehen oder wohl so gar, wann die Obrigkeit in Handwercks-Sachen etwas verordnet oder bestrafet, sich zu widersetzen, verbotene Complots und Aufstand zu machen, aus der Arbeit zu treten, sich zusammen zu rottiren, diejenigen, so sich zu ihnen

nicht gesellen, vor unehrlich zu erklären, und dergleichen Bosheiten mehr vorzunehmen sich erkühnen, wie dann Dieselben sich alles Schel- tens unter sich zu enthalten.“ Zwar durften die Gesellen auch weiterhin Herbergen haben, mussten sich aber ihrem Meister gegenüber gehorsam zeigen und sich vor zehn Uhr abends wieder im Haus des Meisters einfinden. Ansonsten drohten Geldstrafen. Die von der Obrigkeit als „gute Ordnung“ bezeichneten Gewohnheiten und Gebräuche der Gesellen blieben unangetastet. Dazu zählte beispielsweise die Begleitung der Leichen eines Meisters oder Gesellen, das Einlegen in den Klingelbeutel und der Kirchengang. Auch konnten die Gesellen ein oder zwei Alt-Gesellen wählen, die vor den Handwerksmeistern sprechen durften und diesen sofort jegliche ungebührlichen Vorgänge melden sollten. Ferner war es ihnen erlaubt, einen kleinen Fonds einzurichten, aus dem sie kranken und Not leidenden Gesellen unter die Arme greifen konnten.

Auseinandersetzungen der Mindener Färberzunft mit unzünftigen Färbern und anderen Handwerkern

In den Jahren nach der Etablierung der Zunft führten die Mindener Färber wiederholt Klage bei der Stadt gegen „Pfuscher“. Damit waren in erster Linie Handwerker gemeint, die gegen Lohn Stoffe färbten, ohne (zünftige) Färber zu sein, und daher laut „Innungs-Articul“ zu dieser Arbeit nicht berechtigt waren. Zu den Beschuldigten gehörten u. a. das Hutmacher-Gewerk, der Drucker Lohmeyer aus Hausberge und der Mindener Zeugmacher Levin Frefen. Im Fall des Letzteren kam es schließlich 1744 zu einem Vergleich. Ihm wurde vom Rat der Stadt auf Lebenszeit gestattet, gegen Lohn zu färben. Allerdings musste er sich dem „Innungs-Articul“ und den zünftigen Färbermeistern in allem unterwerfen.

Die Aufhebung der Zünfte Anfang des 19. Jahrhunderts

Das Fürstentum Minden und die Grafschaft Ravensberg waren im Frieden von Tilsit (7./9. Juli 1807) zwischen Preußen und dem napoleonischen Frankreich von Preußen gelöst und dem Königreich Westphalen zugeschlagen worden. Dieses neu gegründete Königreich war ein Vasallenstaat Frankreichs. Es unterstand einem Bruder Napoleons, Jérôme.

Die Gewerbepolitik Napoleons mit ihren liberalisierenden Zügen schlug sich auch in Westfalen nieder. In den Jahren 1808 bis 1810 wurde die Gewerbefreiheit im Königreich Westphalen eingeführt. Alle gewerblichen Korporationen wurden aufgehoben. Um ein Gewerbe zu führen, genügte von diesem Zeitpunkt an der Kauf eines nach mäßigen Sätzen gestaffelten „Patents“ (Gewerbeschein). Das Vermögen der Zünfte wurde Staatseigentum. De jure gab es freien Wettbewerb und freies Niederlassungsrecht.

Parallel wurde 1806/07 in Preußen eine Gewerbereform eingeleitet, die 1810/11 förmlich durchgeführt wurde. Nun konnte sich jeder, ohne been- gende Zunftzwänge, nach Lösung eines Gewerbescheins selbständig ma-

chen. Privilegien und Monopole wurden aufgehoben. Es galt Niederlassungsfreiheit und Freizügigkeit. Mit der Niederlage Napoleons in der sogenannten Völkerschlacht bei Leipzig vom 16. bis 19. Oktober 1813 und infolge des Wiener Kongresses 1814/15 gelangten Minden und Ravensberg – nachdem sie zum 13. Dezember 1810 aus dem Königreich Westphalen herausgelöst und ins Kaiserreich Frankreich eingegliedert worden waren – wieder an das Königreich Preußen. In den Jahren nach 1815 wurde schließlich die Gewerbefreiheit in Westfalen eingeführt. Die Zünfte wurden zwar nicht verboten, es entfiel allerdings die Pflichtmitgliedschaft. Die Zünfte wurden zu Privatvereinen.

Die Mindener Färberzunft verfügte zu diesem Zeitpunkt über kein nennenswertes Vermögen. Laut der Akte über die Ausmittelung und Einziehung des Vermögens der vormaligen Zünfte, Innungen etc. in Minden besaßen die Mindener Färber an Gerätschaften nur die Amtslade zur Aufbewahrung der Scripturen. Kapitalien, Bauten, Grundstücke, bare Geldvorräte, Renten oder sonstiges gab es nicht. Die Bemerkungen führten weiter aus: „Dieses Gewerck hat durchaus nichts, selbst keine Rechnung wurde geführt, und bezüglich ihrer Zusammenkünfte die Auslagen zu ihrer Ergötzlichkeit durch die Meister bestritten.“⁷

Die „Färberstraße“ in Minden

Insbesondere im 18. und 19. Jahrhundert waren an der Simeonstraße in Minden viele Färber und Stoffdrucker ansässig. Die Nähe zur Bastau mit ihrem weichen Wasser war dabei ein zentraler Standortfaktor. Die gefärbten Stoffe mussten nach dem Farbbad mehrfach mit klarem Wasser ausgespült werden. Bereits im Jahr 1663 ist an der Simeonstraße 32 der Färber Heinrich Siebe nachgewiesen. Im 18. Jahrhundert lebten und arbeiteten hier der Färber Conrad Lämmerhirte jun. (seit 1723 in der angrenzenden Straße Priggenhagen), der Färber-Meister Andreas Denhardt (ab 1766) und der Färber Hiller (seit 1781). Letzterer war 1781 der Innungsmeister der Färberinnung.⁸

Ihre Blütezeit erlebte diese Form der Textilveredelung in der Simeonstraße im 19. Jahrhundert. Zu dieser Zeit erfreuten sich insbesondere blaugedruckte und -gefärbte Stoffe großer Beliebtheit bei der Bevölkerung. In der Simeonstraße gab es im 19. Jahrhundert die Blau- und Schönfärberfamilie Andreas Denhardt (1766 bis 1823 bezeugt), den Schönfärber Carl Fr. Hiller (1802 bezeugt), die Blau- und Schönfärberfamilie Knodt (von 1806 bis 1873 bezeugt), den Blaudrucker und Schönfärber Johann Heinrich Schonebaum und seine zwei Kinder Gustav und Carl-Ludwig (von 1817 bis 1909), den Schwarz- und Schönfärber Heinrich Wilhelm Küster (von 1823 bis 1884 an der Simeonstraße ansässig), die Schönfärberfamilie Kiel (gegründet 1846, an der Simeonstraße seit 1893 nachweisbar), den Schönfärber W. Hagemeyer (1874 und 1876 nachweisbar), den Betrieb des Schönfärbers Georg Rupprecht (von 1878 bis 1959), die Färberei Hempel (im 19. Jahrhundert) sowie den Schönfärber Gottlieb Diedrich Borchard (1832 bezeugt).⁹ Viele dieser Handwerker besaßen Hinterhäu-

ser am Priggenhagen oder weitere Gebäude an der Petersilienstraße.

Besonders hervorzuheben sind bei der Aufzählung die Färbereien H. W. Küster, Georg Rupprecht und Gustav Schonebaum. Diese können als Beispiele für unterschiedliche Entwicklungswege angesichts der zunehmenden Mechanisierung und Industrialisierung in der gesamten Textilbranche im 19. Jahrhundert gesehen werden. Ihre Reaktionen reichten von einer bewussten oder unbewussten Verweigerung (Schonebaum) über Spezialisierung (Rupprecht) bis hin zu Adaption (Küster).

Neben den ökonomischen Herausforderungen, denen sich die handwerklich betriebenen Färbereien und Stoffdruckereien in dieser Zeit ausgesetzt sahen, gab es auch sozio-kulturelle Veränderungen. Traditionell arbeiteten solche Färbereien im Lohnauftrag, d. h. der Kunde brachte seinen zu färbenden und eventuell zu bedruckenden Stoff mit und suchte sich vor Ort eine Farbe und gegebenenfalls ein Druckmuster aus einem Musterbuch aus. Sobald der Stoff behandelt war, holte der Kunde ihn wieder ab. Insbesondere die Landbevölkerung brachte häufig selbst gewebte Leinenstoffe mit, die blau oder grün gefärbt werden sollten. Gegen Ende des 19. Jahrhunderts änderten sich der Geschmack und das Kaufverhalten der Kundschaft. Baumwollene Stoffe setzten sich allmählich durch. Insbesondere die Landbevölkerung brachte keine Stoffe mehr zu den Färbereien. Große Bekleidungsgeschäfte eröffneten, welche industriell hergestellte und veredelte Textilien preisgünstig verkauften, so beispielsweise das 1879 von Hermann Hagemeyer gegründete gleichnamige Mindener Modehaus. Blaugefärbte oder -gedruckte Textilien entsprachen nicht mehr dem Zeitgeschmack, stattdessen wurde die städtisch-bürgerliche Kleidung nachgeahmt. Diese Kombination verschiedener zeitlich parallel laufender Entwicklungsstränge zwang die traditionellen handwerklich geprägten Färber zum Umdenken, wenn sie wirtschaftlich langfristig überleben wollten.

Dem Handwerk treu – Die Blaudruckerei und Färberei Gustav Schonebaum (1865-1909)

Der Handwerksbetrieb Gustav Schonebaum existierte von 1865 bis zu dessen Tod 1909. Bis zu seinem Ableben war er seinem Handwerk, dem Färben und Drucken, treu geblieben. Weder spezialisierte er sich auf einen reinen Textilverkauf oder eine Textilreinigung noch ging er den Weg zu einer mechanisierten Stoffdruckerei im industriellen Maßstab. Zum Zeitpunkt seines Todes hatte ihn die Entwicklung in seinem angestammten Berufsfeld bereits überholt.

Die Blaudruckerei der Familie Schonebaum war um 1900 eine der ältesten Betriebe dieser Art in Minden. Bereits 1817 ließ sich der Vater Gustav Schonebaums, Johann Heinrich Schonebaum (geb. 30. November 1790 in Minden), mit einer Färberei und Stoff- und Blaudruckerei sowie angehängter Manufakturenhandlung an der Simeonstraße 21 nieder. Im Jahr 1828 hatte er einen Lehrling, vier Jahre später einen Gesellen und einen Lehrling. Laut einer Anzeige aus dem Mindener Adressbuch von 1862

zählte zu seinem Angebot das Färben und Drucken leinener, baumwollener, wollener, halbwoollener Zeuge und Garne. Die Tradition des Färbens und Druckens setzten seine beiden Söhne fort. Im Jahr 1863 übernahm sein ältester Sohn Carl-Ludwig den Betrieb an der Simeonstraße 21. Sein Bruder Gustav (geboren 1. Februar 1838 in Minden) kaufte 1865 das Nachbarhaus Nr. 19 von dem Kaufmann Joseph Goldstein und richtete dort eine eigene Färberei und Zeugdruckerei ein. Nach dem Umbau des baufälligen Hauses befanden sich rechts vom Hauseingang ein Ladengeschäft, dahinter die Zeugdruckerei und der Mangelraum. Die Färberei mit den Farbbottichen lag im Gewölbe des Hinterhauses. Vorne links war die „gute Stube“ mit einer Auslucht. Das Wohnzimmer und die Küche lagen im hinteren Teil des Hauses über der Färberei. Im Juni 1894 beschäftigte Gustav Schonebaum drei erwachsene Arbeiter, fünf Jahre später noch einen. Seine Werkstatt verfügte darüber hinaus über einen Dampfkessel. Das Haus Simeonstraße 21 weist ab 1891 einen anderen Besitzer auf und gehörte ab 1898 dem Färbereibesitzer Otto Kiel.¹⁰

*Neue Betätigungsfelder
erschließen –
Die Dampf-Färberei und
Chemische Waschanstalt Georg
Rupprecht (1878-1959)*

Eine Möglichkeit mit den sozio-ökonomischen Herausforderungen der Industrialisierung als Handwerksbetrieb umzugehen, bestand für das Mitte des 19. Jahrhunderts noch weitestgehend handwerklich geprägte Färberwesen in der Spezialisierung und in der Übernahme neuer Betätigungsfelder. Die Firma Georg Rupprecht ist für diese Reaktionsweise ein Beispiel.

Rupprecht war seit spätestens 1878 in der Simeonstraße 15 ansässig. Im gleichen Gebäude befand sich von 1806 bis 1873/74 das Wohnhaus mit Färberei der Blau- und Schönfärberfamilie Knodt. Im Jahr 1863 gehörten zu dem Anwesen ein zweige-



Blick in die Simeonstraße um 1900 mit der Färberei und Druckerei von Gustav Schonebaum (Mitte). Rechts vom Eingang befand sich das Ladengeschäft.

Kommunalarchiv Minden



*Das Ehepaar Gustav und Sophie
Schonebaum im Jahr 1870.
Kommunalarchiv Minden*

schossiges Wohnhaus und ein Hinterhaus mit drei Räumen für die Färberei und ein Farbenlager. Nachdem es Mitte der 1870er Jahre kurzfristig dem Schönfärber W. Hagemeyer gehörte, gelangte das Anwesen in den Besitz Rupprechts. In den folgenden Jahren wurde der Betrieb stetig ausgebaut und modernisiert. Im Jahr 1884 ersuchte Rupprecht um die Baugenehmigung eines Dampfkessels zum Betrieb einer kleinen Dampfmaschine und für Färbereizwecke, welcher ihm nach behördlichen Einwänden schließlich auch genehmigt wurde. Elf Jahre später, 1895, ließ Rupprecht an der Petersilienstraße 11, hinter seinem Anwesen an der Simeonstraße, ein Gebäude für einen Wäschereibetrieb errichten, das 1904 noch einmal erweitert wurde. Ferner gehörte zu dem Anwesen ein Wirtschaftsgebäude Petersilienstraße 20, das ebenfalls als Färberei genutzt wurde.

Im Juni 1894 beschäftigte Rupprecht fünf erwachsene Arbeiter und eine Arbeiterin. Um 1900 waren es sechs Männer und eine Frau, die „nur einige Tage in der Woche in der Chemischen Wäscherei mit Plätten beschäftigt“ war. In den Werbeanzeigen aus dem Mindener Adressbuch der Jahre 1912, 1919 und 1921 bezeichnete er seinen Betrieb als „Mindens größte und leistungsfähigste Chemische Waschanstalt, Gardinen-Wäscherei und Dampffärberei“. Die Färberei, obschon dampfbetrieben, wurde zwar immer noch als Dienstleistung angeboten, allerdings lag der Schwerpunkt mittlerweile auf der chemischen Reinigung. Spätestens ab 1906 gab es eine Zweigstelle in der Bäckerstraße, bis 1919 kamen zwei weitere Filialen in Bückeburg und Bad Oeynhausen hinzu. Der Betrieb bestand bis 1959. Im gleichen Jahr wurde die weithin bekannte Färberei und chemische Reinigung Rupprecht von der Färberei Otto Kiel übernommen.

druckt, sondern auch baumwollener und halb-baumwollener Stoff.

Die ersten Jahre waren noch geprägt von der Leinenfärberei und der Arbeit mit Modeln am Drucktisch. Im Jahr 1828 beschäftigte der Blau- und Schönfärber Küster einen Gesellen, vier Jahre später bereits drei. Die Räumlichkeiten wurden in den Jahren immer wieder erweitert, 1836 gehörten zu dem Haus an der Simeonstraße noch zwei Hintergebäude. Die Anzahl der Beschäftigten stieg stetig. Diese Entwicklung schlug sich auch in den amtlichen Statistiken nieder. Die Firma Küster wurde ab Mitte des 19. Jahrhunderts in den „Nachweisungen derjenigen Fabrikationszweige [geführt], welche zusammen eine Anstalt bilden, in der Gewerbetabelle der Fabrikationsanstalten der Stadt Minden für das Jahr 1855 in verschiedene Kolonnen verteilt sind“. Zu diesem Zeitpunkt gehörte zu der Firma H. W. Küster die Herstellung baumwollener und halb-baumwollener Zeuge, eine chemische Bleicherei, eine Blau- und Schönfärberei sowie eine Druckerei für Zeuge aller Art.

Küster beschäftigte zu diesem Zeitpunkt elf männliche Arbeiter über 14 Jahre. Der Maschinenpark der Druckerei umfasste drei Drucktische und eine Druckmaschine. Neun Jahre zuvor hatte es in der Stadt Minden weder eine chemische Bleicherei noch Druckmaschinen gegeben. Zu diesem Zeitpunkt erfolgte das Bedrucken von Stoff in der einzigen fabrikmäßigen Zeugdruckerei in Minden noch rein manuell mit Modeln an vier Drucktischen und mit sieben Beschäftigten. In der einzigen fabrikmäßigen Färberei am Ort arbeiteten sechs Männer.¹¹

Mitte des 19. Jahrhunderts besaß das Unternehmen Küster bereits eine besondere Bedeutung als lokaler Arbeitgeber, insbesondere da Minden als preußische Festung kaum Raum bot für größere Fabrikansiedelungen. Dabei beschäftigte Küster nicht nur Arbeiter in seinem Betrieb. In der Umgebung Mindens arbeiteten 1855 weitere 46 Heimarbeiter an 25 Webstühlen. Das Herstellungsprogramm umfasste damit alle Schritte von der Textilproduktion über die Bleicherei und Färberei bis hin zur Stoffdruckerei. Nur das Spinnen des Garns als Ausgangspunkt und die Wäschekonfektion als Endpunkt der Textilproduktion fehlten.

Im Jahr 1863 verfügte Küster über sechs Gebäude an der Simeonstraße und am Priggenhagen, u. a. ein eingeschossiges Lagerhaus und ein zweigeschossiges Wohnhaus mit einem Laden und „Comptoir“. Damit waren die räumlichen Grenzen der Expansion an diesem Standort erreicht.

Räumliche Verlagerung und erster Fabrikneubau – Der Standort an der Lindenstraße (1884-1951)

An der Lindenstraße in unmittelbarer Nachbarschaft des alten Firmensitzes wurde ab 1882 direkt an der Bastau ein Fabrikneubau errichtet. Zu dieser Zeit beschäftigte Küster 17 erwachsene Arbeiter und zwei männliche Jugendliche zwischen 14 und 16 Jahren. Im Jahr 1884 war der Umzug an die Lindenstraße abgeschlossen.¹² Die Verbundenheit der Firmenleitung mit der christlichen Sittenlehre wurde an der Inschrift über dem Eingang deutlich: „Bete und arbeite“. Ein Sinnspruch, der im Laufe der Zeit

zu einem zweiten Firmennamen wurde. Die besondere Bedeutung, welche die Firmenleitung diesem Ausspruch beimaß, wurde fast 70 Jahre später bei der Einweihung der neuen Betriebsgebäude an der Schillerstraße noch einmal hervorgehoben. Der damalige Seniorchef betonte bei dieser Gelegenheit, dass die christliche Sittenlehre „die Grundlage unseres Tuns“ darstellte.

Auch die „moderne“ Zeit hatte in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts Einzug gehalten. Die Produktion erfolgte mit Hilfe der Dampfkraft, und an die Stelle der alten Drucktische und Handmodel war bereits die Perrotine getreten. Die 1834 von dem Franzosen Perrot erfundene Maschine mechanisierte das Prinzip des Handdrucks. Der Druck vollzog sich hier ruckweise mit mehreren, fest einmontierten Druckstöcken. Die Maschine eignete sich in besonderer Weise für den traditionellen Blaudruck.¹³ Zu dem Kundenkreis der Firma gehörten 1885 auch viele Textilhändler aus der Mindener Region. Zu ihnen zählten der eingangs erwähnte Hermann Hagemeyer und der Textilkauflmann Georg Lange aus Petershagen. Im Jahr 1894 arbeiteten bei Küster bereits 32 erwachsene Männer, fünf Frauen sowie ein Mädchen im Alter von 14 bis 16 Jahren.¹⁴ In den folgenden Jahren und Jahrzehnten stieg H. W. Küster, laut Eigenaussage des Unternehmens, zu einer „maßgebenden Blaudruckerei Deutschlands“ auf. Insbesondere mit den Blaudruck-Stoffen war die Firma Anfang des 20. Jahrhunderts auch auf ausländischen Märkten sehr erfolgreich.¹⁵ Auf den Briefköpfen aus dieser Zeit firmierte sie daher auch als „Blaudruckfabrik H. W. Küster“.

Der zweite Fabrikneubau auf der „grünen Wiese“ – Der „lange“ Umzug an die Schillerstraße (1912-1970)

Trotz mehrfacher Erweiterungen der Betriebsräume an der Lindenstraße reichten die Produktionskapazitäten bald nicht mehr aus. Ab 1912 wurde daher mit einem Neubau an der Schillerstraße begonnen, zum damaligen Zeitpunkt auf der „grünen Wiese“ außerhalb der alten Stadtmauern. Allerdings verfügte Küster mit dem Bahnhof „Königstor“ direkt vor den Toren der Fabrik über einen Gleisanschluss. Der Bahnhof lag an der 1903 eingeweihten Strecke der Mindener Kreisbahn, die von Minden nach Eickhorst und ab 1907 bis nach Lübbecke führte. Viele der Beschäftigten kamen bis zur Stilllegung der Strecke per Bahn zur Arbeit. Über diesen Bahnanschluss wurde lange Zeit auch Kohle, Salzsäure und Benzin angeliefert. Ferner wurden auf diesem Wege zeitweilig auch die fertigen Stoffe versendet.

Der Beginn des Ersten Weltkriegs mit seinen Auswirkungen auf das In- und Auslandsgeschäft verzögerte den Umzug. Erst in den Jahren 1920 bis 1930 konnte der gesamte technische Betrieb an die Schillerstraße umsiedeln. Auf dem Grundstück verfügte das Unternehmen über einen betriebseigenen Brunnen, der das Wasser für die Produktion und die Dampfmaschinen lieferte. Im Jahr 1931 wurde der Brunnen acht Stunden am Tag genutzt. Pro Stunde wurden dabei 120 Kubikmeter Wasser ent-



Das ehemalige Fabrikgebäude an der Lindenstraße in den 1970er Jahren. Über dem Eingang ist die Tafel mit der Inschrift „Bete und arbeite“ zu sehen.

Kommunalarchiv Minden



Die Fabrik an der Schillerstraße. In diesem Gebäudeteil von 1965 befanden sich die Rotationsfilmdruckmaschinen. Hartmut Graupner, 1969



Das Lager- und Verwaltungsgebäude an der Schillerstraße. Über dem Eingang stand in goldenen Lettern der Firmenname.

Hartmut Graupner, 1969

nommen, das sich aufgrund seiner Beschaffenheit als besonders geeignet für die Fertigung erwies.

In den folgenden Jahrzehnten expandierte das Unternehmen weiter. Neue Materialien wie synthetische Stoffe, Zellwolle und Kunstseide kamen hinzu. Die Kollektion der angebotenen Stoffdrucke wurde um zeitgemäße, modische Farben und Dessins erweitert. Den Schwerpunkt bildeten allerdings weiterhin Baumwolle und Baumwollmischgewebe, die als ungebleichte Roh-Stoffballen angekauft wurden. Das Fertigungsprogramm umfasste u. a. Trachtenstoffe, Tischdecken, Bettwäsche, Tücher sowie modische Kleider- und Dekorationsstoffe. Jedes Stoffprodukt durchlief dabei verschiedene Maschinen und Verarbeitungsschritte wie Sengen, Entschlichten, Bäuchen, Bleichen, Färben, Drucken, Dämpfen, Appretieren, zwischendurch immer wieder Waschen bis zur versandfertigen Verpackung. Abnehmer waren vorrangig deutsche Firmen, welche den weiteren Vertrieb der Stoffe übernahmen. Obwohl Küster spätestens seit den 1950er Jahren keinen „echten“ Blaudruck mit natürlichem Indigo mehr herstellte, blieb die Färberei Bestandteil des Unternehmens. Allerdings wurden Stoffe vorrangig für die eigene Weiterveredlung gefärbt.

Der Druck auf Stoff erfolgte entweder im Direktdruck, im Ätzdruck oder im Reservedruck.¹⁶ Dabei veredelte Küster Stoffe sowohl im Eigen- als auch im Lohndruck. Kunden waren u. a. große Konfektionäre. Nach und nach erweiterte sich auch der Abnehmerkreis. Neue Märkte in Europa, Asien und West-, Süd- und Südostafrika wurden erschlossen. Dazu zählten beispielsweise Holland, Belgien, Indonesien, Pakistan oder der

Kongo. Dabei wurden die Muster dem jeweiligen regionalen Geschmack der Käufer angepasst. Insbesondere in Afrika erfreuten sich bunt bedruckte Stoffe großer Beliebtheit.

Im Jahr 1951 erfolgte der Umzug der bis dahin an der Lindenstraße verbliebenen kaufmännischen Abteilung und der Lagerräume in ein neu gebautes Verwaltungs- und Lagergebäude an der Schillerstraße vis à vis der Fabrikanlage. Die an der Lindenstraße verbliebenen Reste von H. W. Küster wurden 1978 für den Neubau eines großen Verwaltungs- und Geschäftsstellengebäudes der AOK Minden-Lübbecke abgerissen.

Biographische Skizzen

H. W. Küster wurde am 17. Juli 1799 in Bielefeld geboren. Im Alter von 21 Jahren zog es ihn als Schwarz- und Schönfärbergesellen nach Minden. Er war verheiratet mit Caroline Marie Elisabeth, geborene Büscher. Aus dieser Ehe gingen mindestens vier Kinder hervor: die beiden Töchter Henriette Caroline (geboren am 25.05.1830) und Henriette Sophie Dorothee (geboren am 10. Oktober 1843) sowie die beiden Söhne Hermann Arnold (geboren am 17. März 1826) und Heinrich Wilhelm (geboren am 30. Mai 1838). Alle vier wurden in der St. Simeonis-Kirche in Minden getauft. In den 1860er Jahren tauchen Hermann und Heinrich Wilhelm in den Adressbüchern der Stadt Minden als Bewohner der Simeonstraße 5 auf.¹⁷ Beide werden als Fabrikanten aufgeführt. Hermann Küster verstarb am 7. November 1886 in Minden als Fabrikbesitzer und Stadtrat an Herzlähmung.¹⁸ Er hinterließ eine Schwester und einen Bruder.

Vor 1894 gelangte der Betrieb in den Besitz Hermann Heinrich Kaschels, der bei Küster eine Lehre gemacht hatte und bereits 1873 als „Commis.“, (leitender) kaufmännischer Angestellter, in dem Unternehmen gearbeitet hatte. Trotz des Eigentümerwechsels blieb der Name H. W. Küster bestehen. Nach dem Tod Kaschels um 1909 führte seine Witwe Emma das Unternehmen weiter. Den Vorstand bildeten zu dieser Zeit die Witwe Kaschel und der Fabrikant Eduard Baltjé. Da das Ehepaar Kaschel nur Töchter hatte, übernahmen im ersten Drittel des 20. Jahrhunderts deren Schwiegersöhne Wilhelm Sieg und Robert Greeve die Geschäftsführung. Bis mindestens in die 1930er Jahre führten sie den Betrieb noch zusammen mit Baltjé. In der Mitte des 20. Jahrhunderts gingen das Unternehmen und die Leitung auf die Kinder der Familien Sieg und Greeve über. Die Firma verblieb bis zur Übernahme durch „C. Kumpers und Söhne“ in den 1970er Jahren im Besitz der Nachfahren Kaschels.

Die technische Modernisierung der Produktion

Die Produktionsmittel und -verfahren bei Küster wurden stetig modernisiert. Neue, zeitgemäße Druckmaschinen wurden angeschafft. Der Druck mit Perrotinen endete bei Küster ungefähr um 1930. Zeitlich parallel dazu bezeichnete sich das Unternehmen in seinen Briefköpfen auch nicht mehr als Blaudruckfabrik, sondern als „Stoffdruckerei Küster“. Bereits



Im Jahr 1906/07 ließ sich Kaschel an exponierter Stelle eine repräsentative Villa auf dem Grundstück zwischen Lindenstraße und Klausenwall errichten. Nördlich schloss sich unmittelbar das Fabrikgelände der Firma Küster an. Das völlig unverändert erhaltene Gebäude wurde 1977 für den Neubau der AOK-Geschäftsstelle abgebrochen.

Kommunalarchiv Minden

seit den 1920er Jahren wurde auch mit Walzen- oder Rouleauxdruckmaschinen gearbeitet. Der Rouleauxdruck, den sich der Engländer Thomas Bell 1785 hatte erstmalig patentieren lassen, verdrängte bereits im Lauf des 19. Jahrhunderts weitgehend alle anderen Druckverfahren. Diese Maschinen arbeiteten mit Kupfer- oder Messingwalzen, auf denen das Muster vertieft eingraviert war. Der Stoff lief um einen großen Zylinder, den „Presseur“. Gegen diesen waren Druckwalzen fest angedrückt. Jede Farbe eines Musters erforderte eine eigene Walze. Dieses Verfahren ermöglichte zum ersten Mal einen kontinuierlichen Druckprozess.

Spätestens 1939 kam der Film- oder Flachschablonendruck per Hand dazu, der bis in die 1950er Jahre ausgeübt wurde. Die Druckform bestand aus einem Metallrahmen, der mit einem feinen Stoff- oder Metallgewebe bespannt war, beispielsweise Bronze, Seide oder Synthetik. Diese so genannte Gaze besaß, entsprechend dem Muster, farbdurch- und farbundurchlässige Stellen. Durch die farbdurchlässigen Stellen wurde die Farbe mit Hilfe einer Rakel auf den Stoff gepresst. Für jede Farbe des Musters gab es eine eigene Schablone. Im Jahr 1968 wurden die ersten Rota-



*Arbeiter vor einer Rouleauxdruckmaschine bei H. W. Küster.
Hartmut Graupner, 1980*

tionsfilmdruckmaschinen bei Küster aufgestellt, eine technische Weiterentwicklung des Filmdrucks. Die Schablonen hatten bei diesem Verfahren die Form von Hohlzylindern. Das ermöglichte einen kontinuierlichen Druck.

Bis zur Schließung der Firma 1980 wurde sowohl an Rouleaux- als auch Rotationsfilmdruckmaschinen gearbeitet. In den letzten Jahren bestand der Maschinenpark aus vier Rouleauxdruckmaschinen (Rolo I, II, IV und VI), die jedoch aufgrund der Auftragslage nicht immer alle in Betrieb waren. Diese konnten bis zu sechs Farben auf einer maximalen Stoffbreite von 0,90 m, eine sogar bis zu zehn Farben auf einer Breite von 1,40 m drucken. Ferner gab es drei Rotationsfilmdruckmaschinen (Rota I, II und III) mit bis zu zwölf Farben auf einer maximalen Breite von 1,60 m. Anfang der 1950er Jahre wurden täglich 30.000 Meter Stoff bedruckt, von denen zu dieser Zeit rund ein Fünftel in den Export gingen. In der Blütezeit des Unternehmens in den 1960er Jahren wurden pro Tag mehr als 50.000 Meter Stoff bedruckt. Zu dieser Zeit arbeiteten bei Küster bis zu 400 Mitarbeiter.

Arbeitskräftemangel und Gastarbeiter seit den 1960er Jahren

Teile der alten Fabrikgebäude an der Lindenstraße waren von 1951 bis 1962 an die Firma Westdeutsche Füllhalterfabrik Hermann F. Bachmann vermietet. Ab Mitte der 60er Jahre des 20. Jahrhunderts wohnten in den Gebäuden Gastarbeiter, die bei Küster und in der Zellstofffabrik Waldhof



Rotationsfilmdruckmaschine bei H. W. Küster. Deutlich sind die zylindrischen Druckschablonen zu erkennen. Hartmut Graupner, 1980

Beschäftigung fanden. Im Jahr 1965 waren die Räumlichkeiten für insgesamt 40 portugiesische Gastarbeiter ausgelegt. Zu dieser Zeit und verstärkt Anfang der 1970er Jahre herrschte bei Küster akuter Arbeitskräftemangel. Viele Beschäftigte wanderten in andere Industrien ab, in denen mehr verdient wurde. Wie generell in der Textilbranche waren die Löhne bei Küster im Vergleich zu anderen Industriebereichen relativ niedrig.

Obwohl es auch hochqualifizierte Berufe in der Produktion gab, wie Drucker, Chemiker-Colorist oder Laborant, arbeiteten viele „Angelernte“ und Hilfsarbeiter bei Küster.¹⁹ So wurden die Rouleauxdruckmaschinen von einem gelernten Drucker und zwei bis drei Hilfsarbeitern bedient. Gerade für diese niedrig qualifizierten Tätigkeiten standen inländische Arbeitskräfte nicht ausreichend zur Verfügung. Der Anteil der Arbeiter aus Südeuropa an den Beschäftigten in der Produktion stieg in den 1970er Jahren stetig an, bis auf deutlich mehr als 50%. Die ersten Gastarbeiter kamen aus Portugal, später u. a. auch aus Jugoslawien, Spanien und Italien. Die ehemaligen Fabrikationsräume an der Lindenstraße waren zu dieser Zeit an einen Möbelhändler vermietet, der in den alten Fabrikgebäuden Möbel eingelagert hatte.

Krise, Hoffnung, Niedergang – Das Traditionsunternehmen in den 1970er Jahren

Anfang der 1970er Jahre geriet die Firma Küster in ‚unruhiges Fahrwasser‘. Durch den Aufbau von Stoffdruckereien in den bisherigen Export-



*Sprengung des ursprünglich 40 m hohen Schornsteins der Stoffdruckerei Küster im Zuge der Abrissarbeiten der Fabrikationsgebäude an der Schillerstraße.
Hans Sieg, 1985*

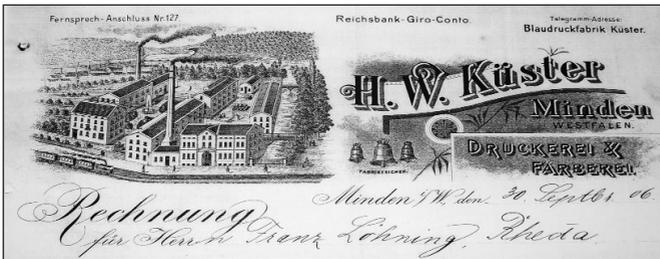
ländern sank zunächst die Exportquote. Dann drängten Anbieter aus asiatischen und osteuropäischen ‚Billiglohn-Ländern‘ auf den deutschen Binnenmarkt. Die traditionsreiche Mindener Stoffdruckerei war nicht mehr konkurrenzfähig. Trotz eines Umsatzes von ca. 23 Millionen DM in den Jahren 1973 und 1974 musste das Unternehmen 1975 einen Vergleichsantrag stellen, um einen Konkurs zu vermeiden – ungeachtet der Tatsache, dass in Teilen der Produktion aufgrund der Auftragslage noch im Drei-Schichtbetrieb gearbeitet wurde. Das Land Nordrhein-Westfalen stellte zur Erhaltung der 250 Arbeitsplätze eine Bürgschaft in Höhe von zwei Millionen DM zur Verfügung sowie einen Investitionskredit von 500.000 DM.

Das Textilunternehmen „C. Kümpers und Söhne“ übernahm 1975 die Firma von den Nachfahren Kaschels. Der neue Eigentümer betrieb in Rheine eine Weberei und erhoffte sich durch die Zusammenführung der Stoffherstellung und der Stoffveredelung unter einem Dach Rationalisierungseffekte und eine größere Konkurrenzfähigkeit.

Kümpers investierte noch einmal einige Millionen DM in die Modernisierung der Mindener Firma, aber die Strukturkrise in der deutschen Textil- und Bekleidungsindustrie war stärker. Am 1. Juli 1980, 160 Jahre nach der Gründung der Firma H. W. Küster, stellte Kümpers den Betrieb in Minden und Rheine ein. Am Standort Minden mussten sich 185 Beschäftigte nach einer neuen Arbeitsstelle umsehen.²⁰

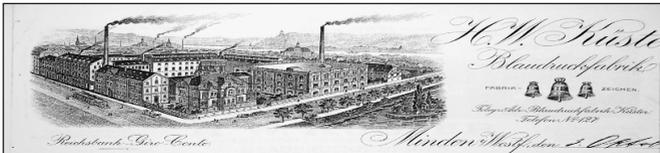
Die Fabrikationsgebäude an der Schillerstraße wurden 1985 abgerissen. An dieser Stelle befinden sich heute ein Ärztehaus und mehrere Wohnblocks. Das alte Verwaltungs- und Lagergebäude steht noch und wurde aufwändig renoviert. In diesem Gebäude sind heute Wohnungen, eine Kindertagesstätte sowie kleinere Büros untergebracht.

Die Schließung einer der letzten großen Mindener Textilfirmen sowie zugleich eines der traditionsreichsten Mindener Unternehmen markiert einen traurigen Höhepunkt in der Schlusskapitel der Geschichte der Textilindustrie in Minden, eines Industriezweiges, der in den ersten Jahrzehnten nach Ende des Zweiten Weltkriegs von der Anzahl der beschäftigten Personen im Kreis Minden-Lübbecke an der zweiten Stelle aller Industriebranchen gestanden hatte.²¹



Briefköpfe der Firma H. W. Küster aus den Jahren

1906



1907



1914



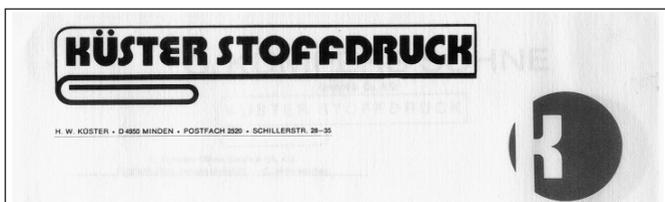
1927



1937



1951



1974



1979

Im ersten Drittel des 20. Jahrhunderts bezeichnete sich das Unternehmen in den Briefköpfen als Blaudruckfabrik, ein Zeichen für die große Bedeutung die dem Blaudruck bei Küster zu dieser Zeit zukam. Ab 1914 taucht neben dem Werk an der Lindenstraße (linke Seite) bereits die zweite Fabrik am Bahnhof „Königstor“ an der Schillerstraße auf. Ab 1951 erscheint dann nur noch das Werk an der Schillerstraße. Im Briefkopf von 1979 steht der seit 1975 neue Eigentümer von H. W. Küster, das Textilunternehmen „C. Kümpers und Söhne“.

Kommunalarchiv Minden und Bauarchiv der Stadt Minden

Anmerkungen

- 1 Landesarchiv NRW, Abt. Staatsarchiv Münster (StAMs), Kriegs- und Domänenkammer Minden (KDK Minden), Nr. 1213.
- 2 Kommunalarchiv Minden (KAM), Stadt Minden, F, Nr. 173.
- 3 Der Aufsatz ist das Ergebnis der Forschungsarbeiten zu einem Ausstellungsprojekt des LWLFreilichtmuseums Hagen, Westfälisches Landesmuseum für Handwerk und Technik, mit dem Titel „Papp, Model, Indigo – Die Welt der schönen Stoffe“. Die Dauerausstellung wurde im Juni 2007 in der dortigen Blaufärberei eröffnet. Besonderer Dank gilt dabei Hans Sieg, Lambert Nagel und Hartmut Graupner, die zur Entstehung der Ausstellung und dieses Aufsatzes mit Auskünften zur Geschichte der Firma H. W. Küster wesentlich beigetragen haben.
- 4 Das „Innungs-Articul“ befindet sich im KAM, Stadt Minden, C, Nr. 293. Wesentliche Akten zur Geschichte der Minden-Ravensberger Färber-Innung finden sich auch im StAMs, KDK Minden, Nr. 1273 u. 1274.
- 5 Vgl. hierzu u. a. Friedrich Lenger, Sozialgeschichte des deutschen Handwerks seit 1800, Frankfurt a. M. 1988, S. 13-18. Nach Lenger ist diese Reichshandwerksordnung von 1731 allerdings kaum durchgesetzt worden, in vielen Reichsstädten wurde sie noch nicht einmal publiziert.
- 6 Die Mindener Färber hatten ursprünglich nur eine Innungsordnung für Minden intendiert. Als dann die Färber in Herford und Bielefeld mit einbezogen wurden, kam es zu rechtlichen Auseinandersetzungen mit den Mindenern. Streitpunkt waren die mit der Verleihung der Innungsordnung verbundenen Kosten, an denen sich die Färber aus Herford und Bielefeld nicht beteiligen wollten: KAM, Stadt Minden, C, Nr. 293. Sieben Jahre später wurde ein „General-Privilegium und Gülde-Brief des Toback-Spinner-Gewercks in dem Fürstenthum Minden und in der Grafschaft Ravensberg“ erlassen, das in vielen Punkten der Innungsordnung der Färber gleicht: zu diesem Gildebrief Martin Krieg, Die erste Organisierung der Tabakindustrie in Minden-Ravensberg im Zeichen der Neuregelung des Innungswesens im 18. Jahrhundert, in: Mindener Heimatblätter 5, 1927, Nr. 22 u. 23.
- 7 KAM, Stadt Minden, E, Nr. 361. Für die Zeit unter französischer Hegemonie: KAM, Stadt Minden, D, Nr. 149 u. 150. Allgemein zur Einführung der Gewerbefreiheit in Westfalen und Preußen: Clemens Wischermann, An der Schwelle der Industrialisierung (1800-1850), in: Westfälische Geschichte, hrsg. von Wilhelm Kohl, Bd. 3: Das 19. und das 20. Jahrhundert Wirtschaft und Gesellschaft, Düsseldorf 1984, S. 74f.; Hans-Ulrich Wehler, Deutsche Gesellschaftsgeschichte, Bd. 1: Vom Feudalismus des Alten Reiches bis zur Defensiven Modernisierung der Reformära 1700-1815, München 1987, S. 429 ff.; sowie Thomas Nipperdey, Deutsche Geschichte 1800-1866, Bürgerwelt und starker Staat, München 1998, S. 49.
- 8 Zur Geschichte der Gebäude an der Simeonstraße und am Priggenhagen: Marianne Nordsiek, Die Simeonstraße in Minden. Beiträge zur Geschichte einer Altstadtstraße und ihrer Häuser, in: Mitteilungen des Mindener Geschichtsvereins 60, 1988, S. 7-50, sowie Bau- und Kunstdenkmäler von Westfalen, Bd. 50: Stadt Minden (BKW 50), Tl. IV, 2, Essen 2000, S. 1773-1786 zur Petersilienstraße, S. 1833-1853 zum Priggenhagen u. S. 2106-2224 zur Simeonstraße.
- 9 KAM, Stadt Minden, E, Nr. 370; KAM, Bibliothek, Zs 31: Adressbücher der Stadt Minden aus den Jahren 1852 bis 1939, u. BKW 50, wie Anm. 8, Tl. IV, 2, S. 2106-2224.
- 10 Marianne Nordsiek, Blaudruck aus der Simeonstraße. Ein Beitrag zur Kulturgeschichte des Hauses Simeonstraße 19 in Minden, in: Mitteilungen des Mindener Geschichtsvereins 62, 1990, S. 143-154.
- 11 KAM, Stadt Minden, F, Nr. 173. In dem Verständnis der Zeit umschloss die Bezeichnung Fabrik „alle Gewerbe-Anstalten, in denen Fabrikation im Großen betrieben wird.“
- 12 Zum Standort an der Lindenstraße: BKW 50, Tl. IV, 1, Essen 2000, S. 1199-1202.
- 13 Beim traditionellen Blaudruck wurde, anders als der Name vermuten lässt, der Stoff nicht blau bedruckt, sondern blau gefärbt. Daher ist im engeren Sinne der Begriff Blaufärben treffender. Das cha-

rakteristische weiße Muster auf blauem Grund entstand durch die Technik des Reservedrucks. Mit Hilfe eines durch Druckstöcke (Model) auf den Stoff aufgebrauchten Reservierungsmittels (Papp) wurde der Färbeprozess an den „reservierten“ Stellen verhindert. Das Muster blieb weiß, nur der unbehandelte Bereich färbte sich blau. Für die Blaufärbung wurde seit dem 17. Jahrhundert Indigo verwendet. In Deutschland erlebte der Blaudruck im 19. Jahrhundert seine Blütezeit.

- 14 KAM, Kreis Ausschuß Minden, Nr. 1516.
- 15 Vom Simeonstor zum Königstor. Ein erfolgreicher Weg der Küster-Stoffdrucke, Minden 1951, S. 14.
- 16 Beim Direktdruck wird der Farbstoff entsprechend dem Muster direkt auf den Stoff örtlich aufgetragen. Beim Ätzdruck handelt es sich um die unmittelbare mustergemäße örtliche Zerstörung des Farbstoffes (teilweise oder vollständig) auf der zuvor bereits vorgefärbten textilen Fläche. Beim Reservendruck werden mit Hilfe so genannter Reservagen bestimmte Stellen des Stoffes bei der Färbung ausgespart, so dass der Stoff an diesen Stellen die Farbe nicht annimmt, vgl. Anm. 13.
- 17 Unklar bleibt, ob es sich dabei um den

Fabrikgründer Heinrich Wilhelm oder dessen gleichnamigen Sohn handelt.

- 18 Kreiskirchenamt für den Kirchenkreis Minden, Pfarrakten der St. Simeonis Gemeinde. Da sich in den Akten keinerlei Eintrag zum Tod H. W. Küsters finden lässt, ist davon auszugehen, dass dieser zwischenzeitlich aus Minden verzogen war. Diese Annahme wird gestützt durch Herrn Sieg. Nach ihm ist der eher musisch als (betriebs-)wirtschaftlich interessierte H. W. Küster nach Dresden abgewandert und hat die Geschäftsführung der Firma abgegeben. Wahrscheinlich übernahm sein ältester Sohn Hermann in den 1860er Jahren die Leitung des Unternehmens.
- 19 Zu den Arbeitsplätzen bei H. W. Küster: Insa Schlumbohm, Arbeiten in der Stoffdruckerei H. W. Küster 1949-1980, in: Kaufschön. 200 Jahre Textilveredlung in Ostwestfalen-Lippe, hrsg. von Udo Schlicht, Bielefeld 2002, S. 60-69.
- 20 Mindener Tageblatt vom 1. Juli 1980; Neue Westfälische vom 15. August 1984.
- 21 Rolf Momburg, Spinner, Weber, Kleidermacher. Das Textil- und Bekleidungs-gewerbe im Minden-Lübbecke Land und seiner Umgebung, Hüllhorst 1998, S. 226.

MARIANNE HILLER

Apotheken und Obrigkeit

Die Löwenapotheke am Markt in Minden

In einer Zeit, in der die deutsche Apotheke in ihren bisherigen Strukturen immer mehr in Frage gestellt wird und die Legislative in immer kürzeren Abständen Konstrukte wie das „Arzneimittel-Verordnungs-Wirtschaftlichkeits-Gesetz“ oder „Gesundheits-Modernisierungs-Gesetz“ erlässt, kann ein Blick zurück auf die obrigkeitliche Überwachung des Berufsstandes im ausgehenden 19. Jahrhundert den historischen Wandel vor Augen führen.

Unter dem Titel „Regierungsverfügungen“ wurden etwa 90 zumeist handschriftliche Anschreiben aus den Jahren 1880 bis 1900 mit Faden in einem blauen Pappdeckel nicht allzu akkurat zusammengeheftet und über viele Jahrzehnte in der ehemaligen Löwen-Apotheke am Markt in Minden verwahrt. Wie schon zuvor ein Privileg des Großen Kurfürsten aus dem Jahre 1661¹ ist diese Akte² kürzlich dem Kommunalarchiv Minden übergeben worden. Die Sammlung von Schriftstücken, die vor 100 Jahren der üblichen Vernichtung entgangen ist, gibt Anlass zu allgemeinen und speziellen Betrachtungen über die Verhältnisse in den Apotheken der Kaiserzeit.

Zu Beginn des 21. Jahrhunderts, nach Jahrzehnten des rasanten Wandels auf allen Gebieten des Lebens – besonders in den wissenschaftlichen, industriellen und geschäftlichen Bereichen – hat die deutsche Apotheke sich in der Wahrnehmung und Beurteilung durch die Öffentlichkeit gravierend verändert. Am Beispiel einer Mindener Apotheke kann dargestellt werden, wie stark die Obrigkeit in den Geschäftsbetrieb eingriff, wie strikt die Überwachung organisiert war – und dass es auch skurril anmutende Regelungen gab.

Entstehung der Apotheken³

Im Jahre 1240 erließ der Staufer-Kaiser Friedrich II. eine Medizinal-Ordnung, in der neben anderen Regelungen die Tätigkeiten von Arzt und Apotheker strikt getrennt wurden: Er legte damit den Grundstein für die Apotheke, wie wir sie heute kennen. Nur in bestimmten Städten des Reiches sollten Apotheken eröffnet werden dürfen, nur vereidigte Apotheker erhielten die Erlaubnis, sie zu führen. Hier ist zum ersten Mal obrigkeitliche Kontrolle erkennbar. Vorher gab es heilkundige Männer und Frauen, die Kräuter sowie tierische und mineralische Stoffe mit vermuteten oder erprobten Heilwirkungen sammelten, bei Krankheiten und Verletzungen einsetzten. Ihre Heilkünste waren auf Naturbeobachtung und Erfahrung gegründet. Neben den Klöstern, in denen unter anderem das Wissen auf dem Gebiet der Heilkunst gesammelt, angewandt und vor allem auch schriftlich festgehalten wurde, gab es Wanderhändler und -heiler, bei de-

nen Qualifikation und Tätigkeit nicht geregelt waren. Jeder „Medikus“ hatte seine eigenen Heilmittel, Quacksalber und Kräuterfrauen behandelten ihre Patienten nach Gutdünken. Wissenschaftliche Erkenntnisse auf dem Gebiet der Medizin gingen dann von frühen Universitäten aus; vor allem von Salerno aus verbreiteten sie sich über Europa. Die Arzneizubereitung wurde immer komplexer und komplizierter; im Zeitalter der Naturwissenschaften schließlich gingen chemische Erkenntnisse und Erfindungen häufig aus den Laboratorien der Apotheken hervor.

Seit 1240 wurde alles, was die Apotheke und den Apothekerberuf angeht, nicht mehr nur durch den Apothekereid, sondern zunehmend durch Gesetze und Verordnungen geregelt. Viele Städte erließen Apotheker-Ordnungen, oft als Medizinal-Ordnungen, die auch die Ärzte betrafen. Neben den rein ordnungspolitischen Bestimmungen, die z.B. den Zugang zum Beruf, die Genehmigung des Betriebes und die eigentlichen pharmazeutischen Tätigkeiten regelten, standen immer auch soziale Aspekte. Bis heute wächst die Flut der Gesetze und Verordnungen auf allen diesen Gebieten.

Die Akte „Regierungsverfügungen“ im Kommunalarchiv Minden enthält Schreiben aus den Jahren 1880 bis 1900, gerichtet an die Apotheker Wilhelm Heimrod und Dr. Friedrich Hartmann. Zumeist sind es Doppelblätter, die als Faltbriefe verschickt wurden, in Minden als Sitz der Bezirksregierung wohl durch Boten. Auf der Rückseite der Bogen – nach Faltung war es die Vorderseite – ist säuberlich in deutscher Kanzleischrift



Neugotische Fassade von 1899 der Löwenapotheke am Markt.

KAM, Bildsammlung, A I 62 d, 12



*Offizin der Löwenapotheke von 1899, Zustand nach Umnutzung 1993.
Foto: A. Brockmann-Peschel, BKW 50, IV, 2, Abb. 1013*

die Adresse aufgetragen (z.B. „An die Apotheke des Herrn Dr. Hartmann Hier“). Ein aufgeklebtes Papiersiegel („Königlich-Preußische Regierung Minden“) diente als Verschluss. Die meisten Schreiben waren nur Ergänzungen und Ausführungsbestimmungen zu den Apotheken-Gesetzen, die nach der Reichsgründung 1871 für ganz Deutschland einheitlich erlassen wurden, und geben einen Einblick in die vielfältigen Verwaltungsvorgänge zur Zeit des Kaiserreichs.

Zuständig für die Apothekenbelange war auf der untersten Ebene der „Königliche Regierungs-Präsident“ in Minden. Im fraglichen Zeitraum amtierten die Regierungspräsidenten von Eichhorn (1872-1881), von Pilgrim (1882-1894), von Arnstedt (1894-1897), von Bischoffshausen (1897-1899) und Schreiber (1899-1903). Unterschrieben sind die einzelnen Schreiben meist von ihren Vertretern (von Schierstedt, Winzer, von Lüpke). Übergeordnete Behörde war das Oberpräsidium der Provinz Westfalen in Münster, darüber dann das „Ministerium für geistliche, Unterrichts- und Medizinal-Angelegenheiten“ der Königlich-Preußischen Regierung in Berlin.

In Minden bestanden 1880 drei Apotheken: die Adler-Apotheke an der Opferstraße, gegründet 1599; die Löwen-Apotheke, gegründet wahrscheinlich 1625; und die Marien-Apotheke, damals Hohnstraße, gegrün-



Rückgiebel der Löwenapotheke mit den bauzeitlichen gusseisernen Laborfenstern von 1831, Zustand 1993.

Foto: A. Brockmann-Peschel, BKW 50, IV, 2, Abb. 1007

det 1812⁴. Eine vierte Apotheke wurde erst 1897 auf der rechten Weserseite gegründet, die Hirsch-Apotheke. Lange vor dieser Neugründung gibt es in der vorliegenden Aktensammlung unter dem 28. Februar 1894 eine Entscheidung des zuständigen Ministers in Berlin, dass ein „Wettbewerbsverfahren“ zwar eingeleitet werden dürfe, eine neue Apotheke aber nicht vor dem 1. Juli 1895 eröffnet werden sollte.

Vergabe von Apothekenkonzessionen

Grundsätzlich zu unterscheiden sind der dingliche Besitz der Apotheke und die Betriebserlaubnis für die Apotheke. In früheren Jahrhunderten verliehen der Landesherr oder die Stadt dem betreffenden Apotheker ein Privileg, das erblich oder verkäuflich war, zusammen mit der Apotheke. Nach dem Tode eines Apothekers konnte seine Witwe also weiter über das Eigentum verfügen, wenn sie einen Apotheker „mit gehöriger Qualifikation“ beschäftigte – oder einen solchen heiratete, der dann die Konzession erhielt; auch ein Sohn des Apothekers mit eigener Approbation konnte die Apotheke ohne Probleme weiterführen. Diese Art der Betriebserlaubnis wurde (in Preußen 1810) durch die Personalkonzession abgelöst, bei der die Erben eines Apothekers nach seinem Tod zwar ei-



Minden, d. 1. December 1881.
P. 1297. T. K.

Handwritten text in cursive script, likely a letter or official document.



Königliche Regierung.
Abteilung No. 10000.

Handwritten signature.

Handwritten signature: Kreuziger
Ihre Apotheke Herrn Wilhelm
Heimrod überliefert.

Konzession vom
1. Dezember 1881 für den
Apotheker Friedrich
Wilhelm Heimrod zum
Betrieb der Löwenapotheke
am Markt.

KAM, Stadt Minden,
W, Nr. 1319

Konzession vom
21. September 1892 für
den Apotheker Friedrich
Hartmann zum Betrieb
der Löwenapotheke
am Markt.

KAM, Stadt Minden,
W, Nr. 1319



Handwritten text in cursive script, likely a letter or official document.

Minden, den 21. September 1892.



Der Regierungs-Präsident.

Handwritten signature:
Friedrich Hartmann.
V. d. 1920. H.

nen Nachfolger präsentieren durften, der vom Regierungspräsidenten in der Regel auch die neue Konzession erhielt; eine automatische Vererbung aber war nicht mehr möglich. Zum 30. Juli 1884 liegt eine (schon gedruckte, nicht in Kanzleischrift geschriebene) „Allerhöchste Ordre“ vor, erlassen vom Kaiser „An Bord M.Y. Hohenzollern, Kiel, gez. Wilhelm R.“: Darin wird für die Zukunft das Recht zur Präsentation eines Nachfolgers des Apothekers ausgeschlossen, so dass sich nun jeder approbierte Apotheker um eine frei werdende Apotheke bewerben konnte; ein Sohn mit Apo-

theker-Approbation beispielsweise wurde nicht mehr automatisch bevorzugt. Die Witwen oder andere Erben hatten nur für begrenzte Zeit das Recht, die Apotheke zu verwalten zu lassen.

Am 1. Dezember 1881 wird dem Apotheker Wilhelm Heimrod die Erlaubnis zum Betrieb der von ihm käuflich erworbenen „Schaupensteiner Apotheke“ am Markt erteilt, jedoch „nur für seine Person und mit dem ausdrücklichen Vorbehalt der Wiedereinziehung“. Aus den Adressbüchern der Stadt Minden⁵ geht hervor, dass Wilhelm Heimrod vorher Provisor beim Apothekenbesitzer Schaupensteiner war und mit im Apothekenhaus wohnte⁵.

Wilhelm Heimrod verzichtete 1892 auf die Konzession zur Führung der Apotheke, und vom 21. September 1892 liegt dann die neue Konzessionsurkunde für Friedrich Hartmann aus Bochum vor, der die Apotheke am 29. Juli 1892 gekauft hat. Auch die Erlaubnis für Friedrich Hartmann wird „mit dem ausdrücklichen Vorbehalte der Wiedereinziehung nach seinem dereinstigen Abgange“ erteilt. Dr. Hartmann war bis 1901 Apothekenbesitzer. Er ließ die alte Löwen-Apotheke umbauen und mit der das Stadtbild prägenden neugotischen Fassade versehen⁷, was in einem Revisionsbericht vom 24. November 1900 anerkennend erwähnt wird.

Wollte ein Apotheker neben der Apotheke weitere Geschäftsbetriebe unterhalten, so war dafür jeweils eine gesonderte Erlaubnis nötig: „Der Apotheker muss die Apotheke persönlich leiten, der Betrieb des Nebengeschäftes muss durch Bevollmächtigte besorgt werden“⁸. Am 22. Mai 1896 genehmigt der Regierungspräsident dem Apotheker Dr. Hartmann die „Fortführung der bestehenden Mineralwasserfabrik“ in der Voraussetzung, dass für diese besondere, von der Apotheke getrennte Räume vorhanden sind. „Allerdings bin ich nicht in der Lage, Ihnen die Erlaubnis zum Betriebe eines Drogengeschäftes in der Neustadt zu gewähren“. Die Mineralwasserfabrik wurde im Hinterhaus der Löwen-Apotheke betrieben (noch 1929 lt. Adressbuch der Stadt Minden). Nebengeschäfte unterhielten auch die Adler-Apotheke (in der Lindenstraße) und die Marien-Apotheke (am Weberberg), nämlich je eine „Badeanstalt“, wo medizinische Bäder und Ähnliches zur Anwendung kamen.⁹

Ausbildungsregelungen

So wie die Erlaubnis zum Betrieb einer Apotheke genauestens geregelt war, gab es auch Vorschriften für den Zugang zum Apothekerberuf. Ursprünglich bildete jeder Apotheker seine Mitarbeiter selbst aus. Eine Prüfung durch die verordnenden Ärzte schloss dann die Ausbildung ab. Voraussetzung waren aber in jedem Fall ein Schulbesuch und Lateinkenntnisse, denn Vorschriftenbücher und ärztliche Rezepte waren in lateinischer Sprache verfasst. Mit zunehmenden Erkenntnissen in der Naturwissenschaft wurde mehr und mehr Wert auf die theoretische Ausbildung gelegt, vom Besuch von „Pharmazieschulen“ bis hin zum Studium.

Um 1880 musste ein Junge die Reife für Obersekunda (10. Klasse) eines Gymnasiums haben, drei Lehrjahre und die „Gehilfenzeit“ oder auch

„Servierzeit“ von nicht unter drei Jahren sowie ein dreisemestriges Studium absolvieren. Für jedes weitere Servierjahr konnte ein Semester Studium erlassen werden¹⁰.

In der vorliegenden Sammlung gibt es mehrere Vorschriften und Ausführungsbestimmungen dazu. 1894 heißt es im Zuge einer Vorschriften-Zusammenfassung u.a.: „Wer als Lehrling in eine Apotheke eintreten will, hat vorher ein von dem zuständigen Physikus auf Grund

1. des Zeugnisses über die in Gemäßheit der Bekanntmachung des Reichskanzlers vom 5. März 1875 [...] erforderliche wissenschaftliche Vorbildung des Aspiranten,

2. seines Revaccinationsscheines [Pockenimpfungsnachweis, M.H.],

3. seines selbstgeschriebenen Lebenslaufes

ausgestelltes Zulassungszeugnis dem Apotheken-Vorstand vorzulegen.“

Am 17. Dezember 1888 heißt es, dass der Militärdienst während der Servierzeit absolviert werden kann, wenn neben dem Militärdienst die Apothekenarbeit weiter läuft. Am 7. April 1893 wird angemahnt, dass nur die wirklich in der Apotheke verbrachte Zeit auf die Lehrzeit angerechnet werden kann: Längere Krankheit, Urlaub, aber auch der Besuch von Pharmazeutenschulen können nicht abgezogen werden. Falsche Angaben hierüber im Lehrzeugnis werden als „intellektuelle Urkundenfälschung“ angesehen. Zum 23. April 1895 gibt es eine Änderung: Eine unfreiwillige Unterbrechung der Lehrzeit kann unter besonderen Umständen auf rechtzeitigen Antrag auf die Lehrzeit angerechnet werden.

Für die praktische Prüfung nach der Servierzeit wurden Prüfungskommissionen für jeweils dreijährige Perioden ernannt. Am 22. Januar 1891 wird die aktuelle Mindener Kommission für die Veröffentlichung im Amtsblatt angekündigt: Dr. Rapmund, Regierungs- und Medizinal-Rath, Vorsitzender; Dr. Müller, Kreisphysikus, Geheimer Sanitätsrath, Stellvertretender Vorsitzender; Dr. Biermann, Apothekenbesitzer in Bünde, Mitglied; Apotheker Klitzsch in Minden, Mitglied; Apotheker Heimrod, Apothekenbesitzer in Minden, stellvertretendes Mitglied; Apotheker Damm, Apothekenbesitzer in Minden¹¹, stellvertretendes Mitglied.

Am 6. Dezember 1899 ist die Prüfungskommission fast die gleiche, nur ist jetzt das zweite Mitglied der Kommission Apothekenbesitzer Sander¹² aus Minden; Apotheker Klitzsch und Apothekenbesitzer Dr. Hartmann sind Stellvertreter.

Am 6. März 1891 gibt es eine Erläuterung zur Erhebung von „Stempelsteuer“¹³: Ein Apothekenlehrling, der die Qualifikation zum „Gehülfen“ durch eine Prüfung erhält, muss für das Zeugnis Stempelsteuer bezahlen. Die entsprechende Prüfung gilt als ein erstes Staatsexamen und ist stempelsteuerpflichtig; ein einfaches Abgangszeugnis nach Beendigung der Lehrzeit dagegen nicht. Dazu werden Erlasse von 1875, 1876 und 1886 zitiert.

Am 25. Juli 1895 wird vom Berliner Ministerium angemahnt, dass Lehrzeugnisse auch Angaben über die Führung des Lehrlings enthalten müssen. Die Medizinalbeamten werden angehalten, „Lehrzeugnisse, welche ein Urtheil über die Leistungen und die Führung des Lehrlings vermissen lassen, zurückzuweisen“.

Musterungsprotokolle und Revisionsberichte

In regelmäßigen Abständen wurden alle Apotheken vom „Königlichen Kreisphysikus“ (heute Amtsarzt) kontrolliert, außerdem von Apothekern als „pharmazeutischen Bevollmächtigten“. Bei den Musterungen der Apotheke, die ab 1894 jährlich stattfanden, wurden vornehmlich Ordnung und Sauberkeit in den Räumen, Vollständigkeit der Bücher und Akten, ordnungsgemäße Signierung der Gefäße und v.a.m. geprüft. Die Revisionen unter Beteiligung eines Apothekers gingen dann mehr auf die Qualität der Arzneien ein. Die Grundlage für diese Kontrollen war das Deutsche Arzneibuch, das 1872 als erste Ausgabe für das Deutsche Reich in lateinischer Sprache erschienen war und alle vorherigen gebietsweise geltenden Arzneibücher ablöste. Die zweite, überarbeitete Auflage gab es 1882 als „Editio altera“ ebenfalls auf Lateinisch; erst die dritte Auflage 1890 erschien in deutscher Sprache. Das Arzneibuch enthielt eine umfangreiche Liste vorgeschriebener Geräte, Substanzen und Zubereitungen, deren Vorhandensein bei den Revisionen überprüft wurde – in der dritten Ausgabe immerhin noch etwa 580 Arzneimittel nach rund 900 in der ersten Ausgabe¹⁴.

Aus der einschlägigen Akte der Mindener Löwen-Apotheke ist dazu zu ersehen: Am 6. März 1884 wird der 3jährige Revisionsturnus erwähnt und auf strenge Einhaltung der Vorschriften des 2. Deutschen Arzneibuches in lateinischer Sprache gedrungen; am 3. Dezember 1890 wird eine „Abschrift der allgemeinen Verfügung betreffend die Einführung des Arzneibuches für das Deutsche Reich am 1. Januar 1891, zur gefälligen Kenntnißnahme und Beachtung“ den Apotheken zugestellt; vom 24. März 1891 an wurde keine Übersetzung aus dem Lateinischen mehr von den „Apothekergehülfen“ in der Prüfung verlangt, die entsprechende Prüfungsvorschrift wurde vom Minister der geistlichen, Unterrichts- und Medizinal-Angelegenheiten „im Einverständnis mit dem Herrn Reichskanzler“ außer Kraft gesetzt.

Neben diesen allgemeinen Bestimmungen gibt es zahlreiche spezielle Prüfungsprotokolle für die Löwen-Apotheke. Zum 17. November 1891 heißt es: „die Apothekenakten waren unvollständig und nicht geheftet [...]. Die Ordnung ließ insofern zu wünschen übrig, als in 2 Schränken [...] die Aufnahmebehälter in doppelten bzw. dreifachen Reihen aufgestellt waren [...]. Bei dem Standgefäß für Phenazetin [...] ist die Signatur abgängig“. Am 6. Dezember 1893 gab es verschiedene Punkte „zu erinnern“, z.B. fehlte auf verschiedenen Rezepten die Unterschrift des Rezeptars – und: „In der Stoßkammer waren das Stoß- und Schneidemesser verrostet“. Unterm 10. Dezember 1894 wird angemahnt, dass der Giftschrank an einem helleren Platz als dem bisherigen aufzustellen sei. Zum 11. Dezember 1895 wird notiert: „Die Stoßkammer befindet sich in einem schlechten baulichen Zustande, der Fußboden ist weder gepflastert noch gedielt“.¹⁵ Am 31. Dezember 1896 war im Giftschrank der Löffel für Arsenik nicht bezeichnet, und im Keller hatten sich einige Etiketten von den Gefäßen abgelöst. Unter dem 24. Dezember 1900 schließlich wird nach Erwähnung von kleineren Mängeln (die Canthariden-Salbe ist ran-

zig, das Pfefferminzöl „hält nicht die Probe des Arzneibuchs“) ein Lob ausgesprochen „für die vorzügliche Einrichtung der völlig umgebauten Offizin, die allen in pharmazeutischer Hinsicht zu stellenden Anforderungen Rechnung trägt“.

Dass die Anordnung räumlicher Änderungen immer wieder von den praktischen Gegebenheiten und Vorkommnissen veranlasst wurde, zeigt eine Verfügung vom 12. Januar 1892, wo auf Grund von Verwechslungsfällen – in mehreren Apotheken im Deutschen Reich wurden, im konkreten Fall ging es um die Verwechslung von Morphin mit einem Quecksilberpräparat, was zu Todesfällen geführt hatte – für die Aufbewahrung von Morphin ein besonderes Schränkchen vorgeschrieben wird. Außerdem muss Morphin in allen Zubereitungen in dreieckigen Gefäßen aufbewahrt werden. Diese Regeln sind noch heute selbstverständlich!

Nach Aufkommen der Homöopathie gab es auch besondere Aufbewahrungsregeln für die homöopathischen Zubereitungen, auf die die Prüfungskommission zu achten hatte. Ebenso musste sie beanstanden, wenn fabrikmäßig hergestellte Tabletten vorrätig gehalten wurden – noch 1898 sollten für jede einzelne ärztliche Verordnung die Tabletten gesondert hergestellt bzw. besorgt werden!

„Apothekerpreise“

Seit dem Mittelalter gab es das Bemühen der Regierenden, die Arzneipreise auf einem möglichst einheitlichen und tragbaren Niveau festzulegen: Deshalb wurden in Städten und Ländern örtliche Arzneitaxen mit vorgeschriebenen Preisen herausgegeben. Erst 1905 wurden die Arzneitaxen der deutschen Länder durch eine allgemeine Taxe für das ganze Deutsche Reich abgelöst. Allerdings griff auch vorher schon die Regierung länderübergreifend in einzelne Preisgestaltungen ein, vor allem, um auch „nicht vermögenden Kranken“ die Arzneien erschwinglich zu machen. Drei Anschreiben in der Akte der Löwen-Apotheke sind dafür aus heutiger Sicht beinahe skurrile Beispiele. Alle drei (eine Abschrift des Amtsblattes von 1868, eine Verfügung vom 2. Oktober 1882 und ebenso vom 23. Mai 1888) befassen sich mit der Abgabe von „weißen Arzneigläsern und ähnlicher Luxusausstattung“, die die Arzneipreise ohne triftigen Grund erhöhen. Dabei ist zu bedenken, dass außer Tees und Pulvern fast alles in Glas- und Porzellangefäßen abgefüllt wurde; unsere heutige Verpackungspraxis war damals unvorstellbar. Der Wortlaut des Schreibens vom Mai 1888 ist besonders beachtenswert: „daß Seitens mehrerer Apotheker ohne jeden triftigen Grund die im Preise höher stehenden weißen Gläser, Patentgläser mit Glasstöpseln, elegante Salbengefäße pp. an unbemittelte Kranke, sowie für Gefangene, niedere Beamte pp. abgegeben worden sind“; vielmehr ist „dafür Sorge zu tragen, daß fortan in ihren Geschäften für Kranke, deren Arzneien aus öffentlichen Kassen bezahlt werden, nur halbweiße Gläser und einfache Porzellankruken abgegeben werden, und dahin zu wirken, daß im gewöhnlichen anderweitigen Rezepturverkehr die theuren Gefäße pp. für Un-

bemittelte und mäßig Situirte, soweit dies im Einzelfalle bekannt ist oder angenommen werden kann, nur auf ärztliche Verordnung verwendet werden“.

Um vorgeschriebene und „für Unbemittelte“ ermäßigte Preise geht es seit 1893 bei dem neuen Diphtherie-Serum, das nach „Berathungen im Kaiserlichen Gesundheitsamt“ in Berlin zu den nur in Apotheken gegen Rezept zu verkaufenden Mitteln eingereicht wird. „Zum Schutz des Publikums gegen den Vertrieb minderwerthiger, verfälschter und gesundheitsschädlicher Zubereitungen“ ist die Produktion anfangs nur zwei Fabriken erlaubt: Es sind „die Chemische Fabrik auf Aktien vorm. E. Schering in Berlin und die Farbwerke vorm. Meister, Lucius und Brüning zu Hoechst / Main“.¹⁶ Es geht also auch aus der vorliegenden Akte hervor, dass die Arzneilehre im ausgehenden 19. Jahrhundert mit den Impfstoffen ein neues Feld eröffnet hat, nachdem Pasteur und von Behring ihre Entdeckungen in der Bakteriologie ausgewertet hatten. Die Diphtherieimpfung, 1892 zuerst eingeführt, war nach der Pockenimpfung (Anfang des 19. Jahrhunderts) die erste der zahlreichen weiteren Immunisierungen. Gleichzeitig erkennt man, dass die Pharmazeutische Industrie über die Herstellung von Grundsubstanzen hinaus auch fertige Arzneimittel in den Verkehr brachte. Unter dem 6. März 1895 liegt eine Verfügung vor, in der alle Bestimmungen über Kontrolle, Lagerung, Abgabe und Preise von Diphtherie-Serum aufgeführt sind. Am 4. April 1895 werden die Regelungen zu den Preisen präzisiert: Für die Inanspruchnahme des ermäßigten Preises muss die Bedürftigkeit eines Kunden durch einen Vermerk des „Pfarrers, Gemeindevorstehers, Armenvorstehers oder der Ortspolizei“ auf dem Rezept nachgewiesen werden. Je nach Gehalt an Immunisierungseinheiten beträgt der Anteil des Apothekers an einem Fläschchen Diphtherie-Impfstoff mindestens 50Pf, höchstens 1RM.

In der Folge zwischen 1896 und 1900 gibt es acht Mitteilungen, die die Einziehung von unwirksam gewordenem Diphtherie-Serum anordnen, des weiteren am 25. Juli 1898 die Bekanntgabe, dass auch die Firma Merck in Darmstadt als Lieferant zugelassen ist.

Technische Überwachung

Auch in technischen Belangen gab es Verordnungen der Behörden, z.B. im Juni 1894 über Feuersicherheit in Laboratorien, den Unterschied zwischen feuerfest und feuersicher, Verkleidungen oder Verputzen von Holzdecken und -wänden. 1894 und 1898 geht es um Dampfkessel in Apotheken, es werden genaue Bauvorschriften und Sicherheitsmaßnahmen ausgeführt. Federführend ist hier das Berliner Ministerium für Handel und Gewerbe. Von 1894 an gab dieses Ministerium auch immer wieder Richtlinien und Ausführungsbestimmungen für die Eichung von Apothekergewichten und -waagen heraus, und zwar „im Einverständnis mit der Kaiserlichen Aichungs-Kommission“. So wurden die Mindener Apotheker am 19. Dezember 1895 angewiesen, ihre Waagen und Gewichte

„nach zuvorigem Benehmen mit dem Königlichen Aichamte zu Dortmund“ in einem bestimmten Zeitraum in zwei getrennten Sendungen einzuschicken, jeweils mit vier Wochen Abstand. Weitere „Aichämter“ gab es in Cassel und Hannover, man war aber nicht berechtigt, sich eines davon auszuwählen. Mindestens vier weitere Verfügungen der Akte – vom März 1897, Dezember 1897, Januar 1898 und März 1900 – befassen sich mit dem Thema Eichung von Waagen und Gewichten.

In den Bereich Messgeräte gehören natürlich auch Thermometer. Im Apothekenlaborbetrieb sind höchst genaue Temperaturangaben wichtig und für viele Untersuchungen und Präparationen vorgeschrieben. Es dürfte weitgehend vergessen sein, dass im 19. Jahrhundert die Temperaturskala nach Réaumur allgemein gültig war. In der dritten Ausgabe des Deutschen Arzneibuches von 1891 sind erstmals alle Temperaturvorschriften in Celsiusgraden angegeben. Am 27. Juni 1900 heißt es dann in einer Verfügung, dass „nach einer Mittheilung des Herrn Reichskanzlers“ die mit Réaumurskalen versehenen Thermometer nicht mehr geprüft und deswegen nicht mehr zuverlässig abgelesen werden können: „Aus diesem Grunde ersuche ich Sie, die etwa noch vorhandenen Réaumur-Thermometer durch 100theilige Instrumente¹⁷ nach Celsius zu ersetzen.“

Fazit

Der Blick auf die zufällig vorgefundenen Regierungsverfügungen vom Ende des 19. Jahrhunderts kann natürlich nur ein kleiner Streifzug am Rande der Apotheken-Gesetzgebung sein. Die eigentlichen Gesetze mussten daneben in den Apotheken in Schriftform vorhanden sein und beachtet werden. Viele sachliche Gegebenheiten haben sich seither geändert, aber „die Obrigkeit“ greift immer noch in alle Geschäftsvorgänge in der Apotheke ein. Der Umgang mit den Behörden ist allerdings nicht mehr so devot wie vor 100 Jahren. Der damals vorgeschriebene Dienstweg für Apotheker, wie er in einer Verfügung vom 16. Juni 1900 aufgezeigt wird, mag dafür als Beispiel dienen: „Ich nehme Veranlassung darauf hinzuweisen, daß sämtliche Anzeigen, Berichte, Gesuche pp. in Angelegenheiten des Apothekenbetriebes unter der Adresse: „An den Herrn Regierungs-Präsidenten in Minden“ an mich einzureichen sind. Die Hinzufügung des Namens, durch die leicht Verwechslungen mit Privatbriefen und infolge dessen auch Verzögerungen der geschäftlichen Behandlung hervorgerufen werden, ist zu unterlassen. Außerdem sind alle Gesuche, Berichte u.s.w. durch die Hand des Kreisphysikus einzureichen, abgesehen von denjenigen Fällen, wo diesseits ausdrücklich eine unmittelbare Berichterstattung angeordnet ist.“

Anhang: Inhaber der Löwenapotheke zu Minden

Im Buch „Zwischen Dom und Rathaus“, 1977 veröffentlicht, ist die Reihenfolge der Inhaber der Mindener Löwen-Apotheke bis 1853 weitestgehend dokumentiert. Damals schrieb E. F. Mooyer im Mindener Sonntags-

blatt seinen Beitrag „Nachrichten von den Apotheken der Stadt Minden“. Der letzte darin aufgeführte Name ist Friedrich Westenberg, der 1825 die väterliche Apotheke übernahm.

Die Untersuchungen über die nachfolgenden Apotheker stützen sich auf Nachforschungen in der Abteilung Staatsarchiv Detmold des Landesarchivs Nordrhein-Westfalen, auf Eintragungen in den Mindener Adressbüchern (anfangs lückenhaft), auf An- und Abmelderegister sowie Einwohnermeldekartei der Stadt Minden, auf die Volkszählungen von 1890, 1895 und 1900 und auch auf handschriftliche Vermerke in einem Giftbuch¹⁸, das von 1895 an in der Löwen-Apotheke geführt wurde. Persönliche Berichte von Hinterbliebenen sind ebenfalls erwähnt.

Beigezogen wurden auch die Veröffentlichungen im Teilband IV des 50. Bandes der „Bau- und Kunstdenkmäler von Westfalen“ zur Stadt Minden. Dort wird, zeitlich nicht immer korrekt, die Reihe der Inhaber der Löwen-Apotheke neben den eingehenden Angaben zum Apothekengebäude angeführt.

Georg Hinrich Westenberg

Wird erwähnt als 1802 gestorben. 1821 Erwähnung von „Westenbergischen Erben“. Die Wwe. Margarethe Westenberg ließ die Apotheke verwalten, bis ihr jüngster Sohn Friedrich diese 1825 übernahm (Mooyer, in: Zwischen Dom und Rathaus). 1812 war Friedrich Wilhelm Beissenhirtz aus Blomberg Verwalter, er eröffnete 1813 die Marien-Apotheke am Poos.

Friedrich Wilhelm Albert Westenberg

1825 bis 31. März 1853. Geboren 1800. Westenberg erwarb am 29. März 1824 die Approbation zum Apotheker I. Klasse. Am 5. November 1824 wurde ihm die Konzessionsurkunde für die Apotheke von der Regierung in Minden zugesandt. Das Apothekengebäude am Markt wurde durch Friedrich Westenberg 1831 abgerissen und neu gebaut. Es ist nicht bekannt, inwieweit eine bauliche Verbindung zum späteren Hinterhaus bestanden hatte, jedenfalls gab es vorher eine Hofeinfahrt auf dem Nachbargrundstück. Seit 1831 ist die Apotheke ganz unterkellert, der 1. Stock war als Wohnung des Apothekers vorgesehen, der 2. Stock war vermietet. Auf der Rückseite der Apotheke ist heute noch ein Türsturz mit der Inschrift „Friedrich Westenberg 1831“ zu sehen. 1828 wurde bei einer Apothekenvisitation keine Konzessionsurkunde vorgefunden. Wahrscheinlich deshalb ist im Archiv in Detmold eine weitere Konzession für Friedrich Wilhelm Albert Westenberg unter dem Datum vom 6. November 1832 vorhanden. Es muss sich um denselben Apotheker handeln, denn in der Bevölkerungsliste der Stadt Minden von 1846 ist ein Friedrich Westenberg im Alter von 46 Jahren aufgeführt. Im Jahre 1838 versuchte Westenberg wegen „geschwächter Gesundheit“ einen Apotheker als Administrator zu finden. Über Monate hin gab es dann Schriftwechsel mit der Regierung, offenbar war kein Apotheker für die Verwaltung der

Apothekes gefunden, die Behörde drohte mit Schließung der Apotheke, mindestens aber „Surveillance“ (Überwachung). Am 14. Juli 1838 wurde der Apotheker Westenberg sogar „abgeführt“. Daneben gab es einen Rechtsstreit mit dem Kaufmann Rupe, Westenberg musste „sein Vermögen abtreten“. Später gab es keine Beanstandungen mehr. Am 18. März 1853 beantragt Westenberg, die Apotheke seiner Schwester und seinem Adoptivsohn, dem Sohn der Schwester, abtreten zu können. Dieser erhält die Konzession noch zu Lebzeiten von Friedrich Westenberg.

Franz Christian Ludwig Becker

19. April 1853 – 17. April 1861. Apothekenkonzession am 31. März 1853¹⁹. Persönliche Daten nicht bekannt. Franz Becker erhielt die Approbation zum „Apotheker I. Klasse“ am 31. Januar 1846. Vereidigt als Apothekenleiter wurde er am 3. Mai 1853. Er übernahm die Apotheke von seinem „Oheim und Adoptivvater“. Nach dem Tode von Franz Becker tauchte im Adressbuch von 1862 seine Witwe als Eigentümerin auf (Tochter des Pastors Johann Ernst Christoph Wex, 1785-1864). Um die Apotheke für ihre minderjährigen Kinder zu erhalten – das älteste war erst vier Jahre alt – wurde der Apotheker Carl August Kriege zum Verwalter bestellt und am 6. Mai 1861 vereidigt. Schon Ende desselben Jahres trat Apotheker Theodor Pusch aus Magdeburg als Verwalter auf. Er kaufte aber bereits im Mai 1863 eine Apotheke in Dessau. Sein Nachfolger als Administrator wurde im Juni 1863 Friedrich Wilhelm Theobald Schauensteiner aus Salzwedel. Er heiratete die Witwe Becker.

Friedrich Wilhelm Theobald Schauensteiner

7. Juli 1864 – 1. Dezember 1881. Geboren 1. Juli 1833 in Salzwedel. Gestorben 2. Juni 1885 in Minden. Ehefrau Agnes ist 1886 nach Kiel verzogen. Schauensteiner erhielt seine Approbation am 20. Mai 1859, am 15. Juni 1864 wurde ihm die Konzession erteilt, am 20. Juni 1864 wurde er vereidigt. Schauensteiner wird 1865 zum ersten Mal im Mindener Adressbuch erwähnt, auch 1873 und 1876, dort als Apotheker und Beigeordneter. Im September 1876 trat der Stiefsohn Gustav Becker als Lehrling in die väterliche Apotheke ein, allerdings wurde er 1880 bei der Gehilfenprüfung als unzulänglich in jedem Fach beurteilt und der Faulheit bezichtigt. Schauensteiner verkaufte 1881 die Apotheke, um mit dem Bankier Alwes und dem Kaufmann Rocholl die Glasfabrik Wittekind zu gründen. Er lebte dann als „Fabrikant“ in der Marienstraße 53. Mit im Haus wohnend werden 1880 als Mitarbeiter aufgeführt: Heimrod, Wilhelm, Provisor; Przestrzelski, Apothekengehilfe; Bider (oder Bicker), Apothekengehilfe.

Wilhelm Heimrod

1. Dezember 1881 – 20. September 1892. Geboren 5. Mai 1844 in Rodenberg-Nenndorf. Gestorben 23. Juli 1919 in Minden. Zugezogen 13. Juli

1877. Ehefrau Clara, geb. Winterberg, später vier Töchter (Lily, Ida, Lenchen, Clara). Heimrods Inhaberzeit ist durch Konzessionsurkunden belegt²⁰. Vorher war er Provisor unter Friedrich Schauensteiner und lebte mit im Apothekenhaus. Anfang der neunziger Jahre hat Wilhelm Heimrod sich, zusammen mit seinem Nachbarn Gustav Hattenhauer, für den Bau der 1. Straßenbahnlinie von Minden nach Barkhausen eingesetzt. 1892 verkaufte er die Apotheke wegen seines Engagements bei der Anlage der Straßenbahn, er gehörte von Anfang an zum Kreis der Aktionäre und zum Aufsichtsrat. Noch 1910 wird Wilhelm Heimrod im Adressbuch aufgeführt als „Apotheker und Direktor der Mindener Dampfstraßenbahn“²¹, außerdem erscheint er in der Liste der Stadtverordneten, z.B. in der Tiefbau-Kommission, Krankenhaus-Kommission und Markt-Kommission. Mitarbeiter, zeitweise im Haus wohnend: Niemann, Provisor.

Dr. Friedrich Hartmann

21. September 1892 – 1. September 1901. Geboren 11. Dezember 1863 in Gescher bei Coesfeld, kath. In seiner Konzessions-Urkunde steht „aus Bochum“. Gestorben 12. Juli 1907 in Wien.²² Zugezogen aus Barmbeck bei Hamburg. Ehefrau Charlotte, Tochter Ursula. 1901 verzog die Familie nach Kellinghusen. In die Zeit des Dr. Hartmann fiel der Umbau der Apotheke 1899, bei dem der Verkaufsraum abgesenkt, die Freitreppe beseitigt und der Eingang an die Seite des Gebäudes verlegt wurde. Im Hinterhaus der Apotheke wurde eine „Mineralwasserfabrikation“ betrieben, die erst 1940 eingestellt wurde. Mitarbeiter, die im Adressbuch (1895) und im „Giftbuch“ erscheinen: Dr. Siek, Apotheker; Dr. Brasch, Gehilfe; Ulrici; Rauschenbach (1895-96); Zimpel (1896-99); Beutge; Maekel; Velhagen (1897); Ludwig (1899-1900); Dilg; Flick.

Franz Fuldner

1. September 1901 – 1. Oktober 1912. Geboren 9. November 1869 in Heiligenstadt. Keine Angaben über den Zuzug nach Minden. Verzogen 1912 nach Hannover, übernahm dort die Elisabeth-Apotheke (Erbschaft, Eheirat?). Weitere Daten zur Person sind nicht vorhanden. Mitarbeiter lt. „Giftbuch“: Flick; Kroeschell (bis 1904); Müller und Hillmer (beide um 1900); Dr. Muth (1904-06); Geilker (1906- 1911); Saling (bis 1909); August Dax, Apotheker (1912, auch nach Inhaberwechsel).

Hubert Ernst

1. Oktober 1912 – 31. Juli 1919. Geboren 1. Februar 1859 in Wormditt in Ostpreußen. Gestorben 31. Juli 1928 in Eberswalde, Brandenburg. Zugezogen 1912 mit Ehefrau, zwei Söhnen. Mündliche und schriftliche Berichte über die Zeit dieses Apothekers stammen von seinem Sohn Günther, der 1981 die Löwen-Apotheke besuchte und Kindheitserinnerungen auffrischte. Hubert Ernst kaufte die Apotheke 1912 und hatte die schweren

Jahre des ersten Weltkrieges zu überstehen. Seine Gesundheit war danach so angegriffen, dass er 1919 den Betrieb wieder verkaufte. Sein Vermögen verlor er weitgehend in der Inflation. Der Sohn berichtete von der noch bestehenden „Brauselimonaden- und Selterswasserfabrik“ im Hinterhaus; dass anfangs ein kleines Pferdchen und Wagen vorhanden waren, später nur eine Handkarre; dass die mit Koks beheizte Dampfheizungsanlage, die 1900 eingebaut wurde, die dritte ihrer Art in ganz Minden gewesen wäre. Zu den Aufgaben der zwei Söhne Ernst gehörten im Krieg z.B. Koks von der Straße in den Keller schaufeln, Kisten und Pakete von Bahnhof oder Post holen, Medizinflaschen auspacken und spülen, Gieß- und Haferflocken abwiegen, die von den Apotheken auf Sondermarken für Kinder abgegeben wurden. Als Mitarbeiter wohnte 1912 Apotheker Langebartels mit Familie im Haus. Apotheker Weiß taucht von 1914 bis 1919 im Giftbuch auf, er war der „Provisor“. 1918 gab es schon ein Mädchen für Hilfsarbeiten in der Apotheke, eine Vorläuferin der späteren Apothekenhelferinnen. Im Hinterhaus, Eingang vom Martinikirchhof, hatte ein Herr Focken eine Sattlerwerkstatt.

Ernst Lindemeyer

1. September 1919 – 1. Oktober 1936. Geboren 16. Juni 1884. Verstorben 2. November 1943 in Riga. Jude. Keine Unterlagen über Zuzug. Ehefrau Gertrud, Sohn Herbert. Ernst Lindemeyer war Sohn eines jüdischen Rechtsanwalts (Geheimrat) in Petershagen, Kriegsteilnehmer im ersten Weltkrieg, hatte das EK II, wofür er noch am 6. März 1935 eine Anerkennungsurkunde erhielt. Nachdem er schon 1933 vom turnusmäßigen Nacht- und Sonntagsdienst der Mindener Apotheken ausgeschlossen werden sollte, weil die Kunden auch in Notfällen nicht in „nichtarische“ Geschäfte gelockt werden sollten, durfte er als Jude ab 1936 die Apotheke überhaupt nicht mehr leiten. Er verpachtete sie am 1. Oktober 1936 an seinen Mitarbeiter Friedrich Voß; zum 31. März 1939 musste er die Apotheke samt Haus „verkaufen“²³. Ernst Lindemeyer und seine Frau wohnten zunächst noch im Hinterhaus der Apotheke, schließlich in einem „Judenhaus“ in der Heidestraße. Sie wurden am 13. Dezember 1941 von Bielefeld aus nach Riga transportiert. Lindemeyer starb dort mit seiner Frau im Ghetto. Sein Sohn Herbert überlebte in England, später USA.

Friedrich Voß

1. Oktober 1936 (Pacht) / 31. März 1939 (Kauf) – 1. April 1962. Geboren 2. November 1895 in Hannover. Gestorben 1. April 1962 in Minden. Zugezogen 1. Oktober 1925 aus Hannover. Ehefrau Luise, kinderlos. Friedrich Voß arbeitete schon seit 1925 als Angestellter bei Ernst Lindemeyer. Er übernahm 1936 die Leitung der Apotheke als Pächter, als die Nationalsozialisten den Juden das Führen eines Geschäftes verboten. Ab 1939 Besitzer der Apotheke. Friedrich Voß wohnte als Besitzer erst in der 2. Etage, ab 1941 in der 1. Etage. Die Mineralwasserfabrikation wurde 1940 einge-

stellt. 1957 wurden Umbaumaßnahmen im Hinterhaus der Apotheke notwendig, dort befand sich eine Material- und Kräuterkammer. Friedrich Voß erlitt am 21. September 1961 einen Schlaganfall, Apotheker Karl Stange führte die Apotheke als Verwalter bis 31. März 1962. Mitarbeiter während der NS-Zeit : Else Neukamp, Halbjüdin. Mitarbeiter in der Zeit nach 1945: Gottfried (1949-1957); Köhling; Alberty (alle etwa zur gleichen Zeit, alle machten sich dann im Kreis Minden selbständig); Stange (1959-1966); Dammeyer; Waskönig; Meier.

Günther Mainka

1. April 1962 (Pacht) – 1. April 1974. Geboren 12. Februar 1923 in Königshütte. Gestorben 14. September 1973 in Minden. Zugezogen aus Soest am 1. April 1962. Ehefrau Erika, zwei Töchter. Approbation 10. Juli 1954 in Hessen. Renovierte die gesamte Inneneinrichtung mit Ausnahme der historischen Offizin, Einbauten in Materialkammer usw. Kam durch Sturz im Treppenhaus 1973 ums Leben. Von Apothekerin Margarethe Langhagel wurde die Apotheke ein halbes Jahr verwaltet. Mitarbeiter: Karl Stange (Ap.); Margarethe Langhagel (Ap.); Gertrud Pieper (Ap.); Anneliese Hermsmeyer (Vorexam.); Erika Mainka (Vorexam.).

Reinhard Hiller

1. April 1974 (Pacht) – 30. September 1990. Geboren 31. August 1930 in Eisleben. Zugezogen aus Remscheid am 1. Oktober 1965 nach Barkhausen/Porta, Ehefrau Marianne, eine Tochter. Approbation am 1. Januar 1959 in Hessen. Arbeitete bis 1974 als Mitarbeiter in der Adler-Apotheke. Nach der Übernahme der Löwen-Apotheke im Haus Markt 8 wohnhaft. 1990 wurde die Pacht vorzeitig beendet, da die Verpächterin Frau Voß die ganze Immobilie verkaufte.

Anmerkungen

- 1 Kommunalarchiv Minden (KAM), Stadt Minden, W, Nr. 1329.
- 2 KAM, Stadt Minden, W, Nr. 1319.
- 3 A. Adlung / G. Urdang, Grundriß der Geschichte der deutschen Pharmazie, Berlin 1935.
- 4 350 Jahre Mindener Apothekengeschichte, Sonderdruck des Mindener Tageblattes nach Druck im Mindener Tageblatt vom 30./31. Jan. und 1. Febr. 1951.
- 5 Adressbuch der Stadt Minden, 1880.
- 6 Schon 16 Jahre vorher wird der Name Schauensteiner in Verbindung mit der Löwen-Apotheke in den Verzeichnissen geführt (Mindener Adressbuch, 1865).
- 7 Stadt Minden, bearb. von Fred Kaspar und Ulf-Dietrich Korn, Bd. IV, 2, bearb. von Fred Kaspar und Peter Barthold, Essen 2000 (Bau- und Kunstdenkmäler von Westfalen 50, IV, 2), S. 1430-1446 zu Markt 8 mit Hinterhaus Martinikirchhof 4.
- 8 Mitteilung des Ministeriums in Berlin vom 11. Januar 1898
- 9 KAM, Adressbücher der Stadt Minden.
- 10 Die Obersekundareife im Alter von etwa 16 Jahren war gleichzeitig die Qualifikation zum Einjährig-Freiwilligen-Militärdienst, der als verkürzter Wehrdienst den Einstieg in die Offizierslaufbahn bildete.
- 11 Adler-Apotheke Minden
- 12 Marien-Apotheke Minden.
- 13 Als Stempelsteuer wird eine Reihe von historischen Staatsabgaben bezeichnet, und zwar sowohl Steuern als auch Gebühren, die ursprünglich durch Abstempeln der entsprechenden Papiere oder Gegenstände mit einem Stempel erhoben wurde.
- 14 In der Abteilung Staatsarchiv Detmold des Landesarchivs NRW liegen unter der Signatur M 1 M, Nr. 479 Visitationsprotokolle aus den Jahren von 1869 bis 1879 vor. Sie umfassen jeweils ein „Systematisches Protokoll“, in dem alle vorgeschriebenen Bücher und Akten aufgeführt werden, außerdem alle Räume der Apotheke nach Lage, Ausstattung, Ordnung und Sauberkeit beschrieben sind, insgesamt 12 vorgedruckte Blätter. Ferner die „Übersicht des Pharmazeutischen Apparats“ mit 2 Blättern und das vorgedruckte „Verzeichnis der Arzneimittel“, wo auf 22 Blättern jede der im Arzneibuch vorgeschriebenen und weiteren Substanzen und Zubereitungen einzeln aufgeführt und kontrolliert sind.
- 15 Die Stoßkammer musste ein abgetrennter Raum sein, der zum Zerkleinern und Mischen von Pflanzenteilen u.ä. diente. In einem Visitationsprotokoll von 1869 wird sie als „vor dem Laboratorium“ liegend, im Souterrain des Hauses, aufgeführt.
- 16 Die Fa. Merck existiert noch heute unter demselben Namen, ebenso wie bis 2006 die Fa. Schering, die von der Fa. Bayer übernommen wurde. Die Fa. Hoechst ist nach Fusion mit Fa. Rhône-Poulanc zur Fa. Aventis (im Jahr 1999) schließlich 2005 in den französischen Konzern Syntelabo übergeführt worden.
- 17 Bei der Réaumur-Skala entsprechen 80 Grade den 100 Graden der Celsius-Skala.
- 18 In einem Giftbuch wurde jede Abgabe eines Giftstoffes dokumentiert, unter Angabe des Mittels, des Verwendungszwecks, des Erwerbers und Unterschrift des abgebenden Apothekers.
- 19 Die Hausnummer der Apotheke war damals noch 170a (bis 1878).
- 20 Konzession für Heimrod vom 1. Dez. 1881, für seinen Nachfolger vom 21. Sept. 1892.
- 21 Die Aktionäre verkauften die Mindener Dampfstraßenbahn 1914 an die Stadt Minden.
- 22 Beerdigt auf dem Alten Friedhof in Minden mit Zusatz „Gutsbesitzer“, Familiengrabstätte Lax. Geburtsdaten und -ort stimmen überein.
- 23 Der amtlich festgesetzte Kaufpreis wurde nicht mal zur Hälfte bezahlt, der Rest sollte gestundet werden bis 1948, dann aber nur an einen „arischen“ Gläubiger. Lindemeyer musste wie alle Juden mit Besitz eine Vermögensabgabe und dann Reichsfluchtsteuer bezahlen, nachdem er sich zur Auswanderung entschlossen hatte. Der Verkaufserlös ging also zur Gänze an den Staat. Nach dem Krieg wurde eine Ausgleichszahlung vorgenommen.

ULRICH GRÄLER

Die ehemalige Möbelfabrik H. Ronicke Söhne, vor 150 Jahren gegründet

Erinnerung an einen bedeutsamen Teil
Mindener Wirtschaftsgeschichte

Der Gründer der Mindener Firma, Heinrich Ronicke (1828-1887), stammte aus Niederglaucha (Sachsen). Nach erfolgreicher Prüfung (1845) hatte sich der Geselle Heinrich Ronicke wie viele seiner Berufsgenossen auf Wanderschaft begeben, war jedoch in Minden, wo er sich am 25. Juli 1852 verheiratete, sesshaft geworden.¹ Da sein Schwiegervater die Vermählung angeblich davon abhängig gemacht hatte, dass er als Tischler den Meistertitel verliehen bekäme, legte Ronicke dort dann auch die Meisterprüfung (24. Nov. 1857) ab und gründete anschließend im Hause Hufschmiede 19 seinen ersten Tischlereibetrieb, ganz wie zu Zeiten der alten Zunftordnung, mit zwei Gesellen und zwei Lehrlingen.²



Luftbild vom Ronicke-Firmengelände in Minden an der Friedrich-Wilhelm-Straße 89a.

Foto: Privat



Heinrich Ronicke (1828-1887)

KAM

In den ersten Jahren lief der Betrieb recht gut an, so dass er bereits 1863 das Grundstück für 1800 Taler käuflich erwerben konnte. Anfang der 1870er Jahre erlitt er jedoch beim Schlittschuhlaufen einen Unfall, bei dem er sich an den Hüftknochen so schwer verletzte, dass er lange Zeit an das Bett gefesselt blieb und ihm danach das Gehen nurmehr an Stöcken möglich war.³ Sein Betrieb konnte aufgrund dieser eingeschränkten Handlungsmöglichkeiten in Folge der Erkrankung nur wenig an dem wirtschaftlichen Aufschwung teilhaben, der sich nach dem Krieg 1870/71 in Deutschland einstellte.⁴ Heinrich Ronicke (sen.) verstarb im Jahr 1887. Von seinen 13

Kindern sollten nur vier ihren Vater überleben, neun Kinder verstarben bereits vor ihrem Vater. Die Mutter starb im Folgejahr 1888, die Tochter Anna ein Jahr darauf.⁵

Sein Sohn Heinrich (1860-1921) bereitete sich wegen der langen Erkrankung seines Vaters schon früh auf die spätere Übernahme des väterlichen Geschäftes vor, u.a. auch durch den damals noch freiwilligen Besuch der Fortbildungsschule⁶ bereits während seiner Lehrzeit.⁷ Da der gesamte Firmenverdienst jedoch für Arzt- und Apothekenkosten zugunsten des Vaters gebraucht wurde, arbeitete Sohn Heinrich bis zu seiner Militärzeit lediglich für ein Taschengeld.⁸

Gemeinsam mit seiner Gattin Marie Seedorf, die ebenfalls aus Minden stammte und die er nach seiner Militärzeit bei der Garde der Füsilier in Berlin⁹ 1888 heiratete, ging er energisch an den Ausbau des Betriebs. Anfang 1889 stellte er als erster Tischlermeister der Stadt einen Gasmotor¹⁰ von 25 PS und verschiedene Tischlereimaschinen auf, mit denen er neben der eigenen Fertigung auch Auftragsarbeiten für andere Tischlermeister aus-



Das Ronicke-Firmenemblem Foto: Privat

führte, die noch keine Maschinen mit Motorbetrieb besaßen.¹¹ Später folgten weitere Grundstückszukäufe – 1902 Hufschmiede 17; 1919 Kampstraße 30 – zur Erweiterung des Betriebs.¹²

Heinrich Ronicke erwarb sich nicht nur als Hersteller wertvoller Möbel, sondern vor allem im Innenausbau einen guten Ruf. Die Innenausbauten im ehemaligen Regierungsgebäude in Minden am Weserglacis (Bauzeit 1902-1906, heute Bundesbahn-Zentralamt), im ehemaligen Kreishaus an der Tonhallenstraße (Bauzeit 1906-1908, heute Kommunalarchiv Minden), im Mindener Rathaus



Heinrich Ronicke (1860-1921)

KAM

mit dem
Bürger-
meister-

zimmer sowie dem Großen und Kleinen Sitzungssaal, das am 28. März 1945 durch einen Bombenangriff zerstört wurde, im Gebäude der früheren Oberpostdirektion an der Heidestraße (Bauzeit 1905-1906, heute Finanzamt), der Innenausbau

des Verbandswasserwerks Bochum sowie Lieferungen nach Bad Eilsen, Hannover, Bremen, Hamburg oder ins rheinische Industriegebiet legen neben Ausbauten in mehreren Kirchen sowie in einigen großen Privathäusern und Villen der Stadt Minden heute noch beredtes Zeugnis dieser Arbeiten ab.¹³ Aufgrund der einwandfreien Qualität seiner Produkte galt Heinrich Ronicke (jun.) bald als anerkannter und zuverlässiger Fachmann, der später von der Tischlerinng auch zu ih-



Das Handelshaus an der Hufschmiede 17-19 (Architektenentwurf) (BKW)



Das ehemalige Mindener Regierungsgebäude (heute Bundesbahnenzentramt) auf einer Postkarte. Foto: Privat

rem Obermeister gewählt wurde.¹⁴ Darüber hinaus engagierte er sich im Genossenschaftswesen als Mitbegründer der im Jahr 1888 ins Leben gerufenen heutigen Volksbank (ehemalige Gewerbebank) sowie als deren langjähriger Aufsichtsratsvorsitzender (1915-1920).¹⁵

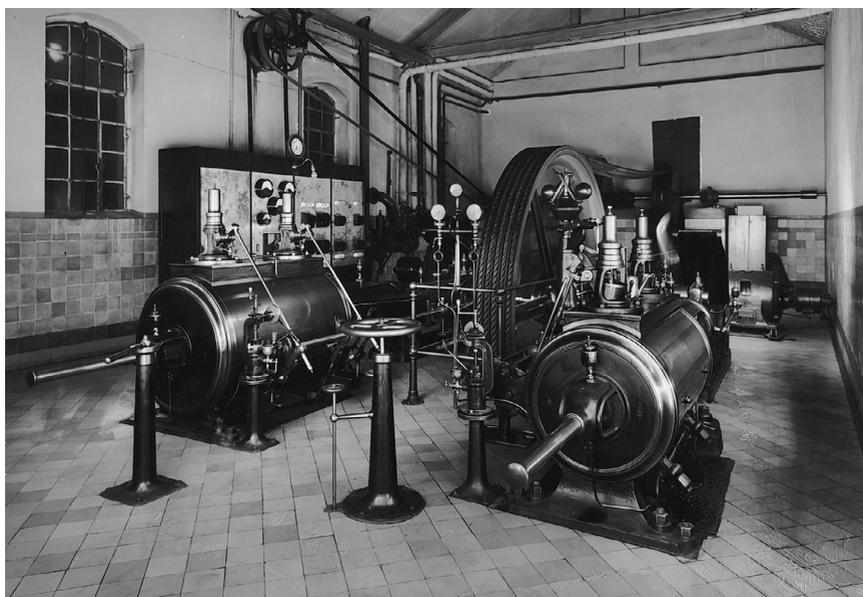
In jener Zeit begann Heinrich Ronicke bereits, Möbelstücke auf Vorrat anzufertigen und diese für die Kundschaft zur Auswahl bereitzuhalten. Laut einer Werbeanzeige¹⁶ im „Mindener Geschenk-Kochbuch“ von 1910 hielt Ronicke „die größte Auswahl an gutbürgerlichen preiswerten Wohnungseinrichtungen“ vor.¹⁷ Dadurch legte er, mit tatkräftiger Unterstützung seiner Ehefrau, den Grundstein für das auch überregional sehr angesehene Handelsgeschäft der Firma.¹⁸ Zwei Goldene Medaillen und eine Ehrenurkunde anlässlich der Gewerbe- und Industrie-Ausstellung in Minden bestätigten bereits 1914 diesen hohen Qualitätsanspruch.¹⁹

Der Erste Weltkrieg führte jedoch zu einem ersten Einschnitt in der Entwicklung des Unternehmens. Der Handel in der Kriegs- und Nachkriegszeit brachte der Firma einen starken wirtschaftlichen Rückschlag,²⁰ der Heinrich Ronicke sehr zu schaffen machte und auch nicht ohne Folgen für seine Gesundheit blieb.²¹ Tief getroffen wurde er in dieser Zeit politischer Umwälzungen insbesondere von den harten Auseinandersetzungen

zungen²² und Arbeitskämpfen²³ des Jahres 1920 mit der Gewerkschaft der Holzarbeiter.²⁴ Im Jahr 1921 starb Heinrich Ronicke an den Folgen der Erkrankung. Seine Frau Marie Ronicke, die ihren Mann um 16 Jahre überlebte, widmete sich fortan vornehmlich karitativen Aufgaben, vor allem in der Fürsorge für die Blinden der Stadt Minden.²⁵

Der Fortbestand des Unternehmens wurde in der dritten Generation auf mehrere Schultern verteilt, denn nach dem Tode des Vaters führten seine Söhne Georg (1889-1952) und Karl (1893-1968) Ronicke sowie sein Schwiegersohn Martin Baade (1894-1956) das Geschäft weiter.

Georg Ronicke hatte im elterlichen Geschäft eine kaufmännische Ausbildung erhalten und war dann in einer Holzimportfirma in Bremen tätig. Anschließend erweiterte er seine Kenntnisse vor allem auf dem Gebiet der Innenarchitektur und im technischen Zeichnen an der 1893 gegründeten Tischlerfachschule Detmold²⁶. Karl Ronicke hatte im elterlichen Betrieb eine Tischlerlehre absolviert und seine Kenntnisse danach im Rheinland bei anderen führenden Unternehmen vertieft. Nach der Heimkehr aus dem Ersten Weltkrieg besuchte er die Kunstgewerbeschule in Hannover, bevor er in das Geschäft seines Vaters zurückkehrte. Der Dritte im Bunde, Martin Baade, kam, nachdem er wie sein Schwager den Ersten Weltkrieg an der Front überlebt hatte, auf besonderen Wunsch des Schwiegervaters 1919 als Quereinsteiger in den Betrieb, denn er war ursprünglich von Beruf Lehrer.²⁷



Blick in das firmeneigene Kesselhaus mit der Dampfmaschine.

KAM



Das Belegschaftsphoto der Fa. Ronicke Söhne, Möbelfabrik Minden, aus Anlass des 80-jährigen Firmenjubiläums am 24. Nov. 1937. In der Mitte im Vordergrund die drei Firmeninhaber, von links: Martin Baade, Georg Ronicke, Karl Ronicke. Foto: Privat

Die drei jungen Inhaber betrieben mit großem Einsatz – den konjunkturellen Schwierigkeiten der Nachkriegszeit mit Inflation und hoher Arbeitslosigkeit zum Trotz²⁸ – den Ausbau der Firma, indem sie Nachbargrundstücke hinzukaufen, um die Betriebsräume zu erweitern und zu verbessern (1922 Neubau der Fabrik, 1924 Umbau der Fassade, 1926 Bau eines Empfangsraums und Kauf des Grundstücks Kampstraße 28).²⁹ In der Herstellung ging die Firma mittels moderner Maschinenanlagen³⁰ zur Serienproduktion der Möbel über, um diese an Handelsgeschäfte in ganz Deutschland zu verkaufen. Darüber hinaus verstärkten die neuen Inhaber auch den Vertrieb durch die Teilnahme an Möbelausstellungen oder durch die Präsentation ihrer Modelle auf der Messe in Leipzig, die alljährlich bei den Besuchern eine hohe Beachtung fanden.³¹ Mit dem Erfolg der „Ronicke-Möbel“ erreichte die Firma auch ausländische Märkte, so dass der Export in die europäischen Nachbarländer (z.B. Belgien, Frankreich, Schweiz³², Niederlande³³), auch um neben der Erweiterung der Absatzmärkte den Gefahren der Geldentwertung im Inland zu entgehen,³⁴ bereits zu einem beträchtlichen Teil zum Geschäftserfolg beitrug (1927 mit 80 Mitarbeitern, davon 20 Polsterern).³⁵

Mit dem wirtschaftlichen Erfolg stieß der Betrieb an der Hufschmiede jedoch bald an seine räumlichen Grenzen. Eine Erweiterung des Betriebsgeländes war nicht mehr möglich, so dass man sich nach neuen, erweiterungsfähigen Betriebsräumen umsah, die man in Minden an der Friedrich-Wilhelm-Straße³⁶ zum Kaufpreis von 150.000 RM³⁷ fand. Im Jahr 1928 siedelte der Fabrikationsbetrieb in die neuen, geräumigen Werkhallen (dreigeschossiger Eisenbetonbau auf einer Grundfläche von 70 x 19 m) mit eigener Energieerzeugung durch eine Dampfmaschine in einem gesonderten Kesselhaus um.³⁸ Das Gebäude an der Hufschmiede behielt man jedoch weiter als Geschäftsräume für das umfangreiche Handelsgeschäft mit etwa 200 Ausstellungszimmern bei.³⁹ Die Belegschaft der Firma erreichte in der Zeit vor dem Zweiten Weltkrieg schon fast 300 Mitarbeiter⁴⁰ (1932: 100 Mitarbeiter⁴¹; 1937: 230 Mitarbeiter⁴²).⁴³

Die fünf Jahre später zum 80-jährigen Firmenjubiläum getroffene Feststellung des Mindener Tageblatts zur Philosophie des Unternehmens behielt über den Tag hinaus auch noch weitere Jahrzehnte lang ihre Gültigkeit. „Aus kleinen Anfängen hervorgewachsen hat sich das Unternehmen durch drei Generationen hindurch vererbt und es mit Treue zum überlieferten Handwerk, verbunden mit einem eisernen Willen zur Leistung zu der heutigen ansehnlichen Höhe und Bedeutung entwickelt.“⁴⁴

Diese stete Aufwärtsentwicklung der Firma wurde jedoch jäh durch den Zweiten Weltkrieg unterbrochen.⁴⁵ Karl Ronicke wurde wie zahlreiche Mitarbeiter des Betriebs zur Wehrmacht eingezogen. Der verbleibende Rest der Belegschaft erledigte Rüstungsaufträge für das Militär.⁴⁶ Anfangs wurden Munitionskisten und tropensichere Verpackungskisten für Flugzeugmotoren hergestellt.⁴⁷ Aber da es sich hierbei nur um eine Produktion auf einer Stufe niedriger Kriegswichtigkeit handelte, wurden weiterhin gute Facharbeiter aus dem Betrieb abgezogen, die entweder als Soldaten mit ungewissem Schicksal zum Kriegsdienst eingezogen⁴⁸ oder als Facharbeiter in Betriebe mit einer Produktion von höherer Kriegswichtigkeit zwangsverpflichtet wurden.⁴⁹ „Das Fehlen von Arbeitskräften wurde spätestens seit dem Sommer 1940 zum größten Produktionshemmnis für die Mindener Industrie.“⁵⁰ Besonders Facharbeiter wurden dringend von den Unternehmen gesucht.

Um diesen Abzug von Personal zu verhindern,⁵¹ gelang es Karl Ronicke während eines Heimaturlaubs von der Front, Aufträge höherer Kriegswichtigkeit zu erhalten. So verlegten die Möbelfabriken Ronicke & Söhne (Friedrich-Wilhelm-Straße) und Moser (Karlstraße) während des Krieges ihre Produktion hauptsächlich auf Flugzeugteile aus Holz, die dann für die Peschke Flugzeugwerkstätten⁵² in einem anderen Werk (Firma Bähre⁵³ in Springe bei Hannover) mit weiteren Elementen weiterverarbeitet wurden.⁵⁴ In den letzten Monaten des Krieges gingen die Aufträge bei Ronicke jedoch wegen allgemeinen Produktionsrückgangs bzw. der Veränderung des Flugzeugbaus stark zurück.⁵⁵

Aufgrund dieser kriegswichtigen Produktion konnte der Rest der Facharbeiter weitgehend im eigenen Werk gehalten werden.⁵⁶ Die bereits

durch den Abzug von Facharbeitern ausgedünnte Belegschaft wurde nach und nach durch zivile Fremdarbeiter, Zwangsarbeiter und Kriegsgefangene aus Polen, Frankreich und der UdSSR ersetzt.⁵⁷ Die Firma Ronicke zählte zu den 46 Mindener Firmen, die während des Zweiten Weltkriegs auch Zwangsarbeiter beschäftigte.⁵⁸

Ronicke bemühte sich seit Sommer 1940 um die Zuweisung von Kriegsgefangenen. Am 30. August 1940 erhielt die Firma die ersten fünf französischen Gefangenen zugeteilt.⁵⁹ Im Spätsommer 1940 erhöhte sich die Zahl dann auf 16 von insgesamt 97 französischen Kriegsgefangenen in der Industrie Mindens.⁶⁰ Auf Initiative der Industrieunternehmen des rechten Weseruferes wurden die dort beschäftigten französischen Kriegsgefangenen bei der Gaststätte Richter an der Friedrich-Wilhelm-Straße im ersten Gemeinschaftslager Mindens untergebracht.⁶¹ Im Februar 1941 wurden dann drei polnische Gefangene zur Arbeit bei der Firma Ronicke entlassen.⁶² Von 1942 an wurden die französischen Gefangenen allmählich durch russische Kriegsgefangene und Polinnen ersetzt.⁶³

Wichtig war für Ronicke jedoch der Ersatz fehlenden Personals durch entsprechende Facharbeiter. Deshalb bemühte er sich beispielsweise sogar darum, arbeitslose belgische Tischler⁶⁴ durch die Vermittlung eines in Belgien stationierten Mitarbeiters der Firma Ronicke anzuwerben. Nach langwierigen Verhandlungen mit dem Arbeitsamt kam am 19. September 1941 aus der flämischen Region tatsächlich der erste belgische Tischler mit seiner Frau, die ebenfalls als Arbeiterin in der Firma beschäftigt wurde, nach Minden.⁶⁵

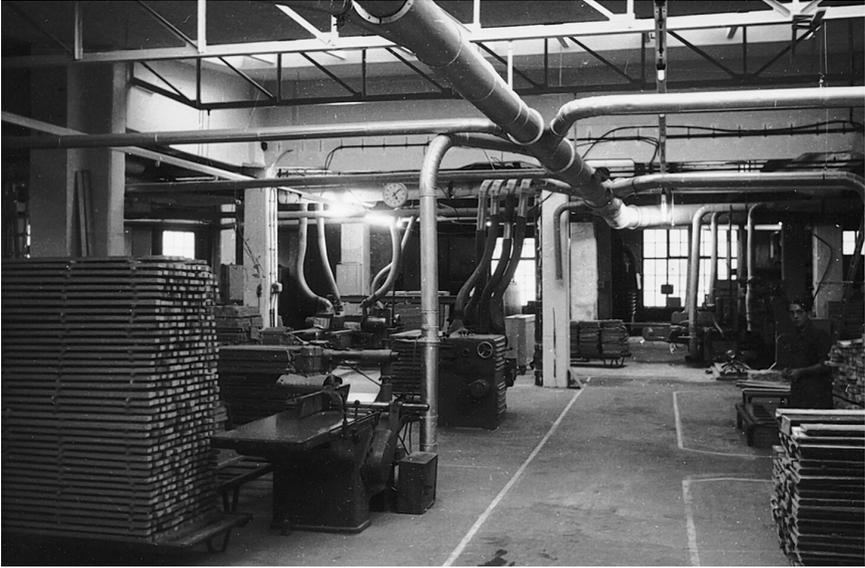
Von den 16 französischen Kriegsgefangenen bei der Firma Ronicke stammten immerhin neun aus holzverarbeitenden Berufen, die entsprechend ihrer Qualifikation eingesetzt wurden. Die übrigen wurden angelehrt bzw. fortgebildet. Die drei polnischen Zivilarbeiter wurden dagegen als Hilfsarbeiter für „mechanische Arbeiten [...] am laufenden Band“ eingesetzt.⁶⁶ Der Lohn für die Gefangenen betrug etwa 60% des Lohns eines ungelerten deutschen Arbeiters. Allerdings konnten die Gefangenen bei Ronicke als zusätzliche Vergütung für „besondere Leistungen“ noch Zulagen erhalten, eine Praxis, die ausdrücklich durch das StALag empfohlen worden sei, um die Leistungsbereitschaft zu erhöhen.⁶⁷

Die Folgen des Zweiten Weltkriegs waren für die Firma Ronicke trostlos. Die Inhaber beklagten den tragischen Tod zweier Söhne, Karl-Dieter Ronicke und Heinz-Eberhard Baade, und die erhebliche Zerstörung ihrer Geschäftsräume in der Innenstadt, des alten Möbelhauses an der Hufschmiede.⁶⁸ Der Betrieb an der Friedrich-Wilhelm-Straße blieb von Zerstörungen zwar weitgehend verschont, das Material und ein Großteil des Werkzeugs waren gegen Ende des Krieges jedoch gestohlen worden.⁶⁹ In dieser Situation gestaltete sich der Neuanfang besonders schwer, da die aus Kriegzeiten offenen Rechnungen der Lieferanten (in Höhe von insgesamt 140.000,- RM) noch zu bezahlen waren, die erfolgten Lieferungen an das Deutsche Reich aber nicht mehr bezahlt wurden. Hinzu kam ein großer Bestand an nicht mehr verwertbaren Halbfertigwaren.⁷⁰



Ölgemälde des Firmengebäudes an der Friedrich-Wilhelm-Straße aus dem Jahr 1957. Ein Geschenk der Belegschaft zum 100-jährigen Firmenjubiläum, gemalt von A. Zuiderwijk 1957. KAM

Nach dem Krieg gingen die Inhaber unverzüglich an die Wiederinbetriebnahme ihrer Betriebsstätten.⁷¹ Bereits am 23. April 1945 wurde die Produktion, die zunächst Aufträge von der Besatzungsmacht erhielt, unter der Leitung von Karl Ronicke und Martin Baade an der Friedrich-Wilhelm-Straße wieder aufgenommen, während Georg Ronicke seine Tätigkeit dem wiederaufgebauten Handelsgeschäft an der Hufschmiede widmete, das er zu einem führenden Haus der Branche entwickelte.⁷² Anfangs musste in der Produktionsfirma vorübergehend auch noch die Aluminiumabteilung aus den von den Alliierten beschlagnahmten Melitta-Werken behelfsmäßig untergebracht werden. Die Serienaufträge der Besatzungstreitkräfte ermöglichten nun die Beschaffung von Material und die Wiederaufnahme der Serienproduktion.⁷³ Die eigene Produktion lief zunächst nur langsam mit Reparaturaufträgen an, die mit dem eingesparten Material aus der Serienproduktion für die Alliierten erledigt werden konnten. 1947 ging dann eine erste eigene Serie von kleinen Anbaumöbeln in Produktion, die den beengten Wohnverhältnissen der Bevölkerung Rechnung trugen. Die großen, schweren Vorkriegsmodelle konnten aus Mangel an Material und aufgrund des beengten Wohnraums noch nicht wieder gefertigt werden.⁷⁴ Doch schon bald spezialisierte sich die Firma wieder auf die serienmäßige Herstellung von qualitativ hochwertigen Wohn- und Herrenzimmern.⁷⁵



Blick in die Werkhalle für Holzzuschnitt der Firma Ronicke aus dem Jahr 1958.
Foto: Privat

Die vierte Generation des Betriebes trat nach dem Zweiten Weltkrieg unter Anleitung der neuen Seniorchefs Karl Ronicke und Martin Baade an, das Erbe ihrer Familie fortzusetzen und das Unternehmen in die weitere Zukunft zu führen: sein Neffe Werner Baade (1926-1973) und sein Sohn Hans-Jürgen Ronicke (seit 1968 allein persönlich haftend) in der Fabrik sowie die älteste Tochter Georg Ronickes, Gabriele, mit ihrem Ehemann Fred Baukloh, die seit 1952 bis in die 70er Jahre das Handelsgeschäft führten. Nach dem Tod von Herrn Baukloh wurde das Einrichtungshaus schließlich an eine Familie Grabenhorst verkauft und unter altem Namen noch einige Jahre fortgeführt.

Nachdem die Firma Ronicke sich in der Vorkriegszeit auf die Herstellung von hochwertigen Wohn- und Herrenzimmern spezialisiert hatte, nahm sie, nachdem erste Verbindungen zu Radioherstellern schon vor dem Kriegsbeginn 1939 aufgenommen worden waren und zu einer ersten Musterserie geführt hatten, ab 1950 aber auch zu großen Teilen die Fertigung von Radio-Gehäusen und Musiktrohen sowie seit Anfang der 60er Jahre von Fernsehgeräten⁷⁶ aus Holz (für die Firmen Telefunken, Grundig, Blaupunkt, Nordmende, Loewe-Opta) auf,⁷⁷ um sich von den Schwankungen des Möbelmarktes unabhängiger zu machen.⁷⁸ Später kamen noch Gehäuse für Musik- und Zigarettenautomaten (Harting) und Heimorgeln (Wurlitzer) sowie eine kurze Zeit für Klaviere (Ibach⁷⁹) hinzu.⁸⁰ Zeitweise erzielte Ronicke mit dieser Gehäuseproduktion⁸¹ mehr

als 80% seines Umsatzes.⁸²

Gleichzeitig erneuerte das Unternehmen seine Maschinenausstattung durch den Kauf moderner Holzbearbeitungsmaschinen und führte mit Hilfe des Betriebsingenieurs Fritz Kindler den Rationalisierungsprozess der Produktion durch die Einrichtung von Fertigungsstraßen und die Einführung des REFA-Systems⁸³ zur Verbesserung der Arbeitsorganisation weiter voran.⁸⁴ Dabei wurde die Produktion insbesondere im Gerätebau in einzelne Arbeitsvorgänge zergliedert und diesen ein entsprechendes Zeit- und Lohnbudget zugemessen. Die Arbeiter arbeiteten im Akkord und wurden überwiegend nach der Summe der erledigten Arbeitsvorgänge bezahlt: „Für jedes Möbelstück wurden Laufkarten mit Markenabschnitten für jeden Arbeitsgang ausgegeben. Die Arbeiter trennten dann die Mar-



Titelblatt der Möbelkultur 4/1956 mit neuem Ronicke-Modell Holzmann-Verlag



UNSERE
EIGENEN MODELLE
und die von uns geführten Möbel deutscher Werkarbeit verbinden handwerkliches Können mit preiswerter Serienherstellung. Prüfen Sie diese guten Leistungen in unserer ständigen, umfangreichen
MOBELSCHAU
MÖBELFABRIK UND EINRICHTUNGSHAUS
Ronicke Söhne
(Gegenüber der Marienkirche)
MINDEN · HUFSCSMIEDE 17-21

Werbeanzeige für Ronicke-Möbel von 1950

*C. Lucke,
125 Berufsfachschule...,
S. 26*



Karl Ronicke auf der Kölner Möbelmesse, gemeinsam mit dem Kölner Oberbürgermeister Theo Buraen (SPD), 1956-73 [ohne Jahr]

Foto: Privat

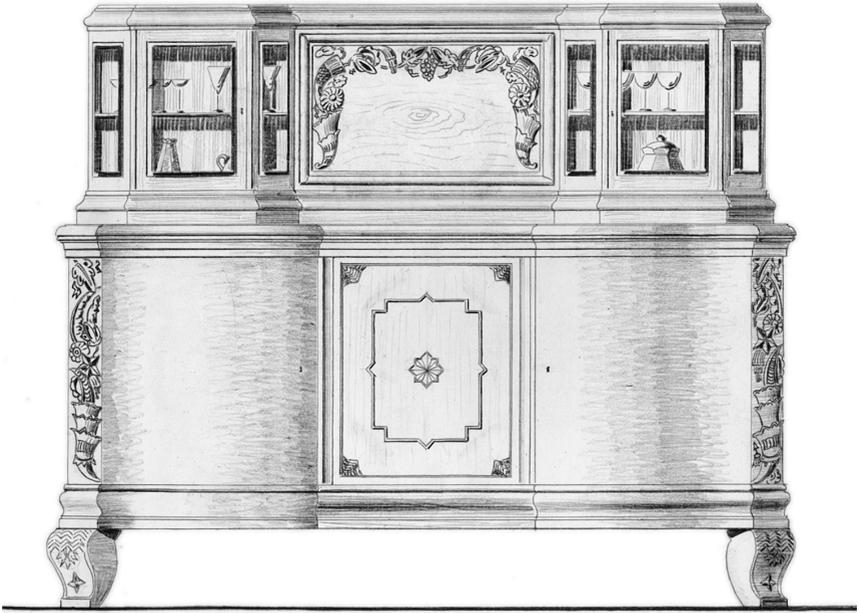
kenabschnitte, deren Arbeitsgänge von ihnen erledigt wurden, ab, klebten sie auf Papier auf und übergaben sie täglich dem Lohnbüro. Nach diesen abgelieferten Bons erfolgten täglich die Eintragungen in die einzelnen Akkordzusammenstellungen der Arbeiter.“⁸⁵

Der Betriebsleiter Kindler sorgte im Wesentlichen dafür, dass der Betrieb stets mit modernen Maschinen ausgestattet war, die u.a. auch von hiesigen Firmen wie Altendorf, Kuper oder Meyer & Schwabedissen bezogen wurden. Kindler war sorgsam bestrebt, an den qualitativen Ansprüchen bei Ronicke-Möbeln festzuhalten, doch in der Produktion möglichst kostengünstig zu arbeiten, um dauerhaft wettbewerbsfähig zu bleiben. Deshalb achtete er fortwährend auf

einen modernen Maschinenpark in der Produktion und eine möglichst reibungslose Arbeitsorganisation.⁸⁶

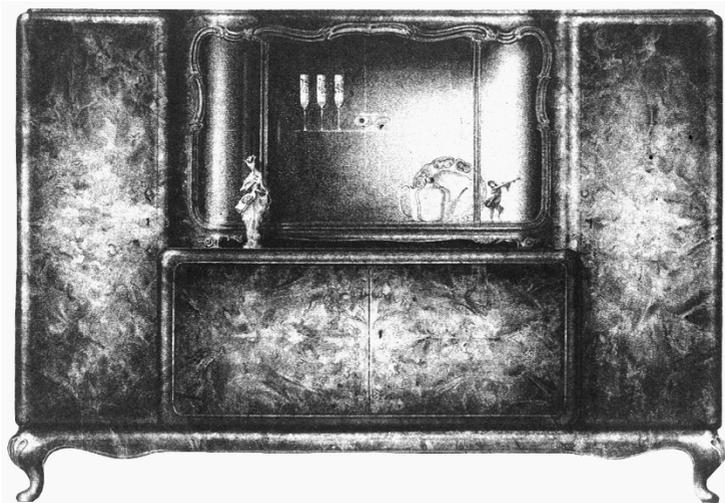
Mit einer Belegschaft, die nach dem Krieg mit 94 Mitarbeitern begann, 1948 schon wieder auf 190, 1950 auf 300, 1952 auf 400 anstieg und im Jahr 1957 in der Fabrik mehr als 500 Personen umfasste,⁸⁷ zählte die Firma Ronicke zu den bedeutendsten Betrieben der Stadt Minden und gleichzeitig zu den größten Unternehmen der deutschen Möbelindustrie der Zeit. Im Bereich leichter Montagearbeiten, beim Polieren und in der Qualitätskontrolle waren bei Ronicke auch zahlreiche Frauen beschäftigt.

Als die Gehäuseproduktion seit den 60er Jahren jedoch immer mehr auf Kunststoffherstellung setzte und der Preisdruck erheblich zugenommen hatte, war das Auslaufen dieses Produktionsbereiches absehbar und unumgänglich.⁸⁸ Einen entsprechenden Ausgleich suchte die Firma durch die zunehmende Rückverlagerung des Produktionsschwerpunktes auf



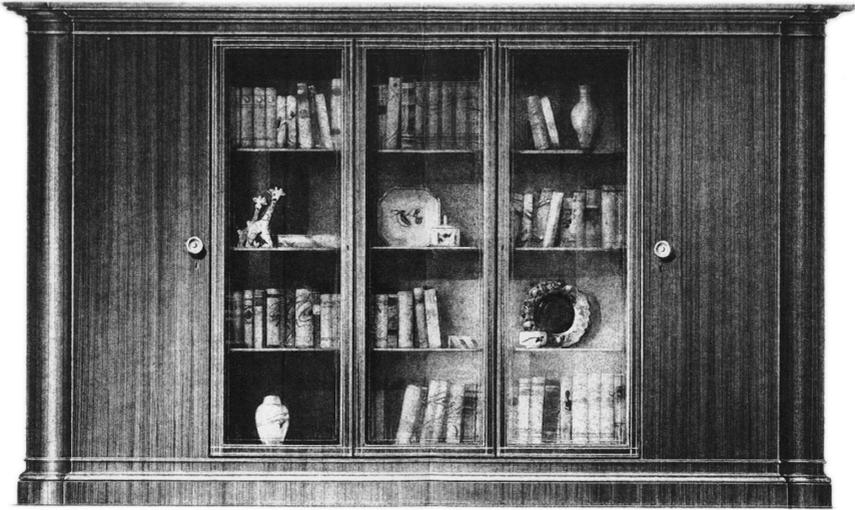
Ein Ronicke-Möbel aus den 1920er Jahren

Foto: Privat



Modell "Harzburg" aus der Zeit zwischen den beiden Weltkriegen.

Foto: Privat



*Modell "Würzburg" aus der Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg (z.B. 1952)
Foto: Privat*

den Bereich der Wohnmöbel. Ronicke entschied sich, in der Produktion zu den höherwertigen Wohnmöbeln zurückzukehren, allerdings im Trend der Zeit mit modernem Design und neuartigem Vertrieb.⁸⁹

In dieser Situation kam Ronicke eine Anfrage des WK-Verbandes⁹⁰ entgegen, mit dem sich ab 1965 bis zur Einstellung des Betriebs im Jahr 1984 eine äußerst konstruktive Zusammenarbeit entwickelte. Im Jahr 1965 schloss sich Ronicke daher, nachdem die Radio- und Musiktruhenfertigung stetig zurückgegangen war, dem bereits 1912 gegründeten und 1948 nach dessen zwangsweiser Auflösung (1944) wieder begründeten WK-Verband zur „Förderung der Wohnkultur“ an. Dieser Handelsverband positionierte sich im Bereich der Entwicklung hochwertiger Möbel, die höchsten Ansprüchen in Qualität und Formgebung genügten, und organisierte den bundesweiten Handel in ausgesuchten Einrichtungshäusern.⁹¹ Entgegen dem Trend der Zeit behielt Ronicke dadurch einen hohen Massivholzanteil bei seinen Möbeln bei.⁹²

Auch während der Möbelkrise in den 1970er Jahren war die Firma Ronicke insbesondere dank der WK-Möbel noch gut ausgelastet. In der Zeit von 1970 bis 1973 erreichte der Anteil der Möbelproduktion bis zu 89%. Allerdings erforderte diese Möbelherstellung einen erheblich höheren Einsatz an Kapital, das wesentlich länger als bei der Gehäuseproduktion gebunden blieb. Darüber hinaus wurden die Modelle mit der Zeit immer vielseitiger und komplizierter, so dass ein stetig größeres Teilelager vorgehalten werden musste, um eine kurzfristige Lieferung der Ware garantieren zu können.⁹³

Da jedoch der bisher über freie Handelsvertreter und ausgesuchte Möbelhäuser mit Alleinverkaufsrechten organisierte Vertrieb ebenfalls an seine Grenzen gestoßen war, versuchte die Firma Ronicke im Jahr 1970 gemeinsam mit anderen namhaften Herstellern einen weiteren Vertriebsweg durch die Gründung des Designo Verbandes⁹⁴ zu entwickeln. Das Ziel bestand in der Förderung des Verkaufs auf der Grundlage eines Gesamtkonzepts, das dem Kunden nicht nur ein in Holz und Farbe abgestimmtes Warenangebot präsentierte, sondern auch den Herstellern durch den Aufbau eines in Form des Franchisesystems organisierten Handels wirksamere Vertriebsmöglichkeiten bot.⁹⁵ In dieser Zeit wurden bei Ronicke vor allem hochwertige Wohn-, Jugend- und Schlafzimmer produziert.⁹⁶ Aufgrund der allgemeinen Wirtschaftsrezession⁹⁷ geriet die Firma Ronicke jedoch trotz dieser neuen Produkt- und Vertriebspolitik zunehmend in Kapitalschwierigkeiten.

Mit dieser Entwicklungsgeschichte liefert die Firma Ronicke ein nahezu klassisches Beispiel für die Entstehung, den Ausbau und den Niedergang eines ostwestfälischen Möbelherstellers, von den Anfängen in einem Handwerksbetrieb, der ersten Maschinerisierung der Produktion sowie den Rückschlägen durch den Ersten Weltkrieg und die wirtschaftlichen Notzeiten der 1920er Jahre. Dem erneuten Aufschwung mit der Aufnahme



Modell "Hansa" aus der Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg Foto: Privat



Von Ronicke produziertes Modell WK NOVA 195: WK-Möbel aus den 1970er Jahren
WK-Möbel-Verband

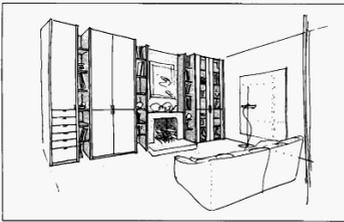
der Serienproduktion folgten die Zerstörungen durch den Zweiten Weltkrieg, der Wiederaufbau nach dem Krieg mit einem enormen Modernisierungsschub in der Produktion und dann die zunehmende Abhängigkeit eines Produzenten von den Wechselfällen einer sich stetig vergrößernden und mächtiger werdenden Handelswelt auf der Abnehmerseite, die sich selbst einer zunehmenden Konkurrenz aus dem Ausland zu erwehren hatte.

Über Jahrzehnte hinweg hatte sich die Firma Ronicke durch zeitgemäße Entscheidungen⁹⁸ sowohl im technischen als auch im kaufmännischen Bereich gegenüber Mitbewerbern stets einen Wettbewerbsvorteil verschafft, der ihr die wirtschaftliche Existenz sowie den Auf- oder Ausbau des Unternehmens ermöglichte, z.B. durch die Entscheidung innerhalb der Produktpolitik zur Herstellung von Tonmöbeln bzw. später zu höherwertigen Wohnmöbeln. Erst durch den Wandel der Wirtschaft von den produktions- zu den kapitaldominierten Handelsbeziehungen geriet die Firma Ronicke aufgrund schrumpfender Gewinnmargen und einer zu geringen Eigenkapitalquote in schwieriges Fahrwasser. Darüber hinaus machte Ronicke in den 1970er Jahren einerseits die einseitige Abhängigkeit von WK-Möbelhäusern, andererseits die zunehmende Konkurrenz der Anbieter von im Ausland gefertigten Billigmöbeln zu schaf-

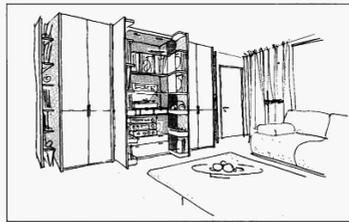
fen (1974 Eröffnung der 1. IKEA-Filiale in Deutschland).

Letzten Ausschlag für das Ende dieses renommierten Mindener Möbelherstellers gaben die in der Hochzinsphase der 70er Jahre wachsenden Zinsbelastungen für das aufgenommene Fremdkapital, das dem Betrieb die finanziellen Spielräume nahm, um sich verändernde Geschäftsbeziehungen und konjunkturelle Schwankungen schadlos zu überstehen. Auf Druck der Geldgeber sah sich die Geschäftsführung trotz ausreichender Auftragslage dann gezwungen, die Produktion einzustellen. Am 13. Februar 1984 schlossen sich für die zuletzt ca. 85 Arbeitnehmer endgültig die Fabrikatoren an der Friedrich-Wilhelm-Straße.⁹⁹ Im Jahr 1988 übernahm das Diakonische Werk die Fabrikhallen und richtete dort nach umfangreichen Renovierungen eine Behindertenwerkstatt ein.¹⁰⁰

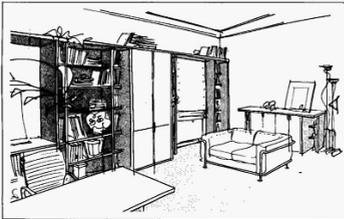
Gestaltungsbeispiele



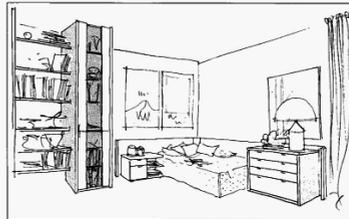
1 Eine Wohnraum-Wand mit dem für WK-nova typischen Wechsel von geschlossenen Schränken und offenen Regalen rahmt hier einen offenen Kamin ein.



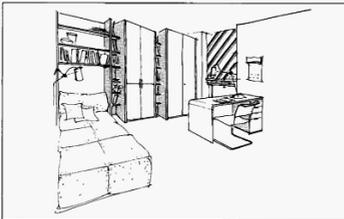
2 Wohnraum-Lösung mit einem als Phantasielösung ausgebildeten Sesamschrank (Höhe 236 cm). Rechts und links anschließend müssen immer offene Regale angeordnet werden wegen der ausragenden Koffertüren.



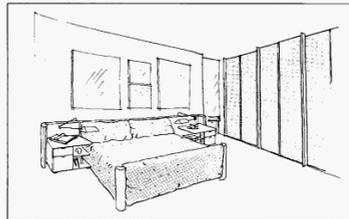
3 Wohn- und Arbeitsraum mit großer Regal- und Schrankwand 207 cm hoch mit übergreifender Abdeckplatte. Rechts hinten Anrichte seitlich mit zurückgesetzten Regalen, durch Abdeckplatte gefasst.



4 Appartement-Lösung mit Schrank-Regal-Kombination und reizvoller Bettumgebung. Die Bettpaneele umschließen Beimböhl und Polsterbett.



5 Appartement-Kombination aus Regalen, Türenschränk und 64 cm tiefem Kleiderschrank. In die Wand integriertes Polsterbett. Der zweckmäßige Schreibtisch ist Schreib-Arbeits-Nähplatz zugleich.



6 Schlafraum mit nova-Schiebetürschränken (siehe separate Preisliste WK 195 nova-Schiebetürschrank) und einer textilorientierten Bettanlage mit sehr legeren Bezügen. Front kann in Lack, Holz, Spiegel ausgeführt oder mit Stoff oder Tapete bezogen sein.

Gestaltungsbeispiele des Modells WK NOVA 195

WK-Möbel-Verband

Quellen

1.1. aus Privatbesitz

Firmenchronik der Firma H. Ronicke Söhne Minden i.W. (Privatbesitz), o.O., o.S. Karl Eicke, Bericht über die betriebswirtschaftliche Organisation der Firma H. Ronicke Söhne Minden i.W., Frankfurt 1953 (Privatbesitz). Niederschrift über die Gründungsversammlung des Wirtschaftsverbandes der Holzverarbeitenden Industrie in der britischen Zone am Dienstag, dem 26. November 1946 in Herford (Privatbesitz).

1.2. aus öffentlichen Einrichtungen

Kommunalarchiv Minden, Stadt Minden, W, Nr. 336: darin H. Ronicke & Söhne an den Vorsitzenden des Mindener Geschichtsvereins Dr. Keber, 22. März 1941 u. 17. Oktober 1941.

Kommunalarchiv Minden, Stadt Minden, G II, Nr. 863: Liste der ausländischen Zivilarbeiter im Ortspolizeibezirk Minden, 4. März 1942.

Mindener Museum, Tonarchiv, Nr. 007B140497: Interview mit einem ehemaligen Beschäftigten der Firma Moser; Nr. 001A170397: Interview mit der Ehefrau eines ehemaligen Beschäftigten der Peschke Flugzeugwerke

2. Festschriften der Firma Ronicke

1857-1937. 80 Jahre Ronicke-Möbel, Minden 1937, o.S.

100 Jahre H. Ronicke Söhne, 1857-1957, Minden 1957 (J.C.C. Bruns Verlag), o.S.

3. Literatur

Werner Abelshäuser (Hrsg.), Die etwas andere Industrialisierung. Studien zur Wirtschaftsgeschichte des Minden-Lübbeckener Landes im 19. und 20. Jahrhundert, Essen 1999.

Bau- und Kunstdenkmäler von Westfalen (BKW), Bd. 50: Stadt Minden, Teil IV: Altstadt 3. Die Profanbauten, Essen 2000.

Bau- und Kunstdenkmäler von Westfalen (BKW), Bd. 50: Stadt Minden, Teil V: Minden außerhalb der Stadtmauern, Essen 1998.

Rolf Botzet, Strom für Minden-Ravensberg. Die Geschichte des Kraftwerks Kirchlengern, Bielefeld 1995.

Karl Bunke, Die deutsche Möbelindustrie unter besonderer Berücksichtigung der Möbelindustrie in Ravensberg-Lippe, Diss. Münster 1926.

Herbert Dallmeier, Illustrierte Geschichte des Exerzier- und Flugplatzes Min-

den-Minderheide, Minden 1998.

Dietrich Eichholtz (Hrsg.), Krieg und Wirtschaft. Studien zur deutschen Wirtschaftsgeschichte 1939-1945, Berlin 1999.

Fachschule für Betriebstechnik und Innenarchitektur (Hrsg.), 60 Jahre Tischler-Fachschule Detmold, Detmold 1953.

Dirk Fischer, Die Geschichte der Möbelindustrie in Ostwestfalen-Lippe von 1861 bis 1945, Diss. Bielefeld 2004.

Martina Forkel, Wohnen im „Stil“ des Historismus, Cloppenburg 1996.

Heinz Gotschy / Siegfried Hobohm, Deutschlands Möbelindustrie 1945-1970. Bestandsaufnahme, Dokumentation und Ausblick, Nürnberg 2000.

Heinz Gotschy, Resümee. Der Möbelfabrikant in Vergangenheit und Zukunft, in: ders. / Siegfried Hobohm, Deutschlands Möbelindustrie 1945-1970. Bestandsaufnahme, Dokumentation und Ausblick, Nürnberg 2000, S. 403-408.

Helga Grebing / Hans-Otto Hemmer / Gottfried Christmann, Das HolzArbeiterBuch. Die Geschichte der Holzarbeiter und ihrer Gewerkschaften, Köln 1993.

Heinz-Peter Haubrock, Die Energiewirtschaft, in: Kreisverwaltung Minden (Hrsg.), Landkreis Minden. Geschichte, Landschaft, Wirtschaft, Oldenburg 1961, S. 229.

Detlef Heiden, Das Möbelbecken – Die Holzindustrie in Ostwestfalen-Lippe, in: Helga Grebing / Hans-Otto Hemmer / Gottfried Christmann, Das HolzArbeiterBuch. Die Geschichte der Holzarbeiter und ihrer Gewerkschaften, Köln 1993, S. 165-170.

Heimatstube Minderheide: Mein Leben. Gedanken und Erinnerungen 1915-1985 (Lebenserinnerungen eines ehemaligen Peschke-Abteilungsleiters).

Ulrich Herbert, Fremdarbeiter. Politik und Praxis des „Ausländer-Einsatzes“ in der Kriegswirtschaft des Dritten Reiches, Berlin / Bonn 1985.

70 Jahre Möbelfabrik Ronicke, in: Mindener Tageblatt vom 24. Nov. 1927.

80 Jahre Ronicke Möbel, in: Mindener Tageblatt vom 24. Nov. 1937.

Land der Möbel: Ost-Westfalen-Lippe, in: Möbelkultur 3, 1951, H. 7.

Landkreis Minden. Geschichte, Landschaft, Wirtschaft, Oldenburg 1961.

Landkreis Minden. Festschrift zur 150-Jahr-Feier des Landkreises in Westfalen, Minden 1966.

C. Lucke, 125 Jahre Berufs- und Berufsfachschulen im Kreise Minden i.W., Minden 1950.

Was Meister H.C. Ronicke heute erleben würde, in: Mindener Tageblatt vom 24. Nov. 1932.

Möbelfabrik Ronicke geschlossen, in: Mindener Tageblatt vom 15. Febr. 1984. Möbelkultur 3, 1951, H. 7, S. 164ff.

Hans Nordsiek, Die verdunkelte Stadt. Minden in der Endphase des Zweiten Weltkriegs 1944-1945, Minden 1995 (2. Auflage, Minden 2005).

Heinrich Potthoff, Aufschwung, Erfolge und Grenzen in der Weimarer Republik 1918-1933, in: Helga Grebing / Hans-Otto Hemmer / Gottfried Christmann, Das HolzArbeiterBuch. Die Geschichte der Holzarbeiter und ihrer Gewerkschaften, Köln 1993, S. 123-142.

Karl Ronicke, Das Holz und die Holzindustrie, in: Kreisverwaltung Minden (Hrsg.), Landkreis Minden. Geschichte, Landschaft, Wirtschaft, Oldenburg 1961, S. 287-296.

Herbert Sawall, Das REFA-System – praktisch angewendet, in: Gemeinschaftsorgan. Mitteilungsblatt des Reichsinnungsverbandes des Tischlerhandwerks 1, 1943, H. 5-8.

Ludwig Schübler, Die Tonmöbelindustrie, in: Heinz Gotschy / Siegfried Ho-

bohm, Deutschlands Möbelindustrie 1945-1970. Bestandsaufnahme, Dokumentation und Ausblick, Nürnberg 2000, S. 97-102.

Gerd Schulte, 50 Jahre Bähre, Hannover 1951.

Klaus Schönhoven, Erfolgreiche Jahre und schwere Entscheidungen, in: Helga Grebing / Hans-Otto Hemmer / Gottfried Christmann, Das HolzArbeiterBuch. Die Geschichte der Holzarbeiter und ihrer Gewerkschaften, Köln 1993, S. 63-87.

Heinz Wähler, Geschichte(n) aus Omas Kriegskochbuch, in: Mindener Tageblatt vom 27. Dez. 2003.

Hans Wichmann, Deutsche Werkstätten und WK-Verband, 1898-1990. Aufbruch zum neuen Wohnen, München 1992.

Wilhelm Wilms, Ostwestfalen-Lippe. Der Regierungsbezirk Detmold, Oldenburg 1957.

Jan Witt, „... dass sich die Polen derart frech benehmen“. Der „Ausländereinsatz“ in Minden 1939-1945, in: Mitteilungen des Mindener Geschichtsvereins 76, 2004, S. 101-149.

Harald Wixforth, Strom für Minden-Ravensberg. Energieversorgung und wirtschaftliche Entwicklung im 20. Jahrhundert, in: Werner Abelshauser (Hrsg.), Die etwas andere Industrialisierung. Studien zur Wirtschaftsgeschichte des Minden-Lübbecker Landes im 19. und 20. Jahrhundert, Essen 1999, S. 179-200.

Anmerkungen

- 1 100 Jahre H. Ronicke Söhne; 80 Jahre Ronicke-Möbel; MT, 24. Nov. 1937.
- 2 100 Jahre H. Ronicke Söhne; MT, 24. Nov. 1932.
- 3 100 Jahre H. Ronicke Söhne.
- 4 100 Jahre H. Ronicke Söhne; vgl. Forkel: „Einen Höhepunkt erreichte diese Entwicklung mit der Konstituierung des Deutschen Reiches im Jahr 1871. Der sogenannte ‚Gründerboom‘, der sich in einer Gründungswelle von Banken und Aktiengesellschaften sowie in Geld- und Bodenspekulationen von bisher nicht gekanntem Ausmaß zeigte, bot vielen die Möglichkeit des sozialen Aufstiegs. Zum entscheidenden wirtschaftlichen Machtfaktor entwickelte sich das entstehende Großbürgertum, die Unternehmer in Industrie, Handel und Bankwesen – in der Regel soziale Aufsteiger aus dem Klein- und Mittelbürgertum.“ (S. 8) und: „Unterstützt wurde dieser ‚Boom‘ durch die fünf Milliarden Goldfrancs, die Frankreich als Verlierer des Deutsch-Französischen Krieges von 1870/71 an das Deutsche Reich zahlen mußte.“ (S. 79, Anm. 5).
- 5 Firmenchronik Ronicke.
- 6 Vgl. Lucke.
- 7 100 Jahre H. Ronicke Söhne.
- 8 Firmenchronik Ronicke.
- 9 Firmenchronik Ronicke.
- 10 Das erste Gaswerk der Region, dem 18 weitere örtliche Gaswerke folgten, entstand 1856 in Bielefeld. Die im Vergleich zu anderen Regionen verspätete Industrialisierung Minden-Ravensbergs fand in den Städten ihren ersten Auftrieb durch die Lieferung von Gas zur Beleuchtung und zum Antrieb von Gasmotoren (Wilms, S. 272). In der Stadt Minden gab es schon 1825 eine kleine von Privatleuten betriebene Gaserzeugungsanlage (Haubrok, S. 229). Dieses aufgrund einer Privatinitiative angelegte Gaswerk wurde 1864 von der Stadt angekauft (Alt-minden.de). Erst mit der Elektrizität, die im Kreis Minden vom 1909 gegründeten EMR (Elektrizitätswerk Minden-Ravensberg) produziert wurde, konnten über die weitverzweigten Versorgungsnetze auch jene Gebiete auf dem flachen Lande erschlossen werden, die für die Gasversorgung nicht erreichbar waren. In der Stadt Minden lieferte seit 1902 das städtische Elektrizitätswerk an der Hermannstraße den elektrischen Strom (Wilms, S. 272; Haubrok, S. 229; Wixforth, S. 188f.). Im Jahr 1913 trat die Stadt dann dem EMR bei, das seither die Versorgung Mindens mit Strom sicherstellt (Haubrok, S. 229). Die Industrie gehörte jedoch in den ersten Jahren zu den kleinsten Kunden des EMR. „Die großen Unternehmen besaßen zumeist eigene Gleichstromgeneratoren und benutzten diese, bis sie aufgrund von Defekten stillgelegt werden mussten. Erst dann ließen sich diese Unternehmen an das Stromleitungsnetz des EMR anschließen und nahmen sehr schnell in großem Umfang Kraftstrom ab. Kleinere Gewerbebetriebe wie Bäckereien, Bauunternehmer, Gastwirte, Sägewerke und Schmieden hingegen gehörten zu den frühen und guten Kunden des EMR. Sie ließen sich gerne durch Teilknetmaschinen, elektrische Backöfen, Semmelreibemaschinen, Küchenmaschinen im Hausbereich und durch Bauwinden, Wasserpumpen, Hebezeuge, Kräne, Betonmischer, Kreissägen, Handbohrmaschinen, Schleif- und Poliermaschinen, Schweißgeräte, Lötkolben und Drehbänke im Baubereich die schwere Arbeit abnehmen.“ (Botzet, S. 61).
- 11 100 Jahre H. Ronicke Söhne; MT 24. Nov. 1927; MT 24. Nov. 1937; vgl. Heiden, S. 165: „Kurz nach der Jahrhundertwende war in Ostwestfalen-Lippe der Durchbruch zu neuen Betriebsformen zu beobachten, die sich weder dem Handwerk noch der Fabrik zuordnen ließen. Der Einsatz motorischer Kraft wie die ersten Ansätze von Arbeitsteilung bedurften der Ergänzung durch qualifizierte Handarbeit. Die unter Anpassungsdruck stehenden Handwerksbetriebe konnten so allmählich in eine fabrikmäßige Fertigung hineinwachsen. Die leistungsfähigsten gingen zur reinen Serienmöbelherstellung über, spezialisierten sich und nutzten moderne Holzbearbeitungsmaschinen.“
- 12 BKW, Bd. 50: Stadt Minden, Teil IV, S. 731ff. u. 729ff.
- 13 100 Jahre H. Ronicke Söhne; vgl. Forkel, S. 18: „Im Verlauf des 19. Jahrhunderts gewann der Wohnbereich für alle Klassen und Schichten einen höheren Stellenwert. Ein gesteigertes Repräsentationsbedürfnis – sowohl im öffentlichen

- Leben als auch im privaten Bereich – war eine Folgeerscheinung der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Veränderungen.“
- 14 100 Jahre H. Ronicke Söhne.
 - 15 Firmenchronik Ronicke; BKW, Bd. 50: Stadt Minden, Teil IV, S. 732.
 - 16 Zu den Wegen der „Vermittlung von Wohnmustern“ bei der potenziellen Kundschaft vgl. Forkel, S. 20ff.
 - 17 Wähler.
 - 18 100 Jahre H. Ronicke Söhne; MT 24. Nov. 1927.
 - 19 MT 24. Nov. 1937.
 - 20 MT 24. Nov. 1937; vgl. Fischer, S. 194.
 - 21 100 Jahre H. Ronicke Söhne.
 - 22 Vereinbarung der Gewerkschaften mit den Unternehmerverbänden über die Einführung des Achtstundentags am 15. Nov. 1918 (vgl. Grebing, S. 294). Im Jahr 1920 fanden in den Betrieben zum ersten Mal Betriebsratswahlen statt, bei denen der Deutsche Holzarbeiter-Verband (DHV) eine Zustimmung von 89% erreichte (vgl. Potthoff, S. 127).
 - 23 Die politischen Umstände nach der Revolution begünstigten zu Beginn der Weimarer Republik die Position der Gewerkschaften in den Verhandlungen um die Verabschiedung eines Betriebsrätegesetzes, die Reduzierung der täglichen Arbeitszeit, die Einführung von Urlaubstagen und einen Reichstarifvertrag. Vgl. dazu Potthoff, S. 135.
 - 24 Die Arbeiter im Tischlergewerbe wiesen 1920 einen hohen gewerkschaftlichen Organisationsgrad auf. Von den 172.182 Beschäftigten gehörten 84,4% dem Deutschen Holzarbeiter-Verband (DHV) an, 3,8% anderen freien Gewerkschaften. Bis zum Jahr 1922 stiegen die Mitgliederzahlen auf ihren absoluten Höhepunkt während der Weimarer Republik. Der DHV war zu der Gewerkschaft der Holzarbeiter geworden (Potthoff, S. 125ff.). „Er profilierte sich [...] als Beschützer traditioneller Berufsorganisationen und zugleich als abgeschlossen für eine moderate, nicht mit Gewalt erzwungene Modernisierung gewerkschaftlicher Organisationsstrukturen.“ (Potthoff, S. 128). Einen Teil seiner hohen Mitgliederzahlen verdankte der DHV sicher auch der Tatsache, dass die Gewerkschaft seit dem 1. April 1904 den arbeitslosen Mitgliedern, die dem Verband länger als ein Jahr angehörten, nach siebentägiger unversuldueter Arbeitslosigkeit für maximal 36 Tage pro Jahr eine finanzielle Unterstützung leistete (vgl. Schönhoven, S. 75f., u. Grebing, S. 293). Die staatliche Arbeitslosenversicherung heutiger Prägung wurde erst 1927 eingeführt (vgl. Potthoff, S. 139). Die Kündigungsfristen der Holzarbeiter betrug von dem Ersten Weltkrieg in der Regel nur acht bis vierzehn Tage (Fischer, S. 299). Bei den Tischlermeistern Müller und Ronicke in Minden waren hingegen 1907 Arbeitsverhältnisse ohne Kündigungsfrist noch die Regel (Fischer, S. 299, Anm. 347). Insgesamt hatte sich jedoch nach der Jahrhundertwende bei vielen Arbeitgebern der Holzbranche die Einsicht durchgesetzt, dass durch den Abschluss von Tarifverträgen die eigene Kostenkalkulation erleichtert und das unternehmerische Ziel einer kontinuierlichen Fertigung gewahrt werden konnten (Fischer, S. 298); vgl. Fischer, S. 297ff. Der größte Teil des Gesamtetats des am 1. Juli 1893 gegründeten Deutschen Holzarbeiter-Verbandes (DHV) wurde für innergewerkschaftliche Solidarleistungen bei Krankheit und Invalidität, für arbeitslose oder einen neuen Arbeitsplatz suchende Mitglieder, für Streikende und Gemaßregelte, für den Rechtsschutz und in Not- oder Sterbefällen ausgegeben. Damit übernahmen die Gewerkschaften eine Vorreiterrolle bei der Grundlegung des modernen Sozialstaats und setzten neue Ziele, die von Bismarck mit seinen Gesetzesmaßnahmen in den 1880er Jahren nicht erreicht worden waren oder bewusst aus der staatlichen Daseinsvorsorge ausgeklammert bleiben sollten (vgl. Schönhoven, S. 74). Vgl. zu den weiteren Arbeitskämpfen bis 1923: Fischer, S. 192ff.; Fischer, S. 311ff.; Potthoff, S. 123-142.
 - 25 100 Jahre H. Ronicke Söhne.
 - 26 60 Jahre Tischler-Fachschule Detmold.
 - 27 100 Jahre H. Ronicke Söhne.
 - 28 100 Jahre H. Ronicke Söhne; vgl. Fischer, S. 192ff.
 - 29 MT, 24. Nov. 1927; BKW, Bd. 50: Stadt Minden, Teil IV, S. 729ff.
 - 30 MT, 24. Nov. 1927.
 - 31 100 Jahre H. Ronicke Söhne; MT 24. Nov. 1937.
 - 32 MT, 24. Nov. 1932.
 - 33 Firmenchronik Ronicke.
 - 34 Vgl. Fischer, S. 194, Anm. 332: „Der Möbelexport war für viele am Außenhandel beteiligte Möbelfabriken trotz aller Abgaben lukrativ, da die Möbel gegen

- harte Währungen verkauft wurden, deren Herstellungskosten zuvor in Deutschland mit der immer wertloser werdenden Papiermark beglichen worden waren.“; vgl. auch Fischer, S. 207.
- 35 MT, 24. Nov. 1927; vgl. Heiden, S. 166: „Klein- und Großbetriebe gab es für alle Möbelqualitäten, doch zunehmend setzten sich die Vorteile rationeller Arbeitsteilung durch. 1929 arbeitete in Ostwestfalen-Lippe bereits über die Hälfte der Beschäftigten in Betrieben mit mehr als 50 Personen.“
- 36 Seit 1919 bestand ein Anschluss an die Mindener Kreisbahn, seit 1922 auch an die Hafensbahn. Vgl. BKW, Bd. 50: Stadt Minden, Teil V, S. 1406.
- 37 Firmenchronik Ronicke.
- 38 100 Jahre H. Ronicke Söhne; BKW, Bd. 50: Stadt Minden, Teil V, S. 1406ff. Wie mehrere andere kleine Kraftwerke dieser Region auch erzeugte dieses hauseigene Dampfkraftwerk zur Energieversorgung im Nahbereich Gleichstrom, der technisch leichter zu generieren war, sich jedoch nur über relativ kurze Entfernungen fortleiten ließ (Botzet, S. 20). Erst nach dem Zweiten Weltkrieg wurde die werkseigene Dampfmaschine im Kesselhaus zur Stromerzeugung von der Versorgung durch das EMR abgelöst (Firmenchronik Ronicke).
- 39 MT, 24. Nov. 1932; MT, 24. Nov. 1937; BKW, Bd. 50: Stadt Minden, Teil IV, S. 729ff.
- 40 100 Jahre H. Ronicke Söhne.
- 41 MT, 24. Nov. 1932.
- 42 80 Jahre Ronicke-Möbel; MT, 24. Nov. 1937.
- 43 Vgl. Heiden, S. 168: „In den Vorkriegsjahren differenzierte sich die Lage der Holzindustrie: [...] Nur der Absatz von Luxusprodukten gestaltete sich problemlos; bei den Erzeugnissen für den Massenkonsum zeichneten sich dagegen Sättigungstendenzen ab.“
- 44 MT, 24. Nov. 1937.
- 45 Vgl. Fischer, S. 237ff.
- 46 100 Jahre H. Ronicke Söhne
- 47 Firmenchronik Ronicke; Interview mit der Ehefrau eines ehemaligen Beschäftigten der Peschke Flugzeugwerke (Tonarchiv Mindener Museum, Nr. 001A170397); vgl. Fischer, S. 240f.; vgl. Heiden, S. 168.
- 48 Durch die Einberufung zur Wehrmacht verlor der deutsche Arbeitsmarkt bis zum 30. April 1940 ca. 3.143.000 Männer (Witt, S. 109). Von 1939 bis 1942 fiel die Zahl der Erwerbstätigen auf Reichsebene von 39,1 Millionen im Mai 1939 auf 31,3 Millionen im Mai 1942 (Witt, S. 134).
- 49 Firmenchronik Ronicke; vgl. Fischer, S. 239: „Nachdem der Heeresproduktion mit der fortschreitenden Dauer des Krieges immer größerer Vorrang eingeräumt wurde, kam es bereits im Verlauf des Jahres 1940 zu ersten Betriebsstilllegungen. Die hatten ihre Ursache darin, dass Möbelwerken, die nicht mit Rüstungsaufgaben betraut worden waren, ab 1940 immer weniger Material zugeteilt wurde. Darüber hinaus waren diese Betriebe seit 1941 in zunehmendem Ausmaß sogenannten Durchkammaktionen der Behörden ausgesetzt worden, durch die ‚kriegsunwichtigen‘ Unternehmen zugunsten ‚kriegswichtiger‘ Betriebe oder für den Wehrdienst in der Wehrmacht Arbeitskräfte entzogen wurden.“. Vgl. Fischer, S. 239ff.
- 50 Witt, S. 109.
- 51 Fischer, S. 239ff.
- 52 „Die Firma Peschke Flugzeugwerkstätten GmbH war 1936 aus Düsseldorf-Lohhausen nach Minden an die Heidestraße gekommen und spezialisierte sich auf die Reparatur und Generalüberholung von Schulungsflugzeugen der Luftwaffe. [...] Um die reparierten Militärmaschinen zu testen, unterhielt die Firma Peschke einen eigenen Werksflugplatz auf der Minderheide.“ (Witt, S. 106).
- 53 Vgl. Schulte. Zur Produktion während des Zweiten Weltkriegs finden sich darin jedoch keine Angaben zum Flugzeugbau.
- 54 Firmenchronik Ronicke; Interview mit einem ehemaligen Beschäftigten der Firma Moser (Tonarchiv Mindener Museum, Nr. 007B140497); Witt, S. 107.
- 55 Nordsiek, S. 47, Anm. 94 (Auskunft Georg Martin Meinecke).
- 56 Vgl. Heiden, S. 168: „Die Möbelfabriken bemühten sich immer krampfhafter um Rüstungsaufträge, um Stilllegungen oder Arbeitskräfteentzug zu entgehen. [...] Gerade größere Firmen lavierten sich geschickt durch die Kriegsjahre. Das Spannungsfeld von Kriegs- und Konsumgüterproduktion, bei der es auch um einen nicht einzuschränkenden elementaren Bedarf ging, bot dazu einige Freiräume.“
- 57 Firmenchronik Ronicke; vgl. Witt, S. 111: Die NS-Diktatur unterschied die

- ausländische Arbeiterschaft nach Nationalitäten und „rassischen Kriterien“. „An oberster Stelle standen dabei die Angehörigen der verbündeten Staaten, wie zunächst noch die Italiener und die ‚Arbeiter germanischer Abstammung‘, wie Niederländer, Dänen, Norweger und Flamen. Es folgten die ‚fremdvölkischen Arbeitnehmer‘ aus dem Westen, Franzosen und Wallonen, und unter ihnen standen die ‚fremdvölkischen‘ Arbeiter aus Südosteuropa. Am unteren Ende der Skala rangierten schließlich die Polen und ab 1942 die ‚Ostarbeiter‘, die besonders unter Terror und Diskriminierung zu leiden hatten. Entsprechend dieser rassischen Hierarchie waren die Arbeits- und Lebensbedingungen der verschiedenen Gruppen auch in der Praxis sehr unterschiedlich.“ Vgl. Witt, S. 101: „Diese ausländischen Arbeiter bildeten keine homogene Gruppe mit vergleichbaren Lebensbedingungen. Es waren im Gegenteil mehrere, sehr unterschiedliche Gruppen, die einer stark differenzierten Gesetzgebung nach ‚rassischen Kriterien‘ unterworfen wurden. Unter ihnen findet sich der holländische Tischler, der im Haus seines Arbeitgebers wohnte und wie ein deutscher Arbeiter entlohnt und behandelt wurde, genauso wie das 16-jährige Mädchen aus der Sowjetunion, das in einer Rüstungsfirma unter erbärmlichsten Bedingungen zwölf Stunden am Tag Granaten drehen musste.“ Vgl. Witt, S. 101: „Im Sommer 1944 – auf dem Höhepunkt der Rüstungsproduktion – arbeiteten im Deutschen Reich mehr als 5,7 Millionen ausländische Arbeiter, mehr als 1,9 Millionen Kriegsgefangene und 400.000 KZ-Häftlinge. Das entspricht knapp 26% der zu der Zeit in der deutschen Wirtschaft beschäftigten Arbeiter und Angestellten.“
- 58 Liste der ausländischen Zivilarbeiter im Ortspolizeibezirk Minden, 4. März 1942 (KAM, Stadt Minden, G II, Nr. 863); Nordsiek 1995, S. 46ff.; vgl. Fischer, S. 244ff.
- 59 Ronicke 22. März 1941 (KAM, Stadt Minden, W, Nr. 336); Witt, S. 137, Anm. 58.
- 60 Ronicke 22. März 1941 (KAM, Stadt Minden, W, Nr. 336); Witt, S. 111.
- 61 Ronicke 22. März 1941 (KAM, Stadt Minden, W, Nr. 336); Witt, S. 125. In Minden zählte man schließlich 30 Ausländerlager, die über das gesamte Stadtgebiet verteilt waren (Nordsiek, S. 53). Die zivilen Fremdarbeiter waren jedoch zumeist in Privatunterkünften untergebracht. (Liste der ausländischen Zivilarbeiter im Ortspolizeibezirk Minden, 4. März 1942 (KAM, Stadt Minden, G II, Nr. 863)).
- 62 Ronicke 22. März 1941 (KAM, Stadt Minden, W, Nr. 336); Witt, S. 111 u. 126.
- 63 KAM, Stadt Minden, W, Nr. 336.
- 64 Aufgrund der Zerstörungen durch den Krieg hatten in der belgischen Möbelindustrie zahlreiche Tischler ihre Arbeit verloren (Ronicke 17. Oktober 1941, in: KAM, Stadt Minden, W, Nr. 336).
- 65 Ronicke 17. Oktober 1941 (KAM, Stadt Minden, W, Nr. 336); Witt, S. 137, Anm. 57.
- 66 Ronicke 22. März 1941 (KAM, Stadt Minden, W, Nr. 336); Witt, S. 126.
- 67 Ronicke 22. März 1941 (KAM, Stadt Minden, W, Nr. 336); Witt, S. 126 u. S. 145, Anm. 191.
- 68 100 Jahre H. Ronicke Söhne; BKW, Bd. 50: Stadt Minden, Teil IV, S. 732.
- 69 100 Jahre H. Ronicke Söhne.
- 70 Firmenchronik Ronicke.
- 71 Vgl. Heiden, S. 169: „In der Nachkriegszeit wurde die Produktion im Möbelbecken rasch wieder aufgenommen: Handwerksbetriebe behoben Bombenschäden, Serienmöbelproduzenten verschafften sich die überlebensnotwendigen Aufträge der britischen Besatzungsmacht und belieferten den Ruhrbergbau.“
- 72 Firmenchronik Ronicke; 100 Jahre H. Ronicke Söhne.
- 73 Firmenchronik Ronicke; vgl. Gotschy, Resümee, S. 403.
- 74 Firmenchronik Ronicke; vgl. Heiden, S. 170: „Nicht zuletzt mangels Rohstoffen und wegen der noch nicht erfolgten Umstellung auf eine zivile Produktion konnten oft nur einfachste Möbel produziert werden. Aber der Nachholbedarf war so enorm, dass die Form keine Rolle spielte. Lieferbarkeit und Erschwinglichkeit gaben angesichts der Hortungen vor und der rasant steigenden Preise nach der Währungsreform den Ausschlag.“
- 75 100 Jahre H. Ronicke Söhne.
- 76 Das erste Fernsehgerät (FE 8) kam 1952 von der Firma Telefunken für 1.000 DM auf den deutschen Markt.
- 77 Firmenchronik Ronicke; MT, 15. Febr. 1984.
- 78 100 Jahre H. Ronicke Söhne.

- 79 Ibach ist die älteste Pianomanufaktur der Welt und einer der renommiertesten deutschen Klavierbauer. Die Firma wurde 1794 in Wuppertal gegründet. Nach der Zerstörung des Hauptwerkes in Wuppertal wurde der Stammsitz 1945 nach Schwelm verlegt.
- 80 Eine ähnliche Fertigung von Radio- und Radiogehäuseteilen erfolgte für kurze Zeit beispielsweise auch bei der Firma Gebrüder Moser in Minden (Wilms, S. 207).
- 81 Vgl. Schüßler, S. 97-102.
- 82 Firmenchronik Ronicke.
- 83 Vgl. Sawall.
- 84 100 Jahre H. Ronicke Söhne; vgl. Heiden, S. 170: „Der Produktionsprozess wurde weiter mechanisiert, die teilautomatisierte Fließfertigung brachte eine noch differenziertere Arbeitsteilung mit sich. Fertigungsstraßen und arbeitsteilige Montage setzten sich durch. Im Möbelbecken markiert diese Dekade nach dem Durchbruch um die Jahrhundertwende, dem Umbruch in den zwanziger Jahren sowie den kriegswirtschaftlichen Innovationen den vierten und endgültigen Wendepunkt.“
- 85 Eicke, S. 23.
- 86 100 Jahre H. Ronicke Söhne.
- 87 100 Jahre H. Ronicke Söhne; BKW, Bd. 50: Stadt Minden, Teil V, S. 1406.
- 88 Firmenchronik Ronicke; vgl. Schüßler, S. 101.
- 89 Firmenchronik Ronicke.
- 90 Wichmann.
- 91 Vgl. Gotschy, S. 405f.: „Die grundlegende Änderung stellt der Mitte der fünfziger Jahre bereits eingeleitete, aber Ende jenes Jahrzehnts bis heute durchgeführte Umschwung vom Verkäuferzum Käufermarkt dar. Als Folge davon muss der mittlere Möbelfabrikant sich in ständig zunehmendem Maße mit Werbung, Marketing, Design, veränderten Distributionsmöglichkeiten, neuen Rohstoffen und damit notwendigen geänderten Fertigungsmethoden befassen.“
- 92 Firmenchronik Ronicke.
- 93 Firmenchronik Ronicke.
- 94 Der Verband „Designo“ wurde 1995 vom WK-Verband übernommen.
- 95 Firmenchronik Ronicke.
- 96 MT, 15. Febr. 1984.
- 97 MT, 15. Febr. 1984.
- 98 „Design steht heute vor Funktion und Preis an erster Stelle.“ (Kiyoshi Sakashita, japanischer Architekt).
- 99 MT, 15. Febr. 1984.
- 100 BKW, Bd. 50: Stadt Minden, Teil V, S. 1406.

FRITZ W. FRANZMEYER

Das Friedhofswesen der Kapellengemeinde Barkhausen

unter dem Einfluss der zweiten Stadtbefestigung und
der Zugehörigkeit zu St. Martini¹

Im alten Ortskern von Barkhausen steht eine schlichte Dorfkapelle aus Portasandstein. Fachleute schätzen ihr Alter auf 460 bis 470 Jahre. Um sie herum steht oder liegt, teils von Efeu überwuchert, etwa ein Dutzend halb verwitterter Grabsteine und -platten. Darunter die Grabplatte für einen schwedischen Obristen aus dem Dreißigjährigen Krieg; er starb im Jahre 1639. Ein Friedhof aus ganz alten Tagen? An den Steinen lässt es sich nicht ablesen. Die Obristen-Platte liegt dort noch keine 35 Jahre. Ähnlich sieht es mit dem Grabstein des Schmiedemeisters Witthaus aus. Dieser starb zwar immerhin vor über 150 Jahren. Der Stein aber steht dort ebenfalls erst wenige Jahrzehnte. Beide, Platte und Stein, befanden sich früher auf einem anderen, unweit gelegenen Friedhof hinter der alten Schule am Kapellenweg.² Nachdem dieser im Jahre 1939 eingezogen



Kapellenfriedhof: Einige der alten Grabsteine an der Barkhauser Dorfkapelle, Nordseite.

Foto: Franzmeyer



Grabplatte von 1639 für die zwanzigjährige Anna von Pless(en), Gattin eines Obersten in schwedischen Diensten, und ihren Sohn Peter. Beide starben offenbar bei der Geburt des Sohnes. Der Stein liegt auf der Ostseite der Barkhauser Dorfkapelle. Foto: Franzmeyer

worden war³ und zum Verkauf als Baugrund anstand, entging die im Erdreich verborgene Grabplatte des Obristen der Bestandsaufnahme durch das „sehr tätige“ Barkhauser Mitglied des Mindener Geschichtsvereins⁴, Bergmann⁵. Sie wurde im Jahre 1972 bei Ausgrabungen auf dem Grundstück Kapellenweg 10 wieder zutage befördert und dann an die Kapelle umgesetzt. Ähnlich erging es den anderen Grabsteinen an der Kapelle, von denen freilich nur der kleinere Teil in Barkhausen verblieb. Der des Schmiedemeisters kam zunächst in den Schuppen seines heutigen Nachfahren – auch er wieder ein Schmiedemeister Witthaus –, und von dort erst, auf Anregung von Pastor Wilhelm Westermann, an die Kapelle.⁶ Auch die Todesdaten auf den übrigen Grabsteinen weisen nur in das 19. Jahrhundert zurück. Der kleine Friedhof an der Kapelle hat also nicht die Qualität eines Denkmals, an dem Dorfgeschichte abgelesen werden kann. Authentische Dokumente sind lediglich die Steine und Platten als

solche, insoweit ihre Beschriftung – was zum Teil der Fall ist – interessante Auskünfte über im Dorf gelebtes Leben gibt. Fest steht nach Textstellen in alten Dokumenten lediglich, dass es sich bei dem Areal um die Kapelle herum überhaupt um einen frühen Gottesacker handelt.

Schon gar nicht gibt es Quellen darüber, wann die ersten Toten hier bestattet wurden. Aber auch das Alter des zweiten, am Kapellenweg⁷ gelegenen Friedhofs ist nicht bekannt. Der letztere ist im Zweifel jünger als der erstere. Das Barkhauser Kapellenbuch wird erst seit etwa 1700 geführt und enthält auch keine Informationen über die Lage der Gräber. Die Barkhauser Kapellengemeinde war bis zur Gründung der Evangelischen Kirchengemeinde Barkhausen im Jahre 1895 nicht eigenständig, sondern gehörte zur Landgemeinde von St. Martini in Minden. Auch deren im Landeskirchlichen Archiv Bielefeld lagernde Alt-Akten helfen in dieser Frage nicht weiter. Erst aus dem 19. Jahrhundert erfahren wir einiges über den kleinen Friedhof am Kapellenweg. Die Quellen sind für diese Zeit vor allem unter zwei Aspekten interessant. Sie zeigen einmal, wie der Status Mindens als preußischer Festung zu einer recht engen Verflechtung der Stadt mit dem Dorfe Barkhausen im Bestattungswesen geführt hat. Und sie zeigen zum anderen, wie die bestehende kirchlich-institutionelle Bindung Barkhausens an Minden, deren Rechtsqualität unscharf und von Querelen gekennzeichnet war, innerhalb des Dorfes dazu führte, dass die unter dem erheblichen demographischen Druck jener Jahre dringliche Suche nach einem neuen Gottesacker Kapriolen schlug.

Mindener Gräber in Barkhausen

Der Friedhof am Kapellenweg war 1861 „unzweifelhaft kirchliches Eigentum“. So jedenfalls die Ansicht des Barkhauser Kapellenvorstands.⁸ Niemand hätte sie widerlegen können, und im Dorf wurde dies wohl auch von niemandem beabsichtigt. Der Martini-Pfarrer Ohly war denn auch um jene Zeit zugleich Präses des Barkhauser Kapellenvorstands. Die Verwaltungshoheit einer wohlangesehenen Mindener evangelischen Kirchengemeinde wirkte sich förderlich auf die behördliche Bewilligung von Anträgen Mindener Bürger aus, aus welchen Gründen auch immer auf dem Barkhauser Friedhof bestattet zu werden. Als zum Beispiel am 25. Juli 1854 der Mindener Ludwig Homann um eine solche Genehmigung für seine verstorbene Ehefrau einkam, „weil wir schon zwei dort liegen haben“, war dagegen „um so weniger Etwas einzuwenden [...], als die Dorfschaft Barkhausen zur hiesigen Sct.-Martini-Gemeinde gehört“.⁹

Allerdings musste die konfessionelle Feinausrichtung stimmen, wollte man sich auch in Bestattungsfragen die Genehmigungsbehörde gewogen machen. Als der Barkhauser Gutsbesitzer Carl Wittekind Schumacher am 14. Oktober 1856 die Erlaubnis zur Anlage eines Privatfriedhofs im Walde hinter seinem Gut erbat, um seinen zwei Tage zuvor verstorbenen Vater, den Amtsrat Heinrich Ludwig Schumacher, dort zu begraben, gab die Behörde intern zu bedenken, dass „die Schumachersche Familie auf dem Wedigenstein noch jetzt zur sogenannten ‚freien Gemeinde‘ in

Lu

Königliche Regierung zu Minden!

Ich erlaube mir nachstehend
auf das zum Gute Wedigenstein
gehörige Grundstück, das
Schiefersberg genannt, am Fuße
des Wittekindsberges, ein
Familien begräbnis zu gründen
sowohl dahin Königliche
Regierung zu Minden, zu
gestatten,

dass der am 20. d. d. Herr
Ludwig Schumacher, wohnt
am 12. d. S. W. zu Wedigenstein
verstorben, auf vorbenanntem
Grundstücke am 16. d. S. W.
beerdigt werde.

Wedigenstein

den 14. d. October Carl Schumacher
1856.

Antrag des Barkhauser
Gutsbesitzers Carl Wittekind
Schumacher zu Wedigenstein
vom Oktober 1856 auf
Genehmigung eines
Privatfriedhofs im Walde
hinter dem am Südhang
des Wittekindsberges
gelegenen Gut.

Landesarchiv NW, Abt.
Ostwestfalen-Lippe (StADt),
M 1 P Nr. 706 Bl. 15

Holzhausen" gehöre.¹⁰ Deren
Leiter aber, der radikalreligiö-
se Pfarrer Dr. Schrader, war po-
litisch wie theologisch angeek-
kt und nach der gescheiterten
„bürgerlichen Revolution“
von 1848/49 zur Unperson ge-
worden. Das Konsistorium
wurde eingeschaltet. Es hatte
indes nichts einzuwenden. Zu
verdienstvoll wohl, sozial wie
agrarwirtschaftlich, war das
Wirken des seligen Amtrats
gewesen. Sofern das Konsisto-
rium Zweifel hegte, brauchte
es aber nicht lange mit sich zu
kämpfen: Schon bald wechselte
das Gut Wedigenstein zur
Kirchengemeinde Hausberge.

Die Gepflogenheit, dass

Mindener Bürger ihre Angehörigen weit vor den Toren der Stadt begru-
ben, dürfte es in Grenzen bereits im 18. Jahrhundert gegeben haben.
Dies wird deutlich, wenn etwa der Kaufmann Reimers im Oktober 1841
wünscht, sein verstorbenes Kind „auf seiner schon vor 40 Jahren jenseits

der Windmühle vor dem Marienthore [...] in der dort belegenen, ihm gehörenden Wiese eingerichteten Erb-Begräbnisstätte [...] zu beerdigen“.¹¹ Auftrieb bekam diese Praxis aber vor allem nach den Befreiungskriegen. Im Jahre 1814 wurde der Kirchhof vor dem Marientor „zu den Festungswerken eingezogen und mußten etwa 900 Bürger ausgegraben und nach dem jetzigen Kirchhofe überführt werden. Dieser liegt unmittelbar an den Festungswerken und blieb es längere Zeit ungewiß, ob nicht ein Theil desselben [ebenfalls] zu den Festungswerken eingezogen werde.“¹²

Mit dieser Ungewißheit taten sich die Bürger schwer. Es entstand in sicherer Entfernung von den Festungsmauern ein Wildwuchs an Begräbnisstätten, in den Dörfern „oder aber auf Privatgrundstücken, Gärten Wiesen, Feldern“ in der Mindener Feldmark. Zu Beginn der 1870er-Jahre waren es über 30. Vereinzelt wurden ganze Privatfriedhöfe neu beantragt, z.B. auf dem Rodenbeck, oder es wurden ganze Abteilungen auf vorhandenen, entfernt gelegenen öffentlichen oder kirchlichen Friedhöfen belegt. Die Grabplätze wurden zum Teil als Erbbegräbnisstätten gekauft. Und dies, obwohl die Regierung bereits im April 1821 Entwarnung für die Totenruhe auf dem städtischen Friedhof gegeben hatte.¹³ Die privaten Bestattungsareale trugen romantische Namen wie „beim dicken Baume vor dem Marienthore“, bei „Kuhlemanns Freude am Wallfahrts-teiche“, „auf dem Fischerstädter Bruche“, „hinter dem Kuckuck“ und „unterhalb der Lust“.¹⁴ Nicht wenige Mindener begruben ihre Angehörigen im eigenen Garten. Für jede solche Bestattung „außerhalb des städtischen Kirchhofs“ musste bei der Regierung um Erlaubnis nachgesucht werden. Diese wurde meist großzügig erteilt. Trotzdem – oder vielleicht gerade wegen dieser Permissivität – kam es vor, dass ohne Genehmigungersuchen privat bestattet wurde oder dass zwar angefragt, aber die Antwort nicht abgewartet wurde.

Nach 1821, als also klar war, dass der städtische Friedhof nicht dem Festungsbau weichen müssen, kehrte sich zwar so manche Familie wieder diesem Friedhof zu, und bereits Begrabene wurden sogar dorthin umgebettet. Viele Mindener blieben aber bei der Gepflogenheit der Privatbestattung außerhalb der Stadt. Exhumierungen waren teuer, es waren Erbbegräbnisse bezahlt, und man wollte die Familie auch nach dem Tode nicht voneinander trennen. Die Stadt aber betrachtete die Sitte mit wachsendem Unbehagen. Es entgingen ihr in erheblichem Umfang Friedhofsgebühren. Sie hatte auch keine Kontrolle darüber, ob nicht die Grabpflege vernachlässigt wurde und die Gräber verwahrlosten. Im Jahre 1874 verbot sie deshalb plötzlich Privatbestattungen.¹⁵

Das rief unter den Betroffenen Unruhe hervor, und so mancher beschwerte sich bei der Regierung, unter deren Aufsicht die Stadt in Sachen Leichenhygiene und Bestattungswesen stand. So auch der Kaufmann Reimers. Die Regierung behielt zunächst auch im Falle Reimers ihre großzügige Bewilligungspraxis bei, wogegen der Magistrat jedoch Einspruch einlegte. Der Streit kam vor die höchste Entscheidungsinstanz, das preußische Innenministerium in Berlin, dem der Magistrat in einem langen Schreiben vom 29. Februar 1876 seine Argumente darlegte.¹⁶ Innenmini-

ster Graf Eulenburg machte sich die Haltung des Magistrats zu Eigen und wies die Regierung am 19. April an, Privatbestattungen künftig auch in Ausnahmefällen nicht mehr zu genehmigen.¹⁷ Ausschlaggebend dafür war wohl, dass in jenen Jahren ein wichtiger Grund für die Versagung dezentraler Begräbnisse vor den Toren der Stadt hinzugekommen war: Die Festungsmauern waren nach dem Sieg über Frankreich gefallen, und die Stadt dehnte sich über die alten Wallanlagen hinaus aus. Es war also zu erwarten, dass manches Privatbegräbnis einem Bauvorhaben würde weichen müssen oder einem solchen im Wege stand, und so wählten Stadt und Ministerium ihre restriktive Haltung auch im wohlverstandenen Eigeninteresse der Mindener Bürger.

Mindestens einmal muss es dann aber doch noch zu einer Ausnahme gekommen sein. Am 18. Juni 1886 ersucht der Mindener Tischlermeister Gottfried Lange aus der Leiterstraße die Regierung, die Beerdigung seines Sohnes in Barkhausen zu genehmigen. Der Begräbnisplatz lag den von Lange nachgelieferten Informationen zufolge „auf dem Erbe in der Nähe der Besetzung des Colon Meier daselbst“¹⁸ und sei seit 300 Jahren im Familienbesitz. Lange wartet den Bescheid der Behörde nicht ab, obwohl das Verbot bereits seit zehn Jahren gilt. Am 22. Juni teilt der Dützer Amtmann Gotthold dem Landrat mit, „daß die Beerdigung, wie ich heute erfahren, bereits am Sonntag, den 20. d. Mts. zu Erbe geschehen ist. Der Begräbnisplatz liegt zwischen zwei Häusern und wäre es besser, wenn derselbe ganz aufgehoben würde“. Die Stellungnahme der Regierung klingt rau, ist aber in der Sache milde. Dem Landrat wird beschieden, „daß wir [...] für dieses Mal von der Exhumierung der Leiche seines Kindes absehen wollen, für die Zukunft eine weitere Beerdigung auf dem Erbe [...] keinesfalls gestatten und im Falle des Zuwiderhandelns die Ausgrabung der Leiche u. Beerdigung auf einem öffentlichen Friedhofe verfügen werden“.¹⁹

Zu den dörflichen Friedhöfen, auf denen Mindener nach 1814 Erbgräbnisse kauften, gehörte eben auch der am Kapellenweg in Barkhausen. Der Mindener Diakon der Martini-Kirche, Deppen, wurde samt Grabstein nach Barkhausen umgebettet.²⁰ Bergmann war sogar der Meinung, es habe sich überhaupt nur um einen Privatfriedhof von Mindenern gehandelt, in den sich einige Barkhauser, wie die Lehrer Johann Peter Lüddecke und August Koch und eben der Schmiedemeister Witthaus, lediglich eingekauft hätten.²¹ In alten Barkhauser Friedhofsakten ist jedoch die Rede davon, dass man einen neuen Friedhof brauche, weil die beiden vorhandenen nicht mehr ausreichten. Einer davon war der am Kapellenweg; er muss also auch den Barkhausern zur Verfügung gestanden haben. Wenn die Beerdigung von Mindenern dort vonstatten ging, ohne in den Akten groß Spuren zu hinterlassen, so könnte dies damit zusammenhängen, dass, egal ob es sich nun um einen Mindener oder einen Barkhauser handelte, immer doch ein Mitglied der Martini-Kirchengemeinde zu Grabe getragen wurde, und zwar auf einem kircheneigenen Friedhof. Vielleicht liegt hier der Grund dafür, dass für die am Barkhauser Kapellenweg bestatteten Mindener, mit einer Ausnahme, nicht einmal regie-

rungsamtliche Genehmigungsakten auffindbar waren. Entweder bedurfte es einer formalen Genehmigung gar nicht oder diese wurde in der Praxis durch toleriertes Gewohnheitsrecht ersetzt.²²

Die Spurenarmut in den Akten kann aber noch einen anderen Grund haben: Es werden auf dem Friedhof von vornherein weniger Mindener und mehr Barkhauser gelegen haben, als Bergmann vermutete. In einem Falle ist dies gewiss. Der Christian Hoffmann und seine Frau Louise geb. Dettmer, die Bergmann verzeichnet hat, waren die Inhaber des Aulhauser Gasthauses an der neuen Chaussee, gegenüber dem heutigen Hotel Kaiserhof. Sohn Carl August, laut Inschrift Apotheker in Minden, war noch in Aulhausen geboren worden. Münstermann, Meyer und Schonebaum (heute Schonebohm), weitere Namen auf Bergmanns Liste, gibt oder gab es lange auch in Barkhausen mit namhaften Vertretern. Und schließlich waren zur Zeit der Stilllegung des Friedhofs viele Gräber bereits in Vergessenheit geraten. Denn es dürften nur die Wohlhabenderen gewesen sein, die ihren Verstorbenen Gruften anlegten und feste Steine setzten. Das Gros der armen Barkhauser Heuerlinge, Eisenbahnarbeiter, Bergleute und Zigarrenmacher wird sich mit einem schlichten, längst verrotteten Holzkreuz begnügt haben müssen. So ist es denn bezeichnend, dass der Rechnungsrat Bergmann Gruften, Steine und Platten nur an der Ostseite des Friedhofes vorfand. Unter dem Rest der Fläche lagen, außer den „gewöhnlichen“ Mindenern, die Bergmann nicht nach der Anschauung, sondern nach den Eintragungen in den Mindener Kirchenbüchern aufzählt²³, auch die gewöhnlichen Barkhauser. Nur ist dies nicht in den Kapellenbüchern vermerkt; diese halten zwar fest, wann, aber nicht wo jemand bestattet wurde. Der kleine Friedhof an der Kapelle kann es jedenfalls längst nicht mehr gewesen sein. Er hätte schon 1818, als die Mindener Barkhausen als „sicheren Hafen“ für ihre Verstorbenen entdeckten, etwa 330 Liegeplätze haben müssen.²⁴

Der letzte Tote wurde im Jahre 1884 am Kapellenweg bestattet. Einerseits waren ja die Mindener auf die städtischen Friedhöfe zurückgekehrt, andererseits hatte die politische Gemeinde Barkhausen an der Kreisstraße den heute „alt“ genannten Friedhof eröffnet. Die Einwohnerzahl wuchs rasch, an Kapelle und Kapellenweg mangelte es an Platz für neue Begräbnisse, und es gab nun auch in Barkhausen einen nicht unbeträchtlichen Neubedarf an großen, repräsentativen Erbbegräbnissen. Denn einige Bürger kamen im Ort zu Wohlstand und gesellschaftlichem Ansehen oder zogen als wohlhabende Pensionäre zu. Mit der Gründung der Evangelischen Kirchengemeinde Barkhausen wurden auch die Bewohner des Gutes Wedigenstein nach dort umgepfarrt. So ging zwar der „alte alte Friedhof“ am Kapellenweg in den Besitz der neuen Kirchengemeinde über, wurde aber nicht mehr benutzt. Als er schließlich geschlossen wurde, war er seit Jahrzehnten nicht gepflegt worden.²⁵ Manch älterer Barkhauser kann sich noch erinnern, wie er dort als Kind beim Spielen auf menschliche Skeletteile gestoßen ist. Dagegen wurde der „neue alte Friedhof“ schon bald erweitert. Gutsbesitzer Heinrich Osthaus – er hatte Gut Wedigenstein gekauft – und seine Familie wurden auf dem älteren

Teilstück, ganz in Kirchennähe, bestattet. Die Vorbesitzerfamilie Schumacher / Ströver fand teils in Hausberge und teils auf dem noch jetzt vorhandenen privaten Waldfriedhof hinter dem Gut ihre letzte Ruhe.

Der Streit um ein neues Friedhofsgrundstück

Die Anlegung des dritten – des jetzigen „alten“ – Barkhauser Friedhofs hat eine Vorgeschichte.²⁶ Ihr haftet etwas Farcenhaftes an, dem wie so oft in Aulhausen-Barkhausen ein Streit zwischen Bauern zugrunde liegt. Am 23. November 1860 hatte der Kapellenvorstand – in ihm saßen neben Präses Ohly vornehmlich einflussreiche Kolone aus den beiden Ortsteilen – zusammen mit der Vertretung der politischen Gemeinde einen bedeutsamen Beschluss gefasst: Auch der geplante neue Gottesacker, den alle für dringlich hielten, sollte wie die bisherigen unter kirchlicher Verwaltung stehen. Möglicherweise wollte der Gemeinderat Kosten und Arbeit von sich fernhalten. Fortan hielt er sich aus der Angelegenheit heraus.

Dem Kapellenvorstand war klar, dass man das Geld für den Grundstückskauf nicht von der Martini-Zentrale bekommen, sondern selber würde aufbringen müssen. Es sollte vor allem aus dem Verkauf von Erbbegräbnissen kommen, doch auch in der Kapellenkasse befand sich noch ein erklecklicher Posten. Man hatte sich auch schon auf ein Grundstück verständigt. Von den Kolonen Korte-Bergbrede, Schonebohm (Barkhausen) und Schlomann sollte ein Areal im Werte von 779 Talern 18 Silbergroschen und 1 Pfennig erworben werden.

Nun trat Kolon Schonebohm (Aulhausen) auf den Plan – mit einem Geschenkangebot von 100 Talern. Die wollte er aber nur unter der Bedingung bereitstellen, dass ein bestimmtes anderes Grundstück gekauft werde, das dem Kolon Böschemeier No. 8 aus Aulhausen gehörte. Der Kapellenvorstand konnte nicht umhin, ein so großzügiges Geschenk anzunehmen. Dies auch wegen weiterer Vorteile. Das neue Grundstück von 178 Quadratruten Größe war mit 593 1/3 rth. (600 rth. pro Morgen) billiger zu haben als das ursprünglich vorgesehene, so dass insgesamt 180 rth. gespart werden konnten. Zudem war Böschemeier sogar bereit, auf eigene Kosten einen Weg von der Straße zum Kirchhof anzulegen und auf eine Entschädigung für die bereits vollzogene Einsaat zu verzichten. Am 20. Januar 1861 wurde darüber ein förmlicher Beschluss gefasst und am 26. Februar der Antrag an die Regierung gestellt. Um dessen Dringlichkeit zu unterstreichen, hieß es darin, dass das „Bedürfnis eines neuen Leichenhofes zum höchsten Nothstande geworden“ sei.

Doch es kommt anders. Landrat von Schlotheim verweigert die Genehmigung. Das Grundstück sei denkbar ungeeignet für einen Gottesacker. Der „Kreisphysicus“ Dr. Schreiber hatte gutachterlich gesundheitliche, also wohl leichenhygienische, mit der Nähe zur Wohnbebauung und / oder ungeeigneten Bodenverhältnissen begründete Einwendungen vorgebracht. Schlotheim hat auch gleich – woher, bleibt unklar – ein Ersatzgrundstück parat, das der Gutachter für „besonders geeignet“ erklärt. Es ist das Flurstück 56 Nr. 122, 200 Quadratruten groß, und gehört dem Ko-

Ion Steinmeier Nr. 20, genannt Heuke. Der will es auch durchaus zur Verfügung stellen. Der Kapellenvorstand bequemt sich der regierungsamtlichen Vorgabe an und bereitet den Kaufvertrag vor, dessen Entwurf über den Superintendenten Prieß der Regierung vorgelegt wird.

Jetzt aber kommen völlig neue Schwierigkeiten ins Spiel. Die Regierung teilt Prieß am 5. August 1861 mit, dass die „vorgelegten Verhandlungen nicht geeignet sind, um aufgrund derselben“ den Erwerb besagten Grundstücks erwirken zu können. Vielmehr sei ein notarieller Kontrakt nötig, der von der „größeren Repräsentation und dem Kreis-Synodal-Rechnungsausschusse zu genehmigen und uns dann zur Bestätigung einzureichen ist“. Mit der „größeren Repräsentation“ ist die Vertretungskörperschaft von St. Martini gemeint. Und der Rechnungsausschuss hat Finanzierungsbedenken. Der Kapellenvorstand aber sieht nicht ein, dass er das Kostenrisiko eines Notariatsvertrages eingehen soll, bevor die höhere Kircheninstanz ihre grundsätzliche Zustimmung signalisiert hat. Die jedoch scheint in dieser Frage intern zerstritten zu sein.

Als ob sie den Tenor des behördlichen Einwandes nicht richtig gelesen hätten, bringen nun Pfarrer Ohly und die Mitglieder Arnsmeier und Schneckener des Kapellenvorstands das Grundstück Flur 57 Parzelle 106 des Kolons Krüger genannt Jürgensmeier Nr. 29 in Vorschlag. Es solle 600 Reichstaler kosten und sei besser als das draußen im Felde gelegene Heukesche Grundstück geeignet. In einem langen Schreiben vom 26. August 1861 an die Regierung legt Schneckener, der als Mitglied des Kapellen- und des Schulvorstands unterzeichnet, nach dem Schriftdeutsch des Briefes aber wohl kaum dessen eigentlicher Verfasser ist, ausführlich die Argumente dar. Wenn es schon nicht in Frage komme, den Friedhof hinter der Schule durch den sehr wohl möglichen Ankauf angrenzender Grundstücke (von Bergbreite / Schonebohm / Schломann) zu erweitern und so die weitere räumliche Fragmentierung des Barkhauser Friedhofswesens zu vermeiden, müsse doch wenigstens die zweitbeste Lösung, ein Ankauf vom Kolon Jürgensmeier in der Nähe von Schule und Kapelle, zum Zuge kommen. „Aber man hat nicht für gut befunden, eine Untersuchung dieses Grundstücks vornehmen zu lassen.“ Stattdessen bestehe nun die Gefahr, dass das allerungünstigst gelegene, das Heukesche Grundstück genommen werde. Dazu möge man doch bitte den Konsistorialrat Winzer befragen, dessen Prioritäten sich genau mit den hier vorgebrachten decken würden.

Wirft man einen Blick auf das damalige Flur- und Parzellenkataster des Ortes, um zu ergründen, was die Beschwerdeführer unter „weit draußen im Felde“ und „allerungünstigst gelegen“ verstanden haben mögen, so ist man einigermaßen verblüfft. Zwar lag das Heukesche Grundstück „im Felde“, doch ziemlich genau in der Mitte zwischen den beiden damals noch nicht durch Besiedlung verbundenen Ortsteilen (an der Westseite der heutigen Schulstraße). Zudem grenzte es im Süden verkehrsgünstig an die Osterfeldstraße. Demgegenüber lag das Grundstück Jürgensmeier zwar näher an der Kapelle, aus Aulhauser Sicht aber noch jenseits von ihr und dem zweiten Friedhof, ebenfalls im Felde, dazu verkehrsmäßig uner-

geschlossen. Das Grundstück Heuke hatte also eigentlich eine ideale Lage, wenn man diese unter dem Aspekt der tagtäglichen Wegeminimierung der Einwohner aus beiden Ortsteilen bemisst. Bei Beerdigungen war freilich der Weg von der Kapelle zum Friedhof im Falle Heuke weiter als im Falle Jürgensmeier, doch wäre der Fußweg absolut gesehen nur wenige Minuten länger gewesen. Es kann also nicht lauterstes Denken und Handeln zur Durchsetzung des Gemeinwohls gewesen sein, das Schneckener und Ohly antrieb.

Ende September weisen die Vorstandsmitglieder Amann und Arnsmeier den Kollegen Schneckener in einem Schreiben an den Superintendenten empört in seine Schranken. Dieser sei mit seiner Meinung völlig isoliert, auch bereits abgewählt, und es sei eine Anmaßung, wenn er noch als Mitglied des Kapellenvorstands auftrete. Inhaltlich sei Schneckeners Position völlig unhaltbar. Auch der Kreisphysikus habe doch für das Heuke-Steinmeiersche Grundstück im Aulhauser Felde votiert, mit dessen ungestörter Lage und „126 Schritte von Wohnhäusern entfernt“. Zudem sei die Jürgensmeiersche Lösung am allerteuersten, müsse doch vom Kolon Franzmeier erst ein Grundstück zum Bau einer Zufahrtsstraße gekauft und eine Brücke über den Bach geschlagen werden.

Offenbar bedurfte es dieser Demarche nicht. Denn die Regierung zeigt sich ungerührt, weist Schneckener auf die Zuständigkeit der Kirchengemeinde und im Oktober 1861 sogar erstmalig darauf hin, dass die Anlage eines neuen Friedhofs der politischen Gemeinde überlassen bleiben müsse, falls die Zustimmung der größeren Repräsentation von St. Martini nicht beigebracht werden könne.

Das will Pfarrer Ohly auf jeden Fall verhindern. Damit der Staat sein und seiner Vorstandsgenossen Vorstellungen schon mal vorläufig, an St. Martini vorbei, genehmige, wendet er sich direkt an das Berliner Ministerium der Geistlichen, Unterrichts- und Medizinalangelegenheiten. Und in der Tat findet er dort Gehör. In mehreren gleichlautenden Schreiben vom November und Dezember weist das Ministerium die unwillige Mindener Regierung an, die Erwerbung des Friedhofsgrundstücks nach dem Vorschlag Ohly binnen acht Tagen zu verfügen.

Nun redet die Regierung Tacheles. Es bestünden „fortwährende Unzuträglichkeiten“ im „Verhältniß der außerhalb der Stadt vorhandenen Mitglieder der hiesigen Martini-Gemeinde“. Damit nicht genug: „Nach unserer Auffassung besteht rechtlich weder eine Martini-Landgemeinde noch eine Kapellengemeinde Barkhausen-Aulhausen. Eben so wenig bildet der s. g. Kapellenvorstand [...] eine juristische Person. Derselbe kann [...] keine Verträge schließen.“

Das ist schweres Geschütz, von dem sich auch Minister von Bethmann-Hollweg beeindruckt zeigt. Am 15. Januar 1862 teilt er Ohly „nach Einsicht des Berichts [der Regierung] seine endgültige Entscheidung mit, nämlich „daß die Staatsgenehmigung zur Erwerbung des für diesen Zweck in Aussicht genommenen Grundstücks nicht erteilt werden kann, weil es an einem erwerbungs-fähigen Subjekt fehlt, als welches die außerhalb der Stadt wohnenden Mitglieder der Sct.-Martini-Gemeinde, sowe-

Minden, den 15^{ten} Juli 1863

Bezugnehmend auf unten beifolgendes
im Barkhausen behörfend.

zu Qd.

zu Holz

zu Holz

66

10. 15/7 63. F. C. 1863

100
11
18

Dem Gemeinderath der politischen Gemeinde von
Barkhausen ist ein Grundstück
benutzungsloses Grundstück von 1/2
Quadratfuß, welches in dem
Kataster eingetragen ist, das die
Lage des Grundstückes im
Barkhausen Gemeindegebiet
angezeigt ist.

Das Grundstück ist ein
Grundstück, welches in dem
Kataster eingetragen ist, das die
Lage des Grundstückes im
Barkhausen Gemeindegebiet
angezeigt ist.

Das Grundstück ist ein
Grundstück, welches in dem
Kataster eingetragen ist, das die
Lage des Grundstückes im
Barkhausen Gemeindegebiet
angezeigt ist.

Das Grundstück ist ein
Grundstück, welches in dem
Kataster eingetragen ist, das die
Lage des Grundstückes im
Barkhausen Gemeindegebiet
angezeigt ist.

Das Grundstück ist ein
Grundstück, welches in dem
Kataster eingetragen ist, das die
Lage des Grundstückes im
Barkhausen Gemeindegebiet
angezeigt ist.

Die
Bürgerliche Verwaltung,
Abteilung des Gemeinderathes
Nr. 117-6111. Gms.

Der Landrath
H. H. a. Nr. 9

817
C. a. F. XVI. III. II. a. Nr. 9

Genehmigung des Landrats von Schlotheim vom Juli 1863 zum Erwerb eines neuen Friedhofsgrundstücks durch die politische Gemeinde Barkhausen.

Landesarchiv NW, Abt. Ostwestfalen-Lippe (StADt), M 1 P Nr. 706 Bl. 66

nig wie die Mitglieder des Kapellen-Vorstandes zu Barkhausen gelten können. Sofern es den Beteiligten nicht gelingt, die sich aus diesem Mangel ergebenden Hindernisse zu beseitigen, muß der politischen Gemeinde die Sorge für [die] Beschaffung eines ausreichenden Kirchhofes überlassen bleiben.“

So geschieht es. Die Stimmen der Kirchen- und Kapellenvertreter sind fortan in dieser Frage stumm. Die Barkhauser Gemeindeversammlung aber beschließt am 9. Juni 1863 den Ankauf eines Grundstücks von – Kolon Böschemeier. Es ist nach dem Wortlaut des landrätlichen Genehmigungsersuchens vom 13. Juli „nach Lage und Beschaffenheit, wie aus dem dieserhalb eingeforderten [...] Gutachten des Kreis-Physikus Dr. Schreiber hervorgeht, zu dem Zwecke ganz geeignet, auch dürfte die Größe von einem Morgen bei den vielen auf dem jetzigen Todtenacker vorhandenen, noch zu benutzenden Erbbegräbnissen der alten Stättebesitzer hinreichend sein“. Es handelt sich um Parzelle 258 in Flur 57, die 500 Reichstaler kosten soll. Sie liegt südöstlich von Kapelle und altem Friedhof und damit deutlich näher an Aulhausen als das Grundstück Jürgensmeier. Damit können bei Lichte besehen alle zufrieden sein. Der Kaufvertrag wird schon am 22. Juli genehmigt. Die Eigentumsübergabe findet allerdings erst am 5. September 1864 statt.

Allzu lange reichte der neue, dritte Friedhof dann aber doch nicht aus; zu dynamisch verlief die Bevölkerungsentwicklung des Ortes. 1895 hatte er nicht weniger als 57 % mehr Einwohner als 1871. Gegenüber 1843 waren es sogar weit mehr als doppelt so viele. So entstand schon um die Jahrhundertwende Bedarf an neuen Begräbnisplätzen. Er wurde aber (noch) nicht durch Anlage eines fünften Friedhofs gedeckt. Vielmehr wurde der vierte im Jahre 1902 um 25,2 ar nach Osten hin erweitert.²⁷ Damit wurde diesem Friedhof auch eine gefälligere, nicht mehr so langgestreckte Form gegeben. Doch auch der fünfte Friedhof ließ dann nicht lange auf sich warten. Er wurde im Jahre 1920 im Winkel zwischen Alter Poststraße und Bachstraße, dem jetzigen Burkamp, angelegt. Das war nun aus gesamtörtlicher Sicht eine extreme Randlage im Nordosten. Entfernungsargumente spielten also nun offenbar nicht mehr die geringste Rolle.

Schon um 1900 konnte eine Nummerierung der Barkhauser Friedhöfe nicht anders als historisch zu verstehen sein. Der erste war, zu einem unbekanntem Zeitpunkt, längst stillgelegt worden. Mit dem zweiten geschah dies rechtlich zwar erst 1939, tatsächlich aber bereits vor der Wende zum 20. Jahrhundert. Auch die Tage des Friedhofs auf dem ehemaligen Böschemeierschen Grundstück an der Kirche sind gezählt, so dass es in 30 oder 40 Jahren nur noch einen Barkhauser Gottesacker, den „neuen Friedhof“, geben dürfte.

Epilog

Es bleibt zu fragen, welches Interesse wohl hinter der ursprünglichen, großzügigen Offerte des Aulhauser Kolons Schonebohm Nr. 1 gesteckt haben mag, 100 Taler zum Ankauf des Böschemeierschen Grundstücks durch den Kapellenvorstand zu spenden, und welches Interesse Kolon Schneckener zur Agitation gegen Kolon Heuke Nr. 20 (jetzt Stremming) getrieben haben mag. In den amtlichen Akten ist dazu naturgemäß nichts überliefert.

Schonebohms vorgetragenem Argument war, daß Böschemeiers Grundstück noch günstiger zur „frequenten“ Straße (zur Chaussee Minden-Herford-Bielefeld, der heutigen Portastraße) gelegen sei. Hinzu kam – was Schonebohm freilich nicht mit vortrug –, dass der Friedhof etwas näher an Aulhausen heranrücken würde. Für diese allgemeinen Vorteile hätte Schonebohm aber wohl kaum 100 Taler geopfert. Es könnte ihm stattdessen ums eigene Geschäft gegangen sein. Grundstücksverkäufe dieser Größenordnung waren im Ort schließlich nicht an der Tagesordnung. Wie, wenn er sich mit Böschemeier den Reinerlös zu teilen beabsichtigte, ihm vielleicht zum Ausgleich für dessen Verlust an landwirtschaftlicher Nutzfläche einen entsprechenden Acker aus den eigenen Liegenschaften übereignen wollte, noch dazu in größerer Nähe zu Böschemeiers Hof, der wie Schonebohms in Aulhausen lag?

Solche kleinlichen und durchtriebenen Geschäfte hatte Schonebohm als einer der reichsten Bauern des ganzen Doppelortes nicht nötig, zumal dies kaum hätte verborgen bleiben können. Nein, seine Reputation wollte Schonebohm sicher nicht aufs Spiel setzen. Denkbar ist eher, dass die Initiative von Böschemeier ausging. Vielleicht brauchte er Geld, wollte das Geschäft unbedingt machen, sein starkes Interesse wie auch seine wirtschaftliche Lage aber nicht durch ein niedriges Preisangebot verraten. Deshalb mag er an Schonebohm mit der Bitte herangetreten sein, die Galionsfigur zu spielen. Böschemeier könnte vorgeschlagen haben, die Spende letztlich aus eigener Tasche zu finanzieren, indem er sie dem Schonebohm nach Inkasso der 600 Reichstaler zurückzahlte. Das hätte Schonebohms möglichen Hang zur Schaustellung von Großzügigkeit bedient, ihm im Falle der Aufdeckung nach vollzogenem Geschäft aber nicht geschadet, da er sich ja nicht bereichert hatte. Für diese These spricht, dass der tatsächliche Kaufpreis für den Morgen Land schließlich nur 500 und nicht 600 rth. betrug. Doch dies ist Spekulation und könnte Böschemeier in ein falsches Licht rücken. Sollte aber mehr hinter dem ungewöhnlichen Vorgang gesteckt haben, etwa, wie so oft in Aulhausen-Barkhausen, eine persönliche Animosität, die den einen verleitet, dem anderen ein Bein zu stellen, so ist über sie der wohlthuende Mantel der Vergessenheit gefallen.

Mit einiger Sicherheit um solche Animositäten ging es bei Schneckeners Kampagne gegen den Kauf des Grundstücks Heuke und dessen Zurückweisung durch den Kapellenvorstand. Der zweite Martini-Pfarrer Ohly, der allein seit 1860 für die Landgemeinde zuständig war, hatte sich in der kurzen Zeit in Aulhausen-Barkhausen äußerst unbeliebt gemacht.



Wird immer seltener belegt und wandelt sich allmählich zu einem Park: sogenannter Alter Friedhof zwischen Kreisstraße und Pfarrstraße.

Foto: Franzmeyer

Er hatte die ihm anvertrauten Katechumenen und Konfirmanden so drakonisch behandelt, dass Schulvorstand und Vorsteher der politischen Gemeinde die Kinder vom Unterricht fernhielten, worauf Ohly drauf und dran war, mit der Polizei anzurücken.²⁸ Diese Geschehnisse waren um die Zeit der Grundstückstransaktion noch in ganz frischer Erinnerung. Aus Schneckeners Demarche contra Heuke erhellt, daß Schneckener „Ohlys Mann“ im Dorfe war, aus welchen Gründen auch immer. Damit hatte er sich selbst ins Abseits begeben.

Unklar bleiben die Motive von Pfarrer Ohly. Der Kirchengemeinde St. Martini konnte es im Prinzip egal sein, wo der neue Friedhof zu liegen kommen würde. So kleinlich, dass er seine Bestattungswege von der Kapelle zum Friedhof minimieren wollte, wird auch Ohly nicht gewesen sein. Aber auch ein Landpfarrer entwickelt Vorlieben und Abneigungen. Gelegenheit dazu hatte Ohly in Barkhausen allemal gehabt. Doch das interessiert heute nicht mehr. Das Gesamtergebnis, die „Säkularisierung“ des Barkhauser Bestattungswesens, dürfte demgegenüber im allgemeinen Barkhauser Interesse liegen – Ende gut, alles gut.

Anmerkungen

- 1 Vollständig überarbeitete und stark erweiterte Fassung des Abschnitts „Die Frühzeit der Barkhauser Friedhöfe“ aus: Fritz W. Franzmeyer, Die Porta links der Weser – 2000 Jahre Geschichte und Geschichten aus dem Raume Aulhausen-Barkhausen, Berlin 2002, S. 54f.
- 2 Kommunalarchiv Minden (KAM), Amt Dützen, Nr. 1311.
- 3 Der Regierungspräsident erließ die Verfügung II Q 51 I am 4. Mai (wie Anm. 2).
- 4 Die Burg von Barkhausen, in: Mindener Heimatblätter 18, 1941, Nr. 5/6, S. 4.
- 5 Bergmann, Ein alter Friedhof in Barkhausen, in: Mindener Heimatblätter 18, 1941, Nr. 1/2, S. 2; Nr. 3/4, S. 2f.
- 6 Auskunft von Heinrich Witthaus, Barkhausen.
- 7 Der Kapellenweg führt zwar an der Dorfkapelle vorbei, ist aber nicht nach ihr benannt. Namensgeberin ist vielmehr die Margarethenklus auf dem Wittekindsberg, wo der Kapellenweg endete.
- 8 Landesarchiv Nordrhein-Westfalen, Abt. Staatsarchiv Detmold (StADt), M 1 I P Nr. 706, Bl. 25r.
- 9 Ebd., Bl. 13r.
- 10 Ebd., Bl. 15r-v.
- 11 StADt, M 1 I P Nr. 712, Bl. 14r.
- 12 StADt, M 1 I P Nr. 797, Bl. 17v.
- 13 Ebd., Bl. 18r-v.
- 14 StADt, M 1 I P, Nr. 797, passim. Den „Kuckuck“ beschrieb die Mindener Schriftstellerin Elise von Hohenhausen um jene Zeit so: „Der Weg dorthin [nach Dützen] führt beim Kukkuk, einigen ländlichen Wohnungen, vorbei, wo mehrere Quäker mitten zwischen Schanzen und Abgründen ihr einförmiges, ruhiges Leben führen“ (Elise von Hohenhausen, Minden und seine Umgebungen, das Weserthal und Westphalens Pforte etc., Minden 1819, S. 36).
- 15 StADt, M 1 I P, Nr. 797, Bl. 206r.
- 16 Ebd., Bl. 218r-223r.
- 17 Ebd., Bl. 216r.
- 18 Lange hatte das Erbe zunächst also fälschlich der Gemeinde Barkhausen zugeordnet, seinen Antrag dann aber korrigiert.
- 19 StADt, M 1 I P, Nr. 797, Bl. 208r-210r.
- 20 Bergmann, wie Anm. 5, Nr. 1/2, S. 2.
- 21 Ebd., Nr. 1/2, S. 2.
- 22 Die Ausnahme ist die oben erwähnte Bestattung der Ehefrau des Mindeners Ludwig Homann 1854. Bergmann hat 1941 den Grabstein der A. C. Louise Homann, geb. Ahlemann, identifiziert und unter der Nr. 1 in seine Liste der seinerzeit noch vorhanden gewesenen Grabsteine, Kreuze und Denkmale mit noch lesbaren Inschriften aufgenommen (Bergmann, wie Anm. 6, Nr. 3/4, S. 2). Der Hinweis auf die Martini-Gemeinde im Genehmigungsschreiben der Regierung ist vielleicht so zu interpretieren, dass ein Antrag in solch einem (Regel) Falle gar nicht erforderlich gewesen wäre.
- 23 Bergmann, wie Anm. 5, Nr. 3/4, S. 3.
- 24 Dieser Bedarf ergibt sich, wenn man bei der damaligen Einwohnerzahl von ca. 660 eine mittlere Lebensdauer von 40 Jahren und eine Liegezeit von 20 Jahren unterstellt.
- 25 Wie Anm. 2.
- 26 Die folgenden Ausführungen dieses Abschnitts fußen auf StADt, wie Anm. 8, Bl. 15r-69r.
- 27 Ebd., Bl. 131r.
- 28 Franzmeyer, wie Anm. 1, S. 213f.

Jahresbericht des Mindener Geschichtsvereins 2007

Mitgliederentwicklung

Zu Jahresbeginn hatte der Verein 481 Mitglieder. Den 2007 neu eingetretenen 16 Mitgliedern stehen 24 Abgänge gegenüber. Damit verringert sich die Zahl der Mitglieder zum Jahresende 2007 auf 473.

Wir betrauern den Tod von fünf Mitgliedern. Ihre Namen sind:

Eckhard Ambrosius, Petershagen
Edith Haesloop, Minden
Dr. Friedrich-Wilhelm Hemann, Münster
Josef Jostwerner, Hövelhof
Dr. Klothilde Kirschbaum, Lübbecke

Wir werden unseren verstorbenen Mitgliedern ein ehrendes Andenken bewahren.

Vortragsveranstaltungen

16. Januar 2007

Prof. Dr. Gerd Althoff, Münster:

Heinrich IV. – Herrscher zwischen Triumph und Scheitern

Vortrag im Mindener Museum

11. September

Dr. Angela Ehling, Berlin

Sandstein – Ein Baumaterial im Wandel der Zeit

Vortrag im Alten Rathaus Porta Westfalica-Hausberge

16. Oktober

Prof. Dr. Heinz Duchhardt, Mainz

Der Freiherr vom und zum Stein, Frankreich und Napoleon

Vortrag im Kommunalarchiv Minden

6. November

Dr. Philipp Demandt, Berlin

Die Preußen-Madonna –

Der Mythos der Luise von Preußen zwischen

„Schönheitskönigin“ und „Mutter aller Deutschen“

Vortrag in Kooperation mit dem Arbeitskreis für Heimatpflege der

Stadt Bad Oeynhausen e.V. und der VHS Bad Oeynhausen in
der Musikschule in Bad Oeynhausen

11. Dezember

Prof. em. Dr. Heinrich Rütting, Bielefeld

Der Wittekindsberg bei Minden als „heilige Stätte“ 1000 bis 2000

Buchvorstellung mit Vortrag im Kommunalarchiv Minden

Verleihung des Geschichtspreises



27. November

Verleihung des Geschichtspreises an
Rainer Hahn, Hannover,
für seine Arbeit über „Schlosspark
Hüffe. Geschichte und Formulierung
eines Leitbildes zur Erhaltung und
Entwicklung der historischen
Parkanlage als Kulturdenkmal“
im Schloss Hüffe

Rainer Hahn

Studienfahrten

11. Mai

Ganztagesfahrt nach **Bethel** – v. Bodelschwingsche Anstalten,
Bielefeld (Leitung: Eberhard Brandhorst)

10. bis 14. Juni

Fünftägige Fahrt nach **Trier** (Leitung: Hanns-Joachim Zwiefka)

7. Juli

Ganztagesfahrt zu den Schlössern Schelenburg und Gesmold
im **Osnabrücker Land** (Leitung: Marianne Reinking-Plaggemeier)

28. Juli

Ganztagesfahrt nach **Worpswede**: Paula Modersohn-Beckers
Lebensraum und Wirkungsstätte (Leitung: Dr. Marion Tüting und
Marie-Luise Binz)

20. bis 24. August
Fünftägige Fahrt nach **Berlin** (Leitung: Walter Klepper)

29. September
Halbtagesfahrt zur Kirche St. Marien in **Stemwede-Dielingen**
(Leitung: Christine Probst)

Themenjahr 2007 „Die Spur der Steine“

Veranstaltungen rund um das Thema Sandstein

2. Juni
Wanderung um die **Obernkirchener Sandsteinbrüche**
(Leitung: Marie-Luise Binz und Reinhard Busch)

23. Juni
Besuch einer **Steinmetzwerkstatt** in Löhne-Gohfeld
(Leitung: Dr. Monika M. Schulte)

11. September
Vortrag von Dr. Angelika Ehling, Berlin: **„Sandstein – Ein Baumaterial im Wandel der Zeit“** im Alten Rathaus in Porta Westfalica-Hausberge

13. Oktober
Stadtrundgang **„Auf der Spur der Sandsteine in Minden“**
(Führung: Dr. Marion Tüting)

Veröffentlichungen

Der Jahrgang 2007 der **„Mindener Mitteilungen“** erschien in gewohnter Weise in 12 Folgen als Beilage zum „Mindener Tageblatt“.

Aus verschiedenen Gründen verzögert sich der Druck des Jahrgangs 78, 2006 der **„Mindener Mitteilungen“**. Der Versand an die Mitglieder, Abonnenten und Tauschpartner im In- und Ausland wird nach Eingang umgehend durch die Geschäftsstelle erfolgen.

Geschäftsstelle und Vorstand

Die Geschäftsstelle des Vereins im Kommunalarchiv Minden bearbeitete im Berichtsjahr 313 schriftliche Vorgänge und brachte etwa 2990 Postsendungen zum Versand.

Die Vereinsbibliothek erhielt 2007 einen Zugang von 13 Einzelschriften und etwa 200 Zeitschriftenbänden.

Der Vorstand setzte sich 2007 neben dem Vorsitzenden aus Dr. Ulrike Faber-Hermann als stellvertretender Vorsitzenden, Dr. Monika M. Schulte als Geschäftsführerin, Vinzenz Lübben als stellvertretendem Geschäftsführer, Hans Eberhard Brandhorst als Schatzmeister, Reinhard Busch und Rico Quaschny als Beisitzern zusammen.

